Sitzungsbericht

7. Sitzung der Tagung 1998 der XV. Gesetzgebungsperiode

des Landtages von Niederösterreich

Dienstag, den 23. Juni 1998

Inhalt:

1. Eröffnung durch Dritten Präsident Ing. Penz (Seite 368).

2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 368).

3. **Spezialdebatte:** Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung.
Berichterstatter: Abg. Mag. Riedl (Seite 368).
Redner: Abg. Nowohradsky (Seite 368), Abg. Vladyka (Seite 371), Abg. Mag. Weinzinger mit Resolutionsantrag (Seite 373), Abg. Rosenkranz mit Resolutionsantrag (Seite 376), Abg. Egerer mit Resolutionsantrag (Seite 378), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 380), Abg. Koczur mit Resolutionsantrag (Seite 382), Abg. Lembacher (Seite 384), Abg. Krammer (Seite 386), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 388), Abg. Mag. Fasan mit Resolutionsantrag (Seite 390), Abg. Erber (Seite 394), Abg. Auer mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 396), Abg. Dirnberger (Seite 401), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 402), Abg. Rosenkranz (Seite 402), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 403), Abg. Koczur (Seite 403), Abg. Lembacher mit Resolutionsantrag (Seite 404).
Abstimmung (Seite 405).

4. **Spezialdebatte:** Gruppe 5, Gesundheit.
Berichterstatter: Abg. Mag. Riedl (Seite 405).
Redner: Abg. Gebert (Seite 406), Abg. Haberler mit Resolutionsantrag (Seite 407), Abg. Dr. Prober (Seite 411), Abg. Mag. Fasan mit Resolutionsantrag (Seite 414), Abg. Mag. Riedl (Seite 418), Abg. Mag. Fasan (Seite 419), Abg. Feurer (Seite 419), LR Dr. Bauer (Seite 422), Abg. Rosenkranz mit Resolutionsantrag (Seite 424), Abg. Ing. Gansch (Seite 425), Abg. Präs. Onodi (Seite 428), Abg. Mag. Weinzinger mit Resolutionsantrag (Seite 430), Abg. Haberler mit Resolutionsantrag (Seite 435), Abg. Kratohwil (Seite 435), Abg. Muzik mit Resolutionsantrag (Seite 437), LR Blochberger (Seite 440), Abg. Mag. Heuras (Seite 441), Abg. Feurer (Seite 443), LR Mag. Sobotka (Seite 443).
Abstimmung (Seite 444).

5. **Spezialdebatte:** Gruppe 6, Straßen-, Wasserbau, Verkehr.
Berichterstatter: Abg. Mag. Riedl (Seite 445).
Redner: Abg. Haberler (Seite 445), Abg. Ing. Hofbauer (Seite 447), Abg. Mag. Fasan mit Resolutionsantrag (Seite 449), Abg. Rupp (Seite 453), Abg. Roth mit Resolutionsantrag (Seite 455), Abg. Waldhäusl mit Resolutionsantrag (Seite 458), Abg. Gebert (Seite 461), Abg. Hintner (Seite 464), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 465), Abg. Hrubesch mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 468), Abg. Muzik mit Resolutionsantrag (Seite 470), Abg. Dr. Prober (Seite 473), Abg. Koczur (Seite 474), Abg. Roth (Seite 475), Abg. Sacher mit Resolutionsantrag (Seite 475), Abg. Mayerhofer (Seite 476), Abg. Ing. Hofbauer (Seite 476), Abg. Hrubesch (Seite 477).
Abstimmung (Seite 477).

6. **Spezialdebatte:** Gruppe 7, Wirtschaftsförderung.
Berichterstatter: Abg. Mag. Riedl (Seite 478).
Redner: Abg. Hofmacher (Seite 478), Abg. Waldhäusl mit 4 Resolutionsanträgen (Seite 480),
Präs. Mag. Freibauer (Seite 486), Abg. Marchat (Seite 486), Abg. Dr. Strasser (Seite

487), Abg. Muzik (Seite 487), Abg. Kurzreiter mit Resolutionsantrag (Seite 490), Abg. Mag. Fasan (Seite 492), Abg. Dipl.Ing. Toms (Seite 493), Abg. Rupp (Seite 495), Abg. Hinterholzer (Seite 498), Abg. Mag. Weinzinger mit Resolutionsantrag (Seite 500), Abg. Dirnberger (Seite 503), Abg. Keusch mit Resolutionsantrag (Seite 506), Abg. Roth (Seite 509), Abg. Mag. Motz (Seite 511), Abg. Breininger (Seite 513), Abg. Hiller mit Resolutionsantrag (Seite 514), Abg. Rupp (Seite 515).
Abstimmung (Seite 515).

7. **Spezialdebatte:** Gruppe 8, Dienstleistungen.
Berichterstatter: Abg. Mag. Riedl (Seite 516).
Abstimmung (Seite 516).

8. **Spezialdebatte:** Gruppe 9, Finanzwirtschaft.
Berichterstatter: Abg. Mag. Riedl (Seite 516).
Abstimmung (Seite 516).

9. **Spezialdebatte:** Dienstpostenplan 1999.
Berichterstatter: Abg. Mag. Riedl (Seite 517).
Abstimmung (Seite 517).

10. **Abstimmung** über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999 als Ganzes (Seite 517).

11. Ltg.51-V-6/50: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Budgetprogramm 1999 - 2003.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 517).
Abstimmung (Seite 518).

12. Schlußworte des Finanzreferenten LR Mag. Sobotka (Seite 518).

13. Schlußworte des Präsidenten des Landtages Mag. Freibauer (Seite 518).

***

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ *(um 9.00 Uhr)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegen, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten. Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt Herr Abgeordneter Friewald und Herr Abgeordneter Knotzer.

Ich bringe dem Hohen Haus folgenden Einlauf zur Kenntnis:

Ltg. 60/B-44 - Bericht der Landesregierung betreffend Geschäftsbericht des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds für das abgelaufene Kalenderjahr 1997. Ich weise diesen Bericht dem Gesundheits-Ausschuß zu.

Wir setzen die Verhandlungen zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998 mit der Spezialdebatte zur Gruppe 4 fort. Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Mag. Riedl, zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, ordentlicher und außerordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Herr Präsident! Hohes Haus! In der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, sind Ausgaben und Einnahmen für allgemeine öffentliche Wohlfahrt, freie Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Behebung von Notständen, sozialpolitische Maßnahmen, familienpolitische Maßnahmen und Wohnbauförderung vorgesehen. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 14.225,804.000,- Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 7.441,771.000,- Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 28,68 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 383,017.000,- Schilling und Einnahmen von 310,203.000,- Schilling vorgesehen. Ich bitte, die Debatte einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Danke für diesen Bericht. Wir kommen zur Debatte. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Nowohradsky.

Abg. NOWOHRADSKY *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt, nimmt rund 27 Prozent des gesamten Budgets ein und verzeichnet eine Steigerung von 330 Millionen Schilling. Es ist hier eine erfreuliche Steigerungsrate bei den sozialmedizinischen Diensten um mehr als 20 Millionen Schilling zu verzeichnen. Hinzu kommen noch gewisse Strukturmittel. Wir haben also hier in diesem Bereich eine sehr erfolgreiche Förderung. Und gerade diese ist eine Notwendig-

keit. Denn bei den sozialen Diensten draußen vor Ort wird das Geld sehr dringend benötigt. Wenn ich dazu nur eine Zahl oder zwei Zahlen nennen darf, um die Wichtigkeit der sozialen Dienste zu zeigen. Wenn ich sage, daß allein vom Hilfswerk im Vorjahr über 1,1 Million Einsatzstunden geleistet wurden und das mit 1.600 Beschäftigten draußen in den Regionen, dann erkennt man die Wichtigkeit dieser Einrichtungen. Das Land nimmt also hier die Heimkrankenhilfe wahr und steht zum Ausbau dieser wichtigen Institutionen.

Ein zweites großes Kapitel ist die Behindertenpolitik. Im Vorjahr habe ich bereits zur Behindertenpolitik gesprochen. Wir haben auch hier eine Steigerung von 150 Millionen Schilling. Allerdings, und das ist der Wehrmutstropfen dabei, ein Großteil dieser Ausgabensteigerung liegt im Bereich der geschützten Arbeitsplätze, wo das Land eine Vorfinanzierung für das AMS übernommen hat. Wir können einfach heute bei all diesen Aktionen nicht Halt sagen, sondern ich glaube, wir müssen diese Aktionen weiterführen und diese Vorfinanzierung übernehmen. Man kann diese besonders wichtige Art der Beschäftigungstherapie nicht einfach streichen und womöglich die Leute auf die Straße setzen und sich selbst überlassen. Es hat in letzter Zeit ein Sozialprojekt der EU gegeben, gemeinsam mit dem Land Niederösterreich. Die EU beteiligt sich hier an sechs niederösterreichischen Sozialprojekten. 170 Behinderte sind in diesem Projekt erfaßt, die in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Träger ist unter anderem die Caritas der Diözese St. Pölten, Lebenshilfe Niederösterreich, ARGE Mostviertel, Behindertenhilfe Oberrohrbach. Und dieses Paket hilft, auch jene Menschen am Arbeitsmarkt unterzubringen, die sonst keine Chance gehabt hätten, hat Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop zu diesem Projekt gesagt. Die Gesamtkosten belaufen sich im Jahr 1998 auf über 19 Millionen Schilling und werden zu über acht Millionen Schilling von der Europäischen Union bzw. mit drei Millionen Schilling vom Land Niederösterreich bezahlt.

Ich habe in den Vorjahren zur Hilfe und Pflege daheim und auch bezüglich der Pflegeheime immer wieder das Wort ergriffen und möchte mich heuer der Jugendwohlfahrt ein bißchen widmen. Auch in der Jugendwohlfahrt war eine Steigerungsrate möglich. Wir müssen zwei Arten der Jugendwohlfahrt hier erkennen. Auf der einen Seite jene, die im sozialen Heimhilfebereich liegen und die zweite, die sozialen Dienste der freien Jugendwohlfahrt.

Zunächst vielleicht ein Wort zur Unterbringung in den Einrichtungen, wie es heißt, in den Heimen. Wenn man das Wort Heim in irgend einem Zusammenhang hört, hat es immer wieder einen negativen Nachgeschmack. Aber wir müssen uns von diesem Heimbegriff der Vergangenheit lösen. Er ist heute viel dynamischer geworden und er ist heute und er steht, dieser Heimbegriff, für Hilfe für Jugendliche, aber auch, was sehr wichtig ist dabei, für die Familien.

Die Unterbringung in Heimen kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Ziele klar definiert werden, die voraussichtliche Dauer, das Unterbringungsziel und auch das Erziehungsziel. Dies geschieht in einer engen Zusammenarbeit zwischen Psychologen und Psychologinnen und den niederösterreichischen Landesjugendheimen und zum Teil auch mit einigen Privatheimen. Einen besonderen Hinweis möchte ich hier geben, und zwar sollte die Heimerziehung großteils als familienergänzende Maßnahme verstanden werden und nicht nur als Unterbringungseinrichtung. In diesem Zusammenhang ist, wenn das Kind im Heim untergebracht ist, die Angehörigenarbeit ein wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit. Ziel all dieser Bestrebungen der Jugendwohlfahrt ist eine Reintegration in die Familie bzw., was gerade in letzter Zeit immer mehr kommt, eine Verselbständigung, eine Vorbereitung für die Verselbständigung des jungen Menschen. Ich habe hier vielleicht einen aktuellen Anlaß: In Straßhof wurde das sogenannte Reihenhaus eröffnet. Es ist eine Außenwohngruppe, die sechs jungen Leuten Platz bietet, das Leben an sich kennenzulernen. Das heißt, auf der einen Seite die Ausbildung, auf der anderen Seite auch das Leben kennenzulernen und für sich selbst da zu sein unter einer gewissen Begleitung. Und das ist das wesentliche an diesem Verselbständigungsprozeß. Der Herr Landesrat Dr. Bauer war ja in Straßhof mit dabei. Wir haben Sie überzeugen können, wie wichtig das ist.

Im abgelaufenen Jahr wurden im Rahmen der Heimsozialarbeit alle Landesjugendheime und Privatheime betreut. In diesen Heimen leben derzeit rund 900 Kinder und Jugendliche. Eine Reintegration ist allerdings - und das wissen wir, müssen wir auch zur Kenntnis nehmen - nicht immer möglich auf Grund der Familiensituation, auf Grund der Familienverhältnisse. In diesem Bereich nehmen dann die sogenannten Pflegeeltern eine besonders wichtige Funktion ein. Und hier gibt es leider ein Mißverhältnis zwischen den auf der einen Seite benötigten Plätzen und auf der

anderen Seite der Anzahl an geeigneten Pflegeeltern. Diese müssen nämlich bereit sein, behinderte, verhaltensgestörte, verhaltensauffällige Kinder aufzunehmen. Oft gibt es dabei Probleme mit den leiblichen Eltern der Kinder, die immer wiederum in dieser Zeit der Erziehung einen Anspruch stellen, vielleicht sich einmischen wollen. Und andere unangenehme Sachen sind dabei zu erleben, denen die Pflegeeltern gewachsen sein müssen. Diese Kinder werden nicht, wie oft fälschlicherweise und im Alltagsgebrauch geglaubt wird, wenn ein Kind in ein Heim kommt, so wird es von den Eltern weggerissen und ins Heim verfrachtet, sondern das ist eher die Ausnahme. In 80 Prozent der Fälle geschieht das im Einvernehmen mit den Eltern. Nur in den Restfällen werden die Kinder dann durch Gerichtsbeschluß den Eltern entzogen.

Oft gibt es schwierige Fälle, wo Pflegeeltern nicht mehr imstande sind, derartige Kinder aufzunehmen. Auch das muß gesagt werden. Und hier gibt es ein erfolgreiches Projekt aus dem Vorjahr. Seit September 1997 wird ein Modellversuch mit professionellen Pflegeeltern durchgeführt. Hier geht es um schwer vermittelbare Kinder, vor allem aus dem NÖ Landeskinderheim Schwedenstift in Perchtoldsdorf. Diese Pflegeeltern werden extra ausgebildet. Derzeit sind fünf Kinder bei ebenso vielen Pflegeeltern. Und jetzt kommen wir in eine Situation, wo man sagen muß, das alles kostet ja sehr viel Geld, diese Pflegeeltern. Aber auf der anderen Seite ist jeder Pflegeplatz noch teurer. Das heißt, wenn wir derartige Dinge, und jetzt ganz hart gesagt, „ausgliedern“ können, so werden damit sogar Kosten gespart. Und für das Kind, für das einzelne Kind hat es noch einen Vorteil. Wir sehen das immer wieder im gesamten Heimbereich, aber auch im Pflegebereich, wenn man Dinge ausgliedert, wird es kostengünstiger. Aber auf der anderen Seite dürfen wir nicht vergessen, daß natürlich wiederum ein gewisser Bedarf vorhanden ist. Das heißt, wenn ich jetzt das eine Kind herausnehme, wird es nicht generell günstiger für die Allgemeinheit, denn es wartet schon ein anderes Kind wiederum auf diesen Heimplatz. Das wäre ein Trugschluß, dem man nicht unterliegen darf. Daher wird es in diesem großen Gebiet der sozialen Wohlfahrt immer wiederum einen Nachholbedarf geben. Wenn man auf der einen Seite in die freie Wohlfahrt geht, hat man auf der anderen Seite als Land Niederösterreich nach wie vor die Aufgabe, in den Institutionen diese Leute zu betreuen.

Eine große Stütze für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen stellen in letzter Zeit die privaten Träger dar. Diese Dienste werden immer mehr ausgebaut. Dies wurde auch im Budget mit einer Erhöhung um vier Millionen Schilling berücksichtigt. Einer dieser Anbieter ist das NÖ Hilfswerk. Der Dienstleistungsbereich „Bunter Schirm“ wird seit 1994 angeboten. Der Bunte Schirm wendet sich mit seinen Angeboten an Kinder und Jugendliche, deren Eltern selbst eine geringe Problemlösungskapazität haben, wenn man das mit diesem Fachausdruck hier bezeichnen darf. Das heißt, wo die Eltern in manchen Bereichen, ganz salopp gesagt, überfordert sind. Und dort soll geholfen werden, sowohl dem Kind, aber natürlich auch den Eltern. Derzeit werden bereits tausend Kinder und Jugendliche durch Arbeitsbegleitung, Lernhilfe, Übergangswohnungen usw. betreut. Ein neues Angebot sind die sozial pädagogisch/therapeutischen Zentren, wo Fachkräfte den steigenden Bedarf an Beratungs-, Betreuungs- und Therapiehilfen anbieten.

Das Gebiet der Jugendwohlfahrt ist sehr weitreichend. In den letzten Jahren konnte man neue Entwicklungen beobachten. Entwicklungen, die auch mit der Änderung der Gesellschaft einhergehen. Die Lebenssituation so mancher Familie hat sich ja in den letzten Jahren nicht gerade verbessert, die Veränderung der Sozialstrukturen, der Gesellschaft erfolgte in manchen Bereichen zum Schlechteren. Überforderung, Armut, Vernachlässigung, Sucht, Gewalt in der Familie, sexueller Mißbrauch, gerade im Heimbereich würde man nicht annehmen, wie viele Kinder hier sexuell mißbraucht wurden. Es ist ein sehr, sehr hoher Prozentsatz. Beziehungsstörungen und Scheidungen sind oft Folgen von Entwicklungen, wo die Menschen mit ihren Problemen alleine nicht mehr fertig werden und dies zu einer Überforderung der Familien führt. So hat sich seit Anfang der siebziger Jahre die Zahl der Scheidungen in Niederösterreich fast verdoppelt. Rund ein Drittel aller Ehen werden wieder geschieden. Fast die Hälfte der geschiedenen Ehepaare hatten ein oder mehrere Kinder im Alter zwischen ein und vierzehn Jahre. Die Überforderung der Familie führt bei den Minderjährigen zu einem Ansteigen von Verhaltensauffälligkeiten und körperlichen Beschwerden. Zentrale Aufgabe der Jugendwohlfahrt ist es daher, jenen Familien, deren Fähigkeiten und Ressourcen, sich selbst zu helfen, nicht im ausreichenden Maße mehr vorhanden sind die Hilfestellung zu leisten und diesen ihr eigenes Selbsthilfepotential wiederzuentdecken helfen und zu verstärken. Hier ist die Gesellschaft gefordert, hier ist die Politik gefordert. Der Weg, der in Niederösterreich eingeschlagen wurde, ist in vielen Bereichen vorbildlich. Und vor allem die vermehrte Zusammenarbeit zwischen den freien Trägern und auch der sogenannten amtlichen Jugend-

wohlfahrt, die wir draußen in den einzelnen Bezirkshauptmannschaften haben, aber natürlich auch hier im Amt der NÖ Landesregierung. Diese Zusammenarbeit muß funktionieren. Und sie funktioniert auch in sehr vielen Bereichen. Denn hier gibt es immer wiederum den Erfahrungsaustausch und man ist auf der einen Seite flexibel, aber natürlich muß auch die amtliche Kontrolle auf der anderen Seite funktionieren. Und sehr sehr viele andere Dinge, wo diese Institutionen sehr gut miteinander arbeiten können.

Abschließend möchte ich wirklich all jenen danken, die in diesem großen Gebiet der sozialen Wohlfahrt, der Jugendwohlfahrt arbeiten. Es ist eine sehr sehr schwierige Arbeit. Es steht hier, wie in sehr vielen Fällen, der Beruf nicht so sehr im Vordergrund, sondern die Berufung. Ein herzliches Dankeschön all jenen vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern, aber natürlich auch den hauptamtlichen. Es ist keine leichte Aufgabe, die sie im Dienste unserer Jugend in Niederösterreich übernommen haben. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und LR Dr. Bauer.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Vladyka.

Abg. VLADYKA *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Am 1. Oktober 1998 wird das Internationale Jahr der älteren Menschen eingeläutet. Es ist als ein großer Reichtum zu bezeichnen, daß immer mehr Menschen immer älter werden. Und dies ist sicher ein Verdienst unserer guten Gesundheits- und Sozialpolitik in Österreich. Auf Grund der hohen Lebenserwartung unserer Menschen ist die Politik mehr denn je gefordert, für die Rahmenbedingungen für ein Erleben des Alters in Würde Sorge zu tragen. Wir sind aufgefordert, unserer älteren Generation die Hilfe und Sicherheit zu geben, die sie benötigt, um ihren Lebensabend auch entsprechend verbringen zu können.

Ich beschäftige mich daher heute hauptsächlich mit der Betreuung pflegebedürftiger und alter Menschen. Durch den zunehmenden Alterungsprozeß in unserer Gesellschaft ist es notwendig, künftige Entwicklungen und die sich daraus ergebenden Maßnahmen zu dokumentieren, um den Anforderungen der Pflegevorsorge für unsere Menschen in Niederösterreich sinnvoll zu begegnen. Es wurde daher bereits im vergangenen Jahr am Zentrum für Alterswissenschaften an der NÖ Landesakademie ein Bedarfs- und Entwicklungsplan für die Pflegevorsorge in Niederösterreich fertiggestellt. In diesem Bedarfs- und Entwicklungsplan wurden auch Daten und Einrichtungen der Behindertenhilfe eingearbeitet, ebenso eine Zusammenschau der Lage pflegebedürftiger Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, der zuständigen Institutionen sowie Prognosen bis zum Jahr 2021.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Einführung des Pflegegeldgesetzes, eines Jahrhundertgesetzes, wurde bereits eine wichtige Voraussetzung geschaffen, daß sich jeder Mensch die Pflege leisten und auch nach seinen Bedürfnissen aussuchen kann. Derzeit beziehen in Niederösterreich rund 59.000 Personen Pflegegeld, wobei beinahe die Hälfte in Stufe 2 eingestuft ist. Rund 20 Prozent fallen in Stufe 3, jeweils unter 10 Prozent in die Stufen 1, 4 oder 5; in den Stufen 6 und 7 sind es zirka 3 Prozent. Erwartungsgemäß steigt mit zunehmendem Alter die Zahl der Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher an der Gesamtbevölkerung expotentiell an. Daraus erklärt sich, daß rund zwei Drittel der Pflegegeldbezieher und -bezieherinnen über 75 Jahre alt sind. Wenn man nun annimmt, daß ab Pflegestufe 3 ein tatsächlicher regelmäßiger Pflegebedarf gegeben ist, so sind dies bereits über 25.000 Pflegebedürftige.

In Niederösterreich stehen den älteren hilfe- und pflegebedürftigen Menschen stationäre Einrichtungen wie Sozialzentren, Pensionistenheime, Pflegeheime, teilstationäre Einrichtungen wir Kurzzeitpflege und Ansätze von Tagesbetreuung sowie das System der offenen Altenhilfe, also soziale und sozialmedizinische Betreuungsdienste zur Verfügung. Aber der Großteil, nämlich 80 Prozent der Pflegebedürftigen, wird daheim betreut. 70 Prozent von Angehörigen und 30 Prozent leben ganz alleine. Darf man den Prognosen Glauben schenken, so bedeutet dies, daß es nicht nur mehr Einpersonenhaushalte geben wird, sondern auch daß der Alterungsprozeß der niederösterreichischen Bevölkerung rasant weiter voranschreiten wird. Auf Grund der Lebenserwartungsvariante - d. h. stärkerer Anstieg der Gesamtbevölkerung, moderater Rückgang der jüngeren Altersgruppen, stärkerer Anstieg der Alten und Hochaltrigen - ergeben sich für den Zeitraum 1991 bis 2021 Steigerungsraten bei der Gruppe der 75- und Mehrjährigen von 75 Prozent und bei der Gruppe der 85- und Mehrjährigen sogar von 132 Prozent. Daher ist es sinnvoll und unbedingt erforderlich, notwendige Weichenstellungen für die Versorgung unserer älteren Generation weiterhin zu forcieren.

Mit dem am 3. Juli 1997 beschlossenen weiteren Ausbau- und Investitionsprogramm der NÖ

Landes-Pensionisten- und Pflegeheime für 1998 bis 2002, Umstrukturierung von Wohn- auf Pflegebetten und Standardverbesserungen, wurde ein wichtiger Schritt für die Zukunft gesetzt. 1997 standen in den Landesheimen insgesamt 4.025 Pflege- und Betreuungsplätze zur Verfügung. Unter Bedachtnahme der Neuerrichtung von Einrichtungen in Vösendorf, Neunkirchen, Berndorf und Wilhelmsburg sowie Umstrukturierungen in insgesamt 22 Einrichtungen werden im Jahr 2002 dann 4.925 Pflege- und Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Das bedeutet ein Plus von 900 Pflegebetten. Das ist zwar eine sinnvolle und zielführende Strategie, aber durch die fehlende Versorgung im Nahraum sind in einigen Bezirken Pflegebedürftige, die eine Pflege rund um die Uhr benötigen, gezwungen, über Bezirksgrenzen hinweg auszuweichen.

Durch die von Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger ins Leben gerufene Idee der Sozialzentren können bereits viele Menschen in ihrer gewohnten Umgebung einen würdevollen Lebensabend verbringen. Durch den Ausbau der sozial- und sozialmedizinischen Betreuungsdienste wird die Zahl jener, die vor Ort betreut werden können, immer größer. Auch mit Kurzzeitpflegeeinrichtungen kann viel abgedeckt werden. Es ist daher zu überlegen, ob in Zukunft der Ausbau von großen Pflegeeinrichtungen mit rund 100 Betten notwendig sein wird und ob es nicht sinnvoller wäre, in Bezirken, wo es keine diesbezüglichen Einrichtungen gibt und vielleicht nur Bedarf an 40 oder 50 Pflegebetten besteht, schwerpunktmäßig solche Einrichtungen zu schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein weiterer wichtiger Bereich, ich habe es vorhin bereits erwähnt, ist die Schaffung von Kurzzeitpflegeeinrichtungen. Seit einiger Zeit wird Kurzzeitpflege nicht nur von der Volkshilfe, die in räumlicher und personeller Verbindung bei Sozialstationen Kurzzeitpflege anbietet, sondern auch in Landes-Pensionisten- und Pflegeheimen angeboten. Auf Grund der Einführung des LKF werden Menschen immer früher aus der Intensivbetreuung entlassen und daher ist der verstärkte Ausbau von Kurzzeitpflegeeinrichtungen unbedingt erforderlich. Kurzzeitpflege bietet Menschen nach einem Krankenhausaufenthalt eine optimale Betreuung durch bestgeschultes Personal als Überbrückung, bis sie in häusliche Pflege entlassen werden können. Aber auch Angehörige, die einmal Urlaub von der Pflege machen wollen oder zur Kur müssen oder selbst krank sind, können für diesen Zeitraum ihre Angehörigen in einer Kurzzeitpflegeeinrichtung unterbringen. Solche Kurzzeitpflegeeinrichtungen werden in Hinkunft sehr an Bedeutung gewinnen. Neben 10 Sozialstationen der Volkshilfe, die Kurzzeitpflege bereits anbieten, wird auch in nächster Zeit in der Sozialstation der Volkshilfe Bruck a.d. Leitha eine diesbezügliche Einrichtung entstehen. Damit wird auch hier neben der Eröffnung eines Sozialzentrums im vergangenen Jahr ein weiterer Schritt im Dienste am Menschen gesetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Beispiel zeigt, wie wichtig die offene Altenhilfe, also die sozial- und sozialmedizinischen Betreuungsdienste auch im Hinblick auf die Schaffung des Pflegegeldgesetzes sind. Ein Autobuschauffeur aus Au am Leithagebirge in meinem Bezirk hat mir unter Tränen erzählt, daß er als Alleinstehender jahrelang seine schwerkranke Mutter aufopferungsvoll bis zu ihrem Ableben vor kurzer Zeit gepflegt hat. Da er neben der Pflege auch seinem Beruf nachgehen mußte, war es nur unter großem Engagement und der rührigen Mithilfe von Nachbarn möglich, seine Mutter auch entsprechend zu pflegen. Durch die Einführung des Pflegegeldes war es ihm dann möglich, neben dem persönlichen Engagement auch durch die Volkshilfe seiner Mutter professionelle Hilfe anzubieten.

Die Träger der Wohlfahrtsorganisationen wie Caritas, Hilfswerk und Volkshilfe bieten vor Ort eine Reihe von Hilfs- und Pflegediensten an. Neben der sozialmedizinischen Betreuung auch Heimhilfe, Essen auf Rädern, Home- und Gartenservice, Botendienste, Notruftelefon und vieles mehr. Auf Grund der eingangs bereits erwähnten großen Veränderungen in bezug auf Altersstruktur, Wohnstruktur, um nur einige zu nennen, ist der weitere Ausbau der offenen Altenhilfe ein unbedingtes Erfordernis. Hier gilt mehr denn je der Grundsatz, den Menschen jene Hilfe angedeihen lassen zu können, die sie brauchen. Den Menschen die Angst vor der Zukunft zu nehmen, damit älter werden auch jung bleiben bedeuten kann, wie unsere Landesrätin Traude Votruba einmal gesagt hat. Und es ist daher auch wichtig, daß diese Erfordernisse im Budget ihren Ansatz finden und auch weiterhin finden müssen.

Gegenüber 1995 ist die Anzahl der Sozialstationen von damals 177 auf 211 im Jahre 1997 gestiegen. Das Personal stieg von monatlich durchschnittlich 2.661 auf monatlich durchschnittlich 3.200 Personen. Betreut wurden 1995 durchschnittlich 8.500 Personen und im Jahr 1997 monatlich durchschnittlich 9.700 Personen. Ein gut ausgebildetes und engagiertes Heer der Menschlichkeit, das pflegende Angehörige unterstützt, professionelle Hilfestellung anbietet und den Menschen ein Gefühl der Sicherheit und der Ge-

borgenheit vor Ort gewährleistet. Hier ist vielleicht noch auf die Wichtigkeit der Verstärkung der Grundausbildung für pflegende Angehörige besonderes Augenmerk zu legen. Wenn wir wissen, daß der Großteil der Pflegebedürftigen von den Angehörigen selbst betreut wird, so bedeutet eine sinnvolle Grundausbildung auch Sicherheit, nicht nur für den zu Pflegenden, sondern auch für den pflegenden Angehörigen selbst. Auch ein verstärktes Angebot von Supervision für alle im Pflegebereich Tätigen ist von größter Wichtigkeit und darf nicht aus den Augen verloren werden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist auch die Betreuung von behinderten Menschen. Es gibt in Niederösterreich ein Netz an Tagesheimstätten und Wohnheimen für geistig und mehrfach behinderte Bürgerinnen und Bürger. Gerade die Lebenshilfe Niederösterreich ist in diesen Bereichen ein wichtiger Faktor. Und hier muß es auch unsere Aufgabe sein, diese Institution entsprechend zu fördern. Denn wie ich höre, sind Mitarbeiter der Lebenshilfe Niederösterreich gegenüber anderen Bundesländern in bezug auf ihr Einkommen benachteiligt und es entsteht bei ihnen der Eindruck, als würde die Förderung des Landes zu gering sein. Ist das so, oder ist das ein internes Kommunikationsproblem? Das und die Entwicklung hin zur Teilzeitarbeit nicht nur für Frauen trägt nicht unbedingt zur Sicherheit der Beschäftigten und zu einem positiven Klima in den Einrichtungen bei.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann ich sagen, daß wir in Niederösterreich ein ausgewogenes System für hilfs- und pflegebedürftige Menschen haben. Mit der Installierung des Pflegetelefons durch Landesrätin Traude Votruba ist ein zusätzliches Serviceangebot für Menschen geschaffen worden. Wir haben viel erreicht. Aber wir dürfen uns nicht zurücklehnen und uns auf den Lorbeeren ausruhen. Es gilt, neben dem verstärkten Ausbau der Pflegedienste noch besonders auf die Koordinierung der Pflegedienste hinzuweisen, die es zu verbessern gilt. Wenn ich höre, daß es Probleme bei der Einstufung von Patienten gibt, die auf Grund ihrer Erkrankung höher eingestuft werden sollten, es aber nicht geschieht und es hier zu großen Kommunikationsproblemen kommt, weil es oft vieler Telefonate bedarf um an die zuständige Stelle zu gelangen, oder aber die Menschen trotz des großen Angebotes an Pflegediensten oft nicht wissen, wohin sie sich wenden können, so zeigt mir das, daß hier noch viel zu tun ist. Es gibt ja in den Bezirken den Sozialbeirat, der die Koordinierung aller Hilfsdienste ausführen soll, aber meiner Meinung nach auf Grund seines Aufbaues nicht effizient arbeiten kann. Das Projekt der Einrichtung von überschaubaren Sozialsprengeln mit einer der Öffentlichkeit verantwortlichen Person, wie unsere Landesrätin Traude Votruba schon vor einigen Jahren vorgeschlagen hat, scheint mir weiterhin das sinnvollste Instrument zur Effektivitätsverbesserung zu sein.

Hier könnte nicht nur die Kosten/Qualitätsrelation in den einzelnen Bereichen verbessert werden, sondern auch im Bedarfsfall rascher und präziser Hilfestellung geboten werden. Es ist daher wichtig, daß wir auch weiterhin uns um die Problembereiche der Menschen annehmen und an einer sinnvollen Weiterentwicklung interessiert sind. Ich darf mich auf diesem Wege bei allen, die im Sinne der Menschlichkeit tagtäglich Dienst am Nächsten tun, für ihren Einsatz herzlich bedanken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte in diesem Kapitel 4 ein Thema an den Anfang meiner Ausführungen stellen, das, wie ich meine, in der Diskussion und Arbeit in unserem Land viel zu kurz kommt, viel zu selten im Mittelpunkt der Diskussionen und Erörterungen steht und daher auch im Budget sich entsprechend ärmlich und kärglich wiederfindet. Es ist dies die Entwicklungshilfe.

Entwicklungshilfe ist eine Aufgabe, der sich die industrialisierten Nationen zu stellen haben und die gerade ein Land, das für sich in Anspruch nimmt, Werthaltungen zu besitzen und Politik nicht nur nach dem Eigennutz zu gestalten, eine Aufgabe darstellen müßte. Das Land Niederösterreich hat sogar eine konkrete Verpflichtung eingegangen. Mit dem Beitritt zum Klimabündnis ist ja nicht nur die Verpflichtung zum Klimaschutz, zur Einsparung von CO_2 verbunden, sondern ganz genauso die Partnerschaft mit Indianervölkern im brasilianischen Amazonasgebiet im Falle von Niederösterreich. Ein Austausch mit den Partnerorganisationen in Lateinamerika und ein Beitrag dazu, daß dort eine nachhaltige Nutzung der Regenwälder möglich wird. Ich darf als eine, die am Aufbau dieses Klimabündnisses in Österreich seit der allerersten Stunde mitgewirkt hat, diese Verpflichtung sehr ernst nehmen und auch einfordern, daß man sich nicht nur einem Klimabündnis per Beschluß anschließt, sondern daß tatsächlich ernsthaft an der Umsetzung gearbeitet wird. Daß man den Verpflichtungen nachkommt und hier nicht eine wertvolle Initiative zu einer PR-Maßnahme herabwürdigt.

Mit einem Budget von ein wenig über 400.000,- Schilling in Summe sowohl für die Verpflichtung aus dem Klimabündnis als auch für sonstige Anliegen der entwicklungspolitischen Arbeit für Entwicklungshilfe ist das mehr als gering dotiert. Wir wissen aus anderen Bundesländern, wie etwa dem Vorreiter und Spitzenreiter Vorarlberg in dieser Frage, aber auch uns näherliegenden Bundesländern im Osten Österreichs, aus der Steiermark, daß dort Entwicklungshilfe ein substantieller Budgetansatz ist. Und daß man sogar, was ich für Niederösterreich anregen würde, ein eigenes begleitendes Gremium geschaffen hat, einen entwicklungspolitischen Beirat, der Zielsetzungen ausarbeitet für die Entwicklungshilfe des Landes. Der Projekte begutachtet und an die Landesregierung zur Finanzierung empfiehlt. Und der sicherstellt, daß hier an einem soliden Programm, an einem Kurs gearbeitet wird, der auch ernstzunehmen ist.

Ich wünsche mir daher für Niederösterreich, daß die Entwicklungshilfe zumindest so stark ausfällt wie die Entwicklungshilfe, die man allein an einen Konzern gibt. Ich nenne hier, was ich nicht kritisieren will als solches, sondern nur im Vergleich kritisiere, die Zuckerfabrik Agrana, die sich im Budget mit 1,5 Millionen findet, also dreimal so viel erhält wie die gesamte Entwicklungshilfe, die die sogenannte dritte Welt von Niederösterreich aus erhält.

Im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe sind wir auch bei einem nächsten sehr heiklen Thema, das ich nur kurz streife und von dem ich unter Protest anmerke, daß wir hier nur noch eine Alibidotierung vorfinden. Die Flüchtlingshilfe ist von einem Ansatz von 36 Millionen im Jahr 1997 über 30 Millionen für das Jahr 1998 auf eine Alibimillion geschrumpft. Das ist in keiner Weise nachvollziehbar! Es gibt genauso viele Probleme mit Flüchtlingen nach wie vor. Wir haben eine neue Krise, die sich zusammenbraut am Balkan. Es wird das Land Österreich in seiner Gesamtheit immer wieder kritisiert für die Nichteinhaltung von internationalen Standards im Bereich der Flüchtlingsbetreuung und der Menschenrechtsarbeit. Und Niederösterreich geht hier mit dem denkbar schlechtesten Ansatz voran, wenn man das de facto mit einem Strich erledigt und gerade mal eine Million überbleibt als Alibi.

Ebenfalls nicht wesentlich höher dotiert und in diesem Fall aber zumindest erfreulich angestiegen ist das Frauenreferat, das wir ebenfalls im Kapitel 4 vorfinden. Es ist zwar ein langsames und stetiges Wachsen, aber immerhin ein Wachsen um weitere 200.000,- Schilling auf 1,1 Millionen. Allerdings natürlich völlig unzureichend. Und auch hier nur ein Vergleich mit zwei Posten, die ich in sich auch nicht angreifen möchte, die aber als Vergleich zeigen, wo die Schwerpunkte liegen, und wie und mit welchen Schwerpunkten sich hier die Politik in Zahlen ausdrückt. Wenn allein für Dienstkraftwagen der Straßenbauabteilung 2 Millionen zur Verfügung stehen oder wenn Ausbildungs- und Prämierungszahlungen und -Kosten für die Landarbeiterkammer mit 3 Millionen dotiert sind, dann ist das Frauenreferat mit 1,1 Million natürlich ein wenig klein geraten. Ich bedaure das auch deswegen, weil wir gerade in den letzten Monaten, ja eineinhalb Jahren ein massives Problem haben, wo immer wieder Frauenberatungsstellen, Fraueninitiativen und Projekte, Mädchenausbildungs- und Betreuungsprojekte über Finanznöte klagen und das Programm deutlich reduzieren wenn nicht sogar zusperren müssen. Das heißt, daß hier die Frauenpolitik sich, in Geld ausgedrückt, sehr, sehr zurückzieht. Das hängt natürlich auch mit einer Entwicklung im AMS zusammen. Das ist nicht Landeskompetenz, auch wenn ich mir hier mehr Mittel für die Arbeitsmarktförderung in Niederösterreich wünschen würde. Aber wir müssen auch festhalten, daß das AMS hier eingesprungen war für Aufgaben, für Projekte, die mangels einer finanziellen Ausstattung durch das Land sonst keine Finanzierung gefunden hätten.

Es geht um Aufgaben, die ursächlich das Land Niederösterreich wahrzunehmen hätte. Wie im Bereich der Frauenpolitik und Beratungsstellen. Wie auch, und wir werden später noch darauf kommen, im Bereich der Kinderbetreuung und der selbständigen Kindergruppen. Wie im Bereich von Sozialprojekten und Initiativen. All das sind Aufgaben, die infolge ihrer Vernachlässigung durch das Land Niederösterreich eine Art Not- und Zwischenfinanzierung im AMS gefunden haben, was nicht wirklich ursächlicher Sinn des AMS war. Und die jetzt vor einer existentiellen Krise, wenn nicht vor dem Ende stehen, nachdem sich das AMS zurückzieht und das Land Niederösterreich nach wie vor seiner ursächlichen Aufgabe nicht nachkommt. Hier ist eine deutliche Erhöhung der Mittel für solche Projekte insbesondere im Bereich der Frauenarbeit zu fordern, die mit den vorhandenen Aufstockungen leider noch weitab nicht abgedeckt sind.

Lassen Sie mich noch zu einem Punkt kommen, der in Niederösterreich unbefriedigend ausfällt, de facto zu diesen Minderheiten zählt, die immer wieder in einem Atemzug aufgezählt werden, Frauen, Kinder und Jugendliche. Im Bereich der Jugendpolitik haben wir nicht zuletzt in

unserer Erarbeitung eines Lebensqualitätskatasters für Niederösterreich auch die Jugendversorgung, das Vorhandensein von Jugendzentren, von Maßnahmen der Jugendpolitik überprüft und sind dabei über weite Strecken für viele Bezirke zu einem leider sehr traurigen Urteil gekommen. Es gibt nur wenige Jugendzentren in Niederösterreich. Diese Zahl steht in keinem Verhältnis zur Größe des Bundeslandes. Es gibt vor allem eklatanten Nachholbedarf, in dem was moderne Jugendarbeit ausmacht. Ich nenne nur als Beispiele *streetwork*, mobile Jugendarbeit. Wir merken auch, daß zwar Gemeinden immer wieder gesprächsbereit sind, wenn es um Jugendzentren geht. Doch in dem Moment, wo klar wird, es handelt sich um offene Jugendarbeit, wächst die Zurückhaltung und es beschleicht einen manchmal der Eindruck, unter Jugendarbeit versteht man nach wie vor fast ausschließlich das ehrenamtliche Zusammenkommen von Jugendlichen innerhalb einer traditionellen Jugendorganisation oder eines Sportvereines. Ich will diese Bereiche sicher nicht schmälern. Ich wünsche mir darüber hinaus aber auch eine deutliche Verstärkung der Jugendarbeit über Jugendzentren und offene Jugendarbeit. Und ich glaube, daß man hier verstärkte Initiativen setzen muß, um Freiräume für die Entwicklung, und zwar selbstbestimmte Entwicklung von Jugendlichen im Sinne auch einer, wenn man so sagen will, sozialen Prävention zu gestalten. Und für das einzustehen, was wir auch beanspruchen: Daß die Jugend ihre Entfaltungsmöglichkeit und ihre Mitspracherechte wahrnehmen kann und das nicht nur in einem Sportverein.

Zum letzten Punkt, zur Tagesbetreuung bzw. Kinderbetreuung. Ich habe hier gestern bei Kapitel 2 schon auf bestehende Defizite hingewiesen. Ich darf daher nur ganz kurz zusammenfassen, welche Probleme uns hier primär betreffen, die jetzt explizit sich auf Kapitel 4 und den Tagesordnungspunkt Tagesbetreuung beziehen. Wir haben in der Tagesbetreuung mit dem System der Tagesmütter zwar eine deutlich flexible Einrichtung geschaffen, allerdings stellen wir fest, daß Tagesmütter über weite Strecken, über überwältigend weite Strecken keine soziale Absicherung erfahren haben - bis heute. Das sind Arbeitsverhältnisse, die so auf Dauer nicht hinzunehmen sind! Eine wertvolle Initiative wird auf diese Art und Weise entwertet.

Es ist auch ein wenig unverständlich, vielleicht als Randbemerkung, warum man als Tagesmutter arbeiten kann, so lange die Kinder in einem bestimmten Alter sind, darüber hinaus aber nicht mehr. So, als wäre sämtliches pädagogische Wissen, das man aus der eigenen Kinderbetreuung erworben hat, dann mit einem Schlag von einem Stichtag auf den nächsten Tag verlorengegangen. Und ich würde anregen, doch hier noch einmal darüber nachzudenken, ob man das nicht anders gestalten sollte.

Der zweite große Bereich: Es gibt nach wie vor trotz der Bemühungen im Kindergartenbereich, die wir gestern diskutiert haben, Betreuungslücken und zusätzliche Betreuungswünsche, denen nicht nachgekommen wird. Es gibt Betreuungslücken zu Mittag. Wir haben das erhoben. Laut unseren Daten sind in etwa 300 Kindergärten mittags keine Betreuungsmöglichkeiten vorgesehen. Es gibt Nachmittagsbetreuungslücken. Und es gibt daher als eine neue Initiative der Kinderbetreuung als Tagesbetreuung sowohl im Kindergartenalter als auch für Kinder vor dem Kindergartenalter, dort noch in wesentlich größerem Umfang, weil dort die Betreuungslücken noch größer sind, die Initiative, über Kindergruppen diesen Engpässen Abhilfe zu schaffen. Ich habe gestern auf die schlechte Dotierung von Kindergruppen hingewiesen. Insbesondere auf jene, die sich nicht in einem größeren Verband organisiert haben, sondern als Elterninitiativen selbstverwaltet arbeiten. Und ich möchte hier einen Resolutionsantrag, abgewandelt und auch, um der Form zu entsprechen, sich nur auf die Tagesbetreuung beziehend, einbringen und darf diesen Antrag zur Verlesung bringen *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zur Gruppe 4 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg.50/V-6, betreffend Tagesbetreuung.

Die Kinderbetreuung ist eine der zentralen gesellschaftlichen Aufgaben, die sowohl für das Wohl der Kinder als auch für die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Lebensgestaltung der Eltern vorrangig ist. Ein besonders enger Zusammenhang besteht in Niederösterreich auf Grund der vorhandenen Defizite auch zwischen der Arbeitslosigkeit und hiebei wiederum besonders der Langzeitarbeitslosigkeit von Frauen und dem Fehlen von ausreichenden Möglichkeiten der Kinderbetreuung.“ - Jetzt kommt der geänderte Teil:

„Zu jenen Problemen, mit denen sich viele Mütter und Väter konfrontiert sehen, zählen zu wenig flexible Kinderbetreuungszeiten, Betreuungslücken zu Mittag oder am Nachmittag, weitaus zu wenig Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Während in einem Teil der Fälle das System der Tagesmütter - von denen allerdings

nach wie vor viel zu wenige die notwendige soziale Absicherung genießen - Abhilfe schaffen kann, versuchen in anderen Fällen Elterninitiativen mit selbstverwalteten Kindergruppen dem Problem mit aktiver Selbsthilfe beizukommen.

Diese freien Kindergruppen haben allerdings mit einer anhaltend schwierigen finanziellen Lage zu kämpfen, die aus der Ungleichbehandlung eines Betreuungsplatzes in der Kindergruppe mit einem Platz im Kindergarten resultiert. Nur wenn der Bürgermeister den Bedarf bestätigt, gibt es öffentliche Mittel für die Kindergruppe. Und selbst dann nur im viel zu geringen Umfang: je S 310,- von Gemeinde und Land pro Betreuungsplatz. Dem stehen jeweils mehrere tausend Schilling an öffentlichen Ausgaben pro Kindergartenplatz gegenüber. Das ist nicht nur eine Unausgewogenheit, die prinzipiell zu hinterfragen wäre, sondern auch ein akutes Problem, das immer wieder Kindergruppen existentiell gefährdet und somit eine flexible und erfolgreiche Form der Kinderbetreuung erschwert.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt

- eine finanzielle Absicherung der bestehenden und gefährdeten Kindergruppen vorzunehmen,
- eine vor allem zeitliche Flexibilisierung der Kinderbetreuung und zu diesem Zweck die verstärkte Förderung von Kindergruppen sicherzustellen,
- eine Annäherung der finanziellen Stützung für Betreuungsplätze in Kindergruppen an jene in Kindergärten auszuarbeiten und vorzunehmen."

Ich hoffe, daß dieser überarbeitete und einigen Wünschen auch entgegenkommende Antrag, wenn wir zur Abstimmung kommen, die Zustimmung findet. Danke schön. *(Beifall bei den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile der nächsten Rednerin, Frau Abgeordneten Rosenkranz das Wort.

Abg. ROSENKRANZ *(FPÖ)*: Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Gruppe ist wieder gewachsen und innerhalb der Gruppe ist der Anteil der seniorengebundenen Budgetanteile gewachsen. Das ist jedes Jahr so, das wird auch im nächsten Jahr so sein. Wir kennen die demographische Entwicklung. Es ist uns natürlich so wie allen hier ein großes Anliegen, daß die Alten in unserer Gesellschaft eine würdige Pflege erfahren. Und das ist auch der Grund, warum wir diesen unvermeidlichen Kosten zustimmen und diese Budgetgruppe unsere Zustimmung erhält.

Zwei Möglichkeiten der Altenpflege gibt es. Sie sind beide natürlich enthalten. Es ist die institutionelle Pflege in den Heimen, und es ist die Pflege in der Familie, die durch soziale und sozialmedizinische Dienste unterstützt wird. Es ist gut, daß dieser Anteil wächst. Ich darf nur darauf hinweisen, hier hat man eben diesen Weg gewählt, den wir auch für die Erziehung von Kindern wählen wollten, nämlich den Weg, die Person selbst zu fördern, die Flexibilität zu garantieren. Wir meinen, wenn eben hier die Pflege in den Familien mit Hilfe des Pflegegeldes forciert werden soll, so sollte man eben auch den Kinderbetreuungsscheck nicht aus der Diskussion lassen.

Zur Pflege in den Familien ist es natürlich notwendig, daß Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wir wissen, daß pflegende Angehörige durch die lange Zeit der Pflege und durch die Intensität der Pflege sehr oft auch sehr mitgenommen werden. Es ist gut, daß hier auch daran gedacht ist, psychologische Hilfe für diese pflegenden Angehörigen zu schaffen. Ich denke, daß es nicht nur aus humanen, sondern auch aus ökonomischen Gründen ganz wichtig ist, daß man diesen Pflegebereich noch verstärkt. Und ich darf hier eine Anregung geben und einen Resolutionsantrag einbringen *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz und Mayerhofer zur Gruppe 4 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Berücksichtigung privater Pflegeleistungen von pflegenden Angehörigen zur Erlangung eines Pensionsanspruches.

Solidarität zwischen den Generationen, insbesondere im Rahmen der Familien ist der tragende Pfeiler einer menschlichen und sozialen Gesellschaft. Die Pflege alter und kranker Menschen stellt diesbezüglich einen unverzichtbaren Beitrag dar. Würden diese Leistungen vorrangig von öffentlichen oder privaten Institutionen bewältigt werden, wären diese Leistungen, nicht zuletzt wegen der aktuellen demographischen Entwicklung kurzerhand unfinanzierbar.

De facto fällt die Aufgabe der Alterspflege in den Familien den Frauen zu, die meist schon auf Grund ihrer erzieherischen Tätigkeit pensionsrechtliche Nachteile erdulden müssen. Pflegende Angehörige sind in der Praxis daher allzuoft vor die Entscheidung gestellt, sich einer effektiven Alterspflege anderer Personen, oder der Absicherung der eigenen Pension zu widmen. Dieser Zustand erscheint aus humanen, wie auch ökonomischen Gesichtspunkten bedenklich.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden um zu erwirken, daß die gegenwärtige Rechtslage dahingehend novelliert wird, daß private Pflegeleistungen von Angehörigen beim Erwerb von Pensionsberechtigungen angemessen berücksichtigt werden."

Ich bitte Sie um Unterstützung für diesen Antrag.

Der zweite große Bereich im Sozialbudget, der natürlich wesentlich geringer dotiert ist, ist sozusagen der investive Bereich, der familienpolitische Bereich. Denn es ist ja eine Banalität, jede Altersversorgung kann nur so gut sein wie der Generationenvertrag hält, auf dem sie beruht. Es gibt einen berühmten Satz von Markenroth, jeder Sozialaufwand wird aus dem laufenden Volkseinkommen entnommen. Man kann das nicht gerne hören wollen, den Zusammenhang abschaffen wird man nicht. Und insoferne ist es jetzt eben interessant, inwieweit investiert man in die eigene Zukunft, auch in die eigene Altersversorgung, in dem man in Familienpolitik investiert.

Wir haben gehört, daß in diesem Budget die familienpolitischen Posten um drei Millionen gestiegen sind. Das halte ich nicht für sehr viel. Es wurde darauf bezug genommen, daß das dennoch passiert ist, obwohl es zu einer Reform der Familienbesteuerung kommt. Und da möchte ich dann doch etwas dazu sagen.

Erstens einmal, das halte ich grundsätzlich fest, ist diese Steuerreform ja nicht eine Begünstigung der Familien, sondern das vom Verfassungsgerichtshof vorgeschriebene Ende, die Beendigung einer steuerlichen Diskriminierung der Familien. Es ist so, daß man den Familien etwas, was man ihnen bis jetzt zu Unrecht entzogen hat, nun zugesteht. Aber wie schaut es jetzt auf Bundesebene mit den Familienleistungen grundsätzlich aus? Man hat diese Steuerreform als großen Fortschritt gefeiert. Ich darf zum Jahr 1994 kommen, wo man ganz entscheidende familienpolitische Einschnitte gemacht hat. Das war das erste Sparpaket. Ich meine, es war gerade für die jungen Familien ein enormes Belastungspaket. Ich darf den Zeitraum für ein Kind von null bis sechs Jahren nehmen. 1994 hat man abgeschafft: Die Geburtenbeihilfe, in Summe waren das von null bis sechs Jahren 18.000,- Schilling. 1994 hat man abgeschafft ein halbes Karenzjahr, etwa 36.000,- Schilling. Und man hat im Verhältnis zu vorher die Familienbeihilfe um 100,- Schilling im Monat gekürzt. Hochgerechnet auf eben diese sechs Jahre, auf die ich mich beziehe von null bis sechs sind das 7.200,- Schilling. Das heißt, im Verhältnis zu der Zeit vor 1994 haben Familien für die ersten sechs Lebensjahre eines Kindes um 61.200,- Schilling weniger bekommen! Mit der Familiensteuerreform, die 3.000,- Schilling jetzt einmal bringen wird, werden das im Laufe von sechs Jahren 18.000,- Schilling plus sein. Die Geburtenbeihilfe hat man wieder mit 2.000,- Schilling eingeführt, also 20.000,-. Das heißt im Verhältnis zu der Zeit von vor 1994 haben Familien 41.200,- Schilling verloren. Und ich kann es so nicht sehen, daß das ein Fortschritt sein soll. Und es wundert mich auch nicht, daß die Geburtenrate von katastrophalen 1,4 Prozent auf wirklich jetzt desaströse 1,25 Prozent herabgesunken ist.

Es wundert mich nicht! Denn aus allen unseren Umfragen geht hervor, daß die von den jungen Menschen gewünschte Kinderzahl in keiner Weise mit der tatsächlichen Kinderzahl übereinstimmt. Damit ist ja wohl eines klar: Es muß an den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen hängen. Und man hätte das ja schon vor dem österreichischen Beispiel wissen können. Ich beziehe mich auf Schweden. Auch dort unterliegt die Geburtenrate im Lauf der letzten zehn Jahre einer großen Schwankung. Man hat 1986 das Karenzgeld ganz enorm ausgebaut. Die Geburtenrate ist über zwei Prozent gestiegen. Und man hat dann, glaube ich, 1994 gekürzt und sie ist wieder auf in etwa unser Niveau hinuntergefallen. Und ich darf das einmal betonen, wenn es immer im Zug auf die nordischen Länder anders gesagt wird: Die Situation der Kinderbetreuungseinrichtungen ist in diesem Zeitraum vollkommen gleichgeblieben. Es hat sich ausschließlich um familienpolitische Maßnahmen pekuniärer Art gehandelt, die sich hier verändert haben. Und ich denke, wenn es uns nicht gelingt, hier eine Trendwende herbeizuführen und wenigstens eine Geburtenrate zu erzielen, die eine ausgeglichene Bevölkerungsentwicklung sicherstellt, dann brauchen wir uns über andere Dinge den Kopf gar nicht mehr zu zerbrechen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt die Frau Abgeordnete Egerer.

Abg. EGERER *(ÖVP)*: Herr Präsident! Hoher Landtag!

Vorweg vielleicht einmal ein paar Sätze zur Frau Kollegin Weinzinger, zu den Tagesmüttern, zum Thema Tagesmütter. Die Praxis sieht nämlich etwas anders aus. Tagesmütter - es gibt sehr wohl Tagesmütter, die angestellt sind. Aber ein Großteil der Tagesmütter will einen freien Werkvertrag. Und es wird ständig abgefragt, ich glaube, nur so kurz zur Flexibilität der Tagesmütter. Aber mein ganz spezieller Debattenbeitrag zur Gruppe 4 sind die NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime. Der Bedarf im Pflegebereich ist ständig steigend. Wir alle wissen, daß der Anteil der älteren Generation ständig zunimmt. Noch nie sind so viele Menschen so alt geworden wie heute. Und das bei insgesamt hervorragender Gesundheit.

Zurückzuführen ist das natürlich zu den steigenden Lebenserwartungen, vor allem auf die immer besser werdende medizinische Versorgung. Gleichzeitig unterliegt aber auch unsere Gesellschaft einer starken Veränderung. Obwohl noch immer - und die Frau Kollegin Vladyka hat es bereits gesagt - über 80 Prozent von Familienangehörigen zu Hause gepflegt werden, nimmt doch auch gerade die häusliche Pflege immer mehr ab. Das sind eben die veränderten Lebensbedingungen. Auf der einen Seite die Berufstätigkeit der Frauen, die Veränderung der Familienstruktur usw. Als eine Folge nimmt die Zahl der Personen, die Hilfe brauchen, immer mehr zu. Diese Menschen sind natürlich ganz besonders auf öffentliche Einrichtungen angewiesen. Durch unsere sozialen Betreuungsdienste, die das Land anbietet, wird den älteren Menschen auch die Möglichkeit geboten, so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden zu bleiben. Was wiederum natürlich deren Wohlbefinden wesentlich steigert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Krankheit und Pflegebedürftigkeit kann man sich leider nicht aussuchen. Und vor dem Alter bleiben wir alle auch nicht verschont. Durch die Verschiebung der Altersstruktur sinkt der Kinderanteil von den unter 13jährigen immer mehr ab. Jedoch die Anzahl der über 60jährigen nimmt stark zu. Natürlich entstehen dadurch auch im Pflegebereich ständig größere Anforderungen. Umso wichtiger ist es, gut eingerichtete Pflegeheime zu haben, deren Personal fachlich aber auch menschlich allen Anforderungen entspricht. Und ich glaube, gerade auf das Menschliche muß man besonderen Wert legen. Das Ausbau- und Investitionsprogramm für die Jahre von 1993 bis 2002, das seinerzeit beschlossen wurde, umfaßt Neubauten und vor allem die Umstrukturierung bestehender Einrichtungen von Wohn- auf Pflegebetten. Im allgemeinen geht man von der Zahl der Wohnbetten zurück, das natürlich in erster Linie durch den flächendeckenden Ausbau der Hauskrankenpflege, und auch das hat meine Vorrednerin, die Frau Kollegin Vladyka schon erwähnt, ist das darauf zurückzuführen. Beispielsweise waren im Jahre 1997, im vergangenen Jahr, über 88 Prozent der Heimbewohner bereits pflegebedürftig. Daß dadurch in den bestehenden Heimen bauliche Maßnahmen gesetzt werden müssen, ist unumgänglich und ist natürlich auch für die Pflegequalität äußerst notwendig. Baumaßnahmen wie die Verringerung der Bettenanzahl in den einzelnen Zimmern oder feuerpolizeiliche Auflagen müssen erfüllt werden. In manchen Häusern werden die Auflagen längst nicht mehr so erfüllt wie es sein sollte.

Bei vier neuen Heimen, die in den Sommermonaten heuer schon in Betrieb gehen, ist natürlich schon längst Rücksicht genommen worden. Die neuen Heime sind Berndorf, Wilhelmsburg, Vösendorf und Neunkirchen, was wiederum insgesamt 430 zusätzliche Betten bedeutet. Nicht zu vergessen sind natürlich auch die Dauerarbeitsplätze, die dadurch geschaffen werden. Das werden in der Regel so zirka über 50 Arbeitsplätze pro Pflegeheim sein. Was wiederum aber auch beweist, daß der Dienstleistungsbereich noch eine gewaltige Ausweitung zu erfahren hat. Hier ist noch ein Potential für den Arbeitsmarkt. Das Ausbau- und das Investitionsprogramm für die Jahre 1993 bis 2002 besteht in Summe aus über 4.209,520.000,- Schilling. Das laufende Ausbauprogramm mit einem Rahmen von 1,3 Milliarden wird durch jährliche Landesmittel von 85 Millionen, dem Investitionszuschlag und Mitteln der Investitionsrücklage finanziert. Dazu kommen noch Projekte aus den Strukturmitteln. Gleichzeitig werden aber auch in diesem Rahmen 2.192 zusätzliche Pflegebetten geschaffen. Das ergibt eine Gesamtzahl von 4.925 Pflege- und Betreuungsplätzen bis zum Jahr 2002 - immer bis zum Jahr 2002 - was ein Plus von insgesamt 900 Betten zum derzeitigen Stand bedeutet.

Trotz der gut eingerichteten Pflegeheime werden aber auch ständig steigende Anforderungen an das Betreuungspersonal gestellt. Es ist nicht nur fachliches Können wichtig, sondern auch ein hohes Maß an persönlichem Engagement. Und immer neue Angebote und Aufgabenbereiche müssen daher auch bewältigt werden. Beispiels-

weise im Therapiebereich, oder die Kurzzeitpflege, wo kurzzeitig - auch das hat meine Kollegin schon erwähnt - eine Pflege übernommen werden kann. Hauptsächlich natürlich, wenn Angehörige einmal Urlaub machen oder irgendwo kurzfristig durch Krankheit ausfallen. In allen unseren Pflegeheimen sind derzeit zwei bis drei Betten für Kurzzeitpflege reserviert. Das Pflegegeld, auch das wurde heute schon lobend erwähnt, ist dazu eine zusätzliche hilfreiche Einrichtung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Land Niederösterreich hat es sich zur Aufgabe gemacht, in der Sozialpolitik Schwerpunkte zu setzen. Auf der einen Seite im Bau von Pensionisten- und Pflegeheimen. Dadurch werden aber auch gewaltige Summen investiert, die in erster Linie unseren älteren Mitbürgern zugute kommen. Sie sind aber auch ein ganz wichtiger Wirtschaftsfaktor. So ist beispielsweise der Neubau in St. Pölten, wo derzeit mit den Bauarbeiten begonnen wurde, ein Beispiel dafür, daß man Heime nicht irgendwo isoliert hinstellt, sondern integriert in das Stadtbild, für alle gut und leicht zugänglich. Und ich glaube, das ist auch ganz ein wichtiger Punkt: Für alle leicht erreichbar. Es wird aber auch erstmals möglich sein, Tagespflege zu beanspruchen, wo man den alten Menschen am Morgen hinbringt und abends wieder abholen kann. Auch das ist ein neues Projekt. Was auch wiederum eine Hilfestellung und Entlastung für die Angehörigen bedeutet. Dieses neue Heim in St. Pölten ist für 135 Betten und eine Betreuungsstation und drei Pflegestationen, die dort eingerichtet werden, geplant. Die Kosten belaufen sich auf zirka 170 Millionen, die Fertigstellung wird im Jahr 2000 erfolgen.

Unser System der sozialen Sicherheit wird immer häufiger in Frage gestellt und in der Öffentlichkeit auch sehr unsachlich diskutiert. Besonders die stationären Einrichtungen, wir alle wissen das, stehen oft im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen und Anschuldigungen. Durch die Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung hat sich eine neue Situation ergeben. Durch die Verkürzung von Spitalsaufenthalten und die frühzeitige Entlassung der Patienten sind diese in vielen Fällen auf zusätzliche Pflege angewiesen. Und ganz besonders alte Leute, die alleine leben, stehen dadurch vor einem neuen Problem. Wie die Erfahrungen in den letzten Jahren gezeigt haben, ist dies der Fall zum Beispiel nach Schlaganfällen, Herzinfarkten oder auch nach Operationen. Speziell dann wird eben eine Überbrückung gesucht. Wir werden daher in Zukunft mit den Sozialversicherungsträgern Diskussionen führen müssen, wie wir dieser Auslagerungsproblematik entgegenwirken können. Dabei, glaube ich, kommt eine ganz besondere Aufgabe auf die Pflegeheime zu. Die Heime werden spezifisch auf diese Bedarfssituation reagieren müssen. Und man wird sich auch überlegen müssen, eine Vernetzung zu finden von der stationären Betreuung in Krankenhäusern und eben der Nachbehandlung. Hier ein System zu finden, das auch finanziell tragbar ist, das ist, glaube ich, die Schwierigkeit. Ich möchte daher einen Resolutionsantrag stellen *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Egerer und Vladyka zur Gruppe 4 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Auslagerungsproblematik im Zusammenhang mit der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung.

Mit 1. Jänner 1997 wurde auf Grundlage einer Artikel 15a B-VG-Vereinbarung zwischen dem Bund und den Bundesländern die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung eingeführt. Nach einem eineinhalbjährigen Erfahrungszeitraum mit diesem neuen System hat sich gezeigt, daß die Verweildauer in den Krankenanstalten im Vergleich zum bisherigen System der Pauschalabgeltung von Leistungen reduziert wurde. Das bedeutet unter anderem, daß die Patienten früher als bisher aus den Krankenanstalten entlassen werden.

Insbesondere im Bereich der Intensiv- und Übergangspflege in den stationären Pflegeeinrichtungen sind diese Auswirkungen zu spüren. Dies hat z.B. zur Folge, daß die Betreuung intensiv pflegebedürftiger Menschen in den Pflegeeinrichtungen, aber auch die temporäre bzw. kurzfristige Betreuung zwischen dem Aufenthalt in einem Krankenhaus und der Betreuung zu Hause deutlich zugenommen hat.

Diese Art der Auslagerung von Leistungen auf Einrichtungen außerhalb der Krankenanstalten hat somit zur Folge, daß auch Aufwendungen, die bisher von den Krankenanstalten bzw. den Sozialversicherungsträgern erbracht wurden, nunmehr aus anderen Mitteln bestritten werden müssen. Diese neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Schaffung neuer Formen der Pflege (Intensiv- und Übergangspflege) hat auch zur Folge, daß die Sozialhilfe mit erheblichen Mehrkosten konfrontiert ist. Es ist daher gerechtfertigt, daß auch die Sozialversicherungsträger neben den bereits bisher erbrachten Lei-

stungen verstärkt in die Mitfinanzierung für diese neuen Aufgaben einzubinden sind.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, mit dem NÖ Gesundheits- und Sozialfonds und den Sozialversicherungsträgern Verhandlungen aufzunehmen, um eine erweiterte Kostenbeteiligung an diesen neuen Formen der Pflege, die sich aus dieser Aufgabenverlagerung ergeben, zu erreichen."

Ich bitte Sie, diesem Antrag auch zuzustimmen.

Hoher Landtag! Stationäre Einrichtungen gewinnen immer mehr an Bedeutung und werden auch immer notwendiger. Alter, Krankheit und Pflegebedürftigkeit kann man sich leider nicht aussuchen sondern man wird vor Tatsachen gestellt, die mit Hilfe unserer Gesellschaft und natürlich auch der öffentlichen Hand bewältigt werden müssen. Ich möchte Ihnen abschließend noch Konrad Seidl zum Thema Alter zitieren: Wir Österreicher haben mit dem Alter generell kaum Probleme. Auch nicht mit den Alten - noch nicht. Denn die Senioren werden immer älter und immer mehr. Das macht das Phänomen des Alters teuer. Die künftige Gesellschaft wird von Senioren geprägt sein. Gestalten müßte man sie schon jetzt. Denn die Alten, von denen man sich künftig nicht nur finanzielle Probleme erwartet, sind selber die Aktiven von heute. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Gebert.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Michalitsch das Wort.

Abg. Dr. MICHALITSCH *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte in der Gruppe 4 das Thema Wohnbau behandeln und habe das Thema schon in den letzten fünf Jahren, in meiner ersten Landtagsperiode, als sehr positives Thema bei mir im Bezirk erlebt. Jeder, der damit zu tun hat, weiß, wieviel Hoffnungen, Freude mit dem Hausbau verbunden ist. Jeder versucht sich ein Heim zu schaffen. Und ich glaube, es ist ein sehr schöner Politikbereich, der zur Unterstützung dieser Grundbedürfnisse der Menschen hier im Land Niederösterreich seit vielen Jahren sehr positiv besteht.

Es ist hier Siegfried Ludwig zu nennen als Vater der Wohnbauförderung und auch Präsident Mag. Freibauer, der, jetzt dieses Amtes ledig, das Seine getan hat, dem Wohnbau in Niederösterreich seinen Stempel aufzudrücken. Und wenn Präsidenten vielleicht einmal Memoiren schreiben, so könnte Präsident Mag. Freibauer so wie Heinrich Drimmel seinerzeit mit „Die Häuser meines Lebens" ein sehr umfangreiches Buch schreiben.

Die Bilanz der letzten fünf Jahre beträgt sage und schreibe 125.000 Wohneinheiten, die mit der Wohnbauförderung in Berührung kamen. Davon rund 90.000 Neu-, rund 42.000 Wohneinheiten im Eigenheimbereich und 25.000 im großvolumigen Bereich. Insgesamt geht es um eine Investitionssumme von rund 100 Milliarden Schilling, die durch diese rund 6 Milliarden Schilling jährlich ausgelöst wurde. Ich glaube, daß das sehr wirksam ist und daß die Wohnbauförderung damit auch an der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Bundeslandes einen sehr wesentlichen Anteil hat.

27.000 Arbeitsplätze, kann man sagen, werden im Wohnbau jährlich gesichert. Und wenn man sich bei einem Spatenstich oder einer Gleichenfeier oder einer Übergabe bewegt, sieht man, wie viel klein- und mittelständische Betriebe hier unmittelbar profitieren. Praktisch die gesamte lokale Wirtschaft ist in so einen Wohnbau einbezogen. Und man kann mit Fug und Recht sagen, daß es kaum einen anderen Förderungsbereich gibt, der so sehr für die regionale Wirtschaft wirksam wird und daher Beschäftigung auch im eigenen Land schafft.

Wir haben in den letzten fünf Jahren nicht nur sozusagen von der Zahl der Bauten her eine gewaltige Entwicklung gehabt, wir haben auch eine Umstellung des Fördersystems miterlebt. Das FM '93, wie es heißt, nach seinem Initiator im Volksmund „Freibauer-Modell" genannt, hat eben diese interessante Balance geschaffen. Weitverbreitet, praktisch und mit guten Gründen hat es diese Balance geschafft zwischen der Subjekt- und der Objektförderung. Die Subjektförderung ist das, was wir uns eigentlich wünschen müssen, das Eingehen auf die individuellen Bedürfnisse. Und die Objektförderung ist einfach notwendig, um eine Basis zu schaffen, damit Bauträger, damit die Bauwirtschaft mit einer gewissen Grundförderung rechnen kann und ein Angebot bieten kann.

Ich glaube, daß unser Modell vorbildlich geworden ist, und, wie heute zu zeigen sein wird, auch auf die aktuellen Bedürfnisse sehr gut angepaßt werden kann. Es gab ja schon zu Ende der letzten Periode Resolutionsanträge in diesem Hohen Haus, die sich mit dem Thema befaßt ha-

ben. Am 9. Oktober 1997 gleich zwei Stück, die eingebracht und abgestimmt wurden. Im wesentlichen geht es um einige Punkte, die auch heute Gegenstand eines Resolutionsantrages sein sollen, den der Herr Kollege Klubobmann Koczur dann einbringen wird und den wir gemeinsam jetzt im Vorfeld dieser Sitzung erarbeitet haben. Da geht es um ein paar Grundsätze wie insbesondere die Ökologie, die im großvolumigen Wohnbau in das Regelförderungsmodell übernommen werden soll. Es gab ja im bisherigen Öko-Förderungsmodell schon die Summe von 200,- Schilling pro Quadratmeter Wohnnutzfläche und mehrere Pilotprojekte. Wir glauben, daß wir diese Ökoförderung jetzt auch im großvolumigen Wohnbau in das Regelförderungssystem übernehmen sollten. Und auch im kleinvolumigen Wohnbau, wo sie angelaufen ist, noch weitere Impulse setzen sollten, damit diese Öko-Wohnbauförderung wirklich ganz stark und flächendeckend greift.

Wenn man unseren Wohnbau kennt, weiß man, es ist ein bißchen ein heikles Kapitel. Jeder baut möglichst jung und hat dann Probleme, das alles zu finanzieren. Und die langfristige Konsequenz der Betriebskosten, der Heizkosten wird oft unterschätzt. Daher ist es ganz wichtig, hier auch Beratung zu gewähren und in der Startphase zu helfen, weil ja die Mehrkosten in der Startphase durch die geringeren Betriebskosten dauerhaft und nachhaltig kompensiert werden. Ich nenne gleich an dieser Stelle auch die Arbeit der Umweltberatung, die sich ja draußen auch präsentiert. Ich glaube, Bewußtseinsbildung ist hier ganz besonders wichtig und diese Seminare sind sehr positiv. Positiv ist auch, daß sich die Wohnbauträger jetzt mit den Energiekennzahlen langsam auf dieses ökologische Bauen einstellen.

Der nächste Punkt ist die Überprüfung der Kategorien 35, 50, 70 Quadratmeter. Es gibt da Wünsche nach einer passenden Wohnung mit zwei Kinderzimmern, das ist mit 70 Quadratmeter nicht so einfach. Auch wenn man mit dem System, überhaupt jetzt mit den geringen Zinsen, ja sehr wohl auch 80-, 90-m^2-Wohnungen finanzieren kann, wie die Praxis zeigt und wir überdies auch die Möglichkeit haben, zwei Wohnungen zusammenzulegen, ab drei Kindern, was in der Praxis auch funktioniert.

Die Superförderungstabellen haben den Vorteil, leicht angepaßt werden zu können. Das ist ein sehr flexibles Instrument. Und ich glaube es ist an der Zeit, hier auf die Gottseidank geänderten Einkommensbedingungen einzugehen. Das soll in nächster Zeit erfolgen, ist auch Bestandteil dieser Resolution. Letztlich geht es darum, Ökologie nicht nur im Neubau zu verankern, sondern auch in der Althaussanierung. Weil die Masse unseres Häuserbestandes ja schon existiert. Und hier soll großvolumig und kleinvolumig ein Akzent gesetzt werden.

Diese vier Schwerpunkte waren in den Landtagsanträgen von seinerzeit schon enthalten. Ich freue mich, daß es jetzt möglich ist, das noch einmal im Landtag zu bekräftigen. Es wird damit den Intentionen der neuen Wohnbaureferentin, der Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop, schon Rechnung getragen. Sie hat, seit April im Amt, ja schon auf Vorarbeiten des früheren Landesrates Mag. Freibauer aufbauen können. Ich habe solche Papiere schon gesehen. Aber ich bin sehr froh, daß wir relativ allgemeine Formulierungen gefunden haben. Weil die derzeitige Situation im Wohnbau, wo wir mit der Umstellung auf das Zinsenzuschußsystem natürlich im Moment Geld in Hülle zur Verfügung haben - wir können, ja wir müssen jetzt Rücklagen bilden - darf uns nicht dazu verleiten, daß wir sagen, was kostet die Welt, wir bauen jetzt die Fördersysteme sozusagen nach dem, was wir uns alle wünschen, aus. Und übersehen dabei, daß das ja verbindliche Zusagen sind, die wir 25 Jahre mitnehmen. Und die dann die künftigen Generationen belasten, weil diese Zusagen natürlich nicht mehr zurückgenommen werden können. Daher ist es gut, jetzt diese Modelle nach den hier skizzierten Eckpfeilern gründlich zu diskutieren und im Herbst dann in Geltung zu setzen.

Was ist noch zu nennen im Wohnbaubereich? Ich glaube, daß es ein paar sehr interessante Initiativen gibt. Eine möchte ich nennen, die betrifft die Wohnungsförderungsabteilung, die nicht nur mit den Außenstellen sehr bürgernah agiert, sondern auch die neuen Medien genutzt hat. Sie ist meines Wissens die erste Abteilung, die im Internet interaktiv vertreten ist. Das heißt, entsprechend ausgestattete Bürger - und das sind gerade die jüngeren immer mehr - können sich alle Förderungsvoraussetzungen aus dem Internet holen, aber auch gleichzeitig via Internet mit dem Amt kommunizieren. Und daher, so wie es auch generell der Leitspruch ist, näher zum Bürger, schneller zur Sache, schneller zur Förderung kommen. Ich glaube, daß diese Initiativen sehr hervorzuheben sind.

Eine zweite gute Aktion ist die Baurechtsaktion, die sich im ganzen Land in den Gebieten, wo der Siedlungsdruck nicht ohnedies vorhanden ist, sehr bewährt und jungen Familien zu einem kostengünstigen Bauplatz verhilft. Es ist auch die Initiative der Öffentlichkeitsarbeit sehr positiv, die

diese Aktionen dem Bürger zugänglich macht. Über die Aktivitäten der Umweltberatung habe ich schon gesprochen. „Ökologisches Bauen beginnt im Kopf“, diese Mappe hilft Firmen unabhängige Informationen zu geben, weil es natürlich für den Bauwerber immer besser ist, einen neutralen Partner zu haben als eine Firma, die natürlich als bestes aller möglichen Produkte ihr eigenes vorstellt. Damit, glaube ich, ist im Wohnbaubereich auf einer guten Basis aufbauend auch in Zukunft eine gute Entwicklung möglich. Ich glaube, daß den Mitarbeitern in der Abteilung, in den Außenstellen zu danken ist. Auch dem Büro, früher Freibauer, nunmehr Prokop, das sehr umsichtig die Dinge vorbereitet. Auch den Wohnbauträgern, die in ihrer Masse mit solider Arbeit in den letzten fünf Jahren über 23.000 Wohnungen errichtet haben. Der gemeinnützige Wohnbau hat einen großen Stellenwert und auch einzelne Dinge, die ich nicht näher erörtern will, können diesen Stellenwert, glaube ich, nicht schmälern.

Insgesamt ist das Budget 1999 mit den für den Wohnbau vorgesehenen Summen sicher eine gute Basis für eine weitere positive Entwicklung eines wichtigen wirtschaftlichen Zweiges, der auch für die Menschen große, elementare Bedeutung hat. Unsere Fraktion wird daher diesem Teil im speziellen und der gesamten Gruppe 4 gerne die Zustimmung geben. Danke vielmals. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Klubobmann Koczur das Wort.

Abg. KOCZUR *(SPÖ)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Kapitel Wohnbauförderung geht mit seiner Bedeutung weit über die Budgetzahlen hinaus, weil der Wohnbau ganz einfach durch seine regionale Streuung und durch die Bedeutung im Rahmen der Wirtschaftsförderung eben für dieses Land etwas ganz Besonderes darstellt. Die Wohnbauförderung geht mit der Tatsache, daß wir jeden Schilling, der dort hineingesteckt wird, verzwei- oder sogar verdreifachen, in viele Gewerke des gewerblichen Bereiches hinein und findet hier ihren Niederschlag. Im persönlichen Bereich ist hervorzuheben, daß für viele Menschen es einkommensbezogen die einzige Chance ist, zu einer zeitgemäßen Wohnung zu kommen. Und daß dies natürlich eine wichtige Basis für glückliche Familien ist. Darüber sind wir uns einig.

Durch die Förderung auch der Alternativenergien und der Solaranlagen hat die Wohnbauförderung direkt und indirekt Auswirkungen auf die Energiebilanz und letztlich auch auf das Klimabündnis. Grundlage all dieser Aktivitäten ist das NÖ Wohnungsförderungsgesetz 1993. Und bei dieser Gelegenheit wieder einmal die vorsichtige Anmerkung, nicht den Familiennamen des vormaligen Wohnbaureferenten dafür heranzuziehen, weil man daraus ein „Förderungsmodell“ konstruieren kann. Das ist das NÖ Wohnungsförderungsgesetz 1993. *(Abg. Dirnberger: Freibauer hat dieses Modell entwickelt!)*
Auch. Aber ich bitte zu bedenken, daß wir zwei Wohnbaureferenten haben. Und daß dieses Wohnungsförderungsgesetz von uns gemeinsam gestaltet, beschlossen und entwickelt wurde und jetzt auch weiterentwickelt werden soll. Ich hoffe, daß das jetzt mit der neuen Verantwortung etwas anders wird. Denn ich habe auch gestern wiederum registriert, daß sogar vor dem Saal draußen mit dem Absender unseres früheren Wohnbaureferenten sogar er selbst sich diese Bezeichnung gibt. Und daher glaube ich, war es wieder einmal notwendig, das einmal festzustellen, weil ich es auch landauf, landab höre, wenn man über die Wohnbauförderung spricht.

Nichts desto trotz aber ist dieses NÖ Wohnungsförderungsgesetz 1993 die Grundlage einer äußerst erfolgreichen Entwicklung, die wir im Land Niederösterreich registrieren können. Damit ist eingeleitet worden, daß wir die Wohnbauleistung im großvolumigen Wohnbau, um ein Beispiel zu nennen, verdoppeln konnten von zwei- auf viertausend Wohnungseinheiten. Und es ist mir auch ein besonderes Bedürfnis, darauf hinzuweisen, daß in Niederösterreich die Uhren tatsächlich anders gehen als in den anderen Bundesländern. Denn auf Grund von Sondermittelzuweisungen des Bundes, die in anderen Bundesländern in das Budget eingeflossen sind, konnten in Niederösterreich zwei Jahre hindurch zusätzlich noch 1.000 Wohnungseinheiten in das Baugefüge eingebracht werden. Und es ist auch notwendig, weil das auch in anderen Bundesländern nicht so ist, darauf hinzuweisen, daß dieses Landessechstel, das von den Ländern aufzubringen war in der Vergangenheit, von uns weiterhin verpflichtend ist. Und daß darüber hinaus auch die Verzinsung aus den gleichsam vorhandenen Wohnbaugeldern bei uns in die Wohnbauförderung einfließt, weil auch das nicht in allen anderen Bundesländern so ist.

Als erfreulich kann auch festgestellt werden, daß sicherlich durch die Verlängerung dieses Modelles vom Jahr 1998 auf das Jahr 2002 dieser kontinuierliche Weg fortgesetzt werden kann. Allerdings, und das ist heute durch meinen Vor-

redner schon angeklungen, haben sich die Bedürfnisse verändert, es sind ja viele Jahre seither vergangen und daher ist manches anzupassen. Das beginnt selbstverständlich bei den Einkommensgrenzen. Es gibt Wünsche zur Überprüfung der Wohnungsgrößen. Darüber muß man diskutieren. Es ist auch die Superförderung anzupassen, weil bereits geringe Einkommenserhöhungen einen gewaltigen Verlust herbeiführen können, weil sie zum Verlust der Superförderung führen.

Ein sehr wichtiger Bereich ist auch bereits angeklungen: Die Ökoförderung, wie wir sie heute im Eigenheimbereich und teilweise auch im großvolumigen Wohnbau haben, soll über die Bereiche Wärmepumpen und Photovoltaik-Anlagen hinaus auch im großvolumigen Wohnbau entsprechend ausgebaut werden. Weil wir erkennen müssen, daß wir den Menschen Hilfestellung zu geben haben, damit sie mit den Betriebskosten leichter zu Rande kommen.

Die Frage der Sicherheit hat gerade durch die Vorkommnisse der letzten Zeit, die Atomkraftwerke und die Unsicherheiten, die damit verbunden sind, zu einer neuen Sicherheitsdebatte geführt. Und ich möchte hier auf einen Resolutionsantrag zurückkommen, der im Vorjahr von den Abgeordneten Cerwenka und Treitler eingebracht worden ist. Wir müssen nämlich tatsächlich erkennen, daß unser Schutzraumkonzept einige Jahrzehnte alt ist. Durch den Wandel der Bedrohungsbilder sind eigentlich insgesamt nur sehr wenig Schutzräume gebaut worden, und in die vorhandenen darf man auch nicht besonders intensiv hineinschauen, was ihre Betriebsbereitschaft betrifft. Aus diesen Erfahrungen heraus ist im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten ein Konzept entwickelt worden, sind technische Richtlinien für Teilschutzbelüftungsanlagen entwickelt worden. Und auf dieser Basis soll es auch eine zusätzliche Förderung geben. Diese Teilschutzanlage funktioniert als Filteranlage mit Gebläse und besteht aus den Funktionskomponenten Schwebstoff-Filter und Aktivkohle-Filter. Und damit kann man zu erträglichen Kosten sehr vieles für seine Sicherheit tun. Ich freue mich, daß diese Initiative des Vorjahres in die bisher durchgeführten Gespräche eingeflossen ist und daß damit zu rechnen ist, daß es ab Herbst des heurigen Jahres zu einer Regelung kommen wird.

Ich habe, nachdem ich über die Modifizierungen des Wohnbauförderungsmodells 1993 gesprochen habe und es schon angekündigt worden ist von meinen Vorrednern, einen Resolutionsantrag einzubringen *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Koczur und Dr. Michalitsch zur Gruppe 4 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Modifizierung des NÖ Wohnbauförderungsmodells 1993.

Das Instrument der Wohnbauförderung dient primär dazu, den Familien erschwingliche Wohnungen anbieten zu können und damit das Grundbedürfnis ‘Wohnen’ in zeitgerechter und familiengerechter Form für alle Einkommensschichten leistbar zu machen. Darüber hinaus verfolgt die Wohnbauförderung nicht nur sozialpolitische, sondern auch wirtschaftspolitische Ziele, insbesondere werden durch den gezielten Einsatz von Förderungsmitteln zahlreiche Arbeitsplätze erhalten und geschaffen. Zweifelsohne hat das Fördermodell 1993 wichtige Impulse zur Belebung der Bauwirtschaft geschaffen und die Sicherung von dringenden Wohnbedürfnissen für die NÖ Familien ermöglicht. Im Laufe der Zeit ist es allerdings notwendig geworden, das bestehende Förderungsmodell an die geänderten Rahmenbedingungen und Bedürfnisse anzupassen sowie die Wünsche und vor allem die finanziellen Möglichkeiten der Förderungswerber in den Richtlinien zu berücksichtigen.

Folgende Grundsätze sollen bei dem neu zu bearbeitenden nachfolgenden Förderungsmodell berücksichtigt werden:

Ökologische Maßnahmen sollen auch im großvolumigen Wohnbau in das Regelförderungsmodell aufgenommen und auch im kleinvolumigen Wohnbau ausgebaut werden, um neben den Auswirkungen auf die Energiebilanz bzw. das Klimabündnis auch eine Reduktion der laufenden Betriebskosten eines Hauses zu erreichen.

Im Sinne eines bedarfsbezogenen Wohnbaus sollen die bisher vorhandenen 35 m^2, 50 m^2 und 70 m^2 Förderstufen im Sinne der Bedürfnisse der Wohnungswerber überprüft werden.

Die Einkommenshöhen für den Bezug der Superförderung sind seit 1993 nominell gleich geblieben - diese sollen erhöht werden. Damit verbunden soll gleichzeitig eine Indexierung (Indexsprung falls Marke von fünf Prozent übertroffen wird) zur Anwendung kommen.

Nachdem bereits geringfügige Einkommenserhöhungen höhere Verluste durch den Wegfall der Superförderung nach sich ziehen, sollen die Förderstufen im Sinne der sozialen Treffsicherheit

überarbeitet werden, um Unschärfen und Ungenauigkeiten bei der Superförderung zu vermeiden.

Im großvolumigen wie auch im kleinvolumigen Althaussanierungsbereich sollte die Förderqualität vor allem auch im ökologischen Bereich verbessert werden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die nötigen Maßnahmen zu setzen, um die oben geforderten Ziele zu erreichen."

Ich bitte Sie, sehr geehrte Damen und Herren, dieser Weiterentwicklung unseres NÖ Wohnungsförderungsmodelles die Zustimmung zu geben. Und ich möchte meine Ausführungen mit einem Dank beschließen. Nämlich an all jene, die in der Umsetzung der Förderungsmodalitäten eingebunden sind und eine sehr wichtige Tätigkeit ausüben. Weil sie den Menschen, die ja das zumeist einmal in ihrem Leben machen, entsprechend an die Hand gehen und dazu beitragen, daß im Sinne unseres Bundeslandes und seiner Bewohner unendlich viel geschaffen werden konnte. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Lembacher.

Abg. LEMBACHER *(ÖVP)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Familie und die Hilfe und die Unterstützung für die Familie hat in Niederösterreich einen hohen Stellenwert. Und das wirkt sich auch im Budget unseres Landes aus. Das Volumen für die familienpolitischen Maßnahmen ist im Voranschlag um drei Millionen gestiegen. Das ist umso erfreulicher, weil ja die Familiensteuerreform des Bundes in Zukunft Niederösterreich einen Steuerausfall von drei Milliarden Schilling bringen wird. Für die Familien bedeutet diese Familiensteuerreform aber enorme finanzielle Verbesserungen.

Ich möchte ein paar Worte zu dieser Familiensteuerreform auf Bundesebene sagen, weil das eine langjährige Forderung des Familienbundes, dessen Landesvorsitzende ich bin und auch der Österreichischen Volkspartei gewesen ist. Die Förderung für Familien wird in Zukunft 12,6 Milliarden zusätzlich betragen. Ab dem Jahr 2000 wird für jedes Kind pro Monat ein Zuschuß von 500,- Schilling ausbezahlt werden, das sind 6.000,- Schilling pro Jahr. Die Mehrkindfamilien ab drei Kinder, die netto unter 25.000,- Schilling im Monat verdienen, erhalten einen Beitrag von 400,- Schilling zusätzlich pro Kind und Monat. Erfreulich ist, daß die Mehrkindstaffel bleibt. Denn gerade Familien mit mehr Kindern - und das wissen wir alle - geraten sehr stark in die Gefahr, unter die Armutsgrenze zu fallen und so zu den Ärmsten unseres Landes zu gehören.

Erfreulich ist auch, daß 600 Millionen Schilling für Betreuungseinrichtungen auch 1999 und 2000 wieder ausbezahlt werden. Sie helfen somit den Familien, den Kindern und den Betreuern, mit der Situation finanziell besser zurecht zu kommen. Österreich ist mit diesen Maßnahmen Weltspitze, was die finanzielle Unterstützung von Eltern und Kindern betrifft. Das ist nicht von mir, sondern von Fachleuten und wird auch in Artikeln immer wieder belegt.

Aber nun wieder zurück auf die Landesebene: Die Familienhilfe wird ja seit Beginn dieses Jahres schon ab eineinhalb Jahren ausbezahlt, um eben diese um ein halbes Jahr verkürzte Karenzzeit in Niederösterreich auszugleichen. Besteht kein Anspruch auf Karenzzeit, kann die Familienhilfe schon ab der Geburt ausbezahlt werden und das bis zum dritten Lebensjahr.

Ein ganz großes Anliegen, und ich glaube, das sehen wir bei allen Maßnahmen, die wir setzen, ist uns die Kinderbetreuung. Und da ist es auch wieder die Wahlfreiheit der Eltern, daß sie selber entscheiden können, wollen sie ihr Kind selber betreuen oder dies in Einrichtungen tun. Und ich möchte auch ein paar Worte zum Kindergarten sagen. Wir haben ja sehr viele Diskussionen in diesem Haus über das neue Kindergartengesetz abgeführt. Und ich muß sagen, es hat sich dieses Gesetz sehr gut eingespielt in den Gemeinden draußen. In Gesprächen mit den Bürgermeistern hat man das regeln können. Die Anfangsschwierigkeiten, die da waren, sind jetzt beseitigt. Man hat auch diese finanzielle Staffelung erleichtert, man hat den Eintritt erleichtert, man hat die Zeiten, in denen Eltern ihre Kinder anmelden können, erleichtert. Und so gesehen ist dieses Kindergartengesetz und ist die Kinderbetreuung im Kindergarten sehr gut gelungen.

Wir haben ja drei Formen der Kinderbetreuung: Die Kinderbetreuungseinrichtungen, die Tagesmütter und die Horte. Von den in Niederösterreich rund 265.000 Kindern unter 15 Jahren werden rund 74.000 fremdbetreut, die anderen alle in der Familie. Wir haben 1.050 Kindergärten mit über 2.000 Gruppen und da werden 47.000 Kinder von vier bis sechs Jahren betreut. Ein Bedarf

und sicher eine Notwendigkeit ist, noch zu überlegen, um vom dritten bis zum vierten Lebensjahr Verbesserungen zu erreichen. Es werden ja pro Jahr zusätzlich 20 Gruppen neu errichtet, um eben auch diesen Kindern die Möglichkeit zu geben, den Kindergarten zu besuchen.

Die Bandbreite der tatsächlichen Öffnungszeiten im Kindergarten geht von 6.00 Uhr in der Früh bis 19.30 Uhr. Und wenn man immer spricht davon, der Möglichkeiten sind zu wenig oder es ist zu wenig flexibel, dann stimmt das nicht. Denn jede Gemeinde und jede Gruppe hat die Möglichkeit, ihre Zeiten so zu gestalten, wie eben der Bedarf der Eltern und der Kinder ist.

Der durchschnittliche Beitrag der Eltern, weil auch das immer wieder kritisiert wird, die Beiträge seien zu hoch usw., der durchschnittliche Beitrag der Eltern für die Nachmittagsbetreuung sind 640,- Schilling. Wir haben ja den kostenlosen Besuch am Vormittag. Und ich glaube, mit diesen Zahlen zeigen wir in Niederösterreich, daß wir Spitze sind. Wenn in Wien ein Kind in den Kindergarten geht, da sind das zwei- bis dreitausend Schilling, die die Eltern zahlen müssen. Und das ist eine enorme Belastung für die Familien.

Eine weitere Möglichkeit der Betreuung - und davon ist heute auch schon gesprochen worden - sind die Tagesmütter. Ich finde, daß Tagesmütter eine sehr gute Einrichtung sind, wo eben Flexibilität gänzlich gegeben ist. Also die Eltern der Kinder können mit ihrer Tagesmutter absprechen, welche Zeiten brauche ich, wann soll mein Kind vielleicht zur Schule gebracht werden bzw. abgeholt werden. Nachmittagsbetreuung ist auch bei Tagesmüttern möglich. Derzeit betreuen rund 1.300 Tagesmütter 4.000 Kinder.

Ein Wort auch zu den Kindergruppen: Auch da haben wir Verbesserungen geschaffen. Wenn ich denke, im Jahr 1992 hat der Beitrag des Landes und der Gemeinden 150,- Schilling pro Kind betragen, jetzt sind wir bereits auf 310,- Schilling. Das sind 620,- Schilling pro Kind und Monat, mit denen Land und Gemeinde helfen. Und was noch sehr wichtig ist, und ich glaube, auch darauf können wir sehr stolz sein, das ist der Zuschuß zu den Kinderbetreuungskosten. Wenn das Einkommen der Familien gering ist, können die Eltern bis zu 4.000,- Schilling pro Kind und Monat als Zuschuß zu den Betreuungskosten bekommen. Was natürlich schon eine Sorge ist, und diese Sorge haben die Kindergruppen auch, daß in Zukunft die Gelder des AMS gekürzt werden. Weil jetzt ist es ja so, daß diese organisierten Kindergruppen sich ihre Betreuung regeln. Die bekommen einen Zuschuß vom AMS. Und wenn das wegfällt, dann bedeutet das natürlich eine enorme finanzielle Belastung. Unser Vorschlag an den Bund war, doch die Kinderbetreuungsmilliarde jetzt nicht nur für Gebäudekosten verwenden zu können, sondern auch für Personalkosten. Also wenn wir das hätten, wäre das sicher auch eine wichtige Verbesserung.

Nun noch ein paar Worte zu unseren Möglichkeiten, die wir im Land Niederösterreich für die Familien geschaffen haben. Der Familienpaß ist eine Einrichtung, die sehr stark in Anspruch genommen wird. 64.000 Familien nehmen bereits diesen Familienpaß in Anspruch. Und neben vielen Verbesserungen, die verschiedene Institute gewähren, Spitalgeld, Versicherung, Autositze für Kinder usw. sind es bereits 150 Firmen, die mit dem Familienpaß, mit diesen Einrichtungen zusammenarbeiten und Familien, die diesen Familienpaß besitzen, Vergünstigungen geben.

Was sicher noch verbessert werden muß - wir sind auch da schon auf dem Weg - ist die Betreuung der Schulkinder. Ich habe schon angesprochen, eine Möglichkeit sind ja auch die Tagesmütter, auch die Horte. Es gibt jetzt bereits 104 Horte und 4.000 Schulkinder werden in ganztägigen Schulen betreut. Das sind rund 2.600 Schüler, davon 1.271 in den Volksschulen. Die Elterninitiativen, die Kindergruppen betreuen, eben auch nicht nur Vorschulkinder, sondern Schulkinder. Und hier beträgt die Unterstützung des Landes genauso wie bei den Tagesmüttern und bei verschiedenen Einrichtungen ebenfalls bis zu 4.000,- Schilling im Monat.

Ich möchte nun noch auf ein paar Einrichtungen hinweisen, die mir persönlich sehr wichtig erscheinen und von denen ich denke, daß wir in Zukunft neben vielen materiellen Einrichtungen verschiedene Initiativen noch mehr unterstützen sollen. Ich verweise auf den Medienarbeitskreis der Interessensvertretung der NÖ Familien. In dieser Interessensvertretung sind ja die verschiedenen familienpolitischen Vertretungen aller Fraktionen vertreten. Dieser Medienarbeitskreis hat sich mit dem Fernsehen auseinandergesetzt, mit Gewalt in den Medien, hat auch immer wieder kritische Beurteilungen verschiedener Fernsehsendungen herausgegeben. Es gibt jetzt eine Broschüre, Notizen zum Kinderfernsehen. Und es sind auch Gespräche mit dem ORF, mit ORF-Vertretern aufgenommen worden, um Verbesserungen in dieser Hinsicht zu erreichen. Auch die Ausstellung, die jetzt im Land mit dem Jugendreferat oder mit dem Kinder- und Jugendanwalt Dr. Launsky-Tieffenthal gestaltet wurde, die Ausstel-

lung „Kein sicherer Ort“, die sich mit dem sexuellen Mißbrauch von Kindern beschäftigt, finde ich eine sehr wichtige Einrichtung. Da geht es um die Prävention, da geht es um das Aufzeigen von Problemen, die bestehen. Und auch um Hilfe für jene, die betroffen sind. Auch die Mutterberatungsstellen des Landes werden nach wie vor angenommen. Und ich finde, das ist eine gute Einrichtung. Es gibt auch da Gespräche, welche Verbesserungen eventuell noch erreicht werden können. Die Landesstelle für Sektenfragen, die im Familienreferat eingerichtet worden ist, ist auch sehr gut im Laufen. Und wir sehen, daß es auch da Probleme gibt, mit denen man sich eben auseinandersetzen muß und wo notwendig, auch Hilfestellungen leisten muß.

Auch die Drogenproblematik ist etwas, mit dem wir leider, das muß ich sagen, immer wieder mehr konfrontiert werden. Nicht nur im städtischen Bereich, sondern auch auf dem Land. Und auch da gibt es Veranstaltungen in den Schulen. Die Junge ÖVP zum Beispiel hat sich dieses Themas angenommen. Es gibt einen Falter „Blickpunkt Drogen“, wo man auf den ersten Blick auch sehen kann, welche Mittel sind gerade im Umlauf, welche sind gefährlich. Und damit man also auch da Gegenstrategien entwerfen kann. Die Elternschule, die angeboten wird, wird sehr gut in Anspruch genommen. Es gibt jährlich auch ein Informationsbuch für Eltern, zum Beispiel für Institutionen, die sich dieser Fragen eben auch annehmen können.

Nicht zuletzt, und das ist heute ja schon angeschnitten worden, verweise ich auch auf die gute Wohnbauförderung im Land Niederösterreich. Die Vorredner haben sich ja damit beschäftigt. Ich finde, daß eine gute Wohnbaupolitik eine wichtige und gute Einrichtung ist, auch den Familien zu helfen. Und wir haben mit der Wohnbauförderung, mit dem „Freibauer-Modell“ - jetzt sage ich es noch einmal, ganz egal, wer zuständig ist - vielleicht da und dort auch doch eine gute Möglichkeit geschaffen, um eben auch Familien ohne Kinder bzw. wenn die Kinder größer werden und aus dem Haus gehen, je nach den Notwendigkeiten ist eben diese Wohnbauförderung und diese Superförderung abgestimmt.

Alle diese Maßnahmen, die ich nun aufgezählt habe und die, so glaube ich, wirklich gute Maßnahmen sind, diese Maßnahmen, ob sie nun materiell oder immateriell sind, sollen den Menschen und vor allem den Kindern und Jugendlichen helfen, ein Klima zu schaffen, in dem sie als reife, selbständige und verantwortungsbewußte Menschen wachsen und leben können. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Krammer.

Abg. KRAMMER *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! In meiner ersten Rede hier in diesem Hohen Haus nehme ich zum Thema Jugendwohlfahrt Stellung.

Die NÖ Landes-Kinder- und Jugendheime sind von enormer Wichtigkeit. Dies zeigt die Auslastung dieser Heime und auch die Auslastung der vielen privaten Einrichtungen. Alle diese Heime sind überfüllt und der Bedarf steigt ständig an.

Wie Sie wissen, erstreckt sich die Funktion dieser Heime von der Betreuung und Pflege von Säuglingen und Kleinkindern, der Betreuung, der Erziehung sowie der schulischen Ausbildung von Kindern und Jugendlichen bis hin zur beruflichen Ausbildung und Eingliederung. Den vielfältigen Anforderungen hinsichtlich der Pflege, Betreuung, Erziehung, Schul- und Berufsausbildung wird durch die differenzierten Angebote in den Jugendheimen bestmöglich entsprochen. So wichtig unsere bereits bestehenden Landesjugendheime auch sind, die beste Betreuung im Sinne von Geborgenheit wird auch in unserer heutigen Zeit noch immer vom Elternhaus vermittelt. Ich möchte in diesem Zusammenhang besonders auf die sozialpädagogische Familienhilfe, eine Einrichtung des Verbandes „Rettet das Kind“, verweisen. Diese SFH bietet intensive Zusammenarbeit mit Familien an, wobei auch hier im Mittelpunkt steht, mit dieser Tätigkeit letztlich dem Wohle der Kinder zu dienen. Die Entwicklung von Kindern hängt ganz besonders von deren Umfeld ab. Das Konzept dieser Einrichtung ist durch eine systemische Betrachtungs- und Herangehensweise charakterisiert. Den Familien wird auf drei Ebenen Unterstützung geboten, auf beraterisch-therapeutischer Ebene, auf sozialarbeiterischer Ebene und auf sozialpädagogischer Ebene. Diese Einrichtung ist wahrlich eine Vorzeigeeinrichtung. Leider gibt es auf Grund fehlender finanzieller Mittel nur ganz wenige dieser Einrichtungen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Institution des Kinder- und Jugendanwaltes beim Amt unserer Landesregierung ist eine hervorragende Einrichtung. Aber sie genügt keinesfalls. Unser Ziel muß es sein, solche Institutionen bei jeder Bezirkshauptmannschaft einzurichten. Derzeit gibt es diese Einrichtung eben nur in St. Pölten. Es

gibt zwar zweimal jährlich Sprechstunden bei den Bezirkshauptmannschaften, aber ich glaube, das ist zu wenig. Ich weiß, solche Einrichtungen kosten Geld. Aber diese finanziellen Mittel müssen für uns außer Frage stehen. Wir alle kennen die Statistiken hinsichtlich sexueller Gewalt an Leib und Seele von Kindern. Gottseidank werden diese Probleme nicht mehr versteckt, sondern in unserer heutigen Gesellschaft offen diskutiert.

Wieviel Leid, wie viele zerbrochene Kinderseelen, wie viele unglückliche Erwachsene hat gerade dieser Mißbrauch in der Vergangenheit hinterlassen! Unser aller Bestreben muß es daher sein, mehr einschlägige Einrichtungen, sogenannte Kriseninterventionszentren für betroffene Kinder, aber auch für Erwachsene, die von diesen Gewalttaten Kenntnis haben und aus falsch verstandener Rücksichtnahme nicht tätig werden, zu schaffen. Anonymität in der Beratung und Betreuung ist gerade hier sehr wichtig und würde die Aufklärungsquoten steigern. Wir Politikerinnen und Politiker im Landtag sind meiner Meinung nach hier gefordert: Einschlägige pädagogische Ausbildung der Kindergärtnerinnen bzw. der Lehrer und anderer Bezugspersonen muß daher ein wichtiges Anliegen für uns alle sein.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nun zum genauso problematischen Themenkreis Drogenabhängigkeit. Dieser wurde von Frau Kollegin Lembacher auch schon angesprochen. Den Jugendlichen muß vermittelt werden, daß Drogenkonsum Schwäche und nicht Stärke zeigt. Wir müssen den jungen Menschen verständlich machen, daß es sich beim Drogenkonsum und bei der Weitergabe von Drogen um kein Kavaliersdelikt handelt, sondern daß eine strafbare Handlung gesetzt wird. Auch hier müssen wir verstärkt alles daransetzen, für flächendeckende Beratungsstellen, etwa in jeder Schulstadt eine anonyme Anlaufstelle, zu sorgen.

Eine Einrichtung, die auch sehr gut ankommt, ist die Jugendberatungsstelle in Mödling, der „Waggon“. Man hat jetzt erst das dreijährige Bestandsjubiläum gefeiert. Ich bin der Meinung, daß wesentlich mehr solcher Einrichtungen gebraucht werden. Es ist außerdem die schulische und außerschulische Aufklärungsarbeit noch weiter zu forcieren. Gerade bei dieser Problematik ist Vorbeugung besonders wichtig. Die Folgekosten für die Gesellschaft sind hier enorm. Für jene, die schon in Abhängigkeit geraten sind, müssen noch mehr, weit mehr Therapieplätze geschaffen werden, um die Rückkehrquote in das sogenannte „normale“ Leben zu erhöhen. Gerade hier kann durch den richtigen Einsatz der finanziellen Mittel der Gesellschaft und damit dem Steuerzahler viel erspart bleiben.

Ganz besonderes Augenmerk ist in unserem Lande natürlich auf die Jugendarbeitslosigkeit zu legen. Für jeden Jugendlichen muß es einen entsprechenden Ausbildungsplatz geben. Auf diesem Gebiet muß noch sehr viel getan werden. Denn gerade bei arbeitslosen Jugendlichen ist ja das Drogenproblem sehr groß.

Zu den derzeit bestehenden vier Schuldnerberatungsstellen möchte ich festhalten, daß diese natürlich zu wenig sind. Eine solche Stelle müßte es ebenfalls in jeder Bezirkshauptmannschaft geben. Nicht Schulden machen, die weit über den persönlichen finanziellen Möglichkeiten liegen, sondern Aufklärung, wie diese zu vermeiden sind, ist die Hauptaufgabe dieser Schuldnerberatungsstellen. Und diese Aufklärungsarbeit trifft nicht nur auf Jugendliche, sondern auch auf Jungfamilien zu. Die Banken möchte ich hier nicht aus der Verantwortung entlassen. Den Jugendlichen wird es wahrlich leicht gemacht, ihr Konto zu überziehen oder vielleicht für nicht notwendige Anschaffungen Kredite zu bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen alle, daß Kinder und Jugendliche in der Entwicklungsphase heute sehr oft durch mangelnde Zuwendung und fehlende Gesprächsbasis mit den Eltern bei der Bewältigung ihrer Probleme auf sich alleine gestellt sind. Es liegt an uns, hier zu helfen. Oft können bereits im Vorfeld aufkeimende und schon bestehende Probleme erkannt und den Betroffenen durch Einrichten der entsprechenden Institutionen notwendige Hilfestellung gewährt werden. Wenn man vergleicht, was ein Platz für ein Kind in einem Jugendheim kostet, und was all diese Beratungsstellen kosten, wird man draufkommen, daß sich diese Institutionen für die Zukunft als billig erweisen. Wir müssen alle Voraussetzungen dafür schaffen und dürfen nicht zuwarten, bis es zu den sogenannten gefährdeten Jugendlichen kommt. Sondern wir müssen die Chancen zur Verhinderung nützen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ökonomisch betrachtet ist meiner Meinung nach auf jedem Gebiet Prävention, also Vorbeugung weitaus billiger und besser als die nachträgliche Aufarbeitung von Problemen mit all ihren Folgewirkungen. Gerade beim kostbarsten Gut, unserer Jugend, trifft dies im besonderen zu. Wir alle sollten bestrebt sein, der Zukunft der Jugendwohlfahrt größtes Augenmerk zu widmen. Arbeitsmarktpolitischer, aber auch gesellschaftspolitischer Nutzen für unser Land steht, so glaube ich,

außer Zweifel. Der soziale und familienpolitische Nutzen zeigt sich dadurch, daß durch angebotene Hilfestellung bei Problemlösungen eine Entspannung am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Familie und auch im sozialen Umfeld erreicht werden kann. Natürlich kostet Präventive Geld. Aber ich bin der Meinung, daß dieses Geld bestens für uns alle angelegt ist. Ich hoffe daher auch, daß Sie mir beipflichten, daß wir dafür mehr finanzielle Mittel brauchen. *(Beifall bei Abg. Erber.)*

Abschließend möchte ich von dieser Stelle aus allen Betreuerinnen und Betreuern, in welcher Funktion sie auf diesen Gebieten auch tätig sein mögen, für ihre verantwortungsvolle und sicherlich nicht leichte Arbeit herzlichst danken. Viele Menschen, die auf beruflicher oder freiwilliger Basis tätig sind, leisten hier Enormes für unsere Gesellschaft. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Erber.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Auch mein Thema zu dieser Gruppe 4 ist die Wohnbauförderung. Ich meine daher einleitend, daß Kundenorientierung oder mit anderen Worten die soziale Verantwortung gegenüber dem Grundrecht des Menschen auf zeitgemäßes Wohnen im Mittelpunkt all unserer Überlegungen zu stehen hat. Die Einführung des neuen Förderungssystems mit 1. Jänner 1993, die Umstellung vom zinsengünstigen Direktdarlehen auf Annuitätenzuschüsse hat unzweifelhaft eine Steigerung der Wohnbauleistung bei im wesentlichen gleichbleibenden Förderungsmitteln ermöglicht.

(Zweite Präsidentin Onodi übernimmt den Vorsitz.)

Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch hat bereits die Steigerung der Wohnbauleistung von 1993 bis 1997 sehr eindrucksvoll dargestellt. Daher kann ich mich darauf beschränken, daß in unserem Bundesland von 1993 bis 1997 in Summe über den geförderten Wohnbau Investitionen von rund 100 Milliarden Schilling ausgelöst wurden. Das heißt, daß die NÖ Wohnbauförderung daher zu Recht als Konjunkturmotor für die gesamte Bauwirtschaft bezeichnet werden kann. Was bisher noch nicht dargestellt wurde, was man aber nach meinem Erachten nicht außer Acht lassen darf, ist, daß auch durch die sogenannten Ökologieförderungen, die Förderungen von Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und Zusatzheizung, die Förderung von Wärmepumpenanlagen zur Heizung und Warmwasserbereitung sowie die Förderung von Photovoltaik-Anlagen, daß auch durch diese Zuschußförderungen in den vergangenen fünf Jahren ein Investitionsvolumen von rund 600 Millionen Schilling ausgelöst wurde.

Mit Anfang dieses Jahres wurde ein weiterer begrüßenswerter Schritt in Richtung Ausbau der Ökologieförderung in Niederösterreich gesetzt. Es wurde eine Zusatzförderung für ökologisches Bauen und Heizen geschaffen. Gefördert werden Verbesserungen der thermischen Qualität der Gebäudehülle, kompakte Bauweise, Wärmedämmung, Pufferräume usw. sowie die Ausnutzung der Alternativ- und Umweltenergie. Da es sich bei den diesbezüglichen Richtlinien lediglich um eine Zusatzförderung im Eigenheim-Neubaubereich handelt, darf ich für uns Freiheitliche heute deponieren, und da stimme ich mit meinen Vorrednern, dem Herrn Abgeordneten Dr. Michalitsch und dem Herrn Klubobmann Koczur überein, daß diese ökologische Zusatzförderung auch auf den großvolumigen Wohnhausneubaubereich sowie auf die Althaussanierung ausgedehnt werden sollte. Denn Statistiken zufolge zahlt der österreichische Durchschnittshaushalt für die Heizung pro Jahr rund 15.000,- Schilling, welcher Betrag durch Investitionen in Wärmedämmaßnahmen um bis zu 50 Prozent gesenkt werden kann.

Hohes Haus! Ich möchte aber auch auf die finanzielle Gestaltung der Wohnbauförderung in unserem Bundesland etwas näher eingehen. Seit 1. Jänner 1996 bis 31. Dezember 2000 kann Niederösterreich mit Zweckzuschüssen des Bundes für die Wohnbauförderung in Höhe von rund 4,032 Milliarden Schilling rechnen. Diese zweckgewidmeten Mittel werden laut Voranschlag 1999 im Rahmen der Wohnbauförderung für Wohnhaussanierungsmaßnahmen, für die Förderung des großvolumigen Wohnbaues, für die Althaussanierungsförderung sowie für die Eigenheimförderung in gleicher Höhe verwendet. Darüber hinaus sieht der Voranschlag 1999 die Rückführung von Zinsen und gewährten Wohnbauförderungsdarlehen in einer Größenordnung von rund 1,461 Milliarden Schilling vor. Auch diese Mittel sind zweckgebunden für den Wohnbau zu verwenden. Es sieht der Voranschlag 1999 unter anderem eine Rücklagenbildung in Höhe von rund 179,5 Millionen Schilling vor. Ferner weist der Voranschlag 1999 eine weitere nicht zweckgebundene Rücklagenbildung von 764 Millionen Schilling aus. Das heißt, insgesamt sollen einer Wohnbauförderungsrücklage 943,5 Millionen Schilling zugeführt werden.

Hohes Haus, das ist die eine Seite! Andererseits, Hohes Haus, wurde im Rahmen des Strukturanpassungsgesetzes 1996 fixiert, daß sieben Prozent der Wohnbauförderungsmittel nach dem einfachen Bevölkerungsschlüssel auf die Länder verteilt werden, daß für diesen Teil der Wohnbauförderungsmittel die Zweckbindung aufgehoben wird. Was heißt das nun für 1998? Das heißt, daß der Bund unter dem Titel Wohnbauförderung rund 31,1 Milliarden Schilling an alle österreichischen Bundesländer überweisen wird. Davon sind allerdings nur 24,5 Millionen zweckgebunden. Die Differenz von 6,6 Milliarden Schilling steht den Ländern frei zur Verfügung. Ich hege hier ein wenig die Befürchtung, daß diese Mittel dem Wohnbau in Österreich, der ein wesentlicher Konjunkturmotor auch bei uns in Niederösterreich ist, verlorengehen wird und vielfach von den Ländern zur Budgetsanierung verwendet werden.

Für Niederösterreich heißt das, und ich habe mir das angeschaut vom Rechnungsabschluß 1997 bis zum Voranschlag 1999, daß Niederösterreich in diesen drei Jahren diese sogenannten Bedarfszuweisungen in einer Größenordnung von drei Milliarden Schilling bekommt. Und auf Grund des Regierungsbeschlusses, daß Rücklagen zu bilden sind, damit das Förderungsmodell 1993, das ja von 1998 bis 2002 verlängert wird, auch finanzierbar ist, entnehme ich dem Haushaltsvoranschlag, daß in diesen drei Jahren dieser Rücklage dreimal 764 Millionen Schilling zugeführt werden. Das heißt aber in Summe, daß wir auch in Niederösterreich in drei Jahren 700 Millionen Schilling finden können, die nach meiner Meinung dem Wohnbau entzogen werden. Des weiteren, und der Herr Klubobmann Koczur hat ja auch das sogenannte Landessechstel angesprochen, war es mir nicht möglich, im Voranschlag 1999 dieses sogenannte Landessechstel zu finden. Ich darf in diesem Zusammenhang schon daran erinnern, daß der Landtag 1996 mit der Änderung des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes lediglich beschlossen hat, daß die Leistung des sogenannten Landessechstels für die Jahre 1997 und 1998 auf die Jahre 2003 und 2004 aufgeschoben wird. Ich meine dazu, nachdem man das Landessechstel im Voranschlag 1999 nicht finden kann, möchte ich es ein bißchen kritisch formulieren, daß unser neuer Finanzlandesrat diesbezüglich an einem geltenden Landesgesetz etwas vorbeigeschaut hat.

Zur Wohnbauförderung muß aber noch aus dem Buch „Zukunft konkret, Leben und Wohlfühlen im 21. Jahrhundert, Leitbilder und Trends für Niederösterreich“, Herausgeber Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll zitiert werden. Auf Seite 33 kann man nachlesen, ich zitiere: „Die geschlossene Bebauung sowie die Althaussanierung sind Bauweisen, die flächensparend sind, die Infrastrukturkosten senken, den Lärmschutz optimieren und den Energiebedarf herabsetzen. Die Wohnbauförderung sollte daher aus volkswirtschaftlicher Sicht diese Bauweisen besonders unterstützen.“ Man kann diesem Buch weiters entnehmen, ich zitiere: „Geschlossene Bebauung und Althaussanierug drängen sich als Förderungsziel auf.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diesen Ausführungen muß vollinhaltlich zugestimmt werden, denn auch wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß die Sanierung von Wohnbauten das Thema der Zukunft sein wird. Wenn ich mir dazu die Debatte im Rahmen der letzten Landtagssitzung am 4. Juni zum Bericht des Finanzkontrollausschusses über die kleinvolumige Althaussanierung in Erinnerung rufe, dann muß ich schon feststellen, daß bezüglich dieser Ausführungen im Buch „Zukunft konkret“ und dem Handeln erst ein Einklang hergestellt werden muß. Denn Tatsache ist, daß die Höhe der Förderung für den Bereich der kleinvolumigen Althaussanierung für die Bürger seit 1993 deutlich verringert wurde. Das zeigt auch die Höhe der bewilligten Zuschüsse. Hohes Haus! Ich bin jedoch davon überzeugt, daß die Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop auch ohne einen Resolutionsantrag von uns Freiheitlichen den diesbezüglichen Ergebnispunkt des Finanzkontrollausschusses sehr ernst nehmen und auch neue Akzente bei der kleinvolumigen Althaussanierung setzen wird. Denn ich glaube, es steht wohl außer Zweifel, daß die Althaussanierung aus raumordnungspolitischen Überlegungen nach wie vor als sinnvolle Alternative zum Wohnungsneubau und als probates Mittel zur Schaffung von Wohnraum anzusehen ist.

Zum Schluß kommend rege ich weiters an, daß bei der Wohnbauförderung in Zukunft nicht nur unterschiedliche Einkommenssituationen in den einzelnen Regionen, sondern auch unterschiedliche Grundstückpreise in den Regionen mehr Berücksichtigung, mehr Gewicht durch differenzierte Förderungsmodelle finden sollen. Denn ich glaube, daß nur durch Beachtung dieser Parameter die Wohnbauförderung verstärkt auf regionalpolitische Zielsetzungen, aber auch auf soziale Treffsicherheit, und das heißt für mich vor allem die Berücksichtigung kinderreicher Familien, abgestimmt werden kann. In diesem Sinne trete ich auch nach Rücksprache mit Herrn Klubobmann Koczur und dem Herrn Abgeordneten Dr. Michalitsch dem bereits eingebrachten Resolutionsantrag betreffend Modifizierung des NÖ Wohnbauförderungsmodelles 1993 gerne bei. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich möchte zu der gesamten Gruppe 4 einige grundsätzliche Anmerkungen treffen.

Ich darf beginnen bei der Pflege alter Menschen. Wenn man sich das Budget ansieht, dann merkt man, daß doch nach wie vor die stationäre Betreuung alter Menschen ein enormer Brocken ist, der das Budget massiv belastet. Vergleicht man ihn etwa mit diesem Pflegegeldanteil, so kommt man darauf, daß hier ein Drittel für Pflegegeld verwendet wird. Das heißt für uns, stationäre Betreuung ist die teuerste Form, wenn auch eine unumgängliche, vielfach unumgängliche, aber eben die teuerste Form der Pflege, der Betreuung alter Menschen. Längerfristiges Ziel muß es sein, zu versuchen, Pflege und Betreuung alter Menschen möglichst aus diesen teuren und teilweise durchaus auch nicht immer menschlichen Betreuungsformen herauszubekommen und andere, neue Möglichkeiten zu finden. Das Pflegegeldgesetz kann dazu ein erster Ansatz sein, wiewohl ich anmerken möchte, daß in der Praxis teilweise unwürdige Zustände herrschen, was die Zuteilung und die Kontrolle, die teilweise ein bißchen in Gängelung ausartet, betrifft.

Wenn wir sagen, wir müssen versuchen, private Initiativen, freie Initiativen, menschliche Initiativen zu fördern, heißt das nicht, daß wir jetzt sagen, gegen diese Neubauten wollen wir auftreten, die in den letzten Jahren getätigt worden sind. Natürlich war das notwendig, weil das eine Vollendung eines bestehenden Programmes war. Aber wir meinen, daß wir doch mehr Anstrengungen für die Pflege zu Hause unternehmen sollten und versuchen sollten, das verstärkt anzugehen.

Ich darf mit einer etwas - Sie werden es wahrscheinlich von mir vermuten - ketzerischen Anmerkung dieses Thema beenden: Volkshilfe und Hilfswerk sind ganz, ganz wesentliche Institutionen zur Pflege und Betreuung. Immer wieder sehen wir, was hier geleistet wird. Immer wieder sehen wir, wie hier alte Menschen betreut werden. Ich frage mich nur, warum ist es notwendig, zwei Parteivorfeldorganisationen zu haben und auch hier, in einem der lebensnahesten Bereiche der Menschen, den Proporz walten zu lassen. *(Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Dirnberger: Was ist mit der Caritas? - Abg. Keusch: Du solltest Dich einmal mit dem Wesen z.B. der Volkshilfe auseinandersetzen. Dann weißt Du aus der Geschichte der Sozialdemokratie, daß das aus einer Zeit stammt, wo es wirklich notwendig war, weil es keine diesbezügliche Versorgung gab!)*
Ich sage ja nichts gegen die Volkshilfe, Herr Kollege Keusch. Im Gegenteil! Ich sage weder etwas gegen die Volkshilfe, noch gegen das Hilfswerk. Nein! *(Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.)* Ich sage nur, daß auch hier in diesem Pflegebereich, Herr Kollege Keusch, Herr Kollege Dirnberger, ich sage nur, daß in diesem Pflegebereich man einmal versuchen könnte, von einem Proporz wegzukommen. Ich weiß, das regt Euch immer furchtbar auf. Aber ich werde in dieser meiner Wortmeldung noch einmal drauf kommen. Das heißt, Ihr müßt Euch ein bißchen etwas aufsparen auch noch.

Ich wage nur die visionäre Behauptung, ich wage einen Gedanken einzubringen: Warum ist es notwendig, daß Sozialhilfe im natureigensten, im menscheneigendsten Bereich auch in zwei Gruppen geteilt werden muß, ganz ganz umfassend und grundsätzlich gesehen? *(LHStv. Prokop: Es gibt drei Träger!)*
Ja, Caritas ist in Ordnung. Doch zwei Gruppen, die die gleiche Aufgabe haben, die das gleiche tun und die beide hoch wertvoll sind für dieses Land. Was macht es langfristig für einen Sinn, daß diese beiden Gruppen der einen Partei und eben der zweiten Partei zugeordnet sind? *(Beifall bei der FPÖ.)* Was macht es insgesamt für einen Sinn? *(Unruhe bei Abg. Nowohradsky.)* Zum Wohnbau kommen wir dann noch, Herr Kollege Nowohradsky. Ich sehe schon ein, daß das jetzt etwas ist, dessen Strukturen verfestigt sind. Aber zumindest einmal anzudenken, daß das nicht unbedingt der Weisheit letzter Schluß sein muß, das muß doch gestattet sein, ohne daß Ihr Euch immer so fürchterlich aufregt. Offensichtlich hat das einen gewissen Grund. *(Abg. Kautz: Herr Kollege! Wenn es nicht der Weisheit letzter Schluß ist, dann darf ich einen Vorschlag machen: In Neunkirchen gibt es die Volkshilfe, da kannst Du gern mitarbeiten. Auch ein Grüner darf dort mitarbeiten!)*
Ja richtig. Ja, das ist mir schon bewußt. Aber gerade im Bezirk Neunkirchen hat es einmal Diskussionen gegeben, wo das offenbar nicht so einfach war, daß jemand der falschen Richtung zugeordnet war. *(Abg. Kautz: Das mußt Du dem Kollegen Dr. Prober sagen!)*
Ja, das weiß ich schon, daß Du mir das gesagt hast, daß ich das dem Herrn Kollegen Dr. Prober richten sollte. Aber offenbar gibt es diese Probleme. Und offenbar gibt es auch beim Personal von diesen Institutionen diese Probleme. Das ist es ja genau was ich ansprechen möchte. Ich bin also insoferne sehr dankbar für diesen Zwischenruf. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Ist eh war: Bei mir

wißt Ihr, meine Schwägerinnen betreffend, über alles bescheid.

Jetzt kommen wir zu einem Thema, wo ich ausnahmsweise einmal es nicht für so besonders bedeutend halte, auf Parteivorfeldorganisationen einzugehen, wiewohl man es auch hier könnte: Jugendbetreuung, Jugendwohlfahrt. *(Nach wie vor heftige Unruhe im Hohen Hause.)*
Habt Ihr Euch inzwischen abgeregt, dann kann ich vielleicht fortfahren. Gut. Wir können das ja vielleicht in einer privaten Runde noch ein bißchen aus- und weiterdiskutieren.

Jugendwohlfahrt, Jugendbetreuung: Es ist zu wenig, meine Damen und Herren, sich schwarze Brillen aufzusetzen und *„man in black“* zu spielen. Das kann ein Wahlkampfgag sein, aber mehr schon nicht. Mit ernsthafter Auseinandersetzung, mit dem Thema Jugend hat das nichts zu tun. Ich meine, man kann zwei Tendenzen beobachten, in die Jugend und Jugendprobleme gehen. Wer sich mit der Jugend auseinandersetzt, der sieht diese Tendenzen recht gut. Auf der einen Seite haben wir doch eine große Gruppe, Gottseidank eine große Gruppe von materiell abgesicherten jungen Menschen. Schüler mit gutem Erfolg, Schüler, die dieses neue Leben, die geänderten Lebensstrukturen junger Menschen „packen“, wenn ich das so sagen darf. Und die Gefahren, die diese Menschen bedrohen sind, und jetzt meine ich das unter Anführungszeichen, „nur“ Langeweile, virtuelle Welten, ein Überkonsum an Medien und vielleicht etwas, was man, das bitte auch nicht falsch zu verstehen, ein bißchen mit Dekadenz beschreiben könnte. Und mit dem Gefühl, es muß alles in die Wiege gelegt sein und man muß selbst möglichst wenig dazutun. Das ist eine Tendenz bzw. ein Gefahrenpotential, das ich im Vergleich mit der anderen Gruppe noch als relativ gering einschätzen möchte.

Die zweite Gruppe, die ich meine, ist eine doch an Größe zunehmende Gruppe sozial schlecht abgesicherter junger Menschen. Junge Menschen mit Angst um den Lehrplatz, um den Arbeitsplatz. Angst vor Arbeitsplatzverlust. Junge Menschen mit Schulangst, mit psychologischen Problemen, mit Angst vor Versagen. Und das ist ein Thema, dem man sich in unserer Zeit, glaube ich, stärker als bisher widmen sollte. Denn die Folgen sind vielfach Ausstieg aus der Gesellschaft. Ausstieg aus dem Rahmen, den unsere Gesellschaft bietet. Perspektivenlosigkeit, kein Fortkommen, die Angst, den Aufgaben, die das Leben stellt, den Anforderungen nicht gewachsen zu sein. Was fehlt sind Gestaltungsspielräume, Freiräume, Bewegungsmöglichkeiten. Eine gewisse Unbefangenheit, ich möchte fast sagen, eine gewisse seelische Gelassenheit im Umgang mit den jungen Menschen. Und ich glaube, hier sollten wir ansetzen. Jugendpolitik beginnt auch beim Denken, beim selbständigen, beim eigenen Denken. Beim Denken von Politikern, beim Fühlen von Politikern, wie sie mit jungen Menschen umgehen und wie sie Gesetzeswerke verfassen, die auf junge Menschen Auswirkungen haben. Wir sollten lernen, junge Menschen zu verstehen. Wir sollten Angebote, substantielle, konkrete Angebote legen. Mehr Jugendzentren, mehr freie Initiativen, mehr Sportmöglichkeiten auch außerhalb der Vereine. Mehr Förderung von solchen Angeboten. Mehr Freiräume schaffen.

Wenn ich etwa in die Bundeshauptstadt blicke, so meine ich, daß man hier dem Land Niederösterreich doch ein wenig voraus ist. Vielleicht kann man hier zusammenarbeiten, sich einiges abschauen. Wenn ich etwa an die *Streetworker* denke, wenn ich an den Drogenberatungsbereich denke, wenn ich an Obdachlosigkeit denke, dann gibt es in Wien doch Ansätze, die es vielleicht wert wären, sie genauer anzuschauen. Um einen Absturz möglichst frühzeitig zu erkennen und aufzuhalten und damit möglicherweise teure Therapie zu ersparen.

Und nun, meine Damen und Herren, darf ich Sie wieder einladen, sich einige Zwischenrufe zu überlegen, denn ich komme zum Bereich Wohnbauförderung. Ich darf zunächst einmal ganz harmlos beginnen, wenn Sie gestatten, mit der Bedarfsorientiertheit der Wohnbauförderung, über die Herr Klubobmann Koczur auch schon gesprochen hat. Grundsätzlich ist dieses sogenannte FM ‘93 durchaus einem vernünftigen Grundgedanken entsprechend, nämlich diese Gliederung in Objekt- und Subjektförderung. Man hat gesagt, grundsätzlich möchte man versuchen, einen Teil der Wohnbauförderung denjenigen Personen zukommen zu lassen, die es tatsächlich brauchen. Aber Menschen, die ein höheres Einkommen haben, denen muß man nicht unbedingt auch diese Superförderung angedeihen lassen. Ich meine aber schon, daß die soziale Treffsicherheit tatsächlich ein wenig verlorengegangen ist. Denn wenn wir uns die Zahl der Wohnungswerber, der Wohnungssuchenden anschauen, dann merken wir, daß sich hier eine Schere auftut. Auf der einen Seite wachsen solche Wohnhäuser teilweise „wie die Schwammerln“ aus dem Boden, und das ist gut so. Denn alle die positiven Erscheinungen haben wir ja bereits gehört, und dazu stehen wir auch: Das ist ein Konjunkturmotor, das sind Angebote an die Menschen, Wohnungen zu bekommen. Aber auf der anderen

Seite ist die Möglichkeit für die unteren Einkommensgruppen doch relativ gering, solche Wohnungen zu bekommen. Und ich meine - gerade als Wohnungsstadtrat bin ich mit diesen Problemen konfrontiert - es gibt sehr sehr viele junge Menschen, insbesondere junge Menschen, aber auch sozial schlechter gestellte Menschen, die sich diese Wohnungen nicht leisten können. Es ist nicht so einfach, aus dem Stand im Alter von 25 Jahren, wenn das erste oder zweite Kind unterwegs ist, eine Anzahlung von 100.000,- oder 200.000,- Schilling leisten zu können. Das ist ein Problem, insbesondere, wenn es in der Familie nur einen Verdiener gibt. Also hier meine ich, daß die Ansätze, die soziale Treffsicherheit zu erhöhen, ja überfällig sind. Und in dem Zusammenhang darf ich auch dem Herrn Klubobmann Koczur sagen, natürlich werden wir dieser Resolution, diesem Resolutionsantrag zustimmen. Ich möchte aber auch sagen, es ist tatsächlich ein „Nona-Antrag“. Natürlich gehört die soziale Treffsicherheit erhöht.

Zur Ökologisierung möchte ich auch noch ganz kurz Stellung nehmen. Das sind ja auch Dinge, die schon längst gemacht hätten werden können. Die hätte man ja miterledigen können mit dem Öko-Wohnbauförderungsmodell für die Eigenheime. Daraus hätte man ein Gesamtpaket machen können, indem man Ökologisierung betreibt. Und ich nenne für den großvolumigen Wohnbau nur einige Bereiche: Verzicht auf PVC etwa, das Implizieren von Solaranlagen, den Verzicht auf Elektroheizungen. Das sind Bereiche, die man durchaus an die Zuteilung der Wohnbauförderung binden kann. Das könnte man längst machen. Wie auch die Förderung von Energiesparmodellen im großvolumigen Wohnbau. Natürlich ist das etwas, das man schon längst in einem Gesamtpaket hätte erledigen können und schon längst beschließen hätte können. Also wir stimmen natürlich diesem Nona-Antrag zu, wenn ich das so formulieren darf. Die Formulierung ist nicht von mir, sondern stammt eigentlich vom Herrn Klubobmann bezüglich unseres gestrigen Resolutionsantrages über die Musikschulen. Wir wollen damit zeigen, daß es durchaus üblich sein kann, auch Nona-Anträgen zuzustimmen, wenn man nur will. *(Abg. Mag. Schneeberger: Das kommt auf die Begründung an!)*
Ja natürlich kommt es auch auf die Begründung an. Das ist schon klar. Aber nur, weil man eine etwas kritischere Analyse einbringt, ist es noch lange keinen Grund, einem „Nona-Antrag“ nicht zustimmen zu wollen, wenn ich es so formulieren darf.

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir auf die Bauordnung ganz kurz noch in diesem Zusammenhang zu sprechen zu kommen. Das Problem, vor dem wir stehen, ist doch auch der steigende Wohnbedarf. Der steigende Quadratmeterbedarf pro Kopf, der den Menschen natürlich zusteht. Aber dafür bedarf es auch der Gedanken an eine andere Siedlungspolitik. Und das hängt auch mit Raumordnungspolitik zusammen, das hängt auch mit der Bauordnung zusammen. Was mir in diesem Zusammenhang an diesem Budget schon etwas negativ auffällt, das ist der doch sehr deutliche Rückgang in der Althaussanierung auf 147 Millionen. Ich meine, daß man hier verstärkt tätig sein muß. Und was ich mir immer wünsche, ist die Möglichkeit, im Rahmen der Althaussanierung auch an die Dachgeschoßausbauten zu denken. Weil ich glaube, daß es hier eine zusätzliche Möglichkeit gäbe, Wohnraum zu schaffen, ohne zusätzliche Verbauung, wenn ich das so sagen darf, zu schaffen. Das wäre also eine Möglichkeit, die man verstärkt überlegen sollte. Es braucht Maßnahmen in der Raumordnung. Es kann nicht angehen, daß immer mehr Bauland gewidmet wird. Wir haben Baulandüberschüsse in Niederösterreich, die sehr sehr groß sind. Ich meine, es wäre günstig, hier durchaus Beschränkungen vorzunehmen. Aber auf der anderen Seite darf es natürlich nicht auf Kosten des Wohnungsbedarfes gehen. Das heißt, es sind hier neue Überlegungen auch in der Raumordnung anzustellen.

Nun darf ich abschließend zu einem Thema kommen, das mir doch auf dem Herzen liegt, weil ich meine, daß es ganz einfach nicht mehr zeitgemäß ist. Und das ist die Zuteilung der Wohnbauförderung. Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich halte es für unerträglich, daß eine Geschäftsordnung einer Landesregierung namentlich Wohnbaugenossenschaften anführt, die einem Regierungsmitglied zugeordnet sind. Weil es nicht möglich ist, in dieser Regierung ein Wohnbaureferat zu haben, das einem Regierungsmitglied zugeordnet ist und das von diesem einen Regierungsmitglied verwaltet wird. Und damit sind wir wieder bei dieser parteilichen Proporzaufteilung. Es ist doch nicht notwendig, hier übergreifende Ressorts zu schaffen. Ich will weder die Leistungen des Herrn Landesrates, damaligen Landesrates Mag. Freibauer, noch die Leistungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Höger, noch die Leistungen der Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop schmälern in diesem Zusammenhang. Wir alle haben die Wohnbauförderung und die Praxis damit schätzen gelernt. Ich

erinnere nur, wenn ich selbst zum Herrn Landeshauptmannstellvertreter gekommen bin, dann hat er immer auch für Neunkirchen ein offenes Ohr gehabt was die Althaussanierung betrifft. Aber was hat es denn für einen Sinn, Genossenschaften namentlich zu nennen? *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich kann Ihnen auch sagen warum. Stellen Sie sich vor, Sie sind Direktor in einer Wohnbaugenossenschaft und Sie sind in einer Geschäftsordnung in einer Landesregierung genannt, explizit genannt, einem Regierungsmitglied zugeordnet zu sein. Und Sie sind damit automatisch einer Partei zugeordnet. *(Abg. Präs. Mag. Freibauer: Das ist ja gar nicht wahr!)* Natürlich ist es wahr! Schauen Sie sich die Geschäftsordnung an, Herr Präsident. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Sehen Sie sich, Herr Präsident, die Geschäftsordnung an. Da sehen Sie namentlich die Genossenschaften, die dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Höger zugeordnet sind. Und dort steht wörtlich drinnen, Herr Präsident, „Förderung von Wohnbauten der Gemeinden mit einem sozialistischen Bürgermeister". Also wenn das keine Zuteilung ist, Herr Präsident, dann weiß ich nicht, was eine parteiliche Zuteilung ist! Damit will ich hier nicht die Leistungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters schmälern. Sondern ich meine nur, daß es sinnvoll ist, das Wohnbauressort insgesamt in einem Ressort zusammenzufassen. *(Beifall bei Abg. der FPÖ.)* So viel Vertrauen muß man doch haben zueinander, die beiden großen Regierungsparteien. So viel Vertrauen muß man doch haben, daß man hier sagt, das ist ein Ressort, das ist eine Zuteilung und wir hören auf mit diesem Parteiproporz. Was soll der für einen Sinn haben? *(Abg. Präs. Mag. Freibauer: Das ist doch kein Proporz!)*

Na, was ist es denn sonst? Was kann es denn sonst sein, wenn ich sogar die Landesregierung in zwei Geschäftsbereiche mit ein- und demselben Tätigkeitsbereich aufgliedere. *(Abg. Kautz: Eine Arbeitsteilung!)*

Arbeitsteilung. Ich würde meinen, eine sinnvolle Arbeitsteilung wäre, die Ressorts sinnvoll aufzuteilen. Und was das bedeutet, nämlich auch für den Landtag bedeutet, das hat sich gestern gleich gezeigt. *(LHStv. Höger: Herr Kollege! Wenn wir mehrere Gesellschaften hätten wie die der Freiheitlichen, dann brauchten wir 10 Regierungsmitglieder!)*

Herr Landeshauptmannstellvertreter, da gebe ich Ihnen schon recht. Ich habe auch hier von diesem Pult aus über diese Gesellschaft gesprochen. *(LHStv. Höger: Und eines muß ich Ihnen auch sagen, seit 20 Jahren hat es nichts gegeben!)*

Ja, ich gebe Ihnen völlig recht. Ich will ja nicht die Wohnbaugenossenschaften kritisieren. Ich will ja auch nicht die Wohnbauförderung kritisieren. *(Heftige Unruhe im Hohen Hause.)* Ich selber habe als erster in diesem Hohen Haus, Herr Kollege Kautz, ich selber habe von dieser Stelle, in diesem Landtag das Problem mit der „Freies Wohnen" angesprochen. Ich habe die Anfrage gestellt, wie es denn dazu kam, daß die „Freies Wohnen" überhaupt die Gemeinnützigkeit zuerkannt erhielt. Das habe ja nicht ich zugeteilt, sondern das hat die Landesregierung gemacht. Das möchte ich schon sagen. Das können Sie nicht mir vorwerfen. Also das ist schon ein Problem, mit dem sich die Landesregierung auseinandersetzen muß, wie denn das passiert ist und wie hier beaufsichtigt wurde. Und die „Freies Wohnen" wird sich mit dem Problem „Holiday Home" etc. auseinandersetzen müssen. Und die Aufsichtsbehörde wird das auch tun müssen. Nur weil die Freiheitlichen an diesem Proporz teilhaben wollten, ändert das ja nichts daran, daß der Proporz einfach nicht mehr zeitgemäß ist. *(Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Ing. Gansch: Das würde sich sofort ändern, wenn es eine grüne Wohnbaugenossenschaft gäbe! Sofort würde sich das ändern!)*

Ich weiß, das ist ein sehr heikles Thema. Aber ich bin froh, daß wir das in dieser Offenheit einmal gemeinsam andiskutieren können. Wir werden wahrscheinlich noch öfter darüber diskutieren.

Ich möchte Ihnen sagen, man kann hier grundsätzliche Änderungen treffen. Und es hat sich ja gestern sehr schön gezeigt, wie unfrei dieser Landtag geworden ist durch diese Ressortaufteilung. Das hat sich gestern anläßlich unserer ersten Resolution bezüglich der Kinderbetreuung sehr schön gezeigt. Was ist da passiert, meine Damen und Herren? Wir haben eine Resolution eingebracht, haben aus den Abgeordnetenreihen der SPÖ Zustimmung signalisiert bekommen. Und plötzlich kam eine Interventionsserie in Gang, ausgelöst von der Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop, übergegriffen auf die Frau Landeshauptmannstellvertreter Votruba, pardon, Landesrätin Votruba. Und binnen kürzester Zeit waren diese Zustimmungssignale in Ablehnungssignale umgewandelt. Das kommt heraus, wenn für ein- und denselben Bereich - in dem Fall ist es die Kinderbetreuung als Ganzes jetzt gesehen, Kindergärten inkludiert - zwei Regierungsmitglieder zuständig sind. So geschieht das. Das knebelt auch den Landtag, meine Damen und Herren! *(Abg. Mag. Schneeberger: Also knebeln lassen wir uns überhaupt nicht!)*

Das weiß ich schon, daß Ihr Euch nicht knebeln laßt. Aber vielleicht seid Ihr an der Knebelung ein wenig beteiligt, überlegt einmal so. *(Heiterkeit im Hohen Hause. - LHStv. Höger: Aber frei gewählt*

sind die anderen Abgeordneten schon auch!)
Ja das weiß ich schon. Aber manchmal frage ich mich, wie das zustande kommt. Diese freie Wahl, da denke ich mir manchesmal, wenn frei gewählte Abgeordnete zunächst einmal Zustimmung zu einem Antrag von uns signalisieren und plötzlich auf Grund zweier Interventionen völlig umgestimmt werden. Und wenn innerhalb einer Landtagsrede eines Abgeordneten plötzlich da ein Zettel auf dem Tisch liegt mit einer Order des Klubobmannes, es ist alles anders. Also da frage ich mich schon, wie weit ist es denn mit der Freiheit der Abgeordneten in diesem Hohen Haus, Herr Landeshauptmannstellvertreter? *(Unruhe im Hohen Hause.)* Ich verstehe, daß Sie das quält.

Ich möchte zum Abschluß kommen: Wohnbauförderung. Ich darf abschließend einen Resolutionsantrag zum Thema Wohnbauförderung einbringen. *(Abg. Präs. Mag. Freibauer: Jetzt müssen Sie sehen, wie Sie aus dieser Sackgasse wieder herauskommen!)*
Das ist keine Sackgasse. Ich glaube, das wird eine Gasse sein, durch die wir noch sehr sehr lange fahren werden. Und ich bin sehr gespannt, wo sie endet. Vielleicht irgendwo in einem Licht am Ende des Tunnels *(liest)*:

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Mag. Fasan zur Gruppe 4 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Haushaltszahl 482 - Wohnbauförderung.

Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis. Die NÖ Landesregierung hat durch die Wohnbauförderung viel zur Befriedigung dieses Wohnbedürfnisses beigetragen." - Das wird ja, nehme ich an, Balsam auf Ihre Wunden sein. -
„Dennoch ist es unerklärlich, daß die Geschäftsordnung der NÖ Landesregierung für die Zuteilung der Wohnbauförderungen zwei Regierungsmitglieder von zwei verschiedenen Parteien benötigt. Dadurch wird der Eindruck erweckt, daß Parteiüberlegungen in der Vergabe der Wohnbauförderung eine Rolle spielen." - Anmerkung von mir jetzt dazu: Es wird der Eindruck erweckt. Ich unterstelle ja nicht einmal, daß das so ist. *(Abg. Ing. Gansch: Na das ist doch eine glatte Unterstellung!)* Eben nicht! -

„Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der NÖ Landtag spricht sich für eine Änderung der Geschäftsordnung der Landesregierung aus, mit dem Ziel, daß für die Vergabe der Wohnbauförderung in Zukunft nur ein Regierungsmitglied (von welcher Partei auch immer) zuständig ist."

Ich danke Ihnen. *(Beifall bei den Grünen und Abg. der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Erber.

Abg. ERBER *(ÖVP)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Ich möchte grundsätzlich sagen, daß ich sehr froh bin, wie oft die Jugend hier zitiert wird, wie viel für die Jugend geleistet wird. Und vor allen Dingen, daß die Jugend für jede Gruppe ein Anliegen ist. Ich möchte das vorwegschicken. Und wenn ich nun spreche über Jugend, Jugendbeschäftigung, dann deswegen, weil ich denke, es muß uns gelingen, die Jugend zu beschäftigen. Und wenn dann der Abgeordnete Fasan hergeht und sagt, die ÖVP begrenzt sich da auf die Aktion „man in black", dann zeugt das ja, wie in sehr vielen Bereichen, wo die Grünen dazu Stellung nehmen, daß sie ein bißchen drüberfliegen. Daß sie sich nicht mit den Zahlen beschäftigen, aber trotzdem sehr laut, sehr lang dazu reden. Ich denke, das ist keine Vorbereitung und ist nicht würdig, die Jugend zu kritisieren.

Die Angst um den Lehrplatz ist natürlich vorhanden. Und natürlich ist es auch so, daß sehr, sehr viel schon investiert wurde und daß sehr viel investiert wird. Ich möchte hier gleich ansprechen das Nationale Aktionsprogramm, Jugendausbildungssicherungsgesetz, das im Herbst starten wird und das auch sicherstellen wird, daß im Herbst kein einziger Jugendlicher mehr auf der Straße stehen wird.

Wenn gestern der Herr Abgeordnete Jahrmann angesprochen hat, es wäre der Bundeskanzler Klima gewesen, der dazu beigetragen hat, daß wir im Jugendbereich keine Probleme haben, da muß man sagen, es war zum Teil natürlich der Kanzler Klima, aber es war zum anderen Teil natürlich die ÖVP im Land Niederösterreich.

Ich möchte sagen, wie unterscheidet sich länderweit die Beschäftigung. Ich denke, man muß einmal ansetzen, um hier einen Vergleich zu ziehen, welche Arbeit, welche Leistung in Niederösterreich vollbracht wurde. Wenn nun die Beschäftigten im Gesamten im Bundesland Wien, das ja nicht unbedingt ÖVP-dominiert ist, wenn da die Gesamtbeschäftigten um 113 sinken, da muß

man auch in einem Atemzug dazu sagen, daß in Niederösterreich die Beschäftigten insgesamt um 6.763 gestiegen sind. Und ich glaube, da muß man nicht immer nur etwas Schlechtes finden, sondern da ist Niederösterreich bundesweit an der Spitze. Und ich denke, das spricht für die Wirtschaftspolitik von Niederösterreich.

Ich möchte da auch zum Nächsten kommen. Wenn bei den Lehrlingsmaßnahmen kritisiert wurde, daß das Geld kostet, daß hier Geld für Betriebe aufgewandt wird. Natürlich wird Geld aufgewendet für die Betriebe. Und zwar deswegen, weil sich die ÖVP sehr, sehr zum dualen Ausbildungssystem bekennt. Und ich denke jetzt, wenn wir von einem Sicherungsnetz wie Lehrlingsstiftungen sprechen, dann hat das natürlich seine Berechtigung. Nur, das ist ein Sicherheitsnetz. Das muß dann greifen, wenn wir in der Wirtschaft die Lehrlinge, die Jugendlichen, die jungen Arbeitnehmer nicht aufnehmen können. Aber das kann nicht zur Regel werden, daß dieses Sicherungsnetz eine Ausbildungsform wird. Und zwar gilt es das deswegen zu bedenken, weil gerade dieses duale Ausbildungssystem eines ist um das uns die ganze Welt beneidet. Und ich denke, da muß man schon nachdenken, wie kann ich dieses duale Ausbildungssystem stärken.

Bei meinen Vorrednern habe ich mich noch ein paar Mal angesprochen gefühlt. Zum Beispiel wenn die Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger kritisiert, daß nichts passiert in Richtung Projekten, wo die Jugend beraten wird, so muß ich sagen, das stimmt nicht ganz. Es ist nämlich so, daß es den Verein „die Möwe“ gibt. Ich weiß nicht, ob das bekannt ist. Aber da sieht man sehr wohl Ansätze, wo das wunderbar funktioniert. Genauso wie der Waggon. Im nächsten Satz hat sie dann sofort Stellung genommen auf das Ehrenamtliche, auf die ehrenamtlichen Vereine. Ich weiß natürlich, daß man als grüne Bewegung leicht ehrenamtliche Vereine kritisieren kann, da man ja selbst solche nicht hat. Also Ihr werdet nicht in die Verlegenheit kommen, daß Ihr ehrenamtliche Vereine habt. Und wenn Ihr dann diesen ehrenamtlichen Vereinen den Nutzen absprecht, dann betrifft mich das deswegen, weil gerade in ehrenamtlichen Vereinen Werte wie Partnerschaft, Partizipation oder Subsidiarität vermittelt werden. Und gerade wir als ÖVP sind auf diese ehrenamtlichen Vereine sehr sehr stolz. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Mag. Weinzinger: Herr Kollege, Sie hätten zuhören müssen!)*

Aber natürlich hat dann auch Mag. Fasan noch eines draufgesetzt, der gesagt hat, man muß Institute für die Jugend schaffen, man muß Zentren für die Jugend schaffen. Und da sollte man gleich ansetzen beim Denken. Sie wollen jetzt ansetzen, wie die Jugendlichen zu denken haben. Also unser Weg ist das nicht. Sondern wir wollen, daß die Jugend selbst verwaltet die Zentren. Daß man sie unterstützt, aber doch nicht, daß man da irgend welche Leute einsetzt, die ihnen dann das Denken vorgeben. Herr Mag. Fasan, ich glaube, da können wir uns nicht finden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vielleicht noch einige Zahlen zur Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen. Denn auch da kann man in Niederösterreich mit Fug und Recht behaupten, daß wir die besten sind. Warum kann man das behaupten? Weil wir tatsächlich die Besten sind! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich weiß schon, in Melk gibt es die Vollbeschäftigung. Da gab es sie auch schon immer. Da sind die Probleme nicht so groß. Und das ist nicht nur in Melk so, sondern auch in Niederösterreich. Wir haben ja schon gehört, daß wir laut Maastricht in Niederösterreich von einer Vollbeschäftigung sprechen können. Ich möchte die Zahlen ansprechen der arbeitslosen Jugendlichen bis 25. Wie war die Entwicklung von Mai 1997 bis Mai 1998? Die Entwicklung war folgendermaßen: Vielleicht wieder als kleines Beispiel das Burgenland: Plus sieben Prozent bei den Jugendarbeitslosen im Burgenland. Und in Niederösterreich wieder die besten mit minus 12,6 Prozent. Also man muß das schon einmal darstellen, daß da sehr viel geleistet wird. Und daß nichts von nichts kommt, sondern daß das von harter Arbeit kommt. Und daß das sicher von einer harten Arbeit der Landeshauptmannstellvertreterin Prokop und ihrem Ressort kommt, die sich da einiges einfallen haben lassen, damit man eben diese Zahlen erreichen kann. Und ich denke, da muß man einmal der Landeshauptmannstellvertreterin und allen anderen gratulieren dazu, daß wir die Besten im Jugendarbeitslosigkeitsbereich in Österreich sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lehrlinge sind heute etliche Male zitiert worden. Wie schaut es aus bei den Lehrlingsverträgen? *(Abg. Mayerhofer: Schrecklich!)*
Ja, genau. Schrecklich. Da sieht man, wie gut sich der Abgeordnete Mayerhofer informiert hat. Lehrlingsverträge, erstes Quartal: Im Vergleich zum Vorjahr nicht minus, sondern plus 25 Prozent. Wenn Sie das unter schrecklich verstehen, dann haben Sie eine andere Vorstellung von schrecklich als ich. Ich finde das sehr beachtlich, wenn wir unsere Lehrlingsverträge um 25 Prozent steigern können. Und auch das ist ein Beispiel, das in Österreich seinesgleichen sucht. Und auch hier wieder ein dickes Lob.

Wenn wir voriges Jahr natürlich oder wenn wir voriges Jahr Probleme gehabt haben, dann wurde im September gestartet mit der Pröll-Prokop-Initiative. Es werden sich noch sehr viele daran erinnern können. Das Ziel war, daß man tausend beschäftigt. Und wir werden diese tausend auch erreichen, obwohl ich glaube, daß es nicht so wichtig ist, dieses Tausend zu erreichen. Daß nicht die Zahl so wichtig ist, sondern wichtig ist, daß wir all jene unterbringen, die keinen Lehrplatz haben und die keine Beschäftigung haben. Und wenn das keine tausend sind, dann ist das umso besser. *(Abg. Haberler: Das ist nicht der Fall! Die Versprechen waren alle umsonst!)*
Ja, das stimmt schon, es ist nicht der Fall. Nur, dieses Programm läuft von September bis September mit dem Ziel tausend. Wir halten heute, wenn ich nicht irre, im Juni und haben bis jetzt 700 untergebracht. Und ich denke, wir werden locker auf die tausend kommen, wenn es notwendig ist. Wobei wir natürlich hoffen, daß die Jugendlichen in der Wirtschaft aufgenommen werden, daß wir nicht zu dieser Initiative unbedingt zurückgreifen müssen. Aber es ist schön zu wissen, wenn es nicht funktioniert, dann gibt es diese Initiative, auf die man zurückgreifen kann. Und das bietet letztendlich für den Jugendlichen Sicherheit. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich möchte jetzt zum Schluß noch auf einen Hinweis kommen, wo ich glaube, daß es wirklich notwendig ist, ein neues Service, eine neue Serviceeinrichtung einzurichten. Und zwar sind das die Jugendinformationszentren. Ich denke, das ist deswegen wichtig, weil wir leben heute in einer Informationsgesellschaft. Und Information ist Grundlage um informiert zu sein und um auch zu wissen, was kann ich machen, wo bekomme ich was. Und deswegen muß das unser Ziel für die Zukunft sein, Mittel in diese Jugendinformationszentren zu investieren. Das wird gewiß nicht einfach, weil Niederösterreich ein großes Land ist. Da wird das sicher nicht mit einem zentralen Jugendinformationszentrum abgetan sein, sondern da wird man auch in die Viertel gehen müssen, vielleicht sogar in die Bezirke gehen müssen. Ich bin aber trotzdem guter Hoffnung.

Zum wirklichen Abschluß möchte ich noch sagen, wenn Sie alle - und da möchte ich jetzt gar keine Fraktion ausnehmen - wenn Sie alle das halten, was Sie hier bei der Budgetrede versprochen haben, was Sie für die Jugendlichen tun werden, dann ist das sehr beachtlich und da möchte ich Ihnen im vorhinein dafür danken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort hat sich die Frau Abgeordnete Auer gemeldet. Bitte, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Abg. AUER *(SPÖ)*: Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Familie und Beruf lassen sich immer schwerer miteinander vereinbaren. Ist das ein abgedroschener Slogan, veraltet die Ansicht, die ich hier geäußert habe? Schon längst überholt? Nein, meine Damen und Herren! Denn dieser Satz geht ganz klar und deutlich aus den letzten Arbeitsmarktdaten hervor. Ich zitiere daraus: Karl Bichlmann, Arbeitsmarktexperte des Institutes für Höhere Studien wartet mit einer alarmierenden Analyse über die Zunahme der Frauenarbeitslosigkeit in Österreich auf. Von den rund 109.800 im März als arbeitslos gemeldeten Frauen sind rund 50.000, also fast jede zweite, schwer vermittelbar. Hauptsächlich wegen Mobilitätseinschränkungen im Hinblick auf Arbeitszeit und -ort. Der Großteil der Frauen kann wegen Betreuungspflichten keinen Job annehmen. Hauptsächlich wegen Kleinkinder im Alter von unter drei Jahren. Auch wenn die Prognosen des IHS ab Mai eine Stabilisierung der Arbeitslosigkeit und für 1999 eine leichte Entspannung voraussagen, ändert sich für diese Betroffenen nichts. Und das ist das Allerwichtigste jetzt: Dieses Strukturproblem wird dann einfach überdeckt, weil die Gesamtziffer positiver ausschaut und es nicht so deutlich zum Tragen kommt.

Um diesen Prognosen oder Tatsachen - es sind ja keine Prognosen, sondern Tatsachen - entgegenzuwirken, ist es notwendiger denn je, rasch auf den verschiedensten Gebieten gegenzusteuern und Maßnahmen zu setzen. Der rasche flächendeckende Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen muß, und hier beharre ich wirklich auf dem Wort „muß“, dabei an vorderster Stelle stehen. Vom Grundsatz her und von der Aussage her sind sich alle Fraktionen in diesem Haus einig, daß dies passieren muß. Nur der Weg und wie es umsetzbar ist, ist vielleicht nicht immer gleich.

Mit dem Kinderbetreuungsgesetz 1996 wurde dafür eine gute Grundlage geschaffen, auf die wir nun aufbauen können und müssen. Bis zu diesem Kinderbetreuungsgesetz waren ja viele Bereiche, die es zwar in der Realität durch Initiativen gegeben hat, für das Land aber sozusagen nicht existent. Jetzt haben wir eine gesetzliche Grundlage, auf die wir wirklich aufbauen können. Wir brau-

chen, um echte Hilfe geben zu können, die unterschiedlichsten Angebote, die sowohl im ländlichen Raum wirksam werden können als auch in den Ballungszentren in der Lage sind, den tatsächlichen Bedarf abzudecken. Damit wären wir gleichzeitig imstande, die Wahlfreiheit, die wir so oft strapazieren und zitieren, wirklich anbieten zu können. Und wir könnten die unterschiedlichsten Arbeitszeiten, wie wir sie heute vorfinden, auch abdecken.

Wir brauchen dazu vor allem die finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand. Denn nur so ist es möglich, diese Einrichtungen flächendeckend zu installieren. Nur so ist es möglich, daß Qualität garantiert werden kann. Und nur so ist es möglich, daß diesen Einrichtungen und den Erziehungsberechtigten wirklich Sicherheit gegeben werden kann für den fortdauernden Bestand dieser Einrichtungen. Diese finanzielle Unterstützung muß aber auf zwei Seiten gegeben werden. Das eine ist bei der Errichtung, sonst werden wir nie weiter kommen und es wird zu keiner flächendeckenden Versorgung kommen. Und ich könnte mir sehr wohl vorstellen, daß man versucht, die Errichtung ähnlich wie bei den Kindergärten über den Schul- und Kindergartenfonds mitzufinanzieren. Aber auch eine finanzielle Unterstützung beim laufenden Betrieb, um zum einen den Elternbeitrag so gestalten zu können, daß sich auch wirklich jede Frau, die diese Betreuung braucht - egal, ob Alleinerzieherin, ob in einer Gemeinschaft mit einem Partner, ob zwei Einkommen da sind, ob eines da ist, ob es eine Frau trifft, die bis zur Geringfügigkeit beschäftigt ist oder jemand mit einem guten Einkommen - daß es sich jeder wirklich leisten kann. Und was das Wichtige dabei ist, auch das wurde heute schon angeschnitten, unabhängig von zusätzlichen Möglichkeiten, die wir zur Zeit auch vorfinden, die aber auf Dauer nicht gegeben sind. Ich meine zum Beispiel die Unterstützung durch das AMS. Diese Unterstützungen sind gedacht als Starthilfe für die ersten Jahre, bis sich solche Einrichtungen etabliert haben. Wenn sie dann wegfallen, ist das Problem so groß, daß viele nicht wissen, wie diese Einrichtungen weiter finanziert werden können. Oder die Elternbeiträge sind eben extrem hoch und damit kann dieses Angebot dann kaum mehr in Anspruch genommen werden.

Mit dieser Notwendigkeit, daß sich die öffentliche Hand hier einschaltet und wirklich Grundlagen schafft, können wir gewährleisten, daß diese Einrichtungen auch tatsächlich angenommen werden. Gleichzeitig damit könnten wir, nicht könnten wir, sicher kann eine Reihe von neuen Arbeitsverhältnissen, wo vorwiegend Frauen beschäftigt sind, geschaffen werden. Für Beschäftigte, die nicht nur bis zur Geringfügigkeit eine Leistung erbringen, sondern die auch tatsächlich sozial- und arbeitsrechtlich abgesichert sind. Und ich sage es nicht zum ersten Mal hier, denn das ist die Gefahr, die vor uns liegt, die heute viele nicht wahrhaben wollen: Je mehr Menschen es gibt, vor allem Frauen, die unter der Geringfügigkeitsgrenze beschäftigt sind und nicht abgesichert sind, ich sage immer dazu, desto eher schaffen wir uns bewußt das Heer der Armen von morgen. Und das könnten wir hier mit diesen Einrichtungen weitgehend mit in den Griff bekommen.

Es gab gestern bereits und gibt auch heute einen Antrag von der Frau Abgeordneten Mag. Weinzinger hier zur Abstimmung. Wir haben gestern nicht mitgestimmt, ich habe es gestern auch begründet. Wir haben heute noch einmal darüber gesprochen und versucht, eine Einigung herbeizuführen. Es war nicht ganz möglich, aus den verschiedensten Überlegungen. Und zwar deshalb, weil wir getrennt haben wollen den Bereich der Kindergärten und den Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen. Nicht nur, weil es im Voranschlag zwei verschiedenen Gruppen sind, sondern weil also zwei verschiedene Gesetze hier zur Anwendung kommen. Und es daher schwierig ist, hier eine Verquickung herbeizuführen. Gleichzeitig wollen wir weitergehen als es hier im Antrag steht. Wir wollen zum Beispiel diesen Antrag nicht nur ausgerichtet haben auf Elterninitiativen, die Kindergruppen gegründet haben und sie führen. Denn wir glauben, daß es egal sein muß, wer diese Kinderbetreuungseinrichtungen ins Leben ruft, sie führt und leitet. Es müssen alle gleichgestellt sein. Egal, ob sie von der Gemeinde geführt werden, von einer Elterninitiative, von einem Verein, von einer Organisation, von wem immer. Die Voraussetzungen müssen für alle gleich sein. Daher haben wir einen eigenen Antrag, haben wir vor, einen eigenen Antrag einzubringen. Weil wir glauben, daß dieser Antrag vielleicht klarer formuliert ist und vielleicht weitergehend ist. Ich darf daher folgenden Resolutionsantrag einbringen *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Auer und Lembacher zur Gruppe 4 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Kinderbetreuung.

Die Kinderbetreuung ist eine der zentralen gesellschaftlichen Aufgaben, die sowohl für das Wohl der Kinder als auch für die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Lebensgestaltung der Eltern

vorrangig ist. Ein besonders enger Zusammenhang besteht zwischen der Arbeitslosigkeit von Frauen und dem Fehlen von ausreichenden Möglichkeiten der Kinderbetreuung.

Ein Problem, mit dem sich viele Mütter und Väter konfrontiert sehen, ist die Betreuung von Kindern bis zum Eintritt in den Kindergarten. Während in einem Teil der Fälle das System der Tagesmütter Abhilfe schaffen kann, versuchen in anderen Fällen Kindergruppen dem Problem beizukommen.

Alle Kindergruppen haben allerdings mit einer anhaltenden schwierigen finanziellen Lage zu kämpfen. Es ist daher notwendig zu prüfen, durch welche Maßnahmen die finanzielle Lage verbessert werden kann. Dazu wäre eine Analyse der Situation der Kindergruppen in Niederösterreich vorzunehmen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den Finanzbedarf zu erheben, der notwendig ist, um die bestehenden Kindergruppen in NÖ finanziell zu sichern;
2. im Sinne dieses Ergebnisses Maßnahmen einzuleiten, die im Sinne des Gesetzes die Kinderbetreuung sicherstellen."

Meine Damen und Herren! Das ist ein Teilbereich der Kinderbetreuung. Hier werden die Tagesmütter erwähnt, hier werden die Kindergruppen erwähnt. Ich habe bereits gestern kurz auch die Aktion der „Flying Nannies" angeschnitten und zwar bei der Gruppe 2. Ich habe gestern schon gesagt, daß es diese Einrichtung als Übergangslösung gut ist. Aber hier haben wir ein ähnlich gelagertes Problem, finanziert durch Förderungen des Landes Niederösterreich und mit Hilfe des EU-Sozialfonds. Ungewiß ist auch hier, wie es ab dem Jahr 2000 mit dem EU-Sozialfonds weitergeht. Wir wissen heute nicht, wie diese Aktion dann weiter finanziert wird. Ich sehe es als gute Möglichkeit, als ebenfalls zusätzliches Angebot, das hier geschaffen wird. Auf der einen Seite, wie ich gestern gesagt habe, als Wartezeit sozusagen, um die Wartezeit verbringen zu können für Kindergärtnerinnen, bis sie einem ihrer Ausbildung entsprechenden Beruf nachgehen können. Das heißt, direkt in einem Kindergarten eine vernünftige Vollanstellung, vielleicht als Hortnerin erreichen können oder einer ähnlich gelagerten Beschäftigung nachgehen können. Und da möchte ich gar nicht im Detail auf das Problem, das aus frauenpolitischer Sicht da noch drinnen steckt eingehen, weil diese Aktion „Flying Nannies" für mich wirklich nur als Übergangslösung gedacht ist. Ich glaube, daß in zwei, drei Jahren eine andere Lösung hier angeboten werden muß. All das sind Voraussetzungen, meine Damen und Herren, um weitere Probleme am frauenpolitischen und familienpolitischen Sektor in den Griff zu bekommen. Ich denke dabei an junge Familien. Denn wenn es uns gelingt, diese Kinderbetreuungseinrichtungen wirklich flächendeckend anbieten zu können, ausgerichtet auf die Bedürfnisse, die entstehen durch flexiblere Arbeitszeiten, durch die Notwendigkeit zu pendeln, dann wird es jungen Familien wesentlich leichter fallen, wenn sie beim ersten Kind bemerken, daß es wirklich gute Hilfestellungen gibt, den Entschluß zu fassen, auch ein zweites und ein drittes Kind zu bekommen. Weil sie keine Angst haben müssen vor finanziellen Engpässen vielleicht, Angst haben, vielleicht den Job aufgeben zu müssen und dadurch wieder in Probleme zu kommen.

Es ist auch wesentlich leichter, mit diesem Hintergrundwissen einem Beruf nachgehen zu können. Und das anfangs zitierte Problem aus der arbeitsmarktpolitischen Sicht ist dann vielleicht nicht aus der Welt geschafft oder vom Tisch gewischt, aber es ist zumindest so, daß wirklich die Wahlfreiheit den Familien, den Frauen gegeben ist, frei entscheiden zu können, ob sie einer Berufstätigkeit nachgehen oder nicht. Die Frauen sind dann in der Lage, nicht nur Gelegenheitsarbeiten anzunehmen, um beides vereinen zu können, sondern sie haben wirklich die Chance, eine geeignete Tätigkeit zu suchen und anzunehmen. Und damit hätten wir das wichtigste Problem bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen für Frauen vielleicht zumindest erleichtert und irgendwann aus der Welt geschafft.

Ich möchte aber noch zwei wichtige frauen- bzw. familienpolitische Punkte erwähnen, weil sie mir zumindest besonders wichtig erscheinen, wohl wissend, daß es noch eine weitere Reihe von Punkten gibt, die man hier aufzählen und anführen müßte. Ich meine erstens die Behaltepflicht nach der Karenzzeit, die eindeutig zu kurz ist. In jeder Statistik ist nachzulesen, genau mit Zahlen belegt, wie viele Frauen, die nach der Karenzzeit wieder ins Berufsleben einsteigen, nach der Behaltepflicht gekündigt werden spätestens innerhalb des ersten Jahres. Das muß einem zu denken geben. Und hier liegt eine große Chance. Wenn es uns allen gemeinsam gelingt, Druck auf die Wirtschaft auszuüben, sie nicht aus ihrer Verantwortung entlassen und vielleicht doch erreichen, die Behaltepflicht so auszuweiten, daß jene Frauen, die dann gekündigt werden, zumindest

finanziell abgesichert sind, weil sie wieder Anspruch aus der Arbeitslosenversicherung haben, aber gleichzeitig die Chance haben, wenn sie 26, 30 Wochen wieder ihrem Beruf nachgehen können, daß sie die Zeit überbrücken können, die sie bei dem Kind geblieben sind. Das heißt, wir ersparen uns viel, viel Geld, auch die Wirtschaft, für teure Umschulungsmaßnahmen, Wiedereinstiegshilfen und ähnliches mehr, wenn es uns hier gelänge, wirklich die Behaltepflicht nach der Karenzzeit auszuweiten.

Und der zweite Bereich, der mir sehr am Herzen liegt und den ich sicher - manche werden sagen, ich will das nicht mehr hören - hier anschneiden möchte, das ist die Sonntagsarbeit. Das Beispiel „Multiplex“. Etwas familienfeindlicheres als das gibt es überhaupt nicht mehr. In einer Zeit, wo man ohnehin bereits auf fünf Schichten geht, zumindest in manchen Bereichen, wo es viele Ausnahmen bereits gibt bei der Arbeitszeit, wo man von Flexibilisierung redet, dann noch von Familien, vernünftigem Familienleben zu reden, ist eigentlich eine Zumutung. Und ich möchte dazu einen Ausspruch zitieren von Landeshauptmann Dr. Pröll, der gesagt hat, er wird keine weitere Unterschrift geben. Wohl wissend, daß Landesrat Gabmann zuständig ist und das unterschrieben hat. Ich möchte daher von hier aus die Aufforderung wegschicken sozusagen, an die zuständigen Herren, weil sie ja nicht anwesend sind, sehr wohl noch eine Unterschrift zu leisten. Nämlich jene Unterschrift, mit der sie diese Genehmigung der Multiplex-Öffnungszeiten zurücknehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, das wäre familienpolitisch eine der wichtigsten Maßnahmen. Denn, meine Damen und Herren, eines ist uns alles klar: Der Fuß ist damit in der offenen Tür. Man braucht sich nur überlegen, daß zum Beispiel Vösendorf mit der Shopping City Süd in einer Region liegt, die fremdenverkehrsrelevant ist. Und dann ist es leicht, zu überlegen, was da alles auf uns zukommen könnte. Ich hoffe, daß doch so viel Druck mit Unterschriftenaktionen und ähnlichem erzeugt wurde, daß es sich der eine oder andere, der das gern tun würde, nicht traut, zumindest nicht in dem jetzigen Stadium. Aber es wäre sicherer für uns, wenn wir wüßten, daß diese Maßnahmen rund um das Multiplex zurückgenommen werden.

Meine Damen und Herren! Zwei, drei Punkte noch ganz kurz. Das eine ist, wir kennen die Aufgabe unserer Frauenhäuser, die wir in Niederösterreich haben. Durch Bewußtmachen wird immer stärker sichtbar, was Gewalt bedeutet. Was Mißbrauch, nicht nur im sexuellen Bereich bedeutet. Was es heißt, in Situationen leben zu müssen, wo man keine Alternative und keinen Ausweg sieht. Wir haben in Niederösterreich eine gute, vernünftige Regelung, in der Verträge mit den Frauenhäusern, mit den Vereinen, die diese Einrichtungen führen, abgeschlossen sind und die Finanzierung einfach über Tagsätze erfolgt. Es ist gut. Und wenn das Haus immer bumvoll ausgelastet ist, ist diese Finanzierung vernünftig. Nur, um auch hier Sicherheit zu haben, daß diese Einrichtungen auch dann existieren können, wenn einmal weniger drinnen sind - es gibt so Schwankungen, auf, ab, von der Belegung her - ist dieser Tagsatz allein auf Dauer nicht ausreichend. Denn natürlich ist im Vertrag mit enthalten, welche Qualifikation die Beschäftigten haben müssen. Und man kann nicht Beschäftigungsverhältnisse abschließen, indem man sagt, drei Monate sind wir ausgelastet, da brauche ich dich, jetzt kündige ich dich, in zwei Wochen komme ich wieder, stelle dich wieder ein. Das bedeutet nicht Sicherheit, weder für den Bestand der Einrichtungen, noch für jene, die dort ihrer Tätigkeit nachgehen. Und es wäre, wir haben uns das genau angeschaut, eine große Hilfe, wenn wir den Frauenhäusern einen Sockelbetrag geben könnten. Und jetzt bin ich ganz harmlos und sage, eine Million Schilling pro Frauenhaus als Sockelbetrag plus diese Tagsätze. Und wir hätten mit einem Strich die finanziellen Sorgen dieser Einrichtungen vom Tisch. Und wenn ich mir das anschaue, wenn ich großzügig bin, sind das rund, wenn ich es richtig im Kopf habe, sechs bis sieben Millionen. In einem Jahresbudget, das rund 50 Milliarden beträgt. Und wir hätten eine Einrichtung gesichert, auf die wir stolz sind. Wir sind es ja jetzt auch. Aber dann könnten wir wirklich sagen, wir können mit gutem Gewissen all jenen, die in Not geraten sind, die einen Ausweg brauchen, bieten, daß sie das in Anspruch nehmen können. Ohne zittern zu müssen, gibt es das überhaupt noch oder gibt es das nicht. Wir hätten das weg.

Und der zweite Bereich, der unbedingt erwähnt werden muß, ist das Frauenreferat. Das gibt es noch nicht allzu lang im Land Niederösterreich. Es hat sich in der Zwischenzeit wirklich bewährt und als gut und notwendig erwiesen. Hier wird wirklich Information betrieben, Bewußtseinsbildung, und Arbeit gemacht, Aktionen gestartet, Hilfestellung gegeben. Meine Damen und Herren! Immerhin - und auch das ist abgedroschen - gibt es über 50 Prozent Frauen in Niederösterreich. Das heißt, die Hälfte der Bevölkerung in dem Land, muß ich sagen, sind Frauen. Und da Aktionen und Hilfestellungen zu geben, dafür waren 900.000,- Schilling vorgesehen, heuer sind es 1,1 Millionen. Dazu nur ein paar Ziffern: Das Bundes-

land Wien hat im Voranschlag 58 Millionen. Ich weiß sehr wohl und sage es gleich dazu, daß davon 43 Millionen für Einrichtungen fixiert sind, aber es bleibt immer noch ein Differenzbetrag von 15 Millionen Schilling. Das im Verhältnis zu Niederösterreich kleine Burgenland hat 700.000,- Schilling für das Frauenreferat vorgesehen, Vorarlberg hat 5,3 Millionen für das Frauenreferat, Tirol 3,6, Salzburg 3,7, Oberösterreich 1,9 und Niederösterreich, das flächenmäßig größte Bundesland 1,1 Millionen. Ich muß sagen, ein Fortschritt, von 900.000,- auf 1,1 Millionen bedeutet einen Fortschritt. Aber um etwas bewegen zu wollen im frauen- und familienpolitischen Sektor, dafür ist es mir doch ein bißchen zu wenig.

Meine Damen und Herren! Es hängt alles zusammen: Möglichkeiten, Berufschancen wahrzunehmen, arbeiten gehen müssen um eben existieren zu können. Und wenn man unser Bundesland kennt und die unterschiedlichen Regionen sieht und die Realität sieht, dann weiß man, daß nicht jeder seinen Arbeitsplatz gleich vor der Haustür hat, sondern pendeln muß. Die Zahl der Pendler ist sehr groß. Hilfestellungen bietet das Land Niederösterreich an. Wenn man sich diese Voranschlagsposition anschaut, so stellt man auch hier fest, daß die Zahl geringer ist. Nämlich nicht, weil man sie geringer dotiert hat oder deshalb geringer dotiert hat, weil eben der Rechnungsabschluß 1997 eine bestimmte Zahl ausweist. Jetzt könnte man zu dem Schluß kommen, es ist so „klaß“ in Niederösterreich, die Zahl der Pendler sinkt, wir brauchen eigentlich nicht mehr, ein Ansatzposten bei dem wir zuschauen können bis er ausläuft, weil er nicht mehr gebraucht wird. Daß dem nicht so ist, wissen wir alle, die wir die Realität kennen. Klar ist, daß sich die Situationen verändert haben, daß natürlich im Laufe der Jahre die Einkommen gestiegen sind, aber natürlich auch die Preise etwa für öffentliche Verkehrsmittel, wenn man auf diese angewiesen ist. Auch die Preise oder die Kosten, wenn man mit dem eigenen Auto unterwegs sein muß. Und daher glaube ich, ist es notwendig, die Voraussetzungen, um diese Pendlerhilfe in Anspruch nehmen zu können, zu verändern. Ich darf daher auch hier einen Resolutionsantrag einbringen *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Auer und Dirnberger zur Gruppe 4 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Pendlerhilfe.

Niederösterreich weist durch seine regional sehr unterschiedlich strukturierte Wirtschaft einen überproportional hohen Anteil an Tagespendlern auf, die täglich große Wegstrecken zu und von ihrem Arbeitsplatz zurücklegen müssen. Dies bedingt neben einem hohen Zeitaufwand auch die Aufwendung beträchtlicher finanzieller Mittel. Um hier einen sozialen Ausgleich zu schaffen, fördert das Land im Rahmen der Pendlerhilfe nach sozialen Gesichtspunkten und ab einer bestimmten Entfernung die Kosten für Berufspendler. Obwohl sich in der Vergangenheit die Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel in Relation zur Einkommensentwicklung überproportional stark verteuerten, fand diese Entwicklung in den Richtlinien der Pendlerhilfe keine Berücksichtigung. Auch wurden die Einkommensgrenzen seit dem Jahr 1993 nicht mehr angehoben. Einen ersten Ansatz gab es mit der Anhebung der Einkommensgrenzen für Alleinverdiener, der jedoch eine allgemeine Anhebung der Einkommensgrenzen folgen müßte.

Auch sollte eine grundsätzliche Neustrukturierung der Pendlerhilfe überlegt werden, um den tatsächlichen Belastungen der Pendler hinsichtlich der zeitlichen und entfernungsmäßigen Belastung ihres Arbeitsweges besser gerecht zu werden. So hat beispielsweise ein Pendler aus dem südlichen Niederösterreich wesentlich weiter in die Bundeshauptstadt als so mancher Wieneinpendler aus dem Weinviertel, die zeitliche Belastung ist aber auf Grund der unterschiedlichen Verkehrsinfrastruktur diametral verteilt. Im Gegensatz dazu nehmen die Fahrpreise mit steigender Kilometeranzahl überproportional ab.

Mit einer Neufestsetzung der Einkommensgrenzen und einer Anpassung der NÖ Pendlerhilfe an die aktuellen Herausforderungen könnte man einerseits die Akzeptanz der öffentlichen Verkehrsmittel und damit auch deren Auslastung maßgeblich steigern.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung eine Überarbeitung der Richtlinien für die NÖ Pendlerhilfe vorzunehmen.“

Meine Damen und Herren! In diesem Kapitel in der Gruppe 4 gäbe es so viel zu reden, aufzuzeigen, klarzumachen, um auch hier Bewußtsein zu schaffen. Das ist sicher nicht möglich bei einer Debatte zum Voranschlag und sicher nicht möglich innerhalb einer Wortmeldung. Aber mit diesen Maßnahmen, die ich hier aufgezeigt habe, könnten wir wieder einen großen Schritt weiterkommen. Und aus diesem Grund wird unsere Fraktion

auch dieser Gruppe die Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dirnberger.

Abg. DIRNBERGER *(ÖVP)*: Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Die Arbeitnehmerförderung hat in unserem Land Niederösterreich eine gute Tradition. Und ich möchte vorausschicken, das AMS Niederösterreich war und ist grundsätzlich ein konstruktiver Partner bei gemeinsamen aktiven arbeitspolitischen Maßnahmen in unserem Lande. Das Land Niederösterreich und das AMS sind gemeinsam mit unserer Wirtschaft dafür verantwortlich, daß Niederösterreich der Konjunkturmotor in Österreich ist und die Wirtschaftsdaten, aber auch die Arbeitsmarktdaten deutlich besser als im Bundesdurchschnitt liegen, ja wir in vielen Bereichen im Reigen der Bundesländer führend sind. Und dennoch muß ich heute zum AMS eine kritische Bemerkung machen. Denn das AMS hat seit 1997 2.600 neue Lehrstellen öffentlich gefördert. Das ist sehr positiv und sehr gut. Das AMS hat sich aber 1997 bei der Lehrlingsförderung finanziell leider deutlich übernommen. Der Blick auf die Aussage des Bundeskanzlers, im Herbst 1997 wird kein Jugendlicher mehr ohne Lehrstelle sein, war offensichtlich zu groß. Und man muß eines sagen: Wenn sich das AMS so deutlich übernommen hat, ist das auch für uns der Hinweis, daß wir niemals unter der Euphorie, unter dem Eindruck der Euphorie in tagespolitischen Diskussionen den Gesamtüberblick in diesem Problembereich verlieren dürfen. Negative Auswirkungen haben vor allem Frauen und Langzeitarbeitslose zu erfahren, da für diese Zielgruppen wesentlich weniger Geld für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen von seiten des AMS im Gefolge dieser finanziellen Politik im Vorjahr zur Verfügung gestellt werden kann. Die Auswirkungen dieser finanziellen Fehlentwicklung beim AMS Niederösterreich treffen uns leider auch 1998 und noch 1999. Sogar schriftliche Förderzusagen von Betrieben zur Ausbildung ihrer Mitarbeiter mußten in diesem Zusammenhang leider widerrufen werden. Auch droht das AMS selbstorganisierten Kindergruppen eine gänzliche Streichung der Förderung der Personalkosten an, was für viele Gruppen geradezu existenzbedrohend ist.

Ganz im Gegensatz dazu hat das Land Niederösterreich in der Arbeitnehmerförderung immer alle betroffenen Zielgruppen am Arbeitsmarkt im Auge gehabt. Das sind zum Beispiel die Jugendlichen, die Frauen, die Langzeitarbeitslosen, die Behinderten und nicht zuletzt natürlich die Lehrlinge. Dazu möchte ich doch eines klar feststellen: Wenn wir im Land Niederösterreich gerade diese Gruppen, wenn ich von den Behinderten gesprochen habe, von den Langzeitarbeitslosen, so besonders im Blickfeld haben, unterscheiden wir uns damit sehr deutlich von Soziologen. Wenn Soziologen heute so gerne von Modernisierungsgewinnern und Modernisierungsverlierern sprechen, ist das im Gegensatz dazu für uns kein technokratischer Begriff. Wir definieren als NÖ Volkspartei Zielgruppen nicht nach Strategien, um Gruppen, um Wählergruppen anzusprechen. Sondern für uns ist das eigentlich die ständige Mahnung und Herausforderung, jene Menschen nicht zu vergessen, jenen zu helfen, die, aus welchen Gründen immer, seien es Krankheiten, Gebrechen, seien es Bildungsfragen, Fragen der Ausbildung, der Berufsausbildung, des Alters oder auch persönliche Gründe, ja auch persönliche Fehler und Versäumnisse, wenn jene nicht mit dem Tempo der modernen Arbeitswelt Schritt halten können. Oder nicht eine Chance oder nicht rechtzeitig eine Chance bekommen, in den bestehenden Arbeitsmarkt eingegliedert zu werden. Das wird immer die ganz große Herausforderung sein. Und daher bin ich auch sehr dankbar, daß wir im September 1997 mit der Pröll-Prokop-Beschäftigungsinitiative, die hier ins Leben gerufen wurde, innerhalb der Jahresfrist tausend Arbeitsplätze bzw. Ausbildungsplätze zu schaffen, das Ziel, ein klares Ziel formuliert haben. Und dieses Ziel wird erreicht, da durch ein Paket von 13 verschiedenen Maßnahmen bereits bisher 700 Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen wurden. Die wichtigsten Aktiviäten in dieser Pröll-Prokop-Initiative sind zweifellos die Lehrerbörse für die Zielgruppe der jungen Pädagogen; heute wurde von meiner Vorrednerin die Frage der *„Flying Nannies“* schon angesprochen für die jungen Kindergärtnerinnen; der Wiedereinstieg der Kindergärtnerinnen, die Zielgruppe der Frauen nach der Kinderpause, der *„Job 2000“* für Langzeitarbeitslose, *„start up“* für Schulabsolventen, die „Initiative 50“, für die Zielgruppe der älteren Arbeitslosen, aber auch die Umstrukturierung der NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime, insbesondere für Frauen die Aktion „Telefit für Frauen“.

Ich wollte das alles erwähnen um zu zeigen, daß wir eine bunte Palette in diesem Jahr ansprechen konnten und diesem Ziel von 1.000 Arbeitsplätzen tatsächlich durch diese konkrete Politik sehr nahe gekommen sind. Darüber hinaus werden im Sommer 1998 weitere Beschäftigungs- und Ausbildungsprojekte gestartet. Die „Flying Nannies“ werden erweitert, *housekeeping* für die Zielgruppe der Frauen, Arbeitsassistenzprojekte für Behinderte. Ich glaube, das kann sich sehen lassen, was wir mit dieser breiten Palette wirklich

zustande gebracht haben. Und selbstverständlich, der Kollege Abg. Erber hat ja heute vom nationalen Plan schon gesprochen, werden wir am NAP und an dessen Zielsetzungen in Niederösterreich sehr aktiv mitarbeiten, um hier für die jungen Menschen eine entsprechende Beschäftigung zu finden. Daß wir in Niederösterreich uns hier beteiligen, steht ja von vornherein außer jedem Zweifel.

Ich möchte ein Wort auch noch sagen zum Antrag der Frau Abgeordneten Auer, dem ich beitreten durfte. Selbstverständlich treten wir als NÖ Volkspartei diesem Antrag betreffend der Pendlerhilfe sehr gerne bei, ist doch gerade am heutigen Arbeitsmarkt die Situation so, daß die Frage der Mobilität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine immer größere Bedeutung hat. Und da wollen wir konkret vor Ort helfen.

Ich möchte abschließend sagen, wenn wir mit diesen Initiativen, von denen ich gesprochen habe, mit dieser Vielfalt so viel erreichen konnten, läßt sich das natürlich auch in Ziffern messen. Die letzten Daten, die uns zur Verfügung stehen zeigen, daß wir auch im letzten Monat im Vergleich zum Vorjahr in Niederösterreich einen Beschäftigtenzuwachs von 1,4 Prozent hatten. In Österreich waren das 0,6 Prozent. Und das ist nicht ein zufällig ausgewählter Monat, sondern das ist so Monat für Monat. Durch die letzten Jahre können wir beobachten, daß wir hier weit, weit besser liegen. Daß wir im Reigen der Länder führend sind. Und analog dazu liegen wir auch bei der Frage der Arbeitslosenquote unter dem österreichischen Bundesdurchschnitt, was uns noch immer nicht selbstzufrieden macht, aber doch eines sagt: Daß wir deutlich klar sagen können, daß wir auf dem richtigen Weg sind mit der Vielfalt dieser Initiativen, vor allem mit der Pröll-Prokop-Initiative. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH *(ÖVP)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Nur zwei kurze Bemerkungen zu einem Resolutionsantrag des Kollegen Mag. Fasan betreffend Wohnbauförderung. Dies war eben eine ambivalente, merkwürdige Wortmeldung. Sie haben auf der einen Seite, glaube ich, die sachlichen Leistungen der Wohnbauförderung in Niederösterreich richtig erkannt, haben gesagt - steht ja auch da - Befriedigung der Wohnbedürfnisse. Sie haben die Wirtschaftsförderung genannt, die sie auch positiv sehen und die positiven Beschäftigungseffekte. Es war also in der Sache eigentlich volles Lob da. Und wenn eine Materie offensichtlich sachgerecht besorgt wird und wir eine Organisationsstruktur haben in der Landesregierung, die für diese positiven Effekte verantwortlich ist, sehe ich nicht ein, warum man das mit Krampf ändern muß. Wir müssen, was bei dem Resolutionsantrag ja passiert ist wie ich glaube, uns auch im Landtag abstimmen. Bei einer so wichtigen Materie, die das ganze Land betrifft, ist es gut, in der Regierung die Verantwortung breit zu streuen. Ich glaube, das ist ein Modell, das sich bewährt hat. Und davon wollen wir keinesfalls abgehen.

Und noch eine zweite Bemerkung zu den Aussagen der Frau Kollegin Auer, nur fürs Protokoll. Ich glaube, das Multiplex ist so ein bißchen ein Popanz. Das Multiplex, die Verordnung, ich habe sie vor mir liegen, betrifft nur ein Einkaufszentrum, gilt nur für Unternehmer. Es betrifft 12 Personen. Und es ist ausdrücklich und extra eingefügt ein Paragraph 3. *(Abg. Auer: Aber Sie wissen auch um das Hintertürl!)*
Es ist extra eingefügt ein § 3: Durch diese Verordnung wird nicht die Beschäftigung von Arbeitnehmern in Gewerbebetrieben geregelt. Gleichfalls werden durch diese Verordnung Arbeitnehmerschutzbestimmungen nicht berührt. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis. Hier geht es um eine Regelung für Unternehmer. Und wenn diese Verordnung das größte Problem wäre, das wir für die Familien in Niederösterreich haben, dann, glaube ich, könnten wir wirklich zufrieden sein. Diese Verordnung ist, glaube ich, wirklich nicht das, was Sie immer versuchen daraus zu machen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ *(FPÖ)*: Frau Präsidentin! Hoher Landtag! In Erwartung, daß die Frau Abgeordnete Lembacher einen Resolutionsantrag, einen Dreiparteienantrag zur Besserstellung pflegender Personen einbringt, ziehe ich hiermit den Antrag der Abgeordneten Rosenkranz und Mayerhofer betreffend Berücksichtigung privater Pflegeleistung von pflegenden Angehörigen zur Erlangung eines Pensionsanspruches zurück. Zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Auer und Dirnberger betreffend Pendlerhilfe ersucht mein Kollege Haberler, diesem Antrag beitreten zu können.

Zu den beiden Anträgen zur Kinderbetreuung der Abgeordneten Auer und Lembacher einerseits, Mag. Weinzinger und Mag. Fasan andererseits: Wie wir hinreichend erklärt haben, wollen

wir, daß nicht eine Form der Kinderbetreuung privilegiert wird. Wir wollen, daß alle Formen der Kinderbetreuung, sowohl außer Haus als auch innerhalb der Familien, gleicherweise gefördert werden. Hier bezieht es sich eben nur auf die Betreuung außer Haus und deswegen lehnen wir diese beiden Anträge ab.

Und der letzte, zu dem ich Stellung nehmen werde, ist der Resolutionsantrag der Abgeordneten Egerer und Vladyka betreffend Auslagerungsproblematik im Zusammenhang mit der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung. Es freut mich, daß hier ganz deutlich das Problem der Verlagerung von Leistungen zwischen einzelnen Institutionen angesprochen wird. Wir sehen dies als eines der Hauptprobleme, die den Reformstau verursachen. Wir sind aber der Meinung, daß dieser Strukturfehler nur durch eine einheitliche Finanzierung zu lösen sein wird. Wir werden in der nächsten Gruppe dazu einen Antrag einbringen, der über diesen hier weit hinausgeht. Deswegen werden wir diesen Antrag auch ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Es liegt eine neuerliche Wortmeldung von der Frau Abgeordneten Mag. Weinzinger vor.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich möchte noch einmal kurz auf die vorliegenden Anträge zur Kinderbetreuung eingehen. Die Frau Abgeordnete Auer hat gesagt, es sind sich bei diesem Thema alle einig. Ich stelle fest, die Einigkeit reicht zumindest bis zum ersten Absatz im Antrag Auer und Lembacher, der von unserem Antrag von gestern abgeschrieben wurde. Zumindest in einem Ansatz der Orientierung besteht damit Einigkeit. Ich denke, der Unterschied, und das wird an den Anträgen sichtbar, bewegt sich aber dann in dem Bereich, wo man auch etwas tun soll, als Abhilfe gegen die Probleme. Und ich bedaure, daß hier die Problemsicht nicht ganz geteilt wird. Es könnte der Eindruck entstehen im Antrag Auer, Lembacher, daß es keine Probleme in den Kindergärten gibt, daß es keine Probleme mit der sozialen Absicherung von Tagesmüttern gibt, und daß insbesondere Kindergruppen nur für das Alter von bis zu drei Jahren eine notwendige und sinnvolle Maßnahme sind.

Ich denke, der Antrag spricht damit durchaus, wie die Frau Abgeordnete Auer festgestellt hat, eine klare Sprache. Ich glaube nicht, daß er weitergehender formuliert ist als der unsere, ganz im Gegenteil! Ich halte es für unzureichend, nur eine Analyse zu erstellen, vielleicht einen Finanzbedarf zu erheben, aber nicht festzuhalten, daß der dann auch gedeckt wird. Und ich halte es auch für selbstverständlich, daß Kinderbetreuung im Sinne des Gesetzes sichergestellt wird und daher nicht für notwendig, das per Antrag noch einmal zu formulieren. Wir werden daher diesem Antrag unsere Zustimmung leider nicht geben können. Ich bedaure, daß den Inhalten auf diese Art und Weise nicht Rechnung getragen werden konnte. Danke. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Abgeordneter Koczur.

Abg. KOCZUR *(SPÖ)*: Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie auch mir einige Anmerkungen zu diesem Kapitel und letztlich zu den Resolutionsanträgen. Ich habe das auch bezüglich der Resolutionsanträge deshalb als wichtig empfunden, weil ich eine Klarstellung treffen wollte. Ich habe das gestern am Abend versucht bei der Fraktion der Grünen in einer persönlichen Wortmeldung zu tun. Das hat nicht gereicht. Es ist ja auch heute wiederum auf das Tapet gekommen. Daher zur Klarstellung: Die Grüne Fraktion hat einen Antrag eingebracht, einen Resolutionsantrag zur Novelle des Musikschulgesetzes, in welchem sie zum Ausdruck gebracht hat, daß sie auch dafür ist, daß etwas geschehen soll. Jetzt müssen Sie sich vorstellen, was es bedeuten würde, wenn hier herinnen jeder Abgeordneter zu jedem Problem, das irgendwo aufgetragen ist, schriftlich mittels Resolutionsantrag bekundet, daß er auch dafür ist. Wir wollten Sie aber nicht vor den Kopf stoßen und daher haben wir gesagt, jawohl. Nur, als mir dieser Antrag vorgelegen ist, das habe ich Ihnen gestern klar und deutlich erklärt, ist der zweite Absatz durchgestrichen gewesen. Und als mir einer der Kollegen erklärt hat, Sie wollen aber trotzdem auf diesen zweiten Absatz beharren, ist von mir das eindeutige Nein gekommen. Und warum ist dieses Nein gekommen? Weil ich überzeugt bin, daß dieses Musikschulgesetz 1990, damals, als wir es geschaffen haben, richtungsweisend gewesen ist, unendlich viel in diesem Land bewirkt hat. Und ich beschmutze nicht etwas, woran ich selbst mitgewirkt und was ich damals für gut befunden habe. Das ist der eine Punkt. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP. - Abg. Mag. Fasan: Das war erstens kein Beschmutzen und zweitens waren die Signale aus Ihren Reihen vorher ganz anders! Das habe ich Ihnen auch gesagt!)*

Das zweite, warum es so ist, darf ich Ihnen auch sagen. Denn Ihre Formulierung, und scheinbar war das der Grund, warum Sie das unbedingt drinnen haben wollten, Ihre Formulierung ist ein Angriff gegen die Gemeinden. Und da werden Sie ja wohl nicht erwarten, daß ich dem zustimme. Denn wenn drinnen steht, die Gemeinden hätten irgend etwas tun sollen, sie hätten handeln sollen, dann ist es im Umkehrschluß so, daß sie nicht gehandelt haben, schuldhaft nicht gehandelt haben. Und das möchte ich mir nicht unterstellen lassen. Und das war klar und deutlich die Aussage, warum wir zu diesem Absatz nicht Ja sagen konnten. Und das habe ich versucht, Ihnen gestern darzulegen. Weil ich keinen Zwischenruf machen wollte. Weil Sie da schöne Worte von nicht wollen haben dürfen usw. gebraucht haben. Ich habe für Wortspielereien sehr viel übrig, aber wenn es an die Grundsätze geht, möchte ich das durchaus vermeiden. Das ist eines.

Was die Kinderbetreuung betrifft, hat Ihnen die Abgeordnete Auer das auch erklärt. Ich hoffe, Sie müssen auch nicht nachher etwas, weil Sie es halt dann noch einmal durchgelesen haben, korrigieren.

Ein Wort auch noch dazu, daß wir diesen Antrag zur Wohnbauförderung jetzt ablehnen. Das sind gewachsene Strukturen, das hat mein Vorredner eindeutig und klar gesagt. Ihr Versuch, an jedem Haus ein rotes oder ein schwarzes oder sonst irgendein „Pickerl“ anzubringen, ist, glaube ich, nicht notwendig. Sie selbst haben das, was hier in Niederösterreich im Laufe der Jahrzehnte geschehen ist, als gut beurteilt. Warum soll man das nur deshalb, weil Sie sich das jetzt einbilden, verändern? Das wollen wir ganz einfach nicht.

Ein Wort auch noch zur „Sache Multiplex“. Das ist auch notwendig. Das ist erst jetzt in der Endrunde entstanden. Wir sind hier deshalb sehr vorsichtig, weil es keine Verharmlosung geben darf. Und wir befinden uns da in guter Gesellschaft. Heute sind es 12 Bedienstete, morgen sind es mehr und übermorgen tritt das ein, was der Herr Bundesminister Dr. Farnleitner zu dieser Initiative gesagt hat. Er sieht das nämlich als eine Speerspitze für das totale Offenhalten. Und da klingt schon einiges an. Und wir befinden uns in guter Gesellschaft, denn wenn die Kirche das nicht auch so sehen würde, dann wäre sie hier nicht ebenfalls initiativ geworden, genau wie wir hier initiativ geworden sind. Und diese Anmerkungen, von Bundesminister Farnleitner begonnen, haben sich auch über andere Parteien fortgesetzt. Und daher ist es notwendig, den Anfängen zu wehren, daß hier nicht etwas sozusagen in den Sprachgebrauch einwandert, das dann eben letztlich dazu führt, daß Maßnahmen gesetzt werden, die gegen die Interessen der arbeitenden Menschen in diesem Lande gerichtet sind. Und die auch gegen die Interessen der kleinen Gewerbetreibenden gerichtet sind. Denn wir beklagen einerseits, daß wir an den Rändern der Städte die großen Einkaufszentren haben, daß die Zentren aussterben. Und wir tun sehr wenig, um den Menschen im Stadtzentrum, in diesen kleinen Geschäften das Überleben ermöglichen. Die können nicht länger als von sechs Uhr Früh bis sieben Uhr abends arbeiten. Weil sie auch daneben noch schriftliche Dinge zu erledigen haben. Und wenn man ihnen das Erwachsen dieser Konkurrenz ermöglicht, dann werden die ganz einfach nicht überleben können. Und das, glaube ich, wollen wir alle miteinander nicht. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Lembacher.

Abg. LEMBACHER *(ÖVP)*: Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bringe nun einen Resolutionsantrag ein *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Lembacher, Auer und Rosenkranz zur Gruppe 4 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Pensionsanspruch für Pflegende.

Die Pflege kranker und älterer Menschen erfolgt größtenteils in der Familie. Diese Form der Pflege ist menschlich und wirtschaftlich am sinnvollsten. Oft stehen Pflegende vor dem Problem der fehlenden Pensionsversicherungszeiten. Ein erster Schritt zur Lösung dieses Problems wurde mit dem Arbeits- und Sozialrechtsänderungsgesetz 1997 gesetzt. Nach dieser Regelung besteht die Möglichkeit einer begünstigten Weiterversicherung für Personen, die einen Pflegefall ab der Pflegestufe 5 betreuen und deshalb ihre Erwerbstätigkeit aufgeben mußten.

Als nächster Schritt sollte eine Ausweitung der Anspruchsberechtigung überlegt werden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung im Sinne der Antragsbegründung mit dem Wunsch vorstellig zu werden, die begünstigte Weiterversicherungsmöglichkeit für pflegende Angehörige zu überprüfen.“

Dies ist mein Antrag und ich bitte um Ihre Zustimmung. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Hohes Haus! Die Rednerliste ist erschöpft. Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort?

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Ich verzichte!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Dann gehen wir in den Abstimmungsvorgang ein. Wir kommen zur Abstimmung. Und zwar liegt zur Abstimmung vor die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Dazu gibt es insgesamt sieben Resolutionsanträge. Ich bitte den Herrn Berichterstatter nunmehr, den Antrag zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil zu stellen. Zuerst erfolgt die Abstimmung über die Gruppe und hernach über die Resolutionsanträge. Bitte schön, Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich stelle den Antrag, die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 14.225,804.000,- Schilling und Einnahmen von 7.441,771.000,- Schilling sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 383,017.000,- Schilling und Einnahmen von 310,203.000,- Schilling zu genehmigen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Danke schön, Herr Berichterstatter. *(Nach Abstimmung über Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil in Erfordernis und Bedeckung)*: Das wurde mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ u. Abg. Gratzer; Ablehnung Grüne.)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Resolutionsanträge, und zwar liegen mir folgende Resolutionsanträge vor: Ein Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan. Der zweite Resolutionsantrag der Abgeordneten Rosenkranz und Mayerhofer wurde zurückgezogen. Ein weiterer liegt vor von den Abgeordneten Egerer und Vladyka, ein weiterer Antrag von den Abgeordneten Klubobmann Koczur und Dr. Michalitsch sowie Dkfm. Rambossek, ein weiterer Resolutionsantrag von Abg. Mag. Fasan, der nächste von den Abgeordneten Auer und Lembacher, weiters ein Antrag von den Abgeordneten Auer, Dirnberger und Haberler und zum Schluß ein Antrag der Abgeordneten Lembacher, Auer und Rosenkranz.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Tagesbetreuung): Dieser Antrag wurde abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ und Abg. Gratzer.)*

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Egerer und Vladyka betreffend Auslagerungsproblematik im Zusammenhang der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung): Dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne; Ablehnung FPÖ und Abg. Gratzer.)*

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Koczur, Dr. Michalitsch und Dkfm. Rambossek betreffend Modifizierung des NÖ Wohnbauförderungsmodells 1993): Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Haushaltszahl 482/Wohnbauförderung): Dieser Antrag wurde abgelehnt! *(Zustimmung Grüne und einige Abgeordnete der FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ sowie Rest der FPÖ und Abg. Gratzer.)*

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Auer und Lembacher betreffend Kinderbetreuung): Dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ und Grüne; Ablehnung FPÖ und Abg. Gratzer.)*

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Auer und Dirnberger sowie Haberler betreffend Pendlerhilfe): Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Lembacher, Auer und Rosenkranz betreffend Pensionsanspruch für Pflegende): Einstimmig angenommen!

Damit haben wir die Abstimmung über die Resolutionsanträge erledigt. Ich ersuche nun den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Mag. Riedl, zur Gruppe 5, Gesundheit, ordentlicher und außerordentlicher Teil sowie ordentlicher Konjunkturausgleichsteil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! In der Gruppe 5, Gesundheit, werden die Gebarungsvorgänge für Gesundheitsdienst, Umwelt-

schutz, Rettungs- und Warndienste, Ausbildung im Gesundheitsdienst, eigene Krankenanstalten und Krankenanstalten anderer Rechtsträger sowie sonstige Angelegenheiten des Gesundheitswesens verrechnet. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 5.262,237.000,- Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 2.121,665.000,- Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 10,61 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 177,050.000,- Schilling und Einnahmen von 28,149.000,- Schilling vorgesehen. Im Konjunkturausgleichsteil kommen hiezu noch Ausgaben von 100,000.000,- Schilling. Ich bitte, die Debatte einzuleiten.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Ich danke dem Berichterstatter für seinen Bericht. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gebert. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abg. GEBERT *(SPÖ)*: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich möchte im Rahmen des Kapitels Umweltschutz einige Anmerkungen zur Abfallwirtschaft, insbesondere zur thermischen Restmüllverwertung hier vorbringen und mehr oder weniger anbringen. Schon deshalb, weil ich, meine Damen und Herren, zutiefst überzeugt bin, daß nach einer fünfjährigen Diskussion zu diesem Thema nicht zuletzt durch das Vorhandensein konkreter Entscheidungsgrundlagen diese Causa nun jetzt finalisiert werden könnte und, wie ich meine, auch sollte.

Ein kurzer, notwendiger Rückblick in Stichworten. Aufbauend auf dem Grundsatzbeschluß des Landtages vom 24. Februar 1994 zur Verwirklichung einer integrierten Abfallwirtschaft wurde Mitte 1994 die AVN von der EVN und dem Land mit je 50 Prozent gegründet. Einer der ersten Aufgaben dieser Gesellschaft war die Erstellung einer Machbarkeitsstudie, die am 18. Mai hier im Hohen Haus vom Landtag zur Kenntnis genommen wurde. Das Ergebnis dieser Studie war eindeutig: Die thermische Abfallbehandlung und Verwertung ist die ökologisch und ökonomisch sinnvollste Weise, die Probleme zu lösen und damit den Forderungen des AWG Rechnung zu tragen. Nun wurden gewisse Wege und Maßnahmen eingeleitet. Durch die Novellierung bzw. das Mandat einer Verschärfung des NÖ AWG entsprechend der Vorgabe der Deponieverordnung in Verbindung mit dem Wasserrecht und unter Einbeziehung des Gewerbemülls sollte die integrierte Abfallwirtschaft mit einer 25prozentigen Beteiligung der NÖ Abfallwirtschaftsverbände eine Umsetzung erfahren. Die Gemeindeabfallwirtschaftsverbände deshalb als Partner, meine Damen und Herren, weil sie eigentlich eine gewisse Garantie für die anzuliefernden Mengenkapazitäten bieten können. Ich verweise darauf, daß 70 Prozent aller Gemeinden über den NÖ Abfallwirtschaftsverein in der Beteiligungsgesellschaft BAWO zusammengefaßt sind.

Die Abfallwirtschaftsverbände erfüllen durch die Förderungspolitik des Landes auf der Basis des Gemeindeverbandsgesetzes nunmehr seit einigen Jahren ihre Aufgaben, glaube ich, sehr professionell. Sie bilden das Rückgrat der NÖ Abfallwirtschaft und sie haben sehr viel zum Abfallbewußtsein, wenn ich das so sagen darf, der Niederösterreicher beigetragen. Und ich stehe nicht an, heute hier vom Rednerpult auch Dank zu sagen allen hauptamtlichen Mitarbeitern, Funktionärinnen und Funktionären in diesen Verbänden. Ich sage das nicht nur als einer, der selbst auch Vorsitzender eines solchen Verbandes ist, sondern es weisen eigentlich die Zahlen, die jährlichen Abfallbilanzen die Aktivitäten und Aktionen nach. Die Mülltrennung und die Altstoffverwertung ist in allen Regionen und Belangen mehr oder weniger vollzogen. Die Problemstoffsammlungen, andere Entsorgungen und eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit führte, wie gesagt, zu einem besseren Abfallbewußtsein unserer Niederösterreicher. Einzig und allein, meine Damen und Herren, die Restmüllverwertung. Sieht man von einigen Problemen in Zusammenhang mit der Verpackungsverordnung ab - das wäre eine eigene Geschichte - fehlte auch im Hinblick auf die Fristsetzung der Deponieverordnung mit dem Jahre 2004 eigentlich nur als Glied zur umfassenden Abfallentsorgung nämlich die Restmüllverwertung.

Im vergangenen Jahr 1997, meine Damen und Herren, konnten in diese Richtung sehr positive Schritte unternommen werden. Ich verweise auf die Festlegung eines Standortes in Zwentendorf. Hier hat es eine Volksabstimmung gegeben. 72 Prozent der Bewohner von Zwentendorf waren für die Errichtung einer Müllverbrennungsanlage, eines Müllkraftwerkes. Leider scheiterte aber auf der anderen Seite eine bereits im Umwelt-Ausschuß sogar von der EU notifizierte AWG-Novelle an verfassungsrechtlichen Bedenken. Unabhängig davon, meine Damen und Herren, ist es doch erfreulich festzustellen, daß in der AVN, aber auch in der BAWU schon als anerkannte Partnerin zielführend in diese Richtung weiterverhandelt wurde. Und nach meinem Wissensstand wurden im April, also vor einigen Wochen, die Verhandlungen mit einem positiven Ergebnis abge-

schlossen. Wie schauen diese Ergebnisse im wesentlichen aus? Erstens: Über die gemeinschaftliche Gesellschaftsstruktur der Errichtungsgesellschaft für eine Müllverbrennungsanlage in Zwentendorf war man sich einig. 50 Prozent EVN, 25 Prozent Land, und die Müllverbände ebenfalls 25 Prozent, wobei hier der Anteil vom Land an die Verbände in Form von 25 Prozent übergehen würde. Zweitens: Die Voraussetzung wäre natürlich eine Verpflichtung der Verbände - sie haben ein Volumen von 70 Prozent der Abfallmengenkapazität -, daß diese behandlungspflichtigen Abfälle natürlich von den Verbänden verpflichtend mit Inbetriebnahme der Müllverbrennungsanlage zur thermischen Verwertung einzubringen sind. Drittens: Die Anlage sollte für eine Verbrennungskapazität von 300 Tonnen ausgelegt werden. Über den künftigen Verbrennungspreis, über das Controlling wurden viertens Kriterien ausverhandelt. Fünftens möchte ich sagen, die Anlieferung muß natürlich in Form einer umweltfreundlichen Umweltlogistik per Bahn unter Einbeziehung der Einrichtungen der NUA, siehe Zwischenlagerungen, erfolgen.

Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Die Konzepte sind also ausverhandelt. Die Verträge sind mehr oder weniger unterschriftsreif und wären praktisch aus der jetzigen Sicht auch ohne AWG-Novelle vollziehbar. Wobei natürlich im Hinblick auf eine bessere Auslastung der Anlage der Gewerbemüll zum Beispiel in die kommunale Abfallwirtschaft einzubeziehen wäre. Nun, es gibt immer wieder Diskussionen über Alternativen. Hier möchte ich sagen, bestehende und geplante biomechanische Restmüllbehandlungsanlagen müssen nach der Deponieverordnung ebenfalls bis 2004 die Grenzwerte erreichen. Und das heißt natürlich, daß entsprechende Konzepte, Behandlungsvorgänge und Systeme einzuführen sind. Nicht lagerbares Material müßte dann aber auf jeden Fall, wenn diese Grenzwerte nicht erreicht werden, einer thermischen Behandlung zugeführt werden. Die ökonomische Rechnung und das Behandlungsverfahren ist aber nach wie vor umstritten, jedenfalls aber wäre mit diesen Alternativen eine Kompromißlösung in dieser Streitfrage in Sicht.

Meine Damen und Herren! Warum mache ich hier diese chronologische Aufzählung? Ich glaube, diese Chronologie und Bestandsaufnahme ist deshalb wichtig, denn jetzt, wo es eigentlich ins „Finalspiel“ geht, um hier einen aktuellen Terminus zu verwenden, gibt es Schwierigkeiten und wie ich meine, auch Irritationen. Denn das schon vereinbarte gesellschaftliche System, die Struktur dieser Gesellschaft soll, wie ich höre, nun geändert werden. Ich mache aufmerksam von diesem Rednerpult aus, sollte dem Vernehmen nach, meine Damen und Herren, das Land tatsächlich die Absicht haben, sich aus der AVN zurückzuziehen, kann angenommen werden, daß die NÖ Abfallwirtschaftsverbände in ihrer Mehrzahl ebenfalls aussteigen. Und damit wäre das gesamte Projekt gefährdet, ich meine, sogar gescheitert. Meine Damen und Herren! Es steht fest, der NÖ Landtag hat sich vor vier Jahren zur thermischen Verwertung bekannt. Dieser Beschluß wurde mehrheitlich gefaßt. In den letzten Jahren wurde sehr viel Zeit und viel Energie aller Beteiligten zur Erreichung dieses Zieles investiert. Es wäre daher schade, wenn wir wieder bei der Stunde Null beginnen müßten.

Die SPÖ-Fraktion, meine Damen und Herren, hat es sich in dieser sensiblen Frage nicht leicht gemacht und sie steht im Prinzip zu diesem ausverhandelten Ergebnis. Ich bin mir daher sicher, meine Damen und Herren, daß der jetzt zuständige Landesrat für Umweltschutz genauso wie sein Vorgänger in dieser Funktion bemüht ist, eine gemeinsame politische Lösung zu finden. Sehr geehrter Herr Landesrat! Ich darf Sie daher ersuchen, ja sogar auffordern, alles daranzusetzen, daß sich das Land seiner Verantwortung nicht entzieht. Sie sollten dazu beitragen, daß wir gemeinsam mit allen Vertragspartnern, auch mit den Müll- bzw. Abfallwirtschaftsverbänden in Niederösterreich, zu einem erfolgreichen Abschluß kommen. Es freut mich, daß es in Kürze einen Gesprächstermin in der Frage geben wird. Und ich bin mir sicher, daß das Ziel hier erfolgreich angepeilt werden kann. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, bitte ich meinen Beitrag aufzufassen und zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Hofmacher.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Haberler. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abg. HABERLER *(FPÖ)*: Danke, sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Es ist ein Budget nicht immer nur ein Zahlenspiel, wo im Land Niederösterreich Milliarden vergeben werden oder fortgeschrieben werden. Dieses Budget bietet natürlich auch immer Politik mit sehr sehr viel Brisanz. Und besonders brisant ist das Budget des Landes Niederösterreich im Hinblick auf die Umweltpolitik. Denn, Herr Landesrat, es dürfte kein Geheimnis bleiben, daß die Umweltpolitik, die Sie neu übernommen haben, ein Stiefkind war. Und offenbar auch ein Stiefkind bleibt unter Ihrer finanziellen Führung. Denn das

Motto „Kopf statt Geld“, wenn man das kurz auf den Nenner bringen kann, das Motto sehe ich nirgends im Budget. Die Ansätze fehlen mir. Und auch in Anbetracht der Tatsache, daß Sie erst kurz im Amt sind, fehlen mir trotzdem die entscheidenden Ansätze, die wir in der Umweltpolitik auch im letzten halben Jahrzehnt in Niederösterreich in vielen Bereichen ganz einfach nicht finden konnten. Weil der zuständige Landesrat nicht bereit war, das umzusetzen, was der Landtag sehr wohl in der Lage gewesen wäre umzusetzen bzw. in Auftrag gegeben hat. Ich gehe daher ins Detail und verstehe auch nicht die Pressedienste eines Parteikollegen, die ich mir allerdings heute zu zitieren erspare, weil ganz einfach der Kollege krank geworden ist und gehe daher gleich ein auf das Thema Altlastensanierung, woran sich ihre Fraktion immer wieder vorbeizuschummeln versucht. Das hat ja der Herr Landeshauptmann in seiner Zeit als Umweltlandesrat auch schon sehr gut beherrscht.

Nehmen wir etwa die Fischer-Deponie her. Eines der ältesten Probleme des Landes, wo wir 1981 bereits zumindest anflugsweise gewußt haben, durch ORF, durch die Presse, was uns hier ins Haus steht. Bis heute sind die Herrschaften, die Herrschenden des Landes und hier allen voran die von mir genannten ÖVP-Politiker uns schuldig geblieben, hier eine Generalsanierung einzuleiten. Bis heute gibt es nur kleine Entlastungsgefechte, in Wirklichkeit heißt es Sperrbrunnen, die 30 bis 70 Prozent der Kontaminationen herausfiltern. Aber bis heute ist diesem ersten Sicherungsschritt nichts gefolgt. Und immer wieder wird dasselbe Spiel gespielt. Man redet sich aus vom Land auf den Bund. Und wenn es dann Gefahr-in-Verzug-Erkenntnisse gibt - Frau Minister Flemming war schon einmal so weit, Herr Landesrat Schimanek hat das ganz klar ausgesprochen - dann wird vom politischen Gegner, unter Anführungszeichen, wie der Kollege Fasan so gerne das immer deutet, wird dann gesagt, es ist ja gar keine Gefahr in Verzug, wir haben ja eh schon den ersten Schritt eingeleitet. Und für die weiteren Schritte wäre der andere, in dem Fall der Bund zuständig. Soweit zur Altlastensanierung, die es damit in Niederösterreich, wenn wir die Fischer-Deponie hernehmen, in Wirklichkeit gar nicht gibt.

Aber noch viel schlimmer ist es in anderen Bereichen. Und da frage ich mich schon, wo das Motto, Herr Landesrat, „Kopf statt Geld“ umgesetzt werden wird. Denn eines muß man Ihnen schon lassen, Sie haben natürlich noch einige Jahre Zeit, zumindest diese Periode, nehme ich an, hier einiges umzusetzen. Und ich will Ihnen sehr wohl sagen, was übrig geblieben ist, etwa im Bereich der Alternativenergie. Wenn ich Ihnen vorlesen darf: In bezug auf die Mitterndorfer Senke, Fischer-Deponie, das habe ich bereits genannt, auf die Einspeiseregelungen für erneuerbare Energie beispielsweise, wo der Landtag einstimmig einiges beschlossen hat, darf ich die Frage stellen, was wird passieren in bezug etwa auf die Landesförderungen für erneuerbare Energie, auf die Förderung von Hackschnitzelheizungen? Ein Beschluß aus dem Jahr 1994, der einstimmig gefaßt wurde vom Landtag, der bis jetzt nicht umgesetzt wurde. Wir sind ja langsam erst draufgekommen, daß da nichts passiert ist. Da hat es Gespräche gegeben mit dem Kollegen Feurer, da hat es Gespräche gegeben mit dem Kollegen Friewald. Und dann hat es wieder einstimmige Beschlüsse des Landtages gegeben, nämlich betreffend erneuerbare Energie, Energiekonzept für Niederösterreich. Weil wir draufgekommen sind, daß der Herr Kollege Blochberger von Ihnen ganz einfach nicht bereit ist, die einstimmigen Beschlüsse des Landtages umzusetzen. Und da wurde etwa in der 33. Sitzung am 6. Dezember 1995 wieder einstimmig ein Antrag angenommen: „Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, die bereits begonnenen Arbeiten für ein Energiekonzept so schnell als möglich zu beenden.“ Im Frühjahr 1996 sind wir dann wieder vor der Tatsache gestanden, daß das wieder nicht passiert ist, daß das wieder nicht umgesetzt wurde. Und daraufhin hat es wieder einen einstimmigen Beschluß gegeben, nachdem wir, die Kollegen Friewald, Feurer, Haberler und ich glaube, damals auch noch Ing. Dautzenberg, gemeinsam das ausverhandelt haben. Und ich lese Ihnen folgenden Antrag vor: „Die Gefertigten stellen daher den Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung, insbesonders Herr Landesrat Franz Blochberger wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung die erforderlichen Richtlinien für Biomasseheizungen bis Juni 1996 ... vorzulegen, sofern bis dahin eine Übereinstimmung mit der EU und der Bundesregierung erfolgt. Weiters ist bis Juni 1996 ein Energiekonzept“ - da war das gesamte gemeint - „vorzulegen“.

Herr Landesrat! Warum lese ich das vor und warum stelle ich diese Fragen? Diese Beschlüsse, diese einstimmigen Beschlüsse, die der Landtag von Niederösterreich gefaßt hat, sind alle zwei bzw. drei Jahre alt. Wir stehen heute hier, diskutieren ein Budget und ich vermisse - das ist gar kein persönlicher Vorwurf, sondern es geht primär nach wie vor, das verhehle ich gar nicht, an die Adresse Ihres Kollegen Blochberger - ich vermisse nach wie vor die Umsetzung dieser ein-

stimmigen Beschlüsse. Es muß ganz einfach die Aufgabe der Landesregierung sein, Beschlüsse, die der Landtag faßt, umzusetzen. Es ist nun einmal so in der Demokratie, daß nicht die Landesregierung macht was sie will, sondern daß der Landtag Beschlüsse faßt, die dann sehr wohl von den zuständigen Mitgliedern der Landesregierung umzusetzen sind.

Warum beharren wir Freiheitlichen eigentlich so auf diesen Themen, Herr Landesrat? Wir beharren deshalb auf diesen Themen, weil das ganz einfach eine Kernfrage für Niederösterreich ist. Sie behaupten immer wieder, wir sind das Agrarland Österreichs. Ja richtig, das stimmt. Doch gerade deshalb brauchen wir auch die Umsetzung dieser Pläne. Weil tausende Arbeitsplätze in der Landwirtschaft dadurch erhalten bleiben. Weil wir ganz einfach bei der Holzwirtschaft oder bei der Biomasseerzeugung zehntausende Arbeitsplätze daran hängen haben. Und daran hängt ganz einfach die Frage, sind wir in diesem Bereich konkurrenzfähig? Können wir in diesem Bereich Arbeitsplätze erhalten und - das ist der nächste Schritt - schaffen wir durch das Heranziehen einer entsprechenden Kleinindustrie im Land Niederösterreich neue Arbeitsplätze, die wir dringend benötigen? Nämlich intelligente Arbeitsplätze, wo man dann Leute ausbilden kann, womit man auch den Winter etwa in der Landwirtschaft wieder überbrücken kann und neue Einnahmensquellen schaffen kann.

Ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Darum würde ich Sie wirklich ersuchen. Wie gesagt, das geht ja primär von der Kritik her an Ihren Vorgänger, den Herrn Landesrat Blochberger, der hier leider versagt hat. Aber die Bitte an Sie, wirklich zu beginnen und für das nächste Budget einzuplanen, daß wir im Bereich alternative Energie, erneuerbare Energieträger einiges auf die Beine stellen. Ganz einfach die Beschlüsse, die bereits vorhanden sind, das Gehirnschmalz, das von Ihrer Fraktion eingebracht wurde, von den Sozialdemokraten, den Freiheitlichen, seinerzeit auch noch von den Liberalen mitgetragen, daß man ganz einfach umsetzt, was der Landtag bereits einstimmig in Auftrag gegeben hat.

Der Herr Kollege Gebert, und damit will ich mich dem Thema Müll zuwenden, hat vorher Worte gebraucht, die ich über weite Strecken unterstreichen kann. Denn es ist auch hier in Wirklichkeit eine Erblast aus der Zeit des Landesrates Blochberger, daß jetzt mehr als ein halbes Jahr lang nichts mehr passiert ist. Nichts mehr passiert ist in die Richtung, daß wir politisch keine weiteren Entscheidungen getroffen haben. Daß wir ganz einfach die Sache im Müllbereich nicht finalisiert haben. Und - das kommt dazu und so ist es nun ganz einfach in der Politik und vor allem in der Wirtschaft draußen - daß die Entwicklung dort allerdings nicht stehengeblieben ist. Und daß wir heute ganz einfach vor der Tatsache stehen, daß wir die Frage neu stellen müssen. Ich weiß, der Herr Landesrat Dr. Bauer hat auch oft sehr intensiv mitdiskutiert. Und es war ja, vor vier Jahren waren wir uns sicher. Und es war ganz einfach Stand der Technik, daß wir gesagt haben, die Müllverbrennung ist eine Supersache. Die Landtagsperiode beginnt gerade - ich kann mich erinnern, wie wir so Ende 1993, 1994 diskutiert haben - wir werden das in dieser Periode finalisieren. Und der Bau wird dann nach den Landtagswahlen quasi erfolgen. Landesrat Blochberger hat auch in diesem Bereich schwerstens versagt, muß man sagen. Denn wir sind gut gestartet und haben dann stark nachgelassen. Und jetzt stehen wir vor der Frage, fangen wir wieder von vorne an oder bleibt doch noch inhaltlich einiges über von dem, was wir uns eigentlich seinerzeit vorgenommen haben. Der Zeitplan ist schon einmal dahin, das muß man sagen. Der Zeitplan ist dahin, wieder dank des Herrn Landesrates Blochberger, mit dem man wirklich heute hier gerade im Umweltbereich eine gewisse Abrechnung halten muß.

(Präsident Mag. Freibauer übernimmt den Vorsitz.)

Es stellt sich heute wirklich manche Frage im Bereich des Müllsplittings. Selbst ich habe lange Zeit gedacht, die Stadt St. Pölten schießt eigentlich mehr quer als sie konstruktiv Beiträge bringt. Nur, wenn man sich heute das anschaut, was die St. Pöltener beginnen vorzuleben oder wenn man sich anschaut, was der Müllverband etwa in Wr. Neustadt oder in Neunkirchen geleistet hat, und welche Preise die einführen und was die im Umweltbereich alles aufzustellen in der Lage waren, da muß man sich wirklich die Frage stellen, ob wir nicht heute einen wesentlichen Schritt weiter sind. Indem wir sagen, jawohl, es gibt Fraktionen, die sehr, sehr hohe Brennwerte haben, die weit über 6.000 kj Brennwert liegen. Und da kann man es sich durchaus überlegen, daß man sagt, jawohl, die gehören im thermischen Bereich verwertet, gar keine Frage. Das rechnet sich, das ist auch sozial vertretbar. Denn Umweltschutz muß ja auch die soziale Komponente betrachten. Doch auf der anderen Seite gehen wir nicht in das Müllsplitting, das wir bereits in vielen Verbänden haben. Wr. Neustadt hat diese Splittinganlage, ich weiß es von Wiener Neustadt am besten, vom Verband, längst angeschafft. Hier sind wir tech-

nisch ganz einfach so weit, daß wir sagen, okay, wir fordern a) einen guten Preis, der sozial verträglich ist, wir schonen b) die Umwelt wo es geht, wir schützen die Umwelt wo es geht. Und c) verwerten wir die Fraktionen, die einfach zu schade sind, um auf den Müll geworfen zu werden, thermisch. *(Unruhe bei LR Mag. Sobotka.)*
Gar keine Frage, Herr Landesrat. Das ist eben eine Frage des Abwägens. Und ich habe deshalb auch ganz bewußt die soziale Komponente hineingebracht. Denn wir liegen ganz einfach noch immer über den 2.000,- Schilling, von den generellen Berechnungen her, was dann die Tonne Müll kostet. Und es gibt Verbände, die fahren nach wie vor mit 800,- Schilling. Das heißt, wie erklären Sie das jemand in Wr. Neustadt, wo jetzt die Mistkübelentleerung zur Zeit 35,-, im Herbst dann 41,- Schilling kostet, daß er plötzlich, ich sage jetzt sehr salopp, bitte, mich nicht auf den Schilling festzulegen, daß ganz einfach die Entleerung 160,- oder 180,- Schilling kostet. *(Abg. Mag. Riedl: Herr Kollege Haberler! Sie sollten sich über Wiener Neustadt informieren!)*
Ich habe mich informiert. Deshalb stehe ich ja da, deshalb erkläre ich Ihnen das ja. Weil wir genau das Thema gemeinsam mit dem Müllverbandsobmann, mit dem Stadtrat Geier von der SPÖ in den letzten Wochen ganz, ganz intensiv diskutiert haben und morgen im Gemeinderat diskutieren werden. Das ist aber ein Problem, das man genauso auf den Bezirk Mistelbach umlegen kann, auf den Bezirk Zwettl oder auf den Bezirk St. Pölten, den ich schon erwähnt habe. Denn dieses Müllproblem ist ein politisches Problem, ist ein Umweltproblem und ist natürlich über die Preiskomponente ein massives soziales Problem.

Herr Landesrat! Die bedingungslose Verbrennung würde eines im Preiskampf in Wirklichkeit ganz, ganz stark herausstreichen: Die Verbände, die bis dato gut gewirtschaftet haben, müssen ihre Bevölkerung dann bestrafen und höhere Gebühren verlangen. Die Verbände, oder die Gemeinden - und die gibt es auch vereinzelt -, die nicht so gut gewirtschaftet haben und die sehr sehr teuer sind, die könnten dann sogar eine Preisreduktion an ihre Konsumenten weitergeben. Und das kann und das darf ganz einfach nicht sein. Daß der bestraft wird, der gut gewirtschaftet hat auf der einen Seite. Und daß auf der anderen Seite der, der nicht so gut gewirtschaftet hat, die Früchte dieser Politik erntet. Das darf nicht sein. Deshalb sage ich, müssen wir auch in der Lage sein, gescheiter zu werden. Und wir sollten sehr, sehr rasch, nicht wieder vier Jahre lang sondern in den nächsten Wochen, intensiv, vielleicht schon die Sommermonate nutzen, um hier neuen Boden unter die Füße zu bekommen. Denn die bedingungslose Verbrennung die uns seitens der EVN hier immer wieder ins Haus gestellt wird, die kann und die darf es nicht sein. Wir haben uns immer, das haben wir von Haus aus gesagt, gegen ein Monopol ausgesprochen. Das wurde uns auch immer wieder versprochen, daß es dieses Monopol nicht geben wird. Aber man versucht es immer wieder durch die Hintertür. Das heißt, die Splitting-Variante haben wir uns anzuschauen. Und wir haben uns jede neue Variante, die irgendwann hereinkommen kann, technisch anzuschauen. *(LR Mag. Sobotka: Unökologisch! Unökologisch!)*
Nicht mehr! Das war nur ein Anfangsversuch. Vollkommen richtig. Da waren wir uns ja einig. Das heißt, unökologisch ist die Frage. Es gilt abzuwägen, Herr Landesrat, die soziale Komponente, die ökologische Komponente und zweifelsohne auch die politische Vertretbarkeit nach außen. Denn es gibt Müllverbandsobmänner oder Bürgermeister, die müssen das vertreten können. Das sehe ich als Oppositionsangehöriger, als Angehöriger einer Oppositionsfraktion sehr wohl auch ein. Aber wie gesagt, hier werden wir in Zukunft zweifelsohne wesentlich mehr Gehirnschmalz aufwenden müssen als es bisher leider in manchen Bereichen passiert ist. Denn der Weisheit letzter Schluß ist nicht die AVN und schon gar nicht die EVN in Niederösterreich, das möchte ich ganz klar sagen. Und die Geldtaschen der Bürger sind in Zeiten der Sparpakete sehr wohl auch bei der Politik in Betracht zu ziehen. *(LR Blochberger betritt den Raum.)* Jetzt kommt der Hauptverursacher der Politik, die ich genannt habe, endlich auch und hört sich das an. Das heißt, ich bringe es immer wieder zusammen, Franz, daß Du den Raum betrittst. Das freut mich.

Ein weiterer Bereich, ich habe ihn schon kurz gestreift und ich will noch dabei bleiben: Ich schaue mir immer wieder das Landhaus in St. Pölten an und denke mir, da gibt es so Aluleisten, auch vor dem Zimmer, wo ich sitze. Und die erfüllen eigentlich gar keine Funktion, außer daß sie im Winter sehr kalt wirken und im Sommer sehr heiß sind. Das heißt, man hätte hier durchaus, spreche ich Dich wieder als seinerzeitigen Landesrat an, der ja dabei war, wie dieses Gebäude errichtet wurde, der durchgehend Umweltschutzlandesrat war oder sein hätte sollen, sage ich besser, und der hier nicht die nötigen Ideen offenbar mit eingebracht hat, die ein solches 16 Milliarden-Gebäude, ein solcher 16 Milliarden-Komplex ganz einfach erfordert hätte. Und ich würde daher sagen, daß es ganz ganz wichtig wäre, im Land Niederösterreich hier in öffentlichen Amtsgebäuden umzudenken. Das ist natürlich schwierig, Herr Landesrat, wenn man es in der Landeshauptstadt nicht vorlebt und dann jemanden sagt, ja, aber in

der BH draußen oder in der Gemeinde, Herr Bürgermeister oder wie immer, oder dem Gemeinderat selbst sagt, aber ihr sollt es anders machen. Aber irgendwann müssen wir endlich einmal anfangen, eine vernünftigere Politik zu betreiben als das hier in manchen Bereichen die letzten Jahre der Fall war. Ich bringe daher folgenden Resolutionsantrag ein *(liest)*:

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Haberler zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Einsatz von umweltschonendsten Energiesystemen bei öffentlichen Gebäuden.

Um die Importe von Erdöl, Erdgas und Kohle zu reduzieren und somit zum Abbau des Handelsbilanzdefizits beitragen zu können, ist es erforderlich, erneuerbare Energien, wo immer möglich, zu fördern.

Derzeit wird seitens der Landesregierung ein Zuschuß für die Errichtung von Solaranlagen, Wärmepumpenanlagen und Photovoltaikanlagen gewährt. Der intensivierte Einsatz von Kraft-Wärmekopplungen, Hackschnitzelheizungen, Biogasanlagen, Biomasseheizungen etc. wird eine Verminderung des CO_2-Ausstoßes mit sich bringen. Zudem steht fest, daß die Pflanzung von Energiewäldern für viele Bauern eine Erwerbsquelle eröffnen wird. Mit zunehmender Attraktivierung von Hackschnitzelheizungen werden im Bereich der Umwelttechnologie schließlich auch attraktive Arbeitsplätze geschaffen. Die verstärkte Anwendung von Hackschnitzelheizungen und anderen Anlagen, welche mit nachwachsenden Rohstoffen betrieben werden, bringt somit umwelt-, finanz-, agrar- und arbeitsmarktpolitische Vorteile mit sich, welche die Aufwendungen überproportional aufwiegen. Die Reduktion von Energieimporten bringt auch großen volkswirtschaftlichen Nutzen. Deshalb muß vor allem die öffentliche Hand, wo immer möglich, mit gutem Beispiel vorangehen und diese Energiequellen in ihrem Einflußbereich zum Einsatz bringen.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung durch geeignete Maßnahmen in ihrem Wirkungsbereich zu erwirken, daß öffentliche Gebäude im Bundesland NÖ primär mit erneuerbaren Energieträgern bzw. mit umweltschonendsten Energiequellen beheizt werden."

Herr Landesrat, ich glaube, daß es an der Zeit wäre, gemeinsam ans Werk zu gehen. Das, was der Herr Landesrat Blochberger die letzten Jahre eigentlich immer verhindert hat, nämlich gemeinsam für das Land massiv etwas weiterzubringen. In einem Bereich, worüber wir uns im Landtag einig sind, die Kollegen, die ich heute schon genannt habe, quer durch alle Fraktionen. Und ich kann mir nicht vorstellen, daß die grüne Fraktion hier nicht prinzipiell bereit ist, konstruktiv mitzuarbeiten. Hier hätten wir immer die Chance gehabt, gemeinsam viel weiterzubringen. Und ich darf als Obmann des Umwelt-Ausschusses Sie wirklich einladen, gemeinsam mit dem Landtag hier die großen Schritte, die wir vor uns haben, und die wir hier, weil da gibt es keine ideologischen Barrieren, in der Lage wären, zu machen, zu tätigen. Denn es kann nicht sein, daß eine AVN, eine EVN oder wer immer in diesem Land die Politik betreibt. In diesem Land sollte - und das sage ich wirklich mit einem gewissen Selbstbewußtsein - der Landtag von Niederösterreich den Ton angeben. Und nicht, wie es beim Landesrat Blochberger war, irgendwelche Gesellschaften, die unter ÖVP-Mehrheit stehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Prober.

Abg. Dr. PROBER *(ÖVP)*: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vielleicht gleich eingangs zum Kollegen Haberler betreffend die Verfahren zur Räumung der Fischer-Deponie. Man weiß ja, daß die nach den Bestimmungen des Wasserrechtsgesetzes durchgeführt werden. Zuständig dafür ist der Herr Kollege Schimanek. Bitte, Ihr sitzt da an der Quelle! Ich glaube, es wäre jetzt angebracht, den richtigen Adressaten hier auch entsprechend zu strapazieren. *(Unruhe bei Abg. Haberler.)*
Der Herr Landesrat Franz Blochberger hat wirklich sehr viele Grundlagen dafür aufbereitet, daß hier eine ordentliche Räumung dieser Deponie erfolgen kann. Das nur soweit.

Meine Damen und Herren! Der Umweltschutz ist natürlich eines der wichtigsten und komplexesten Themen, dessen wir uns hier in diesem Landtag stellen müssen. Aus der Fülle der Themen, die hier anstehen - und es gibt ja deren genug, die uns unter den Nägeln brennen - möchte ich einige wesentliche herausgreifen. Bevor ich das aber tue, möchte ich entgegen den Ausfüh-

rungen des Kollegen Haberler auch einen Dank aussprechen. Einen Dank an ein Regierungsmitglied, das sehr viele Jahre den Umweltschutz in Niederösterreich sehr offensiv und erfolgreich bewältigt hat. Und sehr viel Persönlichkeit auch in dieses brisante Thema investiert hat, nämlich Herr Landesrat Franz Blochberger. Ich glaube, das muß man hier einmal klipp und klar sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf drei Dinge herausgreifen aus dieser gesamten Materie. Die zwei Nationalparks, die geschaffen wurden unter seiner Federführung, Donau-March Auen und Thayatal, seine Offensive in der Abfallwirtschaft mit der Grundlagenaufbereitung für die Müllverbrennung in Niederösterreich, ein Thema, das heute bereits angesprochen worden ist. Aber besonders sein Engagement, und da möchte ich Dir wirklich sehr deutlich widersprechen, in Sachen Biomasse, in Sachen nachwachsender Rohstoffe und deren Nutzung zur wärmeenergetischen Verwendung. Und im besonderen natürlich die Entwicklung eines Energiekonzeptes in Niederösterreich.

Ich gebe schon zu, daß das Energiekonzept vielleicht schon früher hätte kommen können. Nur glaube ich, es ist günstig und besser, wenn man ein solides, gutes Fundament baut, ordentlich zimmert, ein Dach drüberstülpt, das dann auch Jahrzehnte halten kann. Ich halte nichts davon, wenn man etwas macht, ein Husch-Pfusch-Gesetz, das dann in sich zusammenbricht. Ich glaube, daß die nächsten Jahre hier für uns die Aufgabe bringen werden, es nicht nur zum Leben zu erwecken, sondern auch in der Praxis mit Leben zu erfüllen.

Meine Damen und Herren! Ich meine, daß diese Arbeit des Landesrates Blochberger wirklich Dank, Anerkennung und Respekt verlangt. Und wir wollen ihm das auch - und ich meine, daß beide großen Fraktionen dieses Hauses hier einer Meinung mit mir sind - hier heute entsprechend zollen. Wir wissen, daß auf dieser Grundlage, die er gelegt hat, auch der jetzige Landesrat für Umweltfragen, der Herr Landesrat Mag. Sobotka wirklich zielführend und effizient weiterarbeiten wird.

Zum Stichwort Müllverbrennung in Niederösterreich, das heute schon angesprochen worden ist. Wir alle wissen, daß kein Weg daran vorbeiführt. Der Herr Kollege Gebert hat hier einiges aufgezeigt, was unbedingt zu unterstreichen ist. Wir haben die Grundlage für die Müllverbrennung geschaffen, wir haben mit Landtagsbeschluß für eine Müllverbrennungsstudie durch die AVN gesorgt. Die ist erfolgt, die Ergebnisse liegen vor. Auch wurde demokratisch ein Hauptstandort, wenn man so will, bereits etabliert. Und im zweiten Landtagsbeschluß ging es dann darum, die Einleitung der notwendigen Umsetzungsschritte herbeizuführen. Ich meine auch, daß hier wirklich keine wie immer geartete Firma eine Monopolstellung haben soll. Das ist aber auch politisch weitestgehend akkordiert. Was wir allerdings brauchen, und da gebe ich dem Herrn Kollegen Gebert auch völlig recht, ist eine abschließende Motivation aller Müllbeseitigungsverbände, unter der jetzt akkordierten bestehenden Konstruktion auch im zeitlichen Rahmen an der Umsetzung mitzuwirken. Das ist das eine. Und das zweite, von dem ich glaube, daß es wichtig ist: Daß wir endgültig und ein- für allemal in diesem Haus hier ein eindeutiges, klares Bekenntnis zu dieser Variante der thermischen Verwertung ablegen und die Diskussion nicht wieder mit irgendwelchen Wenns und Abers anreichern. Das wäre auf den Punkt gebracht, was ich mir hier wünschen würde.

Ein zweiter Punkt, den ich herausgreifen möchte, Naturschutz in Niederösterreich. Wir wissen und sind wohl einer Meinung, daß das eines der wichtigen Kriterien der Aufrechterhaltung der Lebensgrundlagen für die jetzige Generation und die künftigen Generationen sein muß und sein wird. Wir brauchen ein Anpassungsgesetz, wie es das neue Naturschutzgesetz sein soll, das aber auch Kriterien erfüllen muß. Es muß praktikabel sein, es muß vollziehbar sein, es soll ohne Schikanen bestückt sein und es soll keinen Träumereien unterliegen. Und ich meine, daß der bisherige Entwurf nicht unbedingt dazu angetan war, diese Kriterien zu erfüllen. Wenn man zum Beispiel zum Bau eines Hochstandes eine Bauverhandlung brauchen würde, dann brauchen wir in diesem Haus nicht mehr reden über Deregulierung, Gesetzesvereinfachung, Entbürokratisierung und dergleichen mehr. Ich glaube, das müssen wir noch einmal sehr gut und bedacht überarbeiten. Gut und bedacht einfach in eine neues, gemeinsames Werk einbringen. Und ich meine, daß wir alle dazu aufgerufen sind, mitzuwirken, ein Gesetz zu schaffen, das die Forderungen der Allgemeinheit erfüllt, aber nichts Unmögliches verlangt.

Zum dritten: Energiepolitik mit nachwachsenden Rohstoffen. Eine Zielsetzung, die, wie ich glaube, eminent mit einer umfassenden Umweltpolitik zusammenhängt und wie auch der Herr Landesrat Mag. Sobotka bereits zum Ausdruck gebracht hat, einfach die nachhaltige Lebensqualität zu sichern mithelfen soll. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt. Und dazu gehören natürlich

Forderungen. Und ich gehe Hand in Hand mit der Frau Kollegin Mag. Weinzinger, daß man zum Beispiel die Klimabündnisziele viel stärker und zentraler herauszustellen hat. Sie durch Information näher an die Menschen bringt. Das man entsprechend stärker dahintersteht. Und aus diesem Grunde hat auch das Bundesland Niederösterreich das kommende Jahr 1999 als Klimabündnis-Schwerpunktjahr deklariert, mit dem Ziel, rund 100 Klimbündnisgemeinden bis ins Jahr 2000 zusammenzufassen mit einheitlichen, in die richtige Richtung gehenden Zielsetzungen. Denn es kann, meine sehr verehrten Damen und Herren, aus meiner Sicht nicht so sein, daß die Mutter Erde weiter bezüglich fossiler Energieträger ausgeplündert wird. Was nichts anderes heißt, als daß dies zu einer etwaigen kommenden drohenden Klimakatastrophe beiträgt. Und ich meine, was damit zusammenhängt, könnte auch sein, daß der Ausschluß von CO_2-Emissionen, das wissen wir heute, zur stärkeren Erderwärmung beiträgt, zur Abschmelzung der Polkappen beiträgt, und natürlich damit auch zum Steigen des Meeresspiegels beiträgt mit allen Konsequenzen, die damit verbunden sind. Und ich meine auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß das Land Niederösterreich aus diesem Grunde 1993 bereits den richtigen Schritt gesetzt hat, nämlich dem Klimabündnis beigetreten zu sein. Mit dem Ziel, bis ins Jahr 2000 rund 50 Prozent der CO_2-Emissionen zu reduzieren. Sehr wohl ein hochgestecktes Ziel, aber doch wert, es anzupeilen.

Ich glaube, hier soll man den Willen schon entsprechend bewerten und honorieren. Natürlich mit der Methode des verstärkten Einsatzes nachwachsender Rohstoffe. Mit wichtigen Nebeneffekten, und die möchte ich hier wirklich nicht unter den Tisch kehren. Nämlich eine Verringerung der Energie-Auslandsabhängigkeit einerseits zu erreichen, zweitens eine Verringerung des Devisenabflusses zu erreichen, der österreichweit zur Zeit mit an die 60 Milliarden Schilling in etwa zu beziffern ist. Und das ist wohl ein sehr großer Brocken, da können wir einiges ersetzen durch eigene Kraft, durch eigene Organisationsformen, durch neue Strukturen, durch neue Möglichkeiten. Da gehe ich ganz konform und auch Hand in Hand mit der Philosophie der Freiheitlichen, daß wir hier nicht genug tun können. Nicht genug tun können, um diesem Ziel Schritt für Schritt näherzukommen. Ich stehe aber auch nicht an, der EVN von diesem Platz aus zu danken, die sehr wohl im Dienste der Sache in den letzten Jahren immer stärker hineinintegriert hat und, wie ich glaube, auch in den kommenden Jahren uns dabei entsprechend zur Seite stehen wird.

Damit schaffen wir auch eine Verbesserung der Einkommen der Bauernfamilien, das muß man auch sagen, eine Verbesserung der regionalen Kaufkraft. Und nicht zuletzt - und das gebe ich auch wirklich zu bedenken - sind damit verbunden neue Arbeitsplätze im Heizungsbau, neue innovative Arbeitsplätze, die wir auch in vielen Bereichen sehr, sehr dringend brauchen. Das Land Niederösterreich hat sich hier wirklich für die Nutzung der Biomasse in der Theorie, aber auch in der förderungspolitischen Praxis ausgesprochen. Hat hier mit Energieleitlinien in den vergangenen Jahren eine Marschrichtung vorgegeben, die jetzt im Energiekonzept gipfeln soll. Und ich glaube, Herr Kollege Haberler, das muß man wirklich als eine kontinuierliche Entwicklung sehen. Das kann man nicht so über das Knie brechen, sondern man muß Mosaikstein für Mosaikstein zusammenfügen, damit ein gemeinsames, tragfähiges, gutes Ganzes daraus wird. Und dieser konsequente Weg gipfelt eben in diesem Energiekonzept, das erarbeitet wurde und den Regionen und Kommunen als Leitfaden dienen soll. Einerseits, um eigene Konzepte zur Senkung des Energieverbrauches und der Schadstoffemissionen zu bewerkstelligen, insbesondere aber auch, um den CO_2-Ausstoß zu minimieren.

Im Rahmen dieses Energiekonzeptes, und damit komme ich schon zum Schluß, wurde ein räumliches Leitbild entwickelt, das versucht, räumlich abgegrenzte Prioritäten, zum Beispiel Gebiete mit großem Biomassepotential auszuweisen und für energiewirtschaftliche Maßnahmen nutzbar zu machen. Die Umsetzung des Energiekonzeptes, ich glaube, das ist die Frage, die auch jetzt angesprochen wurde, soll in einem Stufenbau erfolgen. Erstens: Information über dieses Konzept, das muß breit und tragfähig werden, das muß finanziell bedeckt werden, das ist auch keine Frage, dazu ist auch ein Regierungsbeschluß in entsprechender Form notwendig. Drittens: Eine Konkretisierung der Einbindung der regionalen Ebene, zum Beispiel durch Energieplattformen oder durch die Klimabündnisgemeinden, deren Anzahl einfach 100 im Jahr 2000 betragen soll. Und letztendlich eine laufende Überprüfung und Berichterstattung durch den jährlichen NÖ Energiebericht, den wir kommenden Donnerstag in diesem Hohen Haus diskutieren werden. Ich glaube, daß dieser energiepolitische und umweltpolitische Kurs des Landes ein guter Weg in das dritte Jahrtausend sein wird. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf zunächst einmal auch im Anschluß an meine Vorredner auf das Thema Müllbeseitigung oder den Punkt Müllverbrennung insbesondere eingehen. Ich orte doch mit einigem Verwundern, aber mit positiver Verwunderung, wenn ich das so sagen darf, einen Stimmungswandel bei der Freiheitlichen Partei, die sich neuerdings die Frage der Müllverbrennung doch noch einmal zu überlegen scheint. Ich erinnere mich an Zeiten, als der Abgeordnete Haberler in einer Presseaussendung gefordert hat, man möge doch den Müll, der für eine damals geplante Sonderabfalldeponie in Aspang vorgesehen war, einer Müllverbrennungsanlage zuführen. Nicht wissend, daß das als eine Deponie geplant war, die die Verbrennungsrückstände deponieren soll. Offenbar hat die FPÖ hier sich in ihren Meinungen etwas geändert und man wird sehen, wie weit das bei den anderen Fraktionen noch der Fall sein wird.

Wer sich diese Entwicklung in Richtung Müllverbrennung im Jahr 1994 oder eigentlich vom Jahr 1993 an ein wenig genauer ansieht, der merkt schon ganz deutlich, daß das doch eine Entwicklung war, die sehr sehr viel mit Macht und Machteinflüssen zu tun hatte. Und das ist doch ein wenig bedenklich. Ausgegangen ist man nicht im Jahr 1994, sondern ausgegangen ist man eigentlich vom Jahr 1993, als die Landesregierung eine Studie in Auftrag gegeben hat über die Restmüllbehandlung in Niederösterreich. Und der Leiter dieser Studie, Dipl. Ing. Ringhofer hat damals eigentlich schon als vernünftigste Variante das Restmüllsplitting vorgeschlagen. Und dann hat der Landtag im Jahr 1994, im Februar 1994 einen Beschluß gefaßt, mit dem die Landesregierung beauftragt wurde, sich dieses Themas anzunehmen. Die Landesregierung hat die Gründung der AVN veranlaßt und hat gleichzeitig der AVN als zukünftiger Betreibergesellschaft den Auftrag gegeben, eine Machbarkeitsstudie zu verfassen. Das heißt, der klassische Fall, daß derjenige, der letztlich Betreibergesellschaft sein wird, gleichzeitig über sich selber eine Studie anfertigt, ob das, was er hier machen wird, auch machbar ist. Mit der Unabhängigkeit in der Überprüfung war es damit vorbei.

Was im ersten Antrag 1994 im Landtag noch drinnen war, nämlich die Möglichkeit der mechanisch-biologischen Entsorgung war hinterher im zweiten Antrag des Landtages auch 1994 bereits draußen. Hier ging es nur mehr darum, die Machbarkeitsstudie zur Kenntnis zu nehmen und den vorgezeichneten, durch die Landesregierung vorgezeichneten Weg der Müllverbrennung weiterzugehen. Also ich meine, daß hier, wenn ich das ein bißchen zynisch formulieren darf, der Weg der „Müllpyromanen“ seinen Ausgang genommen hat. Und ich weiß nicht aus heutiger Sicht, ob das der richtige Weg war. Ich gestehe schon zu, daß das Restmüllsplitting auch die Verbrennung einer Leichtfraktion inkludiert. Aber es ist ein großer Unterschied, ob ich stofflich homogen mit hohem Energiewert verbrenne, oder ob ich jetzt, auch unter dem Einfluß der geplanten St. Pöltener Splitting-Anlage, plötzlich in eine Situation komme, daß ich sozusagen vom Restmüllaufkommen zu wenig einliefern kann, Ersatzstoffe brauche. Und - Herr Landesrat, das ist das einzige, was ich jetzt zum Klärschlamm sage - den Klärschlamm hier zu verbrennen halte ich für nicht sinnvoll. Ich glaube, hier den Klärschlamm zu verwenden, um wieder auf die nötigen Mengen zu kommen, damit die Kostenrechnung stimmt, das ist ganz sicher der falsche Weg. Hier gibt es günstigere Methoden. Man kann ja Klärschlamm auch richtig kompostieren, den Vorschriften, dem Bodenschutzgesetz und der Klärschlammverordnung entsprechend kompostieren. *(LR Blochberger: Auch eine neue Erkenntnis!)*
Ja, man kann ihn richtig kompostieren. Ich habe nie etwas gegen Klärschlammkompostierung gesagt. Ich habe nur gegen einzelne Vorgangsweisen in der Praxis einiges gesagt. Aber ich glaube, damit sollten wir den Landtag heute in diesem Zeitdruck nicht belasten.

Man hat hinterher die Verbände entsprechend, ich möchte es einmal ebenso provokant formulieren, vergattert. Man hat ihnen Mitspracherechte zugesichert und man hat ihnen die Kosten „aufs Aug’ gedrückt“. Und es ist tatsächlich so, wie man aus dem Bezirk Wr. Neustadt hört: Man steht vor einer Verdoppelung der Kosten, der Müllgebühren. Andere Verbände stehen vor einer noch größeren Erhöhung der Gebühren. *(LR Blochberger: Das stimmt doch nicht, Herr Kollege! Tun Sie sich fachlich informieren!)*
Schauen Sie sich die Protokolle an, was dort diskutiert wird, Herr Landesrat. Sehen Sie sich das an. Ich habe ja das nicht erfunden, Herr Landesrat. *(LR Blochberger: Das ist Unsinn! Lesen Sie nach!)*
Herr Landesrat, ich habe das nicht erfunden. Es tut mir leid, aber das ist ja nicht auf meinem Mist gewachsen, sondern ich zitiere nur aus Protokollen der Abfallwirtschaftsverbände. Das ist ja nichts, was ich erfunden habe, sondern ich zitiere aus Protokollen der Abfallwirtschaftsverbände, die von einer Verdoppelung und mehr ihrer Kosten sprechen. Und irgendwann nehme ich einmal an, wird das auch eingehoben werden. Das denke ich

sehr wohl. *(LR Blochberger: Das ist eine Geldfrage, der Umweltschutz!)*
Ja, das glaube ich wohl, daß das eine Geldfrage ist. Das glaube ich wohl, daß das eine Geldfrage ist. Und die Frage ist, wie wird man das einheben? Und ich frage, ob die Kostenrechnung, die seinerzeit aufgestellt wurde, nämlich daß Müllverbrennung ökonomisch - ich rede jetzt gar nicht vom ökologischen Standpunkt, sondern ökonomisch - unter den gegebenen Voraussetzungen das günstigste ist, ob das noch stimmt, wenn die St. Pöltener Anlage in Betrieb genommen wird. Dann werden nämlich -zigtausende Tonnen Abfall fehlen. Und ich frage mich, wo wird man die hernehmen? *(LR Dr. Bauer: Die war nie in der Berechnung enthalten!)*
In der Berechnung ist aber drinnen, daß für die Rentabilität der Anlage ein Anfall von 300.000 Tonnen notwendig ist, und die bringt man nicht zuwege. Selbst wenn man auf alle Aktivitäten zugunsten der Müllverbrennung verzichtet. *(LR Blochberger: Herr Kollege! 500.000 Tonnen ist das Gesamtaufkommen in Niederösterreich, wenn ich Sie aufklären darf. Bitte informieren, dann reden!)*
Dann hätten sich bezüglich der Machbarkeitsstudie die Zahlen in der letzten Zeit aber wesentlich geändert. Das scheinen mir ganz, ganz neue Zahlen, mit denen Sie hier plötzlich operieren.

Doch sei es drum. Die Frage ist wirklich, ob in der derzeitigen Voraussetzung die Müllverbrennung tatsächlich noch die kostengünstigste Variante ist. Und ich rege an, ernsthaft zu prüfen, ob es nicht auch ökonomisch günstiger wäre, von allen ökologischen Dingen möchte ich jetzt noch gar nicht sprechen, ob ökonomisch nicht das Restmüllsplitting zumindest prüfenswert wäre. Und ich möchte Ihnen eines sagen: Der Gedanke des Splittings war nicht die ganze Zeit weg vom Fenster, sondern es hat Tagungen gegeben, es hat Fachtage gegeben in Laxenburg, wo das vorgeschlagen wurde. Teilweise vom selben Gutachter der Landesregierung vorgeschlagen, der 1993 schon Restmüllsplitting empfohlen hat. Man hat diese Initiativen ganz einfach unter den Tisch gekehrt, man hat sie in Schubladen verschwinden lassen. Und jetzt kommt man drauf, daß es vielleicht gar nicht so falsch gewesen wäre.

Damit möchte ich zum Punkt der Müllvermeidung noch einiges sagen. Denn ich glaube, ausgehen muß man ja davon, was auch der Landtag in seinen Beschlüssen immer wieder formuliert hat. Es wird Müllvermeidung immer an die Spitze der Überlegungen gestellt. Es wird in der Praxis aber zur Müllvermeidung eigentlich nichts getan. Die einzige oder eine der wenigen rühmlichen Ausnahmen, die steht hier, das ist die NÖ Umweltberatung, die versucht, die Konsumenten zu informieren. Die versucht, den Leuten Möglichkeiten anzubieten, möglichst schonend das Konsumverhalten zu entwickeln. Aber ohne gesetzliche Initiativen, was die Einwegverpackungen beispielsweise betrifft, werden wir hier nicht weiterkommen. Hier sind tatsächlich politische Lösungen gefragt und gefordert. Und die fehlen mir. Und ich erinnere mich eigentlich mit etwas Wehmut an die Initiativen des heutigen Herrn Landeshauptmannes, der so in der Mitte und in den späten achtziger Jahren als Umweltreferent der Landesregierung ein Klima hat entstehen lassen, das eigentlich Anlaß zum Optimismus gegeben hat. Wo man gesagt hat, aha, da könnte sich etwas entwickeln. Und wir haben durchaus immer wieder versucht, den damaligen Umweltreferenten Dr. Pröll auch als Verbündeten zu gewinnen gegen die Bundesregierung, die davon überhaupt nichts wissen wollte. Die von Gesetzen zur Müllvermeidung überhaupt nichts wissen wollte. Leider hat sich das in den letzten Jahren grundlegend geändert. Von gesetzlichen, von politischen Initiativen in Sachen Müllvermeidung sind wir heute weiter entfernt denn je. Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Resolutionsantrag einbringen, der die Müllbeseitigung betrifft *(liest)*:

„Resolutionsantrag

des Abg. Mag. Fasan zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Müllbeseitigung.

Am 24.2.1994 hat der NÖ Landtag beschlossen, die Landesregierung aufzufordern, Maßnahmen zur Behandlung von Restmüll zu treffen. Die Landesregierung beschloß daraufhin am 17.5.1994, die EVN mit einer Machbarkeitsstudie zur thermischen Müllverwertung zu beauftragen, was vom Landtag in einem weiteren Antrag zur Kenntnis genommen wurde.

Die EVN-Tochtergesellschaft AVN legte im März 1995 die Machbarkeitsstudie mit dem Ergebnis vor, daß die Müllverbrennung die ökologisch und finanziell günstigste Variante der Restmüllbehandlung sei. Gleichzeitig tritt die AVN als Betreibergesellschaft der Müllverbrennungsanlage auf. Voraussetzung für die Kostenrechnung ist jedoch eine anfallende Müllmenge von rund 300.000 to/Jahr.

Vor wenigen Wochen hat sich die Landeshauptstadt St. Pölten entschlossen, eine Restmüll-Splitting-Anlage zu errichten. Dadurch wird

der gesamte Restmüllanfall für die Niederösterreichische Verbrennungsanlage in Dürnrohr um ca. 40.000 to reduziert. Dadurch ändert sich das gesamte Konzept wesentlich. Denn vor allem der als 'Ersatzstoff' angekündigte Klärschlamm eignet sich nur sehr schlecht als Brennstoff. Gleichzeitig werden in den Abfallwirtschaftsverbänden der Gemeinden enorme Gebührenerhöhungen durch die Müllverbrennung von 100 % und darüber erwartet.

Neben der Kostensituation sind vor allem auch ökologische Bedenken gegen die Müllverbrennung einzubringen:

- Abfall wird dadurch zum begehrten Brennstoff, der Anreiz zur Müllvermeidung sinkt.
- Die regionalen Abfallwirtschaftsverbände sind zur Anlieferung gezwungen, Alternativen können unter diesem Zentralisierungszwang nicht mehr entstehen.
- Müllverbrennung bewirkt einen enormen Mülltourismus, Ankündigungen, den Restmüll per Bahn anzuliefern, werden wohl Theorie bleiben." -

Weil das schaue ich mir nämlich an, was hier versprochen wurde. *(LR Blochberger: Können Sie sich anschauen! - Abg. Gebert: Das können Sie sich in Bayern anschauen! Nur weil es Sie sich nicht vorstellen können?)*
Das möchte ich gerne sehen. Das ist etwas, was ich gerne sehen möchte, wie die angekündigten 90 Prozent dieses Restmülls mit der Bahn angeliefert werden. Das wäre eine Innovation, doch wahrscheinlich wird man eher im Jahr 2300 mit dem „Raumschiff Enterprise" Müll transportieren, aber sicher nicht in den kommenden Jahren 90 Prozent des Restmülls per Bahn. *(Unruhe im Hohen Hause.)*
Ich bin ja sehr gespannt, ich lasse mich gerne eines Besseren belehren. *(LR Blochberger: Schauen Sie nach Deutschland!)*
Ja, aber in Deutschland wird Restmüllsplitting auch sehr erfolgreich praktiziert.

Ich setze fort:
„-Bei dem vorhandenen Deponievolumen in Niederösterreich (derzeit ca. 8 m^3) zahlt sich die Prüfung von Alternativen immer noch aus.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Mitte der neunziger Jahre eingeschlagene Weg der thermischen Restmüllentsorgung in Niederösterreich ist grundsätzlich zu überdenken. Es wird eine Behandlung von Restmüll und Altlasten durch kombinierte Verfahren angestrebt, wie sie etwa auf der Fachtagung 'Restmüllsplitting - eine Lösung für Niederösterreich' im Jänner 1995 präsentiert wurden.

Die Landesregierung wird beauftragt, eine Studie inkl. Kostenvergleich einzuholen, die nicht von der AVN (also der Betreibergesellschaft selbst) stammt."

Soweit zu der Frage Müllverbrennung. Ich glaube, da wird man noch einiges diskutieren müssen. Es ist interessant, wie sich die Sachlage hier entwickeln wird. Darf ich zwei Sätze zur Altlastensanierung und zur Fischerdeponie verlieren, weil sie der Kollege Haberler angesprochen hat. Es ist hier eine interessante Konstellation zwischen der ÖVP und der FPÖ, wie hier die Fischer-Deponie als Zankapfel oder heiße Kartoffel hin- und hergeschoben wird. Meiner Ansicht nach liegt hier schon einiges an Verantwortung beim Bund. Allein der Versuch, einen Räumungsbescheid in Auftrag zu geben, dauert mittlerweile acht Jahre. Die letzten Bescheide sind ja immer vom Ministerium gekommen. Und ich glaube schon, daß sich hier die Landesregierung nicht ausschließlich an Landesrat Schimanek abputzen kann. Denn letztendlich war es ja doch wohl so, daß sich Fischer immer wieder beruft auf einen gültigen Bescheid der Landesregierung. Zu einer Zeit, als die Freiheitlichen weit davon entfernt waren, irgend etwas in Sachen Umweltschutz zu unternehmen. *(Unruhe bei der FPÖ.)* Im Jahr 1973 wart Ihr tatsächlich noch nicht so weit, was Umweltschutz betrifft, möchte ich einmal vorsichtig unterstellen. *(Abg. Wäldhäusl: Da hat es Euch politisch noch gar nicht gegeben!)*
Das ist schon richtig. Schön und gut. Tatsache ist: Zu einem Zeitpunkt, als die Freiheitlichen sich sicherlich nicht in Positionen befunden haben, irgend etwas zu beeinflussen. Es sollte in gewisser Hinsicht eine Krücke für Euch sein. *(Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.)*

Tatsache ist, daß sich Fischer immer wieder beruft, Herr Landesrat, auf Bescheide der Landesregierung, die es ihm ermöglicht haben, dort diese Deponie zu füllen. Das ist ein Faktum, um das wir nicht herumkommen. Und wer sich ein wenig in diesem Gerichtsprotokoll informiert, wie hier gearbeitet wurde, wie etwa Akten vernichtet wurden, aus welchen Gründen auch immer... *(LR Blochberger: Ist doch alles ausjudiziert! Habt Ihr ja angezeigt bei der Staatsanwaltschaft! Das ist ein alter Hut. Alles ausjudiziert!)*
Das ist es ja, daß es ausjudiziert ist. Und Fischer

kann sich immer darauf berufen. Ja, richtig, er kann sich immer darauf berufen, daß es ausjudiziert ist, daß er einen Bescheid von der Landesregierung gehabt hat, die Giftfässer dort ablagern zu dürfen. Und aus dieser Verantwortung kann man die Landesregierung nicht entlassen, meine Damen und Herren!

Ganz abgesehen von den übrigen Maßnahmen, die für die Fischer-Deponie möglich und wünschenswert wären. Die Deponie ist nach wie vor gegen Oberflächenwässer nicht geschützt. Das einzige, was man dort gemacht hat, sind Sperrbrunnen, die man unterhalb angelegt hat. Ich gebe schon zu, die sind momentan nicht entsprechend ausgelastet, aber das kann sich jederzeit natürlich ändern, weil man nie weiß, was dort von wo austritt. Das ist ja das Problem dieser tickenden Zeitbombe. *(LR Blochberger: LR Schimanek ist zuständig!)* Das ist schon richtig. Ich habe ja nicht gesagt, daß Sie für die Sperrbrunnen verantwortlich sind. Ich nenne sie ja nur.

Jedenfalls gibt es eine Fülle von Maßnahmen, die man hier setzen könnte, sofort machen könnte. Und die nicht geschehen, zum Schaden des Grundwassers und unter Gefährdung des Grundwassers. Und von den übrigen Altlasten, die im Wiener Becken liegen und im Raum südlich von Wien liegen, habe ich in diesem Zusammenhang noch gar nicht gesprochen. Da gibt es nämlich einige, über die wird überhaupt nicht gesprochen. Es gibt Verdachtflächen, es gibt Altlasten. Wer sich den Altlastensanierungskataster ein wenig ansieht, der weiß das ja. Und hier geschieht überhaupt nichts. Das heißt, es ist auch eine politische Initiative erforderlich, was die Altlastensanierung insgesamt betrifft. Es wird eine Aufstockung notwendig sein. Es wird eine Umwandlung vieler Verdachtsflächen in Altlasten notwendig sein und vieles mehr.

Lassen Sie mich drittens, was diese Budgetgruppe betrifft, noch zu zwei anderen Themen kommen, die uns jetzt, zumindest teilweise ein klein wenig vom Umweltschutz wegführen. Bergrettung: Zum wievielten Male, ich weiß es nicht, ist budgetiert eine Million Schilling für die Bergrettung. Das wurde der Bergrettung mehrfach schon versprochen. Ich hoffe nur, daß zumindest diese eine Million diesmal auch halten wird und daß die Leute damit rechnen können. Diese Leute brauchen neue Funksysteme, die brauchen eine Relaisstation für Funksysteme. Diese Leute müssen modern arbeiten können. Sie brauchen eine neue Ausrüstung. Und wenn ich die Einsätze der NÖ Bergrettung mit anderen Bundesländern vergleiche, so muß man dem Eindruck, der vielleicht entstehen könnte, nämlich daß Niederösterreich ja kein so alpines Land ist und daß daher weniger Einsätze zum Tragen kämen, diesem Eindruck muß man widersprechen. Denn in Niederösterreich gibt es ähnlich viele Einsätze wie in den westlichen hochalpinen Bundesländern. Das wird natürlich mit hervorgerufen durch die Nähe zu Wien und durch die Tagesausflügler. Aber die sind unseren Fremdenverkehrsgemeinden natürlich recht. Die wollen wir, die ziehen wir an. Das ist auch gut so. Aber dann müßten wir auch Vorsorge treffen, daß die Bergrettung entsprechend ausgestattet ist, um in Not Geratene auch tatsächlich entsprechend retten zu können. Ich glaube, es ist mit diesem Budgetposten alleine nicht getan. Sondern was die Leute brauchen, was die Bergrettung in Niederösterreich braucht, sind auch Rechtsverbindlichkeiten, die es ihnen ermöglichen, regelmäßig und gesichert kalkulieren zu können.

Abschließend einige Fragen zum Bereich Krankenanstalten. Es ist das ein riesiger Brocken, der unser Budget natürlich entsprechend belastet. Es hat die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung vielleicht die eine oder andere Verbesserung gebracht, das möchte ich nicht abstreiten. Es kann gespart werden. Wir haben heute schon in der Gruppe 4 darüber gesprochen. Aber was als Frage formuliert werden muß: Welche Auswirkungen hat das für die spitalserhaltenden Gemeinden? Wie schlägt sich das nieder? Etwa, was die Bewertung für die Leistungen, die Punktebewertung betrifft. Da haben nämlich spitalserhaltende Gemeinden teilweise enorme Probleme. Und das nutzt denen budgetär überhaupt nichts. Und hier meine ich, daß schon noch einiges verbessert werden muß. Und was ich noch frage: Welche Verhandlungen sind mit der Bundesregierung eingeleitet bzw. gepflogen worden, was die KRAZAF-Schulden betrifft? Spitalserhaltende Gemeinden, meine Damen und Herren, haben heute enorme Probleme mit Schuldenbergen, für die sie selber überhaupt nichts können. Die ihnen inklusive Zinsen „am Buckel lasten“ sozusagen, für die sie nichts können. Die sie aufnehmen mußten, weil der KRAZAF mit seinen Zahlungen regelmäßig säumig war. Was tun diese Gemeinden mit diesem Schuldenberg? Das wird von Jahr zu Jahr hinausgeschoben. Es wurde das Finanzierungssystem geändert, aber die Gemeinden leiden nach wie vor unter dieser Belastung.

Ich möchte abschließend einen Vergleich bringen, auch wenn er vielleicht ein klein wenig weit hergeholt scheint, aber er scheint mir trotzdem angebracht zu sein. Es betrifft den Bereich Präventivmedizin. Niemand wird bestreiten, daß in

den letzten Jahren auch unter dem Eindruck der zunehmenden Luftverschmutzung die Atemwegserkrankungen beispielsweise, oder auch die Allergien sehr, sehr stark zugenommen haben. Ich vergleiche nun das NÖ Budget für Krankenanstalten insgesamt, eigene und andere, von beinahe vier Milliarden Schilling mit jenem für Maßnahmen zur Luftreinhaltung: 165.000,- Schilling. Ich glaube, man sollte im Bereich der Präventivmedizin grundsätzlich umdenken und sich diesen Zahlenvergleich ein wenig verinnerlichen. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Riedl.

Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Die vergangenen Wortmeldungen haben mich einfach herausgefordert, ein paar Worte zu dem Thema thermische Müllverwertung zu sagen. Aus tiefster Überzeugung, daß diese Behandlungsgebote letztendlich auch Kosten verursachen und diese Kosten der Bürger zahlen muß, haben wir uns - sprich die Verbände und die Gemeinden - zusammengetan und überlegt, wohin soll die Reise gehen. Und wir waren recht dankbar, daß sich dieser Landtag in Hilfestellung für die Gemeinden damit beschäftigt hat, was ist denn für die Zukunft eine altlastenfreie Zukunft, was ist denn das wahre Behandlungsgebot? Und in einem mehrstufigen Prozeß hat dieser Landtag letztendlich Beschlüsse gefaßt. Ursprünglich, indem er eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben hat. Und ich habe den Eindruck, Kollege Fasan hat Macht mit Machbarkeit verwechselt. Und aus diesen Erfahrungen dieser Gutachter ist dann eine Empfehlung entstanden. Und auch hier hat der Landtag noch einstimmig beschlossen, dieser Empfehlung zu folgen und dieses Verfahren näher zu untersuchen.

Ich möchte dazu auch anmerken, daß der Bund in seiner Deponieverordnung ein Behandlungsgebot vorgegeben hat. Und daß zweifelsfrei, egal, welches Verfahren zur Zeit zur Anwendung kommt, am Ende für einen Teil des Restmülls heute schon ein Behandlungsgebot, ein thermisches, steht. Sodaß dieses Gebot für uns auch Verpflichtung ist.

Die Niederösterreicher haben ja kurze Zeit in der vergangenen Legislaturperiode hier im Hohen Haus überlegt, ob Niederösterreich nicht noch einen eigenen Weg gehen soll, einen ökologischeren Weg gehen soll, der also im NÖ AWG festgeschrieben wird. Und ich stelle auch hier fest: Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben diese Herausforderung auch ohne dieses NÖ AWG angenommen. Es gibt weder ein Behandlungsmonopol noch ein Verfahrensmonopol, sondern einzig und allein die ökologische Verantwortung, die uns jetzt sozusagen untersuchen läßt, wohin soll die Reise gehen.

Ich möchte auch darauf zurückkommen, daß diese Grundlagen für uns in der Überzeugung, gemeinsam arbeiten zu müssen, um für unseren Bürger einen vernünftigen Weg aufzuzeigen, daß wir mit Wr. Neustadt, Herr Kollege Haberler, und mit den Verbänden im Süden unseres Bundeslandes versucht haben, Kooperationen zu erarbeiten. Es gibt diese vorbereitenden Grundlagen. Und diese vorbereiteten Grundlagen waren es, die uns jetzt einmal in der Überzeugung Vorbereitungen treffen ließen, damit dieser Auftrag, der halt einmal mit 2004 dasteht, erfüllt werden kann. Und da stimme ich zum Teil mit der Frau Abgeordneten Mag. Weinzinger überein. Wir haben vor kurzem ein sehr ausführliches Gespräch gehabt in der Sache und dem Thema, dahingehend, was ist denn sozusagen altlastenfreie Zukunft. Und wir haben verschiedenste Ansätze diskutiert. Die Unterscheidung, die uns unterscheidet ist, daß sie der Meinung ist, daß es ein falscher Ansatz ist, zur Vermeidung am Ende etwas hinzustellen was kein Signal am Anfang gibt. Und ich habe geantwortet, für uns Bürgermeister und Gemeindeverbände ist der Auftrag, den der Gesetzgeber gegeben hat, indem er ein Behandlungsgebot formuliert hat, ein Auftrag zum Handeln. Und nicht, zuzuwarten, was denn sonst noch alles der Weihnachtsmann bringen wird.

Wir haben daher auch zu den Kalkulationen klare Zahlen. Ich möchte hier erinnern, daß ein zweites Bundesland sich diesem Weg verschrieben hat: Kärnten. In Kärnten gibt es mittlerweile eine öffentliche Ausschreibung. In Kärnten gibt es diesen Schmäh der „Kostentransparenz“, unter Anführungzeichen, die man immer wieder in Frage stellen kann, also nicht mehr. Da gibt es klare, deutliche Zahlen, was die thermische Behandlung als Ausschreibungsergebnis kosten wird. Und wir haben immer gesagt, die „Verfahren“, unter Anführungszeichen, die es zur Zeit gibt am Markt, für uns sind sie alle gleichwertig, dann, wenn die ökologischen Standards gleichwertig sind. Wir wollen eines haben: Wir wollen in einem Sachthema kein politisches Kleingeld. Man kann sich diese Verfahren in beiden Richtungen überall anschauen. In Deutschland haben wir es angeschaut, wir haben es in der Schweiz angeschaut. Und ich würde gerne alle einladen, die sich mit

dem Thema ernsthaft auseinandersetzen wollen, das auch nachzuholen.

Ich möchte auch an dieser Stelle eine Bitte anbringen. Eine Bitte an die Freiheitliche Fraktion dieses Hauses. Wenn es irgendwie möglich ist, so würden die Verbände die Diskussionen, die darüber schon jahrelang und monatelang geführt wurden, und die Ergebnisse, die auf dem Tisch liegen und die Zahlen, die die Verbandsobleute in Niederösterreich haben, gerne wahrscheinlich auch Ihnen zur Verfügung stellen. Und eine Diskussion darüber führen, damit wir in diesem Thema einfach weiterkommen. Ich sage das auch ganz bewußt auch deshalb: Es ist der Name Ringhofer gefallen. Die kritischen Geister in den Reihen der Verbände und der Gemeindevertreter haben ja gesagt, man kann ein Sachthema nur dann ernsthaft aufarbeiten, wenn man die kritischen Geister bewegt, hier ernsthaft mitzudiskutieren und mitzuarbeiten. Und ich muß Ihnen heute von dieser Stelle aus sagen, es ist wiederum ein Gutachten des Dipl.Ing. Ringhofer, der hinterfragt hat, ob die Mengendiskussion die richtige war, ob sie richtig geführt wurde, ob sie richtig im Ergebnis war. Es ist ein Gutachten des Dipl.Ing. Ringhofer, das am Ende feststellt, auch diese Sorge der Leerkosten bei einer Minderauslastung macht die thermische Restmüllbehandlung immer noch billiger als die biologisch-mechanischen Verfahren.

Und das ist etwas, von dem ich sagen muß, da hat er sich sehr wohl gekrümmt, um das hier festzuschreiben. Und ich darf also bitten, wenn schon diese Fachleute angesprochen werden von Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen, dann diese Gutachten auch zur Kenntnis zu nehmen oder zumindest durchzulesen. In diesem Sinne wollte ich ein paar Klarstellungen zur Aufgabenstellung der Gemeinde und Gemeindeverbände zu den thermischen Behandlungsmethoden geben. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt außerhalb der Reihenfolge Herr Abgeordneter Mag. Fasan zur Berichtigung.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Hohes Haus! Ich kann es ganz kurz machen. In meiner Resolution ist von 8 m^3 Deponievolumen die Rede. Das kann wohl nicht stimmen, es ist gemeint 8.000.000 m^3. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Danke. Ich möchte die Damen und Herren des Hohen Hauses aufmerksam machen, daß wir noch ungefähr 40 Redner vorgemerkt haben. Wenn Sie also freiwillig Ihre Redezeit etwas kürzen, dann werden wir noch vor Mitternacht fertig mit den Beratungen. *(Abg. Kautz: Herr Präsident! Von 16.00 - 18.00 Uhr Unterbrechung für das Ländermatch!)* Diesem Antrag kann ich auf keinen Fall meine Zustimmung geben. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Feurer.

Abg. FEURER *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Es ist meine 14. Budgetdebatte, die ich heute hier erleben darf. Ebenso oft habe ich zum Thema Umweltschutz gesprochen. Diesmal ist es natürlich eine Premiere: Wir haben einen neuen Umweltreferenten und auch eine neue Kraft in diesem Haus, nämlich die Grünen, die sich insbesondere dem Umweltschutz verschrieben haben.

Ich glaube, wenn man nun zu einzelnen Themen kommt, muß man eines vorausstellen: Daß uns bewußt geworden ist, und das spätestens seit den Verträgen von Rom und diesen Berichten des Club of Rome, daß wir den derzeitigen Raubbau an Ressourcen nicht fortführen dürfen. Und daß wir letztendes zu einer Bewirtschaftung kommen müssen, die nachhaltig und den ökologischen Anforderungen angepaßt ist. Und ich möchte eines sagen, weil da über die Vergangenheit in der Umweltpolitik in Niederösterreich viel geredet worden ist. Es ist, glaube ich, in diesem letzten Jahrzehnt ungeheuer viel in Niederösterreich im Bereich des Umweltschutzes geschehen. Aber wir müssen uns natürlich auch dessen bewußt sein, daß vieles noch passieren muß, weil manches noch in die entgegengesetzte Richtung läuft. Und es wird nicht leichter werden für uns, meine sehr geehrten Damen und Herren. Denn die immer freiere Marktwirtschaft führt natürlich dazu, daß die politische Einflußnahme in vielen Bereichen geringer wird. Und diese globalisierte Marktwirtschaft führt natürlich dazu, daß das Kapital und natürlich auch die Produktion dorthin wandert, wo es am leichtesten ist, Gewinne zu erzielen. Und in diesen Fällen ist es halt oft so, daß der Mensch und auch die Umwelt auf der Strecke bleiben. Und daher ist es, und das wollte ich voranstellen, das herausragende Ziel in der Umweltpolitik, zu einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen zu kommen. Natürlich gepaart mit wirtschaftlichem Erfolg und auch mit einer sozialen Abfederung der Gesellschaft.

Das bedingt, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß man natürlich in der Umweltfrage einen Blick über den eigenen nationalen Gartenzaun hinaus werfen muß. Und daß wir unsere Wirtschaftsordnung auch beeinflussen

müssen um sicherzustellen, daß unsere Industriegesellschaft auch ein weiterentwickelbares Modell für die Menschheit bleibt.

Eine der Schlüsselfragen in der globalen Umweltpolitik ist natürlich die Energiefrage. Wir sind uns, glaube ich, alle einig: Energie ist ein kostbares wirtschaftliches Gut. Die Wirtschaft, der Verkehr, die Haushalte, alle hängen von der gesicherten Energieversorgung ab. In einem hochentwickelten Industriestaat wie Österreich geht ohne Energie eigentlich nichts mehr. Und wenn wir die Energiebilanzen betrachten, so müssen wir feststellen, daß in den letzten 20 Jahren in Österreich der Energieverbrauch um 20 Prozent zugenommen hat. Dabei ist festzustellen, daß es zu bedeutsamen Verschiebungen innerhalb der Energieträger gekommen ist. Kohle ist zum Beispiel um 22,5 Prozent zurückgegangen, Heizöl um 7 Prozent. Das gilt allein für den Zeitraum von 1990 bis 1994. Während Gas, elektrische Energie und Treibstoffe gestiegen sind. In Niederösterreich lag 1996 auf Primärenergieebene der Anteil von Erdöl bei 38,3 Prozent, von Erdgas bei 23,5 Prozent und immerhin bei den erneuerbaren Energieträgern - und hier muß natürlich die besondere Situation der Wasserkraft in Österreich berücksichtigt werden - bei 26,4 Prozent; Kohle noch immer bei 11,8 Prozent. Direkt in Zusammenhang mit diesen Energiebilanzen, meine sehr geehrten Damen und Herren, steht natürlich auch der Ausstoß von CO_2 und der anderen Treibhausgase. Niederösterreich, das ist heute hier auch schon angeklungen, hat sich nicht nur zur Erreichung des Torontozieles, welches besagt, daß wir 20 Prozent an diesen Treibhausgasen von der Basis 1988 bis zum Jahr 2005 einsparen sollten, sondern Niederösterreich, das hat auch der Herr Abgeordnete Dr. Prober bereits ausgeführt, hat sich am 30. März 1993 mit Beschluß der NÖ Landesregierung zum Klimabündnis bekannt. Das Ziel des Klimabündnisses bedeutet 50 Prozent Reduktion bis zum Jahr 2010.

Dem jüngst vorgelegten Energiebericht des Landes Niederösterreich ist zu entnehmen, daß etwa Alt-Umweltlandesrat Blochberger sich schon von diesem Ziel ein bißchen abkoppelt und meint, daß es wahrscheinlich nicht erreichbar sein wird. Andererseits lese ich im Umweltfalter im Juni 1998, wo die beiden neuen Landesräte Dr. Bauer und Mag. Sobotka vorgestellt wurden, daß der neue Umweltreferent in der Frage des Klimabündnisses schon der Meinung ist, daß hier eine große Aufgabe vor uns bzw. vor ihm läge. Und man liest das so: „Konkret soll vor allem in der Klimapolitik noch viel bewegt werden. Das Klimabündnis bietet dazu einen hervorragenden Rahmen.“ Ich darf darauf aufmerksam machen - und dies ist von Kollegen Haberler heute hier schon angesprochen worden -, daß es nicht genügt, daß man da ein Ziel vorgibt. Sondern man muß auch versuchen, dieses Ziel Schritt für Schritt zu erreichen. Aus diesem Grund wurde im NÖ Landtag ein Resolutionsantrag der Abgeordneten Feurer und Dr. Michalitsch beschlossen. Dieser Resolutionsantrag sieht vor, daß die NÖ Landesregierung aufgefordert wird, ein Aktionsprogramm zu starten, wie eben die Reduzierung dieser Treibhausgase in Niederösterreich herbeigeführt werden kann. Und eine dieser Forderung in diesem Antrag ist die Erarbeitung eines Landesenergieplanes, der die Schwerpunkte der Energiewirtschaft unter Beachtung der Ziele der CO_2-Reduktion berücksichtigen sollte.

Es sind also jetzt fast fünf Jahre seit diesem Beschluß vergangen. Und ich lese zum ersten Mal auch wieder in diesem Energiebericht, daß es in nächster Zeit ein sogenanntes „Energieeinsparungsmodell“ geben soll. Genau ist es „Energiekonzept“ genannt. Der Autor nennt darin in einer Kurzfassung 3 Szenarien, die man in Niederösterreich hinsichtlich der Energieeinsparung entwerfen könnte. Das ist das sogenannte Stabilisierungsszenario, in welchem sich mit leichten Lenkungsmaßnahmen der Energieverbrauch zwischen 1994 und 2010 stabilisieren soll. Man muß zum Verständnis sagen, wenn überhaupt keine Maßnahmen gesetzt werden würden, wenn die Energiepolitik in Niederösterreich so fortlaufen würde wie bisher, dann hätte das zu bedeuten, daß 2010 - das ist auch diesem Bericht zu entnehmen - eine Steigerung der Energiezunahme um 22 Prozent zu verzeichnen wäre. Was natürlich gleichbedeutend wäre damit, daß annähernd in gleichem Maße auch die Treibhausgase sich steigern würden.

Dann gibt es die zweite Variante, diese sogenannte Reduktionsvariante. Hier würden immerhin 10 Prozent Energieeinsparung erzielt werden. Und als dritte die Variante, bei der halt am meisten gelenkt werden muß, das ist das Toronto-Szenario, eben mit 20 Prozent Reduktion, auf 1988 bezogen. Das hieße aber gleichzeitig von der Jetztzeit bis 2005 gerechnet bereits 25 Prozent Energieeinsparung. Es ist klar ausgedrückt, daß hier eine hohe Lenkungsstufe erforderlich ist. Nämlich Reduktion im Verkehr, Verschiebung des Energieträgermixes, Einsatz passiver, Einsatz alternativer Energie. Und eine hohe Sparquote.

Der Autor dieses Energieberichtes sieht diese angegebene Kurzfassung eigentlich als Diskussionsbeginn über die Maßnahmen, die zu einem

Energiekonzept für Niederösterreich führen sollen. Ich glaube, wenn man vor allen Dingen diese Diskussion in den letzten Tagen im Hinblick auf Klimabündnis, Klimaziele anschaut, dann muß eigentlich festgestellt werden, daß weltweit - und das hat auch die Klimakonferenz in Kioto vor wenigen Monaten ergeben, keiner der Staaten dieses Torontoziel, das man sich 1988 gesetzt hat, erreichen wird. Das bedeutet eigentlich, daß kein Land in Wirklichkeit bei der Reduktion von CO_2 und der anderen Treibhausgase in diesem Zeitraum seit 1988 weitergekommen ist. Das Kioto-Abkommen, zu dem sich nun 160 Länder durchgerungen haben, sieht vor, daß vor allem von Industriestaaten - und wir müssen uns darüber einmal klar werden, daß etwa ein Viertel der Weltbevölkerung zwei Drittel der CO_2-Emissionen verursacht - daß hier diese Industriestaaten ihre klimaschädlichen Gase um 5,2 Prozent verringern. Und dieses Ziel soll zwischen 2008 bis 2012 erreicht werden. Für die Europäische Union gilt beispielsweise eine Reduktion von acht Prozent, für die USA sieben Prozent, für Japan sechs Prozent.

Unser Umweltminister Bartenstein will aber trotzdem am Torontoziel festhalten. Das hat ihm vor allen Dingen in der jüngsten Vergangenheit heftigste Kritik vor allen Dingen der österreichischen Wirtschaft eingetragen. Und in der vordersten Reihe der Kritiker steht der Generaldirektor der EVN, Gruber, aber auch die Wirtschaftskammer. In einer gemeinsamen Pressekonferenz haben sie über die Bartenstein-Ziele ihrem Ärger Luft gemacht. Und sie haben vorgerechnet, daß 15 Prozent Reduktion Investitionen von etwa 50 Milliarden Schilling erfordern würde. Und jene 20,5 Prozent, die die EU für Österreich hier vorschlägt, würde bereits 200 Milliarden Zusatzkosten verursachen. Und sie sagen, daß diese Investitionen wesentlich höher wären als ursprünglich angenommen. Und daß vor allen Dingen die positiven Folgekosten wesentlich geringer sind als bisher angenommen. Das stellt der umweltpolitische Experte der Wirtschaftskammer Dozent Dr. Schwarzer fest. Dagegen hält der Vorsitzende des österreichischen Klimabeirates Prof. Schleicher aus Graz eine Reduktion von 20,5 Prozent für durchaus erreichbar. Und sein Vorschlag in dieser Frage, daß man zwischen 1998 und 2008 jährlich 1,44 Milliarden Schilling aufwenden sollte. Damit würden jährlich Investitionen von 12,5 Milliarden ausgelöst. Und er rechnet vor, daß zwischen 1998 bis 2008 wieder 8 bis 13 Milliarden über Steuern in den öffentlichen Topf zurückfließen könnten. Er meint auch, daß mit diesen Maßnahmen 8.000 bis 14.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden können.

Gerade an dieser Finanzierung scheiden sich natürlich die Geister. Hier sind die Meinungen der Umweltexperten, auf der anderen Seite die Meinungen der Wirtschaft. Es ist aber notwendig, und ich wollte das eben aufzeigen, daß wir zu einem Konzept kommen. Es muß uns bewußt sein, wenn die Gemeinden, die diesem Klimabündnis beigetreten sind, sehr vieles auf dem Gebiet auch bewerkstelligt haben, nicht nur das Land alleine oder der Bund alleine, daß es ein gemeinsames Ziel geben muß. Dieses Ziel muß aber realistisch sein. Ich glaube, zum heutigen Zeitpunkt zu vermeinen, daß wir wirklich dieses Klimabündnisziel erreichen, das ist unrealistisch. Wir müssen uns, glaube ich, realistische Ziele setzen. Obgleich man natürlich die Vision haben kann. Aber es ist ja unglaubwürdig, wenn man mit einem Programm hintritt, sich die Latte hochlegt und dann nicht einmal unten durchgeht, sondern unten durchkriecht. Ich glaube, in dieser Frage muß man wirklich Farbe bekennen. Es wäre daher zweckmäßig, wenn wir uns hier im NÖ Landtag wirklich zu einem sinnvollen Reduktionsprogramm zusammenfinden könnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir noch auf einige Wortmeldungen, die im Laufe des heutigen Tages geschehen sind, kurz einzugehen. Die Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger hat gemeint, daß es nicht nur im Klimabündnis darauf ankommt, daß man sozusagen diese Energieflüsse eindämmt, die Treibhausgasreduktionen durchführt. Sondern man muß natürlich auch, das ist ein ganz wichtiges Ziel, versuchen, die Regenwälder auf unserer Erde zu retten. Und sie hat hier gemeint, daß man vor allen Dingen über die Entwicklungshilfe etwas tun muß. Ich habe in einer Zeitschrift gelesen, daß ein hoher Beamter unseres Landes vor kurzem am Rio Negro war, Herr Dr. Krasa. Und ich hoffe, daß das nicht eine Ausflugsfahrt war, sondern daß er sich mit den Problemen der Bevölkerung am Rio Negro wirklich auseinandergesetzt hat und daß aus diesem Besuch vielleicht das eine oder andere Projekt erwächst, das wir vielleicht in diesem Zuge auch durchführen können.

Der Herr Klubobmann Koczur hat ganz deutlich gesagt, daß gerade im Bereich der Wohnbauförderung vieles geschehen ist in Richtung einer ökologischen Lenkung und daß hier auch weitere Maßnahmen, vor allen Dingen im großvolumigen Wohnbau vorgesehen sind. Ich glaube, daß es ganz wichtig ist, im Bereich der Wärmedämmung weiterzukommen. Denn das Sinnvollste ist natürlich, Energie einmal einzusparen bevor man neuerlich Energie erzeugt.

Ganz kurz zu Herrn Mag. Fasan, weil er ja nicht anwesend ist. Wir haben über die Frage der Abfallbeseitigung hier in diesem Hause oft gesprochen und beraten. Und ich glaube, von allen Fraktionen war irgendwie der Wille erkennbar, daß man die sinnvollste Lösung in Niederösterreich anpeilen sollte. Und man muß natürlich jetzt davon ausgehen, daß viele Beschlüsse hier im Landtag in den Jahren 1993, 1994, 1995 und 1996 gefallen sind. Viele Abgeordnete waren ja auch in dieser AVN vertreten und konnten diese ganze Entwicklung der Machbarkeitsstudie, der Entscheidungen mitverfolgen. Man muß hier wirklich sagen, daß der Landtag zu diesem Zeitpunkt, da die Beschlüsse gefaßt worden sind, die richtigen Entscheidungen getroffen hat. Und ich glaube, daß es auch richtig war, letztendlich diese Rostfeuerung, diese Müllverbrennung weiter herauszuarbeiten und ein Projekt zu erstellen. Es muß aber ebenso festgestellt werden, daß gerade in jüngster Vergangenheit ersichtlich ist, daß unter Umständen die Ziele, die die Deponieverordnung vorschreibt an Grenzwerten durchaus vielleicht in einigen Jahren auch mit den sogenannten „kalten Verfahren“ erzielt werden können. Wir waren daher immer der Meinung, daß man die Müllbeseitigungsverbände, die in erster Linie für diese Entsorgung des Restmülls verantwortlich sind, daß man die nicht in eine bestimmte Richtung vergattert oder gar hineintreibt. Sondern daß jeder natürlich nach Möglichkeit die freie Wahl hat. Herr Landesrat Dr. Bauer war als seinerzeitiger Klubobmann ja bei vielen Gesprächen dabei, wo wir immer gemeint haben, es hat keinen Sinn, über ein Gesetz hier zu lenken, sondern es ist viel sinnvoller, die Verbände im Rahmen von Verträgen zur Zusammenarbeit selbst zusammenfinden zu lassen. Und ich glaube, daß dieser Weg letzten Endes auch Wirklichkeit wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist uns natürlich nicht unbekannt, daß seitens der Fachwelt in Deutschland versucht wird mit diesen sogenannten kalten Verfahren Werte der Deponieverordnung zu erreichen. Man muß hier abwarten, was diesbezüglich noch möglich sein wird. Aber man muß natürlich die Kostenfrage diesbezüglich im Auge behalten. Und ich bin überzeugt, daß es letzten Endes einen gewissen Teil geben wird, der verbrannt werden muß. Daher muß jetzt dieses Land in einer Diskussion zusammenfinden und sagen, was ist jetzt wirklich die ökologisch günstigste und die ökonomisch sinnvollste Lösung. Und wenn man das aufgearbeitet hat, dann wird wahrscheinlich jeder, der Verantwortung trägt in diesem Land, ob das jetzt in einem Abfallwirtschaftsverein ist, oder ob das bei uns hier im Landtag ist, dafür eintreten, was eben letztlich die sinnvollste Lösung in dieser Frage ist. Und ich bin da optimistisch, daß sich diese Lösung auch herausarbeiten wird.

Zur Altlastensanierung möchte ich hier nur sagen, daß natürlich die Frage der Fischer-Deponie sich viele Jahre hier in diesem Haus hinzieht. Aber wie der Herr Dr. Prober gesagt hat, es ist natürlich eine vorwiegend rechtliche Frage. Und bei allem Wollen des Landtages werden in dieser Sache wohl die Gerichte zu entscheiden haben.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich, daß wir gerade in der Umweltpolitik versuchen sollten, auf breitester Basis zusammenzuarbeiten. Es ist eine vordringliche Frage, obgleich natürlich die Probleme am Arbeitsmarkt, die Angst um die Arbeit heute den Umweltschutz in die zweite Reihe zurückverdrängt hat. Aber ich glaube, wir haben in der Vergangenheit hier in dieser Frage gut gearbeitet. Und ich hoffe, daß auch der neue Umweltlandesrat sicherlich in den nächsten Tagen - er war jetzt ein bißchen überfordert mit der Budgeterstellung - seine Ziele präsentieren wird. Dies wäre zweckmäßig, wie ich meine. Weil es ja viele Anliegen gibt, auch viele Lösungsansätze schon geboren worden sind. Es gibt den Umweltbericht, in dem wir Bilanz ziehen, es gibt das Umweltleitbild für Niederösterreich, und es gibt in allen Ressorts Maßnahmen, die zur Schonung der Umwelt beitragen wollen. Es wäre vielleicht zweckmäßig, wenn man sich hier zusammenfinden könnte und für so eine Periode einen Landesumweltplan entwickeln könnte, in welchem konzentriert all diese Maßnahmen zusammengefaßt werden. Damit wir damit auch der Bevölkerung darstellen können, was im Bereich des Umweltschutzes vorgesehen ist und was wir letztlich dann auch erreicht haben. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ sowie den Abg. Mag. Schneeberger, Roth und Kurzreiter.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Landesrat Dr. Bauer.

LR Dr. BAUER *(SPÖ)*: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst einmal zu meinem Vorredner: Ich glaube in der Tat, daß es wichtig ist, diese technologische Entwicklung betreffend der Abfallverwertung, der Möglichkeiten der Weiterbehandlung mit einzubeziehen in die Entscheidung. Und es sollen ja diese Gespräche beginnen. Was die Umwelt betrifft, so freut es mich, daß mein Kollege Landesrat Mag. Sobotka den von mir lange verwendeten Begriff „Umwelt zur Mitwelt gestal-

ten“ nun übernommen hat. Und ich hoffe, daß dies eine Seelenverbindung darstellt, die auch in der Umweltpolitik und in der Naturschutzpolitik viele Gemeinsamkeiten bringen wird.

Zum Naturschutzgesetz möchte ich sagen, Herr Kollege Dr. Prober, natürlich kann man schon einzelne Passagen eines Naturschutzgesetzes immer herausgreifen, um vielleicht irgend etwas darstellen zu wollen. Aber eines steht schon fest: Wir haben ein Naturschutzgesetz vorgelegt, das, so glaube ich, eine brauchbare Grundage in der Diskussion, aber auch für die Arbeit im Naturschutzbereich darstellt. *(Abg. Dr. Prober: Da muß zuerst daran gearbeitet werden!)* Ich glaube, daß es wichtig ist, daß, wenn ein Naturschutzgesetz verabschiedet wird, daß es auch seinen Namen zu Recht trägt. Das ist für mich wichtig. Ich möchte aber in dem Zusammenhang ein Dankeschön sagen den Beamten im Bereich Naturschutz. Weil wir tatsächlich eine sehr eindrucksvolle Bilanz haben, was die Beanspruchung oder die Erreichung von Mitteln betrifft. Ich nenne nur zwei wirklich eindrucksvolle Ergebnisse. Wir haben in Österreich insgesamt im Naturschutzbereich von den LIFE-Projekten von den gesamten Mitteln in Europa 10 Prozent für Österreich realisieren können. Und davon - und das ist die eindrucksvolle Bilanz - davon 90 Prozent Niederösterreich. Das heißt, es handelt sich um gute Projekte. Es handelt sich um eine gute Vorbereitung. Und dafür möchte ich Danke sagen.

Wir haben eine Reihe von neuen Leitprojekten ebenfalls genehmigt wie die Wasserwelt March-Thaya, wie die Gewässervernetzung Donau-Auen, die pannonischen Sanddünen, Nationalpark Thayatal und Nationalpark Donau-Auen. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß wir in Niederösterreich das einzige Land sind mit zwei Nationalparks. Sie sind erst im Werden, aber wir haben sie gesetzlich verankert. Das ist ein großer Beitrag zu einem Vorhaben, das wir gemeinsam und auch einhellig verfolgt haben. Daneben gibt es ein umfangreiches Artenschutzprogramm, das weiterverfolgt wird und noch weiter ausgebaut werden wird. Die Naturparks - und auch darauf können wir stolz sein - haben eine sehr lange Tradition, unter Hans Czettel beginnend. Wir können sagen, daß von 30 Naturparks in Österreich 21 in Niederösterreich liegen, was bedeutet, daß wir sehr wohl sehr früh die Notwendigkeit in dieser Richtung erkannt haben.

Was die Energiepolitik betrifft, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich leiste ja keinen Debattenbeitrag, aber ich möchte eines doch sagen: Die Energiepolitik ist in den Konzepten meiner Meinung nach traditionell aufgearbeitet worden. Wir stehen tatsächlich vor einer ganz anderen Herausforderung. Die Herausforderung besteht darin, wie wir in einem liberalisierten Energiemarkt unsere Energiepolitik weiterhin erfolgreich verfolgen können. Das ist nämlich die Kernfrage. Denn in einer Phase, in der wir parallel die Liberalisierung de facto schon haben und diese zeitlich limitiert auf uns zukommt, bedeutet das, daß wir ja unter diesen neuen Wettbewerbsbedingungen unsere Energiepolitik zu gestalten haben. Und das bedeutet, daß neben all dem guten Willen eines natürlich am Markt bestimmend wird: Nämlich zu welchen Kosten ich Energie einspeisen kann oder verfügbar machen kann. Und da gibt es tatsächlich eine große Diskussion über diesen so liberalisierten Markt, den ich ja in dieser Weise nicht mehr beeinflussen kann. Ich habe sehr gekämpft im Energiebereich für eine österreichische Lösung. Ich sage auch dazu, wenn schon keine gesamtösterreichische Lösung, dann müßte es wenigstens eine Lösung gemeinsam mit dem Bund und in der Ostregion geben, nämlich den Energieverband und -verbund Wien, Niederösterreich und die BEWAG. Das bedeutet, daß wir immerhin 50 Prozent des Energiemarktes damit unter Kontrolle hätten, in nationaler Kontrolle. Und das in Verbindung mit dem Verbund. Was bedeuten würde, daß wir sehr wohl eine eigenständige Energiepolitik noch gestalten können. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe das für notwendig empfunden, das auch zu erwähnen. Weil nämlich damit so manche Visionen und Vorstellungen doch schwerer verfolgbar sind als das noch in einem nationalen Rahmen eben möglich gewesen wäre.

Konkret zur Bergrettung: Wir haben im letzten Jahr 810.000,- Schilling gehabt als Voranschlag. Es ist mir gelungen, eine Million zu erreichen. Ich weiß, es ist ein kleiner Beitrag zu den Gesamtkosten. Ich möchte mich bei der Gelegenheit auch bei allen bedanken, die hier freiwillig ihre Dienste einbringen. Und ich weiß, daß der Großteil der Ausgaben eigentlich über Spenden hereinkommt. Ein herzliches Dankeschön! Die Frage der gesetzlichen Regelung ist so, daß wir in Niederösterreich auch andere Rettungsdienste nicht in dieser Weise geregelt haben, sondern einen anderen Weg gegangen sind. Wobei hier durchaus auch in diese Richtung Überlegungen anzustellen sein werden.

Was die Frage betrifft, wo die Verhandlungen mit der Bundesregierung bleiben betreffend KRAZAF: Dazu muß ich bemerken, daß wir diese 15a-Vereinbarung mit rund zwei Milliarden Schilling eben getroffen haben und ein Stillhalteab-

kommen bis zum Jahr 2000 besteht. Das heißt, daß natürlich im Sinne dieses Stillhalteabkommens darüber derzeit nicht verhandelt werden kann. Ich meine damit auch, daß natürlich die Vorfinanzierung, die die Gemeinden in einer gewissen Weise geleistet haben, so zu verstehen ist, daß sie als offene Forderung bestehen bleibt. Und daß im nächsten Finanzausgleich diese Forderungen mit zu berücksichtigen sein werden, was die alte KRAZAF-Verpflichtung oder einen Rückstand noch betrifft. Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt nun Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ *(FPÖ)*: Hoher Landtag! Herr Präsident! In zunehmend kürzeren Abständen kommt die Gesundheitspolitik in die Schlagzeilen. Wir haben den Aktionstag der Ärzte Anfang Mai erlebt. Wir haben vorige Woche wieder die Ärzte im Streik gesehen. *(Abg. Kautz: Ein Showelement!)*
Nein! Die Proteste der Mediziner beziehen sich natürlich nicht nur auf das Gehalt. Da würde man es sich zu einfach machen.

Herr Landesrat! Es ist einmal angeklungen bei diesem Aktionstag der Ärzte, daß Landesrat Mag. Sobotka, der ja auch mit dem Gesundheitsfonds befaßt ist, gerne auf die Hunderttagefrist verzichtet. Ich habe ihm damals schon gesagt, daß das vermutlich nicht ganz klug sein wird. Und ich werde Sie sicher nicht verantwortlich machen für das, was an Mißständen im Gesundheitswesen herrscht. Aber ich denke, Sie werden sicher eine schwere Aufgabe vor sich haben. *(Abg. Kautz: Das Wort „Mißstand“ ist eine arge Übertreibung!)*

Es ist schon einiges nicht gut geregelt. Denn die Forderungen der Mediziner betreffen eben wirklich nicht nur die Gehälter. Sondern sie beziehen sich vor allem auch auf die Ausbildung, die nach Aussagen der jungen Ärzte immer mehr der Bürokratie zum Opfer fällt. Davon kann man sich, glaube ich, schon auch selbst überzeugen. Sie betreffen, und da bin ich ganz auf der Seite der Ärzte, die Rufbereitschaft, die wir für ungeheuer gefährlich und für eine starke Qualitätsminderung halten. Und sie beziehen sich auch auf diese Dinge, wie daß die Hauskrankenpflege seit nunmehr zwei Jahren nach wie vor nicht geregelt ist. Und da bin ich bereits im Bereich der niedergelassenen Ärzte und damit eigentlich am Angelpunkt des Gesundheitswesens. Denn wir wissen alle, daß das ausgewogene und richtige Verhältnis zwischen stationärem Bereich und niedergelassenem Bereich ein ganz wichtiger Punkt sein wird. *(Abg. Kautz: Wenn niedergelassene Ärzte einmal mehr als 12 Stunden ordinieren, ist das Problem auch gelöst!)*

Und es ist eine Banalität, daß es das ökonomisch Sinnvollere ist, den stationären Bereich nur dort ins Spiel zu bringen, wo dieser notwendig ist und soviel wie möglich ambulant zu erledigen. Und zwar nicht nur aus ökonomischer Sicht, denn ich denke, daß die in den Spitälern angesiedelte Spitzenmedizin naturgemäß in erster Linie die technisierte Medizin ist. Die Medizin, die sich vor allem auf den Akutfall, auf die Krankheit bezieht. Während die Medizin bei den niedergelassenen Ärzten eo ipso daß sie sich nicht mit so schweren Fällen beschäftigt, daß sie sich auch mit den an und für sich psychosomatischen Dingen beschäftigen sollte, sozusagen die eher weichere, die humanere Medizin ist. Ein guter Hausarzt, der seine „Pappenheimer“ kennt, der die Familien kennt, der die Anfälligkeit in den Familien für bestimmte Krankheiten kennt, die Dispositionen kennt, der den Lebenswandel kennt, der kann natürlich im Sinne einer Präventivmedizin ungeheuer Positives bewirken.

Daß die Kostenverlagerung von einer Institution auf die andere ein großes Problem ist, haben Sie selbst mit Ihrem Antrag, den Sie zur Gruppe 4 eingebracht haben bezüglich der „Auslagerungsproblematik“ haben Sie es genannt, im Zuge der LKF selbst bestätigt. Und ich denke auch, daß die notwendige bessere Aufteilung zwischen stationärem und ambulantem Bereich ohne eine voraussetzende Strukturänderung in der Finanzierung nicht möglich sein wird. Das sage nicht ich, das hat der Rechnungshof, glaube ich, in der Hinsicht gesagt. Und das sagt eigentlich jeder, der zum Gesundheitswesen spricht. Und damit diese Vorbedingungen für eine ökonomische, aber auch von der Qualität her sinnvolle Gesundheitsreform gegeben sind, habe ich einen Resolutionsantrag einzubringen betreffend einheitliche Finanzierung des gesamten Gesundheitssystems einschließlich der niedergelassenen Ärzteschaft *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend einheitliche Finanzierung des gesamten Gesundheitssystems einschließlich der niedergelassenen Ärzteschaft.

Innerhalb des Gesundheitswesens stellen die Kosten der Krankenanstalten nicht nur den weitaus größten Faktor dar, sie weisen auch überproportionale Steigerungsraten auf. Die kostengünstigste Form der medizinischen Betreuung ist unbestritten die ambulante Betreuung. Eine Kostendämpfung im Gesundheitswesen kann nur nach dem Motto erreicht werden: 'So viel ambulant wie möglich, so viel stationär wie notwendig.'

Der Verlagerung von Leistungen aus dem Spitalsbereich in den niedergelassenen Bereich fehlen derzeit aber wichtige Voraussetzungen. Mit der Einführung der 'Leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung', die einen Kostenvergleich zwischen Spitalsbereich und niedergelassenem Bereich erst ermöglicht, wurde zwar ein vorbereitender Schritt gesetzt. Der Durchsetzung der Schwerpunktverschiebung zu den niedergelassenen Praktikern und Fachärzten steht aber auch die aufgesplitterte Finanzierung der einzelnen Gesundheitseinrichtungen entgegen.

Während etwa die Krankenkassen zu 100 % für die Finanzierung der Leistungen im niedergelassenen Bereich zuständig sind, übernehmen sie nur einen Teil der Spitalskosten (52 %). Den Rest finanzieren die Gebietskörperschaften. Das bedeutet, daß eine Verlagerung von Leistungen aus dem Spitalsbereich in den niedergelassenen Bereich zwar zu einer Entlastung der öffentlichen Hand, aber zu einer zusätzlichen Belastung der Kassen führen muß.

Diese Tatsache hat ohne Zweifel eine reformhemmende Wirkung, denn jeder Beitragszahler versucht seinen Beitrag zu Lasten der anderen zu verringern. Auch das Vorgehen der Krankenkassen, die Ärzten bestimmte Behandlungen verbieten, steht im Widerspruch zu den Zielen einer volkswirtschaftlich sinnvollen Gesundheitsreform. Es ist daher notwendig, alle Gesundheitseinrichtungen, also selbstverständlich auch die niedergelassene Ärzteschaft aus einem Fonds (NÖGUS) zu bedienen.

Die Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung beim Bund zu erwirken, daß die Rahmenbedingungen für eine einheitliche Finanzierung aller Gesundheitseinrichtungen einschließlich der niedergelassenen Ärzteschaft aus einem einzigen Fonds (NÖGUS) geschaffen werden."

Es ist mir bewußt, daß gerade die Sozialdemokraten, um das zu verwirklichen, weit über ihren Schatten springen werden müssen. Aber ich denke, es wird so sein wie bei der leistungsorientierten Krankenhausfinanzierung: Es wird keinen Weg darum herum geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Gansch.

Abg. Ing. GANSCH *(ÖVP)*: Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Landtages!

Die Gruppe 5 beinhaltet Gesundheit und Umweltschutz. Und wir haben jetzt in der Diskussion gesehen, diese Zusammenhänge wurden herauszustreichen versucht. Aber bevor ich über die Gesundheit und das Problem allgemein spreche, möchte ich doch ein paar Worte zu diesen Debattenbeiträgen sagen. Beispielsweise zu jenem des Herrn Abgeordneten Haberler, wo ich immer wieder feststellen mußte, daß hier nicht sehr genau geschaut wird. Und daß man vor allem versucht, alles und jedes irgendwo in Mißkredit zu bringen. Und wenn gerade der Herr Landesrat Blochberger derartig angegriffen wurde, möchte ich schon auf ein paar Fakten verweisen, die dahingehend zu verstehen sind: In Niederösterreich gibt es österreichweit die meisten Windkraftanlagen, die meisten Biomasseanlagen und die meisten Blockheizkraftwerke. Die Biodieselerzeugung, um nur ein paar Beispiele zu nennen, erfuhr hier sozusagen ihre Geburtsstunde. In Niederösterreich hat man hier Pionierarbeit geleistet. Ich möchte das feststellen, weil man könnte ja genauso sagen, was hat denn der Herr Landesrat Schimanek alles falsch gemacht? Wir sehen manchesmal auch gnädig über diese Dinge hinweg. In der Umwelt ist nämlich eines festzustellen: Daß man noch gescheiter werden darf und daß eine ungeheure Entwicklung immer noch im Gange ist, genauso wie im Gesundheitswesen.

Und Herrn Mag. Fasan, weil ich schon beim Austeilen von Lob bin, möchte ich auch sagen, wenn er die Machbarkeitsstudie kritisiert, daß, wenn das Land, die Landesregierung diesen Auftrag nicht gegeben hätte, die Machbarkeitsstudie für die Verbrennungsanlagen durchzuführen, dann würde heute derselbe Herr Magister Fasan sagen, wo ist denn diese Machbarkeitsstudie? Ich glaube, man sollte die Kirche im Dorf lassen. Und ganz besonders hat es eigentlich Herr Landesrat Dr. Bauer auf den Punkt gebracht, und da stelle ich Einvernehmen fest oder Gleichklang: Er hat gesagt, die Herausforderung besteht darin, in einem liberalisierten Energiesektor bestehen zu

können. Besteht darin, ob man überhaupt mitreden können wird. Denn wenn rundherum alles liberalisiert ist, dann wird das eine Preisfrage sein. Und ich glaube, daß man nicht zu kleinkariert die Fragen der Umwelt aus der Sicht der Niederösterreicher oder Österreicher sehen soll, sondern wir müssen das mindestens europaweit sehen. Und das, glaube ich, soll auch bedacht werden.

Aber zurück jetzt zu meiner Aufgabe. Nachdem bei uns ja eine gewisse Aufgabenteilung herrscht, habe ich übernommen, über Gesundheit und das Gesundheitswesen im Gesamten ein paar Betrachtungen anzustellen. Wobei der Umweltschutz, die Frage unserer Umwelt, unseres Lebensraumes in der Gruppe 5, der Gesundheit, eine besondere Bedeutung einnimmt. Die Komplexität für uns stellt sich wohl gerade in dieser Gruppe am offensichtlichsten dar, da viele Kräfte zusammenspielen müssen und zusammenspielen sollen, damit die Sache dann auch funktioniert.

Der Versorgungsauftrag im Gesundheitswesen ist vielfältig. Die Flächendeckung bei den praktischen Ärzten, den Fachärzten, die Versorgung mit Krankenhausleistungen in all den vielfältigen Aufgaben, wie sich das darstellt und sich immer weiterentwickelt, mit Vorsorge und Präventivmedizin. Dazu gehört aber auch das gesicherte Rettungswesen und die flächendeckende Versorgung mit Apotheken. Und es ist zweitrangig, ob es eine Hausapotheke ist oder eine Allgemeinapotheke. Wesentlich ist das Zurverfügungstellen der Medikamente. Ich kann diesen Streit, den es da gibt, manchesmal wirklich nicht nachvollziehen. In keinem Bereich unseres Lebens, aber auch im politischen Geschehen, ist die Vernetzung und die Komplexität so groß wie im Gesundheitsbereich, global gesehen.

Wenn wir im Vorjahr das Budget für 1998 unter der Devise „solid und solidarisch“ beschlossen haben, so gilt das auch heute genauso wie voriges Jahr. Nur stand es heuer nicht unter dieser Devise, aber es soll eben so sein. Ein paar Worte dazu, was eigentlich in der Entwicklung in den letzten zwei oder drei Jahren geschehen ist. Sie wissen, es wurde der NÖ Gesundheits- und Sozialfonds gegründet, kurz gesagt NÖGUS. Und dieser NÖGUS hat die Aufgabe, den gesamten finanziellen, strategischen, planerischen Bereich zu erledigen. Ein Gesamtvolumen von etwa 13 Milliarden Schilling hat dieser NÖGUS zu verwalten. Seine Aufgaben waren vorgegeben: Die Umsetzung der Gesundheitsstudie, und da war das Kernstück die Schaffung eines zentralen Steuerungselementes zwecks Erstellung einheitlicher Vorgaben mit der Zielrichtung, die verschiedenen Gesundheitseinrichtungen zu harmonisieren. Das ist die oberste Maxime für diesen NÖGUS.

Das wurde mit 1. Jänner 1997 in Kraft gesetzt und wir haben jetzt ein Jahr lang oder eineinhalb Jahre mit diesem NÖGUS gelebt. Es war damals schon absehbar, daß gewisse Änderungen getätigt werden müssen und daß immer wieder angepaßt werden muß. Auch damals hat es Altlasten gegeben im Bereich des NÖGUS. Die Umsetzung der zur Lösung des sogenannten Altlastenpaketes entwickelten Pläne hat es gegeben. Ich möchte nur ein paar Beispiele nennen. Zum Beispiel wurde die Optimierungsstudie für Eggenburg in Auftrag gegeben. Oder: Hinsichtlich Allentsteig hat der NÖGUS klare Beschlüsse in Richtung einer ÖKAP-konformen Umsetzung gefaßt. Heute wurde im Ständigen Ausschuß darüber gesprochen. Und ich glaube, daß es notwendig ist, daß diese Lösung Allentsteig aus dem Gesamtpaket nicht herausgenommen wird. Daß dieses Gesamtpaket, wie es vereinbart war, auch durchgetragen wird.

Dann gab es den Ausbaustrukturplan. Es ist sehr wichtig, daß vor allem der Ausbau unserer Krankenhäuser auf einem Strukturplan fußt, der sich nach der Dringlichkeit und Langfristigkeit aufbaut. Und ich glaube, daß hier in dieser Richtung auch aus dem NÖGUS positive Dinge gekommen sind. Zum Beispiel Planüberarbeitungen von laufenden oder jetzt kommenden Projekten mit dem Resultat einer deutlichen Investitionskostensenkung. Man kann hier eine Summe von etwa 100 Millionen Schilling, um die gesenkt wurde, annehmen, die gewissermaßen eingespart wurde durch eine neuerliche Überprüfung von schon bestehenden Projekten, die noch nicht ausgeführt waren.

Die Entflechtung des Akut- und Langzeitbereiches in der Landes-Nervenklinik Mauer ist im Gange. Ferner auch die Umsetzung des Psychiatrieplanes mit Einrichtung einer psychiatrischen Abteilung im Krankenhaus Hollabrunn ohne Erhöhung der Bettenzahl, die Entwicklung von geeigneten Instrumentarien zur Umsetzung von optimalen Versorgungsstrukturen in Form von Mitwirkung bei Ausschreibung und Leiterbesetzung im ärztlichen Bereich. Auch das gehört irgendwo dazu. Die medizinische Qualitätsicherung ist ein sehr wesentlicher Faktor, der durch den NÖGUS in überwachender Form wahrgenommen wird. Finanzen und Controlling sind eine ganz besondere Sache. Sie wissen ja, daß mit dem sogenannten Punktesystem, dieser Punktewert ist zur Zeit geplant mit 95 Groschen, das codiert werden muß in den Krankenhäusern. Und da hat es ja

auch ganz Schlaue gegeben, die diese Codierungsdinge halt nicht so ausgelegt haben, wie es sein sollte. Und manche haben ein bißchen mehr aus diesen Punkten herausbekommen als ihnen zustand. Alle diese Dinge wurden abgeschafft, weil die Vernetzung jetzt langsam greift. Ich glaube, daß das eine sehr wichtige Sache ist, dieser NÖGUS, im Interesse der optimalen Verwaltung und im Interesse des optimalen Einsatzes der vorhandenen Mittel. Ich glaube, daß das hier geschieht. Die Erstellung von Kennzahlenvergleichen. Das ist eines der wesentlichsten Dinge, daß mit Kennzahlen ganz einfach ein Blick genügt und man erkennt, dort hat es irgend etwas oder dort verläuft es positiv.

Eine Frage, die auch immer wieder auftaucht, ist diese Diskussion, wie auch schon erwähnt von der Frau Abgeordneten Rosenkranz, dieser Aktionstag der Ärztekammer. Ich war dabei im VAZ. Hier wurden, glaube ich, durchaus sachlich von Herrn Landesrat Mag. Sobotka und von Herrn Landesrat Dr. Bauer Zusagen gegeben, wie man diese Dinge lösen kann. Nur glaube ich, im Hinblick auf die kommenden Ärztekammerwahlen im Herbst ist auch diese Frage ein bißchen emotionalisiert worden. Man sollte daher warten, bis diese Kammerwahl vorbei ist. Dann ist auch der meiste Dampf, glaube ich, abgelassen. Und dann sollte man sich sachlich zusammensetzen. Denn, und das sage ich auch sehr deutlich, die Ärzteschaft ist eine besondere Gruppe, die nicht irgendwo in das Eck gestellt werden kann. Das kann man nicht tun. Die Gesundheit ist das höchste Gut, das wir haben. Nur ist eines festzustellen, daß halt die Transparenz in diesen Bereichen, was Honorare und diese Dinge betrifft, nicht optimal ist. Und daß hier eine entsprechende Transparenz geschaffen werden muß. Dann wird auch, so glaube ich, von selbst irgendwo wieder Ruhe einkehren. Aber wenn man sich nicht an einen Tisch setzen kann und nicht einmal miteinander mehr redet, dann ist eigentlich die Zeit gekommen, eine Pause einzulegen. Daß man sagt, jetzt sollen sich die Gemüter einmal abkühlen.

Ich möchte aber auch aus der Sicht eines Vertreters eines Krankenhausträgers Ihnen ein paar Dinge darlegen, die durchaus konform gehen mit dem zuvor von mir Gesagten, aber in manchen Bereichen gerechtfertigte Wünsche beinhalten, die in der Zukunft erledigt werden sollten. Es ist grundsätzlich festzustellen aus dieser Sicht, daß die Einführung einer leistungsbezogenen Krankenanstaltenfinanzierung aus wirtschaftlicher Sicht als positiv zu bewerten ist. Die erstmalige Anwendung der leistungsbezogenen Krankenanstaltenfinanzierung im Jahre 1997 hat, wie ich schon erwähnt habe, in den NÖ Krankenanstalten einen organisatorischen Entwicklungsprozeß eingeleitet. Man ist kostenbewußter geworden. Die Krankenhäuser mußten sich die notwendigen Systemkenntnisse im Detail aneignen und sie auch in die Praxis umsetzen. Und dazu wurden natürlich LKF-spezifische Erfahrungen gewonnen und gesammelt, die auch wieder umgesetzt werden müssen. Durch die gleichzeitige Deckelung der Krankenhausbudgets wurde die bei der leistungsbezogenen Krankenanstaltenfinanzierung geplanten leistungsbezogenen Wirkungsmechanismen weitgehend ausgeschaltet. Es hat sich dann herausgestellt, daß die Leistung nicht so belohnt wird, wie man ursprünglich gemeint hat. Ich meine damit, der diesen fiktiven Gewinn erwirtschaftet hat, hat zu über 90 Prozent diesen Gewinn wieder an den Topf abliefern müssen. Für das heurige Jahr ist eine andere Lösung, 30:70, geplant. Doch man wird sehen, ob diese Gewinne in den einzelnen Krankenhäusern tatsächlich dann noch eintreten. Das ist eine andere Frage.

Die Verknappung der finanziellen Ressourcen hat dazu geführt, daß auch Krankenhäuser, die in der Vergangenheit, unter Anführungszeichen will ich sagen, „zu viel Speck angesetzt“ hatten, sich verstärkt um Rationalisierung und Einsparung bemühen. Man hat als Trägervertreter eines kleinen Krankenhauses immer geglaubt, naja, es ist ja optimal, wenn wir hier etwas gewinnen können. Und das bleibt dann auch wieder in dem Krankenhaus. Aber es geht dann auch um die Steuerungsmittel, das sind jene Mittel, womit man denen noch helfen kann oder helfen will, wenn es halt wirklich nicht geht. Und es hat sich herausgestellt, daß das die größeren Krankenhäuser sind, die wohl auch mehr Leistung erbringen. Und hat sich dann eben herausgestellt, daß dieser Steuerungstopf fast ein Füllhorn, wenn ich so sagen darf, war. Jetzt ist in der Diskussion herausgekommen, daß man das zugunsten der kleineren Krankenhäuser auch wieder ändert. Ich bin eigentlich ein bißchen froh darüber, daß das so geschehen ist.

Die derzeitige Bewertung und Vergütung der Intensivleistung entspricht nicht den realen Gegebenheiten. Inwieweit die für 1999 von seiten des Bundes geplante Änderung der Bewertung zu einer gerechten Verteilung führen wird, bleibt abzuwarten. Es wird auch in kleinen Krankenhäusern optimale, beste Arbeit geleistet. Und wir müssen sehr aufpassen, daß dadurch die Flächendeckung nicht gefährdet wird. Derzeit besteht die Gefahr, daß sinnvolle Strukturen im Bereich der Grundversorgungskrankenhäuser wegrationalisiert werden. Was meine ich damit? Dort, wo

sich aus historischen oder sonstigen Gründen entbehrliche Parallelstrukturen entwickelt haben, soll und muß es eine Bereinigung geben. Der erkennbare Trend aber, die Finanzmittel immer mehr in Richtung der größeren Krankenhäuser zu steuern, muß kritisch hinterfragt werden. Und das habe ich damit auch getan. Eine überzogene Zetralisierung der ambulanten und stationären Krankenhausleistungen entspricht in keiner Weise den Erwartungen der Bevölkerung. Auch der Grundsatz des gleichen Zuganges zu Krankenhausleistungen wird damit doch in irgendeiner Form gefährdet.

Es gäbe noch ein paar Dinge, aber ich will Sie damit nicht mehr länger aufhalten. Der Herr Präsident hat gesagt, wir sollen uns möglichst kurz halten, bis 3.00 Uhr Früh ist die Dauer ja jetzt bereits eingeplant, so stelle ich das nach der Zeitschätzung fest. Und daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich abschließend sagen, daß Gesundheit, Umwelt eines der wichtigsten Dinge überhaupt in unserem Leben sind, wofür wir alles tun müssen, diese Dinge auch optimal zu erhalten, weiterzuentwickeln. Und es sind alle in diesem Landtag hier aufgerufen, hier mitzutun. Seitens der ÖVP-Fraktion möchte ich sagen, daß diese Gruppe 5 durchaus den Anforderungen für das nächste Jahr, im Mindestausmaß, wenn ich so sagen kann, entspricht. In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Frau Präsidentin Onodi.

Abg. Präs. ONODI *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Das Gesundheitswesen als Wesen direkt gesehen, scheint momentan etwas unruhig und nervös zu sein. Die Praktiker urgieren derzeit wieder verstärkt die Abgeltung der Wochentags-Nachtdienstbereitschaft. Hier haben aber auch bereits der Finanz- und der Gesundheitslandesrat Gespräche darüber zugesagt. Die Probleme mit der Sozialversicherung der Bauern haben uns einige Zeit beschäftigt. Das neue Apothekengesetz mit der Gefahr, daß die eine oder andere Hausapotheke geschlossen werden könnte, sowie auch die ausgeweitete Tätigkeit der Zahnambulatorien haben vermehrt zu Schlagzeilen geführt. Gerade deswegen ist es mir heute ein besonderes Anliegen, darauf hinzuweisen und auch klarzustellen, daß neben diesen Schlagzeilen eben das Gesundheitswesen als Ganzes funktioniert, die Betreuung der Patienten, und daß die hiefür Verantwortlichen gute Arbeit leisten.

Und damit habe ich auch schon einen Anknüpfungspunkt zum Spitalswesen. Ich denke, daß der bauliche Standard und der medizinische Leistungsumfang unserer niederösterreichischen Spitäler keinen Vergleich zu scheuen braucht. Ich möchte aber auch sagen, daß gerade wir hier in Niederösterreich auf dem ökonomischen Gebiet neben Vorarlberg mit seinen fünf Spitälern auch eine entsprechende Vorreiterrolle einnehmen. Mit der LKF ist also eine Kosteneindämmung möglich geworden und hier tatsächlich passiert. In vielen Häusern wurden aber auch schon Strukturmaßnahmen gesetzt und Lösungen herbeigeführt. Es war so, daß einzelne Krankenhäuser bzw. die Krankenhäuser selbst einen positiven Rechnungsabschluß 1997 erbringen haben können, ohne dabei die Qualität der Versorgung der Patienten zu vernachlässigen, indem die Rationalisierungsmaßnahmen entsprechend eingesetzt wurden. Ein Beispiel nur: Es wurden auch die notwendigen Anschaffungen getätigt, die notwendige Versorgung mit den medizinischen Gütern. Hier wurde nicht in einem Ausmaß gespart, sondern was an Anschaffungen notwendig war, wurde hier auch getätigt. Im Krankenhaus St. Pölten wurden 1997 etwa 300 Herzschrittmacher implantiert, aber auch bei Dilatationen gab es eine Steigerung um 55 Prozent. Der Belag der Intensivbetten konnte um 16 Prozent gesteigert werden. Insgesamt macht das dann natürlich auch eine Kostensteigerung bei medizinischen Gütern aus.

Ein weiterer Schritt und gerade auch ein Anliegen von uns ist, daß man hier neuerlich ein spezielles Augenmerk auf die Schaffung von Betten im Neurologiebereich legt. Im speziellen sollen hier Betten gewidmet werden für jene Patienten, die an Schlaganfällen erkrankt sind und die wirklich eine entsprechende Rehabilitationsmöglichkeit und eine entsprechende Versorgung benötigen. Es gibt aber auch neuerliche Wünsche zur Leistungserweiterung. Der Herr Abgeordnete Gruber hat das ja bereits in der Budgetdebatte des vorigen Jahres angesprochen und ich möchte das auch unterstützen. Zum Beispiel die Notwendigkeit einer Strahlentherapie im Krankenhaus St. Pölten. Ich denke, daß man dem auch mit Zuversicht entgegensehen kann.

Wir müssen uns aber auch Gedanken darüber machen oder Klarstellungen treffen, daß wir in Zukunft dafür sorgen müssen, daß die Krankenhäuser ihre Aufgaben auch erledigen können. Neben dem niedergelassenen Bereich, neben dem ambulanten Bereich und der Hauskrankenpflege. Es gibt nun einmal die Krankenhäuser der Grundversorgung und die Krankenhäuser der zentralen Versorgung. Und jene der zentralen

Versorgung, diese Krankenhäuser sollte man nicht als große Moloche sehen. Sondern man sollte die sehen als einen Ort, wo eben Spezialwissen geballt vorhanden ist, wo Spezialbehandlungen möglich sind. Und wohin die Patienten auch mit entsprechender Zuversicht gehen können, um zu wissen, daß sie hier mit einer besonderen Erkrankung auch entsprechend behandelt werden. Und daß es einzelne Häuser gibt, in denen Angebote für alle Menschen in Niederösterreich bereitgehalten werden. Das, glaube ich, sollte auch bei der Finanzierung seinen entsprechenden Niederschlag finden.

Kurz noch zurück zur LKF selbst: Man hat das also zurückverfolgen können und es haben sich auch die Effekte eingestellt, die man eigentlich erwartet hat. Es kam zu einer Verkürzung der Verweildauer, einer Eindämmung der Kostensteigerung, auch mehr Freitagsentlassungen sind zustande gekommen. Und im Endeffekt eine Sache, die oft irgendwie untergeht, die für uns intern im Spital doch auch sehr wichtig ist und für die Patienten, das ist die entsprechende Dokumentation und die schriftlichen Aufzeichnungen, die auch geführt werden. Die Befürchtungen, daß hier sozusagen ein vermehrter Betreuungsaufwand eintritt bzw. daß die Patienten nach einer Krankheit so schnell entlassen werden, daß sie keine Betreuung haben, diese Befürchtungen haben sich eigentlich nicht bewahrheitet. Man hat feststellen können, daß dort die Verweildauer abgenommen hat, wo sie besonders lang war, und dort weniger abgenommen hat, wo sie sowieso schon kurz war. Ich weiß aber, und da stimme ich auch mit der Abgeordneten Vladyka überein, daß sehr wohl der Betreuungsaufwand der Patienten nach der Krankenhausentlassung doch angestiegen ist und daß wir hier noch mehr dafür sorgen müssen, daß es zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen Hauskrankenpflege und Spital kommt. Etwa in dem Sinn, daß die Institutionen, die die Hauskrankenpflege anbieten, auch wirklich einen Zugang zum Spital haben und hier die Patienten dementsprechend schon betreuen können, und nicht erst dann, wenn sie nach Hause kommen. Es steckt nicht mehr ganz in den Kinderschuhen sondern es gibt bereits Maßnahmen, die diese Integration betreffen, die diese Möglichkeit betreffen, das wäre die Festlegung des Ambulanzleitungsplanes oder die Berücksichtigung des niedergelassenen Bereiches auch beim Großgeräteplan. Und hier wird es wirklich zu dementsprechenden Maßnahmen kommen.

Es muß allerdings auch, und das ist auch ein Wunsch von uns, zu einer größeren Durchlässigkeit kommen. Was heißt das? Die verschiedenen Leistungsanbieter wie Krankenhaus, niedergelassene Ärzte, aber auch die Hauskrankenpflege sollten die Möglichkeit haben, auf die Daten zugreifen zu können und diese dann eben entsprechend verwalten.

Es sind hier bereits Lösungen angesprochen worden auch im Bereich der Struktur. Ich möchte auf einen Punkt eingehen, das wäre die Lösung im Bereich der Ausbildung, der Krankenpflegeausbildung. Wir in Niederösterreich haben uns sehr bemüht, und darüber bin ich sehr froh, daß wir die Ausbildungen im Gesundheitsbereich, die es gibt, soweit möglich auch in Niederösterreich anbieten. Um einerseits unseren Häusern zu ermöglichen, daß sie Absolventen direkt aus dem Bundesland, und jene die Möglichkeit haben, hier auch eine Anstellung zu finden. Andererseits war es immer wieder so, daß unsere Jugendlichen aus Niederösterreich, die sich in einem anderen Bundesland beworben haben, weil wir eben keine Schule gehabt haben, sich eigentlich immer hinten anstellen mußten. Das heißt, wir haben also die Möglichkeit, auch Ergotherapeuten, Physikotherapeuten und medizinische technische Assistenten auszubilden. Erwähnenswert, und gerade als Krankenschwester möchte ich das hier erwähnen, daß wir schon stolz sind, daß wir eine Akademie für höhere Ausbildung in der Gesundheits- und Krankenpflege haben. Und daß dort entsprechende Sonderausbildungen angeboten werden.

Eine Änderung gibt es auch hinsichtlich der Gesundheits- und Krankenpflegeschulen in ganz Niederösterreich. Hier wird man versuchen, die Absolventenanzahl herunterzusetzen, sie nach dem Bedarf zu orientieren. Und ich denke, daß insbesondere das ganz gut ist. Ich möchte aber nicht, wie es in diesem Kooperations-Ausschuß, der ja dann vorgesehen ist, anklingt, daß sich die Krankenpflegeschüler und -schülerinnen bei Beginn der Ausbildung schon entscheiden sollen oder müssen, ob sie in einem Pflegeheim arbeiten, bei der extramuralen Pflege oder im Krankenhaus. Ich darf nur daran erinnern, bei dieser Ausbildung hat es immer wieder Anregungen gegeben, das Ausbildungsalter hinaufzusetzen, weil man eben geglaubt hat, der Beruf wäre besser zu ergreifen, wenn man in einem entsprechenden Alter diese Entscheidung trifft. Und daher würde ich es nicht als gut empfinden, wenn diese Entscheidung schon fallen muß, wenn man mit dieser Schule beginnt.

Zum Abschluß möchte ich noch über die Gesundheitsvorsorge sprechen, die auch ein großes

Kapitel einnimmt und die eigentlich immer als sehr wichtig dargestellt wird. Sie sollte eigentlich im Vordergrund stehen. Im Endeffekt, wenn wir uns mit der Versorgung der Patienten auseinandersetzen, ist beides gleich wichtig. Aber trotzdem zur Vorsorge: Das Wort sagt viel aus, drückt vieles aus, sollte aber nicht zum Schlagwort mutieren, sondern sollte von uns schon mit Inhalten erfüllt werden. Und ich denke, das wird unsere politische Aufgabe in Zukunft sein. Ich weiß schon, daß die Vorsorge bei einem selbst, aber auch bei Menschen und Patienten sehr schwierig ist. Aus dem einen Grund, weil es manchmal auch notwendig ist, das eigene, schlampige Verhältnis zum Körper zu überdenken. Ich möchte das jetzt einmal so ausdrücken. Daher wird es irgendwo immer weggeschoben. Aber einerseits, wenn es um die Finanzierung geht, hören wir immer wieder, da müssen wir ansetzen, sonst werden wir uns schwertun.

Ich möchte nur erwähnen das NÖ Gesundheitsforum, das auf diesem Gebiet der Vorsorge wirklich gute Arbeit leistet. In den letzten sieben Jahren hat es die „gesunde Gemeinde“, „gesunde Schuljause“, „bewegte Klasse“, Diabetesvorsorge oder ein Hör*screening* hier wirklich in beispielhafter Weise durchgeführt. Es muß uns aber auch gelingen, daß wir, genauso wie seinerzeit auch versucht worden ist, den Umweltgedanken im Kindergarten schon spielerisch nahezubringen, daß wir hier den Gesundheitsgedanken sozusagen auch mit den Kindern bereits diskutieren.

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, im Gesundheitsbereich, habe ich jetzt so das Gefühl, findet eine neue Richtungsgebung statt. Auf der einen Seite interessieren uns natürlich, und das ist ja auch legitim, speziell wenn man ein Krankenhaus als Rechtsträger leitet, die Finanzen. Uns, die wir im Krankenhaus arbeiten oder einer Berufsgruppe dort angehören, interessiert aber auch - und das sollte uns auch interessieren - die Qualität, die da angeboten wird. Und daher glaube ich, daß wir nicht nur vor einem Umbruch stehen, sondern ich denke, wir befinden uns auch vor einem Aufbruch, was das Gesundheitswesen betrifft. Einerseits finden Sie nämlich in Krankenhäusern eine sehr kundenorientierte Ausrichtung. Wenn ich nur erinnern darf zum Beispiel an die Wahlmenüs, die es jetzt gibt, oder auch an die Begrüßungsmappen, die quasi an ein Hotel erinnern und helfen sollen, daß die Patienten sich auch dementsprechend wohl fühlen. Wobei aber die Verweildauer nicht verlängert werden sollte aus diesem Grund. Aber das heißt, wir befinden uns in einer Aufbruchstimmung. Ich denke, daß jetzt Entscheidungen getroffen werden müssen. Sie werden auch mit entsprechendem Mut und Disziplin getroffen. Wir werden da sicher in dieser Richtung mithelfen.

Zum Abschluß noch zum Resolutionsantrag der Frau Abgeordneten Rosenkranz. Er wurde im Vorjahr ebenfalls eingebracht und da hat es schon eine Ablehnung von SPÖ, ÖVP und LIF gegeben. Wir sind der Auffassung, daß eben verschiedene Rechtsträger verschiedene Aufgabenbereiche aus unserer Sicht auch wahrnehmen und auch verschiedene Aufgaben haben. Und daß wir daher aus diesem Grund diesem Resolutionsantrag unsere Zustimmung nicht geben können. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte meine Ausführungen noch einmal dem gesamten Thema Umwelt und Gesundheit widmen, wobei ich gelobe, keinen Punkt endlos lange und breitzutreten im Sinne der Aufforderung des Herrn Präsidenten. Möchte aber vorab noch ein paar Repliken zum Thema Müllverbrennung, auf die ich sonst nicht eingehen werde, anbringen. Auch in Richtung des inzwischen abwesenden Herrn Abgeordneten Mag. Riedl. Das eine zur Richtigstellung. Kritisiert wurde von meinem Kollegen Fasan nicht daß eine Machbarkeitsstudie vorgenommen wurde für die Müllverbrennung, sondern daß die Machbarkeitsstudie ausschließlich vom gewünschten Betreiber AVN vorgenommen wurde. Und keine unabhängige Überprüfung der Zahlen und Daten vorgenommen wurde.

Zum Stichwort Anlieferung des Mülls ausschließlich über die Bahn erlaube ich mir das Zitat: Die Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

Es gibt einfach genügend Erfahrungswerte, die anderes belegen. Und selbiges sage ich auch zur Wirtschaftlichkeit. Ich denke, der Punkt hier ist jener, daß immer wieder gerade die Erfahrungen mit Müllverbrennungsanlagen in Deutschland und in Oberösterreich - das Welser Beispiel belegt das ja sehr deutlich - vor allem die Unwirtschaftlichkeit und die daraus innerhalb kürzester Zeit resultierenden Probleme gezeigt haben. Wenn aber das Beispiel Kärnten mit seinem Abfallkonzept genannt wurde, denke ich, ist es legitim, genauso

auch das Beispiel Tirol zu erwähnen. In diesem Fall sogar ein ebenfalls ÖVP-dominiertes Bundesland, das sich in seinem Abfallwirtschaftskonzept konzentriert auf das Müllsplitting und die mechanisch-biologische Bearbeitung. Und letzte Anmerkung dazu, auch an den Abgeordneten Mag. Riedl zu Protokoll gegeben: Er hat mit einer Studie argumentiert und Zahlen genannt aus einer Studie, die in der fertigen Fassung, soweit mir bekannt ist, noch nicht vorliegt und zugänglich ist. Und es ist daher ein wenig schwierig für alle anderen, darauf zu reagieren oder das irgendwie zu kommentieren.

Nun aber zur Umweltpolitik und zu, ich würde es nennen „gesundem Leben“ und Möglichkeiten dafür in Niederösterreich. Wir vertreten den Anspruch, daß an sich Niederösterreich Musterland sein sollte. Musterland was die Lebensqualität, die Umweltqualität, die Möglichkeiten für gesundes Leben anlangt. Und wir stellen fest, daß hier in vielen Bereichen für dieses Ziel eines Musterlandes doch erhebliche Defizite vorliegen. Ich nenne nur als Aufzählung einige Punkte, die hier hervorstechen. Im Bereich der klassischen Umweltpolitik wäre anzuführen, daß in der Luftgüte in weiten Bereichen Verbesserungsbedarf besteht, insbesondere in den Sommermonaten, wo es gerade in den verkehrsreichen Regionen zu Belastungen mit bodennahem Ozon kommen kann. Ich nenne die Wasserqualität, die Trinkwasserqualität im Bundesland, die höchst unterschiedlich ist. Genauso wie im übrigen die Preise für Trinkwasser sehr, sehr schwanken von 7,- Schilling bis zu über 20,- Schilling etwa in meinem Heimatbezirk Gmünd.

Ich nenne den Umgang mit den Ressourcen, der sich ja nicht nur auf das leidige Thema Müll, Abfallentsorgung und Abfallwirtschaft konzentriert, sondern vor allem auch an der Produktionsseite ansetzen müßte. Ich nenne Altlasten. Und hier eine kurze Anmerkung zu einer zuvor abgeführten Diskussion. Ich denke, bei den Altlasten sind nicht nur einerseits private Betreiber von Deponien wie die Frau Berger oder der Herr Fischer zu nennen oder der Bund in seiner zumindest großen Langsamkeit, was die Erstellung von Räumungsbescheiden angeht. Ich denke schon, daß hier auch die Verantwortung zu einem Teil bei der Landesregierung zu suchen ist. Nämlich überall dort, wo die Deponiebetreiber mit Bescheiden der Landesregierung gearbeitet haben. Oder aber, wo, wie im Falle der Berger Deponie schon Mitte der achtziger Jahre der Rechnungshof darauf hingewiesen hat, daß hier höchste Gefahr besteht, daß die Betreiber sich etwa durch komplizierte Firmenumschichtungen aus der Haftungsfrage herausstehlen und das Land angehalten wäre, hier einzugreifen. Das ist unterblieben. Und daher sehen wir heute, daß mit öffentlichen Geldern - etwa eine Milliarde wird es kosten - die Berger-Deponie geräumt werden muß.

Im Altlastenbereich gäbe es dringenden Aufholbedarf in der Erfassung und in der Sanierung von Altlasten. Und mit Sanierung von Altlasten meine ich nicht die automatische Verbrennung sämtlicher Altlasten, wie das im Zuge der Müllverbrennungsdiskussion offensichtlich immer öfter in den Vordergrund tritt.

Zum Thema Energie nur ein paar Anmerkungen an dieser Stelle, weil ich später im Zusammenhang mit der Gruppe 7 darauf zurückkommen möchte. Natürlich ist das ein höchst umweltrelevanter Bereich. Die Energieversorgung ist ein sehr zentraler Punkt, wo es nicht nur ein klares Bekenntnis zur erneuerbarer Energie braucht, sondern wo auch im Zuge der europäischen Veränderungen man sich auch zum Teil europäischen Standard abschauen könnte. Wenn etwa die Einspeisetarife genannt wurden von Landesrat Dr. Bauer, so verweise ich darauf, daß hier keinerlei Widerspruch zur Liberalisierung besteht, wie auch das deutsche Beispiel beweist. Doch dazu komme ich sicher auch noch später.

Kurz nur an dieser Stelle gleich zum Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Haberler. Mich verwundert ein wenig, daß Sie die Verwendung von Energie aus erneuerbarer Produktion auf die Beheizung von öffentlichen Gebäuden reduzieren und nicht generell den Energieeinsatz in öffentlichen Gebäuden anziehen. Ich weiß nicht, ob das einfach eine leichte Schlamperei ist, oder ob da Absicht dahintersteckt. Vielleicht können Sie in Ihrer Fraktion oder mit sich selber da noch zu Rate gehen, ob Sie das tatsächlich nur auf die Beheizung konzentrieren wollen. *(Abg. Haberler: Nun, die Forderungen haben wir schon beschlossen, Frau Kollegin, in der letzten Periode!)*

Ein weiterer Punkt dazu: Jetzt in die Umweltfragen hineingehend möchte ich mich dem Thema Naturschutz vorrangig widmen. Niederösterreich ist das Land der zwei Nationalparks, wie wir immer wieder hören. Ich darf an dieser Stelle daran erinnern, wie schwierig es war, wie lange es gedauert hat, wie lange auch die Verhandlungen mit dem Land Niederösterreich gedauert haben, bis dieser erste Nationalpark Donau-Auen durchgesetzt werden konnte. 12 Jahre lang haben die Organisationen, die daran arbeiten, haben die

Umweltschützer und Umweltschützerinnen sich sehr heftig engagieren müssen, damit dies erreicht wurde. Und ich denke an dieser Stelle ist vor allem auch einmal der Umweltbewegung dafür zu danken, daß sie erstens rechtzeitig protestiert hat und zweitens nicht lockergelassen hat, bis es tatsächlich einen Nationalpark gab. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich hoffe, daß es in Zukunft ein wenig schneller gehen kann und weniger Sisyphusarbeit braucht, bis der zweite Nationalpark tatsächlich unter Dach und Fach ist. Wir haben ja mit dem Thayatal zwar später, nämlich später als die tschechische Seite, zwar unvollständig von der Umsetzung, doch zumindest einen Grundsatzbeschluß und eine erste Unterschrift. Bis zu einem tatsächlichen Nationalpark und seiner Ausstattung ist noch ein Stück Weges zurückzulegen. Ich hoffe sehr, daß es nicht wieder 12 Jahre lang dauern muß bis es soweit ist, daß man dort tatsächlich den Nationalpark als solchen eröffnen kann. Wir werden sicher von unserer Seite jegliche Unterstützung anbieten, damit es schnell gehen kann, weil das natürlich eine begrüßenswerte Initiative ist.

Darüber hinaus gibt es zwar eine ganze Reihe unterschiedlichster Flächen, die in der einen oder anderen Form unter Naturschutz stehen, Naturdenkmäler sind, in unterschiedlicher Ausprägung. Wenn ich allerdings die Fläche zusammenrechne stelle ich fest, daß wir in Niederösterreich derzeit bei zirka 25 Prozent der Landesfläche halten, die auf die eine oder andere Weise unter Schutz gestellt ist. Der österreichische Durchschnitt sonst liegt bei 31 Prozent. Da gibt es noch ein leichtes Mißverhältnis. Ich gehe davon aus, daß mit den neuen Natura 2000-Nominierungen, die zu Beginn dieses Jahres vorgenommen wurden und nach Brüssel gemeldet worden sind, dieses Mißverhältnis ausgeglichen werden kann. Wir begrüßen ausdrücklich, daß es hier zu diesen Nominierungen gekommen ist. Ich bedaure nur an dieser Stelle, daß die Welschen Halten entgegen einem ursprünglich so aufzufassenden Beschluß nicht Teil dieser Nominierung sind und verweise hier auf ein Problem, das uns in der Zukunft noch beschäftigen wird. Nach den Richtlinien von Natura 2000 sind Gebiete, die eindeutig als schutzwürdig laut der Natura 2000-Richtlinie gelten, insoferne zu schützen als keine Verschlechterung eintreten darf. Auch wenn sie nicht dezidiert als Naturdenkmal, Naturschutzgebiet oder was immer ausgewiesen sind. Widrigenfalls wäre ein Verletzungsverfahren einzuleiten. Das heißt, wir haben hier mit den Welschen Halten nach allen fachlichen Gutachten die vorliegen eindeutig ein Gebiet, das unter Natura 2000 fällt. Das zu schützen wäre und das derzeit von Niederösterreich, ich formuliere es optimistisch, „vergessen wurde“. Auf das wir aber achten müssen, um unseren EU-Verpflichtungen nachkommen zu können.

Ein wichtiger Stellenwert für diese Verpflichtungen, auch für die Umsetzung der begrüßenswerten Natura 2000-Nominierungen, ist nicht zuletzt, nicht ausschließlich, aber nicht zuletzt, das Naturschutzbudget. Ich habe in der Vergangenheit schon mehrfach kritisiert, daß das frei verfügbare Budget für Naturschutz mit damals noch ein wenig über 12 Millionen sehr kärglich dotiert war. Inzwischen ist es zu einer deutlichen Kürzung um eine weitere Million gekommen. Das Naturschutzbudget beträgt nur noch 11 Millionen. Wir protestieren dagegen sehr deutlich und sehr heftig. Das ist sicher keine ausreichende Form, wie hier ein ernsthafter Vertragsnaturschutz durchgeführt werden kann! Ich hoffe, daß es allerdings zumindest in dieser Legislaturperiode und hoffentlich nicht erst am Schluß, sondern schon demnächst gelingt, ein neues Naturschutzgesetz zu erreichen, wiewohl mir die Äußerung eines Vorredners, man strebe ein Gesetz ohne Schikanen und ohne Träumereien an, ein wenig Sorge bereitet. Das klingt immer verdächtig danach, möglichst wirtschaftlichen Interessen nichts in den Weg zu legen, möglichst Auflagen wegzukriegen. Und nicht danach, ein möglichst modernes, den Anforderungen entsprechendes Naturschutzgesetz auf die Reihe zu bekommen.

Ich darf zum Thema Naturschutz an dieser Stelle eine Resolution einbringen und darf sie verlesen *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Fasan und Mag. Weinzinger zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Naturschutz.

Für die Erhaltung einer natürlichen Umwelt, des Lebensraumes vieler Tier- und Pflanzenarten aber auch für die Ansprüche des Menschen an Lebensqualität und für ein touristisch breites Angebot kommt dem Naturschutz eine zentrale Stellung zu. Das Land Niederösterreich hat dank der Bemühungen der Umweltbewegung mit der Errichtung des Nationalparks Donauauen einen Meilenstein gesetzt, mit dem geplanten Nationalpark Thayatal wird dieser Weg fortgesetzt. Dennoch bleibt Niederösterreich sowohl in der Höhe des Naturschutzbudgets als auch beim Anteil der

unter Schutz gestellten Flächen hinter anderen Bundesländern hinterher.

Eine Stärkung des Naturschutzes sowohl flächenmäßig als auch budgetär ist daher erforderlich, um einen Ruf als 'Öko-Region' aufbauen und die Vorreiterrolle im Naturschutz weiter in Anspruch nehmen zu können. Was die Naturschutzflächen betrifft, so ist mit der umfangreichen Nominierung von Natura 2000-Gebieten ein wichtiger Schritt gesetzt worden, den es gilt, jetzt zügig umzusetzen. Nicht zuletzt dafür, aber auch für andere Maßnahmen des Naturschutzes, ist eine entsprechende budgetäre Dotierung erforderlich. Die Mittel für Naturschutz sind daher von der derzeit eher kärglichen Ausstattung entsprechend aufzustocken. Nur so bleibt der Naturschutz nicht ein bloßes Lippenbekenntnis.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, für eine substantiell bessere Finanzausstattung des Naturschutzes zu sorgen und ein Maßnahmenpaket zur raschen Umsetzung der Natura 2000-Gebiete zu erlassen."

Ich darf an dieser Stelle durchaus auch anknüpfen an Welschen Halten und zu einem Bereich kommen, der nicht nur für den Naturschutz, aber auch für den Naturschutz immer wieder Probleme verursacht. Die Rede ist von Großprojekten. Im Bereich der Welschen Halten ist es die inzwischen berühmt-berüchtigte Weltkugel von Frank Stronach mit einem merkwürdigen Verfahren und noch merkwürdigeren Projektunterlagen, die es dazu gibt. Und wo die Gefahr besteht, daß der Naturschutz unter die Räder eines Großprojektes kommt. Ich glaube aber, daß vor allem aber auch über diesen einen Fall hinaus man Sorge tragen muß, daß die Rechte des Naturschutzes, die Rechte des Umweltschutzes abgesichert sind. Daß nicht leichtfertig eingegriffen wird. Ich verstehe da durchaus darunter, daß es klar sein müßte, daß große Bauten in Landschaftsschutzgebieten nichts zu suchen haben. Daß Naturdenkmäler erhalten bleiben sollten und nicht so, wie das das derzeitige Naturschutzgesetz vorsieht, einfach aufgehoben werden, wenn die Grundlagen dafür nicht mehr vorhanden sind. Sondern daß man rechtzeitig dafür Sorge trifft, daß das Naturdenkmal als solches erhalten bleiben kann. Und ich denke auch, daß die Interessen des Umweltschutzes gewahrt bleiben müssen, überall dort, wo von Verschlankung und Deregulierung die Rede ist und manchmal nicht nur Positives sich dahinter verbirgt.

Ich komme nun zu einem Bereich, der mir leider völlig fehlt, sowohl im Kapitel, das jetzt zur Diskussion vorliegt als auch quer durch das Budget - die Antiatompolitik. Energiepolitik und der Ausstieg aus der Atomenergie in unseren benachbarten Staaten sind ein zentrales Anliegen gerade der niederösterreichischen Bevölkerung, die als erste direkt betroffen ist von dieser Frage. Leider findet sich budgetär dafür keinerlei Vorkehrung. Das Bundesland Oberösterreich hat 20 Millionen Schilling jährlich für seine Antiatompolitik eingeräumt, fördert daraus auch die Arbeit von privaten Initiativen und Organisationen. Demgegenüber steht nicht nur kein Ansatz im NÖ Budget, sondern auch eine fast schon vernachlässigbare Tätigkeit in der Atompolitik bislang. Dieses Defizit ist sicher ganz massiv zu kritisieren.

Kritik verdient natürlich auch, das wurde in meinem Statement bei der Generaldebatte schon angerissen, daß die Mittel für den Umweltschutz gekürzt worden sind. Ich weiß, Landesrat Mag. Sobotka würde sagen, das Geld allein macht's nicht und außerdem ist es ja eine Querschnittaufgabe. Es geht nicht nur um das vorliegende Kapitel 5, sondern man müsse das querdurch betrachten. Nun, ich habe das getan, sogar sehr sehr aufmerksam. Ich habe gedacht, vielleicht gibt es irgendwo Geld für Umwelterziehung und für diese Bewußtseinsbildung, die eingefordert worden ist. Ich habe es nicht gefunden. Ich habe gedacht, vielleicht gibt es irgendwo Gelder für Forschung im Umweltbereich, für Umwelttechnologien. Ich habe es gesucht und nicht gefunden. Ich habe überlegt, vielleicht versteckt sich ja Umweltschutz irgendwo im Bereich der Arbeitsplatzbeschaffung der Arbeitsmarktförderung, weil ja bekannt ist, daß im Umweltbereich durch Umwelttechnologien in Niederösterreich allein in den nächsten Jahren 15.000 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Wir haben das immer sehr salopp als 15.000 „Ökojobs" bezeichnet. Ich habe es leider nicht gefunden. Weder als budgetären Ansatz, noch wenn ich kleinere Posten gesucht habe, wie vielleicht gibt es hier oder dort eine Umweltschutzaktion in einem anderen thematischen Bereich. Vielleicht gäbe es unter Gruppe 0 private Einrichtungen oder Stiftungen, die dotiert werden. Ich habe es nirgends gefunden. Das einzige, was ich gefunden habe an finanziellen Mitteln ist sehr sehr viel Geld für den Straßenbau. Und ich nehme doch an, daß auch Landesrat Mag. Sobotka mir nicht erklären wird, es handle sich hier um „Ökostraßen".

Die zweite Überlegung war dann, okay, ich gestehe ja zu, Geld ist nicht immer alles. Vielleicht gibt es ja die vielen Maßnahmen. Ich habe wiederum nicht nur das Budget, sondern auch das, was an Aktivitäten dahinter stehen könnte durchforstet. Habe überlegt, ob vielleicht eine Ökologisierung in der Raumordnung ansteht. Ob man in der Raumordnung und in der Regionalförderung spezifische, umweltpolitische Schwerpunkte mit eingebaut hat. Ob man vielleicht im Bereich der Kläranlagen, der Abwasserwirtschaft einen Schwenk hin in Richtung verstärkter, zum Beispiel pflanzlicher Kläranlagen macht. Ob man vielleicht Maßnahmen gesetzt hat, die nicht so viel Geld kosten, aber zu einer CO_2-Einsparung und somit zu einer Teilerfüllung der Klimabündnisziele führen würden. Allein, ich habe nichts gefunden. Ich muß daher nicht nur die Kürzung des Umweltbudgets kritisieren, ich kritisiere auch, daß sich Umwelt nicht als Querschnittsmaterie finanziell zu Buche schlägt und daß die Kürzung der Mittel nicht durch eine Verstärkung der sonstigen Maßnahmen für Umweltpolitik aufgefangen wird.

Das, was damit nicht erreicht wird, und damit möchte ich irgendwie zum Ende, aber auch zur Aufforderung für die weitere Arbeit in Sachen Umweltpolitik gelangen, und eigentlich das Konzept ausweiten: Ich denke, es geht darum, Nachhaltigkeit zu verankern. Und ich möchte jetzt, um keinerlei Verwechslung zu unterliegen, meinen Begriff von Nachhaltigkeit definieren, den ich aus der internationalen Diskussion, die nach 1992, nach dem Erdgipfel folgte, ableite. Ich verweise auf ein Modell, das in Holland entwickelt wurde, das Konzept des Umweltraumes. Es wird dabei ausgegangen davon, daß jeder Mensch auf dieser Erde, egal, ob er in Österreich, in den Niederlanden, in Bangladesh, in den USA, in Angola oder sonst irgendwo lebt, das gleiche Recht auf die Nutzung von Ressourcen hat. Es wird davon ausgegangen, daß zumindest zu einem bestimmten Zeitpunkt dieses Recht durchgesetzt sein sollte. Was bedeuten wird, daß man eine nachhaltige Nutzung der vorhandenen Ressourcen braucht. Die Niederländer sind soweit gegangen, daß sie gesagt haben, wir nehmen das fiktive Jahr 2010 an, berechnen, was pro Kopf einer bis dahin projektierten Weltbevölkerung an Ressourcen vorhanden ist, berechnen, was daher pro Kopf eines Niederländers oder einer Niederländerin zur Verfügung steht. Und wir entwickeln Wege, wie wir auf diese in vielen Bereichen natürlich Ressourceneinsparung hinkommen können, um Nachhaltigkeit zu entwickeln. Ich glaube, daß das ein wichtiger Ansatz für Nachhaltigkeit ist und würde daher Nachhaltigkeit definieren als eine Politik, als ein Ziel, wo eine ökologisch verträgliche, eine sozial ausgewogene und eine wirtschaftlich machbare Politik angewendet wird auf alle Menschen, die zu diesem Zeitpunkt auf unserem Planeten leben. Und die so gehandhabt wird, daß künftige Menschen, die auf unserem Planeten leben werden, in ihrer Lebensgestaltung nicht beeinträchtigt sind. Ich möchte das deswegen so explizit ausführen, weil ich als nächstes einen Vorschlag, nicht in Anlehnung an die Niederlande, sondern an eine nähergelegene Initiative machen möchte. Es hat das Bundesland Oberösterreich bereits vor einigen Jahren eine Studie in Auftrag gegeben, ein Konzept zu erstellen im Auftrag der Landesregierung für ein nachhaltiges Oberösterreich. Diese Studie gibt es. Ich würde sie in manchen Punkten vielleicht noch ergänzen wollen. Aber ich denke, das ist eine Übung, die sich sehr, sehr sinnvoll ausgewirkt hat. Und ich könnte mir vorstellen und will das auch vorschlagen, daß Niederösterreich diese Initiative aufgreift und daß wir für Niederösterreich einen Bericht „Nachhaltiges Niederösterreich“ erarbeiten. Darin sehe ich die zentrale Aufgabe für die Zukunft der Umweltpolitik in Niederösterreich. Für die Zukunft einer Politik, die auf Lebensqualität und gesundes Leben eingeht. Und denke, zumindest das, was ich gerne aus dem Budget dann herauslesen würde, wäre mein letzter Vorschlag, daß man zumindest ein derartiges Konzept ausarbeiten kann.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal eine Sorge äußern noch für diese Budgetdebatte. Wir haben diese Sorge ganz zu Beginn bei Bestellung der Landesregierung geäußert und sie ist zumindest noch nicht ausgeräumt, um es höflich zu formulieren. Wir haben die Sorge geäußert, daß die Zusammenlegung des Finanzressorts und des Umweltressorts in der Regierung dazu führen könnte, daß der Umweltschutz auf der Strecke bleibt und sich die Finanz- und Sparinteressen durchsetzen. Das vorliegende Budget, Herr Landesrat, läßt diese Sorge weiterhin akut bleiben. Ich glaube, es ist notwendig, hier gegenzusteuern und zu schauen, daß nicht bei den Investitionen in die Zukunft und beim Umweltschutz gespart wird. Und es ist auch notwendig, mit einem guten Beispiel voranzugehen. Das habe ich in der Vergangenheit vermißt. Ich vermisse etwa, daß dieses Haus hier mit erneuerbarer Energie betrieben wird. Aber ich vermisse auch die ökologische Beschaffung in weiten Bereichen der öffentlichen Hand. Auch wenn, lobenderweise möchte ich das erwähnen, Biowochen in der Landhausküche durchgeführt werden. Das kann aber bei weitem noch nicht alles sein.

Abschließend möchte ich jetzt weniger den Slogan des Herrn Landesrates Mag. Sobotka

„Kopf statt Geld“ nehmen, sondern ein bißchen polemisieren und sagen, ein Kopf produziert vielleicht viele Worte, aber sonst noch nichts. Wir haben viele Worte gehört in der Umweltpolitik. Wir haben wenig Geld. *(Abg. Dr. Michalitsch: Glauben Sie nicht an die Kraft der Gedanken?)*
Wir haben, Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch, bis jetzt im Budget niedergeschlagen wenig Ideen oder Innovation für den Umweltschutz. Soviel zur Kraft der Gedanken. Da hat sich der Spargedanke mehr durchgesetzt als der Umweltgedanke. Und wir warten auf die Taten. Noch nicht ganz ohne Hoffnung, aber „Taten statt Worte“ möchte ich Ihnen ins Stammbuch geschrieben haben. Danke schön. *(Beifall bei den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Haberler das Wort.

Abg. HABERLER *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Nur ganz kurz: Ich ziehe meinen Resolutionsantrag Nr.18 zurück und bringe den Resolutionsantrag 18a ein, der drei Änderungen in sich birgt. Nämlich zum ersten wird er eingebracht von den Abgeordneten Haberler, Dr. Prober und Feurer. Zum zweiten ändert sich ein Satz im Betreff folgendermaßen: „Einsatz von umweltschonenden Energiesystemen bei öffentlichen Gebäuden.“ Und im Antrag ändert sich auch der Satz in dieser Richtung *(liest)*:

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Haberler, Dr. Prober und Feurer zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Einsatz von umweltschonenden Energiesystemen bei öffentlichen Gebäuden.

Um die Importe von Erdöl, Erdgas und Kohle zu reduzieren und somit zum Abbau des Handelsbilanzdefizits beitragen zu können, ist es erforderlich, erneuerbare Energien, wo immer möglich, zu fördern.

Derzeit wird seitens der Landesregierung ein Zuschuß für die Errichtung von Solaranlagen, Wärmepumpenanlagen und Photovoltaikanlagen gewährt. Der intensivierte Einsatz von Kraft-Wärmekopplungen, Hackschnitzelheizungen, Biogasanlagen, Biomasseheizungen etc. wird eine Verminderung des CO_2-Ausstoßes mit sich bringen. Zudem steht fest, daß die Pflanzung von Energiewäldern für viele Bauern eine Erwerbsquelle eröffnen wird. Mit zunehmender Attraktivierung von Hackschnitzelheizungen werden im Bereich der Umwelttechnologie schließlich auch attraktive Arbeitsplätze geschaffen. Die verstärkte Anwendung von Hackschnitzelheizungen und anderen Anlagen, welche mit nachwachsenden Rohstoffen betrieben werden, bringt somit umwelt-, finanz-, agrar- und arbeitsmarktpolitische Vorteile mit sich, welche die Aufwendungen überproportional aufwiegen. Die Reduktion von Energieimporten bringt auch großen volkswirtschaftlichen Nutzen. Deshalb muß vor allem die öffentliche Hand, wo immer möglich, mit gutem Beispiel vorangehen und diese Energiequellen in ihrem Einflußbereich zum Einsatz bringen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung durch geeignete Maßnahmen in ihrem Wirkungsbereich zu erwirken, daß u.a. auch öffentliche Gebäude im Bundesland NÖ nach Möglichkeit mit erneuerbaren Energieträgern bzw. mit umweltschonendsten Energiequellen beheizt werden.“

Ein einziger Satz noch kurz zur Frau Kollegin Weinzinger. Bevor man hier an das Rednerpult tritt und irgendwelche Vorwürfe austeilt, sollte man sich mit den vom Landtag beschlossenen Anträgen beschäftigen. Weil dann wüßte man auch, daß es zur Solarenergie bereits die dementsprechenden Beschlüsse gibt. Bevor man hier ans Rednerpult tritt, sollte man sich vorher die Reden der anderen Abgeordneten anhören. Weil dann wüßten Sie, daß ich heute den Herrn Landesrat gebeten habe, diese Beschlüsse umzusetzen. Und deshalb ersuche ich Sie, in Zukunft solche polemischen und sinnlosen Angriffe zu unterlassen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Als nächster Redner gelangt Frau Abgeordnete Kratohwil zu Wort.

Abg. KRATOHWIL *(FPÖ)*: Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich habe mir in der Gruppe 5 bei der Gesundheit, damit wir wieder einmal zur Gesundheit auch kommen, etwas angeschaut und es ist sehr erfreulich.

Wir haben Gottseidank eine Erhöhung für die Rettungsdienste bekommen, was sehr wichtig ist. Die Vorsorgemedizin ist ebenfalls erhöht worden - auch ganz wichtig. Nur ein Punkt, und das hat

mich etwas betrübt, der ist leider dem Sparstift zum Opfer gefallen. Und zwar das ist die medizinische Beratung und zwar bei der Drogenberatung. Die wurde nämlich etwas gekürzt und zwar um ein ganz schönes Stück. Und gerade in diesem Bereich, das ist ein kritischer Bereich und vor allem ein sehr trauriger Bereich, der oft ganze Familien betrifft.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen kurz etwas bekanntgeben. Es ist ja leider Gottes der Drogenbericht 1997 noch nicht heraußen. Aber es ist schon einiges hier und es liegen schon einige Fakten auf dem Tisch. Wir haben eine drastische Steigerung bei Heroin. Sie wissen alle miteinander, das ist die Todesdroge. Kommt aus dem Ostblock. Durch die Erweiterung der Grenzen, kann man sagen, ist diese Droge natürlich sehr viel schneller herinnen. Und Sie wissen, das Problem wird immer größer. Steigerung bei der Droge Kokain, im Volksmund gesagt, die „Schiki-Miki-Droge“, wissen wir ja. Aber erschreckend, meine Herrschaften, ist folgendes: Die Steigerung, und zwar eine vier- bis fünffache Steigerung, bei Speed und Designerdrogen. Und ich glaube, hier sollten wir, sind wir gefordert, die Politiker, einmal hier einzugreifen. Die Zeitungsberichte schreiben, daß sie noch weiter steigen würden und neue Drogen zum Vorschein kommen. Und wir sollten hier einmal als aufklärendes Mittel bzw. den Süchtigen helfend eintreten und den Kampf vor allem bitte, meine Damen und Herren, der Verharmlosung der Drogen. Und das ist leider Gottes ein großes Problem, das man immer sehr leicht abgibt.

Und es gibt auch einige Gruppen, die ja sogar bitte die Drogen freigeben wollen. Und da legen wir uns und wir verwehren uns da, die Freiheitlichen, sehr dagegen. Weil ich glaube, einige werden wahrscheinlich auch dazu Ja sagen, daß man das wirklich nicht tun kann.

Wir sollten auch folgendes machen: Es geht auch bei der Jugend schon die Information. Wir sollten der Jugend Perspektiven geben und so früh wie möglich mit der Information über diese Drogenprobleme beginnen. Und da gebe ich Ihnen vollkommen recht, Frau Abgeordnete Krammer, es ist wirklich wichtig, daß wir hier etwas unternehmen. Wir sollten bereits in den Volksschulen und auch in den Kindergärten, es mag vielleicht lächerlich klingen, den Kindern, die ja sehr leicht lernen und das vor allem spielend lernen können, beginnen, sie pädagogisch und fachlich, von kompetenten Leuten natürlich, zu informieren und ihnen das klarzumachen.

Die Verharmlosung habe ich Ihnen schon gesagt, die sollten wir bitte doch nicht in die Öffentlichkeit hinauskommen vor allem. Es gibt oft manchmal, ich will jetzt nicht die Gruppe der Lehrer anspitzen oder ansagen. Sie sitzen dort drüben. Sie können das oft manchmal sehr gut. Die Lehrer haben oft auch manchmal die Verharmlosung der Drogen, bringen sie aufs Tapet. Und da sollte man bitte ganz vehement einschreiten.

Ich würde noch einen Punkt herausheben. Und zwar ist das die Stärkung der Familie. Man müßte in den Familien, und ich glaube, gerade in den Familien ist es das Problem, daß die Elternteile es leider zu spät merken. Oft manchmal durch wenige Informationen. Es ist das Problem, daß die Eltern auch die Zeit dazu nicht haben, daß sie es den Kindern anmerken. Und wir sollten den Eltern hier die Information angedeihen lassen, die man auch den Kindern weitergibt. Vor allem die Eltern, stehen wir auf dem Standpunkt, müßten bitte auch das Vorbild für die Kinder sein.

Und ein ganz wichtiger Faktor, den wir jetzt in die Ärzte hineinnehmen können, wäre zum Beispiel auch unser Vorschlag, die Schulärzte. Die Schulärzte, sie haben eine ganz wichtige Funktion. Sie sind vor allem mit den Kindern sehr viel auch zusammen. Sie betreuen sie in den Schulen, vor allem auch in den Kindergärten. Und hier könnte man schon die Probleme der Drogen sehr leicht erkennen und auch vielleicht unter Umständen lösen. Und auch diese Funktion der Schulärzte bitte etwas anheben.

Was mir etwas im Budget, wenn Sie geschaut haben, gefehlt hat, und das ist der Punkt, auf den ich auch noch kommen möchte, das ist genau dieser Punkt, daß die Betreuungseinrichtungen für die Drogen leider Gottes gekürzt wurden. Und das ist ein Problem. Weil genau die Betreuung sollte eigentlich flächendeckend und sollte für die Jugend ganz wichtig sein. Wir sollten auch keine Versuche hier machen in den Betreuungen, daß man das Heroin zum Beispiel den jungen Leuten gibt, damit man sie vielleicht von den Drogen herunterbringt. Sie kriegen sie nicht weg. Und wir wissen alle miteinander, daß es immer problematischer und immer größer wird, dieses Problem. Und hier, meine Herrschaften, sind wir gefordert als Politiker. Wir sollten als Politiker, was von den Gesetzen her geht, soweit wie möglich helfen und auch die Finanzen zur Verfügung stellen.

Die Vorarlberger haben ein sehr gutes Beispiel gebracht. Es wäre auch für alle Länder, auch für uns Niederösterreicher sicher sehr gut, die

Koordination zwischen dem Bund und den Ländern wieder zu benützen, zu vernetzen das Ganze und verschiedene Projekte, die ja eigentlich schon sehr gut am Tapet sind, auch auf die Länder ausweiten und den Ländern darüber die Berichte immer geben. Weil ich muß Ihnen etwas dazu sagen. Im Jahre 1997 hat die Frau Landtagsabgeordnete Rosenkranz einen Resolutionsantrag eingebracht über ein Drogenpaket. Und es wurde leider damals von der ÖVP, SPÖ und von den Liberalen abgelehnt. Aber diese explosive Steigerung der Drogen und des Drogenproblemes sollte man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Wir sollten versuchen, bitte, das Ganze gemeinsam noch einmal durchzuarbeiten. Ein Drogenpaket zu schnüren, das für unsere Jugend. Und vor allem die Jugend ist zunehmend bedroht von den illegalen Drogen. Die Einsteiger in die Drogen werden immer jünger. Sie müssen nur einmal schauen bei den Schulen, ich komme ebenfalls aus einer großen Stadt, einer Schulstadt, wo wir sehr große Probleme mit den Drogen haben. Und die Sorgen der Eltern über die Kinder werden in der Zukunft halt immer größer. Ich würde das als Schlußsatz Ihnen folgende sagen. Helfen wir den Eltern, Kindern und Jugendlichen, indem wir die Kinder stark machen, aber bitte nicht süchtig. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Muzik.

Abg. MUZIK *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Landtages!

Das Budget für 1999 veranlaßt mich, einige Feststellungen betreffend des Marchfeldkanalsystems bzw. der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal zu treffen. Es tut mir nur leid, daß der Herr Landesrat Blochberger nicht im Raum ist. Aber nachdem er mir das letztemal mitgeteilt hat, er hört eh immer mit, kann ich ihm diese Aussage also über das Mikrofon in sein Zimmer übermitteln. Diese Einleitung, die jetzt kommt, ist ja für ihn nicht unbekannt, weil da ist er dabei anwesend gewesen. Im März dieses Jahres fand nämlich ein politisches Gespräch zwischen den Ministern Edlinger und Dr. Farnleitner einerseits und den Landesräten Blochberger und Dr. Bauer andererseits sowie mehreren Beamten statt. Meine Damen und Herren! Das Gespräch - und hier muß ich jetzt sagen, soweit mir bekannt - hat uns, glaube ich, einen Schritt weitergebracht in der gesamten Materie in Richtung einer Lösung.

Es soll eine neue 15a-Vereinbarung geben mit den entsprechenden Anschlußgesetzen des Landes und des Bundes. Die Zusammenführung bzw. die Übergabe an die BM soll mit 1.1.1999 stattfinden. Es wurde festgestellt, daß bis auf weiteres die Funktion des Systems durch Filialversickerungen realisiert wird, was allerdings nicht bedeutet, meine Damen und Herren, daß die Zentralversickerungsanlage aufgegeben wird. Die Errichtungskosten für diese Versickerungsanlagen sollen aus dem bereits vorhandenen Budget der Errichtungsgesellschaft gedeckt werden. Falls die technische Errichtung oder die wasserrechtliche Bewilligung nicht in angemessener Zeit erreicht werden kann, soll die Bundesseite Zusagen getätigt haben, daß diese Probleme gelöst werden.

Weiters soll der Bund sich bereit erklärt haben, den Betriebskostenzuschuß, den er per Gesetz leisten muß, zu erhöhen. Genannt und im Gespräch war eine Summe von ungefähr 10,5 Millionen Schilling. Sollte das Land Niederösterreich für Einhebung der restlichen Betriebskosten plus Darlehenstilgungskosten bundesgesetzliche Regelungen brauchen, so wird der Bund unter Maßgabe des Finanzausgleiches diese veranlassen. Hiezu, meine Damen und Herren, sollten aber Vorschläge des Landes Niederösterreich kommen. Weiters wird der Vollausbau des Systems auf die Hochterrasse grundsätzlich befürwortet. Allerdings verlangte hinsichtlich des Primärsystems der Finanzminister einen Finanzierungsplan. *(LR Blochberger betritt den Sitzungssaal.)* Hinsichtlich des Sekundärsystems - danke für die Anwesenheit, Herr Landesrat, das ist ja noch nichts Neues, wie gesagt, Sie waren da noch dabei - schlug das Land eine Finanzierung von 40:30:30, nämlich Genossenschaft, Bund und Land vor. Liege ich so richtig, Herr Landesrat? Weil ich habe gesagt, soweit mir bekannt.

Eine Entscheidung wurde noch offengehalten für Gespräche der beiden Minister Molterer und Edlinger betreffend jene 30 Prozent des Bundes. Es wurde aber zugesagt, daß zur Finanzierung der Hochterrasse, des Hochterrassensystems soweit wie möglich EU-Mittel eingefordert werden sollen. Es wurde aber auch besprochen, daß die BM beauftragt wird, mit der Planung für die Hochterrassenbewässerungsprojekte zu beginnen. Betreffend die Altlasten ist keine wirkliche Lösung erfolgt und ist diese somit zur Gänze nach wie vor offen. Es wurde aber auch vereinbart, meine Damen und Herren, daß eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird, um alle die offenen Punkte aufzuarbeiten, damit eine politische Entscheidung so zeitgerecht erfolgen kann, daß die von mir bereits genannte Zusammenführung, nämlich mit Übergabe am 1.1.1999 erfolgen kann.

Meine Damen und Herren! Dies ist der Stand von März dieses Jahres. Und jetzt fragen wir uns, wie weit sind wir heute? Nach meinem gegenwärtigen Informationsstand besteht weiterhin das größte Interesse an der Ausweitung des Marchfeldkanalsystems auf die Hochterrasse. Die Genossenschaften, die es bereits gibt, sind hier auch als Ansprechpartner zu nennen. Und trotz mehrerer diesbezüglicher Berichte in beiden Kuratorien, nämlich der Errichtungsgesellschaft und der Betriebsgesellschaft und vor allem aber auch trotz der Bereitschaftserklärung des Landes Niederösterreich in seinem Schreiben vom 25. November 1997 auf Grundlage eines Regierungsbeschlusses vom gleichen Tag, sich an der generellen Projektierung mit einem Höchstgesamtrahmen von ungefähr 10 Millionen Schilling anteilsmäßig zu beteiligen, meine Damen und Herren, fehlt mit allerdings der Ansatz im Budget für das Haushaltsjahr 1999. Aber, meine Damen und Herren, nicht nur das: Es wurde sogar eine Kürzung des Beitrages an die Betriebsgesellschaft veranschlagt! Ich weiß, daß wir alle, das haben wir gestern bereits gehört und auch heute, daß jeder das Budget lesen kann. Aber es ist trotzdem wert, diese drei Zahlen anzumerken. Nämlich aus dem Rechnungsabschluß 1997 5,2 Millionen, im Voranschlag für das heurige Jahr 1998 5,8 Millionen Schilling und im Voranschlag für 1999 5,5 Millionen Schilling. Es ergibt sich die Differenz des Abschlusses 1997 gegenüber dem Voranschlag 1998 auf Grund der 10%igen Kreditsperre, was sich natürlich bei einer Voranschlagssumme von 5,5 Millionen dahingehend auswirkt, daß die Betriebsgesellschaft nicht mehr jene 5,2 bekommt, sondern nur mehr 5 Millionen Schilling. Also eine Minimierung des Betrages für diese Gesellschaft.

Meine Damen und Herren! Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist also kein positives Zeichen gesetzt worden, da auch keinerlei Bereitschaft besteht, auch nur die Planungen voranzutreiben. Dies obwohl ab einem Zeitpunkt der Vergabeentscheidung für die Planung für diese und für die notwendigen wasserrechtlichen Genehmigungen eine zirka zweijährige Frist vor einem Baubeginn angesetzt werden muß, meine Damen und Herren.

Seitens der Arbeitsgruppe Bund, Land Niederösterreich wurde ebenfalls ein stufenweiser Ausbau der Hochterrasse empfohlen. Als Basis für alle weiteren Aktivitäten, insbesondere für konkrete Verhandlungen über die Finanzierung und die Aufbringung der Betriebskosten der Hochterrasse ist eine generelle Planung für das Hochterrassenprojekt unumgänglich, meine Damen und Herren. Und nun meine Frage an Sie, Herr Landesrat Blochberger: Bei der Pressekonferenz in Deutsch Wagram, wo wir beide anwesend waren, wurde eindeutig und klar festgelegt, daß alles im Laufen ist. Aber wir wissen, daß Pressekonferenzen vor Wahlen immer sehr konstruktiv sind. Die Rechnung kommt jedoch dann, wenn diese Versprechen nachher schwer umsetzbar sind oder nicht eingehalten werden können. Wenn ich also die letzten sieben Jahre zurückdenke, meine Damen und Herren, dann kann ich bis zu diesem Entscheidungstermin nur wirklich sagen, ein Glückauf bis zu diesem Zeitpunkt. Ich möchte mir nur wünschen, daß ich dieses Glückauf sehr bald höre, meine Damen und Herren. Und nach meinem Wissensstand sollte auch diese Beamtenrunde, nämlich von Bund und Land, wie bereits erwähnt, Ende Mai, meine Damen und Herren, Ende Mai die Grundlagen für die politische Entscheidung aufbereiten. Leider Gottes wurden aber seitens des Landes zwei vereinbarte Termine abgesagt, sodaß es erst in der vergangenen Woche, nämlich am 17. Juni zu einem ersten Gespräch - und hier wurde ich vorher in meiner Annahme korrigiert, nach der Landtagswahl, um es korrekt auszusprechen, meine Damen und Herren - stattfand. Es wird der Grund doch nicht mangelndes Interesse sein betreffend einer Lösungsfindung, meine Damen und Herren? Ich bedaure, wenn es zu keiner politischen Entscheidung kommt, daß nämlich wieder das im Kuratorium offensichtlich im Kreis laufen wird die nächsten Jahre.

Im Kuratorium haben wir immer die Haltung eingenommen, daß wir das als ein Gesamtpaket betrachten. Nämlich die Übernahme der beiden Gesellschaften, der Anlagen, die Betriebskostenfinanzierung, die Niederterrasse und die Hochterrasse. Und ich gehe heute hier in diesem Haus mit derselben Meinung weg und bleibe auch bei dieser Meinung, meine Damen und Herren. Denn es ist sehr vordringlich, daß diese Art.15a-Vereinbarung dringendst unter Dach und Fach gebracht wird, weil sonst alles andere Lippenbekenntnisse wären, meine Damen und Herren.

Im Vorjahr, Herr Landesrat, meinten Sie, daß die Umbildung der Bundesregierung, aber insbesondere der Wechsel im Finanzministerium für eine rasche Erledigung nicht förderlich war. Heuer konnten die Beamtengespräche, soweit mir mitgeteilt wurde, auf Grund der bereits von mir erwähnten Landtagswahl und der danach erfolgten Kompetenzaufteilung nicht zeitgerecht stattfinden. Aber, Herr Landesrat, eine Weisung von Ihnen hätte es sicher ermöglicht, für den Marchfeldkanal, der wieder in Ihr Ressort fällt, einen gemeinsamen Termin für diese Gespräche zu finden.

Herr Landesrat, ich weiß nicht, wie ich mir Ihr Verhalten erklären soll, wenn man so hört, daß der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft im Jänner - gehört, betone ich, gehört - ein Schreiben an Sie übermittelte betreffend seiner Initiative zum Marchfeldkanal und zum Ausbau der Hochterrasse, auf welches der Herr Landesrat, meine Damen und Herren, angeblich nicht einmal reagiert oder geantwortet haben soll. *(LR Blochberger: Da hast Du nicht alles gehört. Es hat Gespräche gegeben!)* Ich habe gesagt gehört. Ich kann es nicht beweisen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*
Ich muß ein bißchen präzisieren: Nachdem ich also in beiden Kuratorien sitze ist das naheliegend, wo ich es gehört habe. Um nicht zwischen uns beiden, Herr Landesrat, eine Konfrontation entstehen zu lassen so wie beim letzten Mal, das wollen wir vermeiden. Wir beide und alle Kuratoriumsmitglieder wollen ja im Endeffekt das gleiche. Aber diesen Vorwurf, meine Damen und Herren, muß ich aussprechen, wenn ich derartige Meldungen in diesem Kuratorium erhalte.

Und wie man weiters hört, Herr Landesrat, wurde auch seitens des Herrn Bundesministers in Anbetracht der derzeit festgefahrenen Verhandlungspositionen ein Vorschlag zur Lösung der Probleme mit dem Marchfeldkanal als Beitrag zur Sicherung der Infrastruktur der Landwirtschaft erarbeitet. Dieser Vorschlag sollte eine Stützung des Ausbaues des Sekundärnetzes der Hochterrasse beinhalten. Und wie ebenfalls zu hören war aus diesem Gremium,... *(Abg. Nowohradsky: Was Du immer hörst!)*
Ich höre gut. Das ist Gottseidank mein Glück, Herr Kollege Abgeordneter. Und was ich von jenen höre, darüber müssen Sie jene fragen, die mit mir in diesem Kuratorium sitzen. Weil von jenen habe ich es gehört, Herr Kollege, nur daß wir einmal Klartext reden. *(Unruhe im Hohen Hause.)*
Wir wissen, wer der Vorsitzende des Kuratoriums ist. Ich brauche keinen Namen zu nennen. Wir wissen alle, von wem wir reden.

Meine Damen und Herren, hier ginge es um sage und schreibe 130 Millionen Schilling. 130 Millionen Schilling! Ich bin überzeugt, Herr Landesrat, Sie werden sicher darauf eine Antwort geben. Es soll aber auch ein Vorschlag zur Umsetzung der Hochterrasse von Herrn Bundesminister Molterer an Sie ergangen sein. Nämlich über das Primärsystem und Sekundärsystem, über deren Finanzierungsbedarf als auch über einen Kostenschlüssel, allerdings mit Bindungen. Die Voraussetzungen für eine Finanzzusage sollen nämlich verbindliche Absicherungen von Vorhaben gewesen sein, wie einerseits die Übernahme der Anlagen der BM mit 31. Dezember 1998, die Auflösung der EM ebenfalls mit 31. Dezember 1998, eine gewisse Finanzzusage des Landes für die Primärsysteme und andererseits Sicherstellung der Finanzierung seitens des Bundes für dieses System. Meine Damen und Herren! Ich bin noch nicht fertig: Bei der Finanzierung wurde auch von einer Kostentragung durch die Genossenschaften im Ausmaß von S 10.000,- pro Hektar Bewässerungsfläche ausgegangen. Dieser Betrag, so wurde mir ebenfalls bekanntgegeben, wurde mit den Landwirtschaftsvertretern abgestimmt.

Herr Landesrat! Ich habe es schon erwähnt, hier ist sicher einiges aufklärungsbedürftig. Und ich ersuche Sie, nein, ich möchte schon sagen, ich fordere Sie auf, die Angelegenheit Marchfeldkanal einer positiven Lösung zuzuführen. In aller Interesse. Denn ich bin der Meinung, daß die Bewohner dieser Region, meine Damen und Herren, ein Recht haben, ihre Lebensexistenz gesichert zu wissen. Und daß das Land Niederösterreich die dementsprechende Verantwortung übernimmt. In diesem Zusammenhang darf ich folgenden Resolutionsantrag einbringen. Bevor ich ihn verlese, darf ich sagen, es freut mich, Herr Abgeordneter, daß sie diesen Resolutionsantrag mit mir gemeinsam stellen. Es ist mir vollkommen klar, es ist eine politische Verpflichtung in unserer Region. Ich bin mir dessen bewußt, meine Damen und Herren *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Muzik und Nowohradsky zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Marchfeldkanal.

Seit nunmehr bereits einigen Jahren werden immer wieder Versuche unternommen, die anstehenden Probleme im Zusammenhang mit der Betriebsführung des Marchfeldkanalsystems auf der Niederterrasse und des Bewässerungsprojektes auf der Hochterrasse zu lösen. Allerdings war diesen Versuchen bisher wenig Erfolg beschieden. Nach intensiven Bemühungen gab es schließlich am 3. März 1998 ein Gespräch zwischen den zuständigen politischen Vertretern des Bundes und des Landes NÖ. Dabei wurde Einigung darüber erzielt, daß es noch heuer zu einem neuen Vertrag gemäß Art.15a B-VG kommen soll, der insbesondere folgende Grundsätze zum Inhalt haben soll:

Zusammenführung der Errichtungsgesellschaft und der Betriebsgesellschaft zu einer ge-

meinsamen Marchfeldgesellschaft per 1. Jänner 1999,

prioritäre Realisierung der Filialversickerungsanlage ohne der Aufgabe der Zielsetzung der Zentralversickerungsanlage, sollte die technische Errichtung oder die notwendigen aber noch fehlenden Bewilligungen terminisiert nicht erreichbar sein, sind von Bundesseite die notwendigen Veranlassungen zu gewährleisten, die bis zur Rückübernahme der Anlage führen könnten,

Erhöhung der Betriebskostenbeteiligung durch den Bund,

Bekenntnis zum Bewässerungssystem auf der Hochterrasse und Festlegung der Maßnahmen, die zur Errichtung und zum Betrieb dienen,

Festlegung von Maßnahmen zur Sanierung der Altlasten unter Einbindung der Gemeinde Wien.

Zur Umsetzung dieser politischen Vorgaben haben Verhandlungen auf Bundesebene stattgefunden, zuletzt am 17. Juni 1998. Seitens des Landes NÖ wurde dabei der dringende Wunsch an die Bundesvertreter herangetragen, die erforderlichen rechtlichen Grundlagen für den ordnungsgemäßen Betrieb des Versickerungssystems zu schaffen. Sollte eine Übernahme des Marchfeldkanalsystems durch die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal vor dem Vorliegen der notwendigen behördlichen Bewilligungen erfolgen, muß der Bund ein verbindliches Angebot für entsprechende Sicherheiten und ausreichende Bewilligungen beim Bau der Hochterrasse und bei den Betriebskosten abgeben.

Da es für die Errichtungsgesellschaft nur unter der Voraussetzung möglich sein wird, daß die Betriebsgesellschaft neuerlich die Betriebskosten für 1999 überweist, ein Budget für das nächste Jahr zu erstellen, scheint es dringend notwendig, die begonnenen Verhandlungen im Sinne der politischen Vorgaben rasch zu einem Abschluß zu bringen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, von Landesseite her alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Beamtenverhandlungen möglichst rasch zu einem Abschluß bringen zu können und die Umsetzung der Verhandlungsergebnisse bis zum 1. Jänner 1999 zu gewährleisten und beim Bund darauf zu drängen, daß die ausstehenden behördlichen Verfahren für die Versickerungsanlagen eingeleitet und abgeschlossen werden."

Meine Damen und Herren, ich ersuche um Zustimmung zu unserem gemeinsamen Resolutionsantrag. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Landesrat Blochberger das Wort.

LR BLOCHBERGER *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

An und für sich nur eine kurze Wortmeldung, von der ich glaube, daß ich sie Ihnen schuldig bin. Vor allem deswegen, weil der Herr Kollege Abgeordnete Muzik ja hier mich direkt angesprochen hat. Ich möchte aus Gründen der Zeitökonomie nicht wiederholen. Die Begründung an und für sich ist ja im Motivenbericht dieses Resolutionsantrages gemeinsam formuliert. Ich stehe also dazu, brauche das hier im Landtag nicht zu wiederholen. Es geht eigentlich nur um das Wissen um meine politische Einschätzung.

Wir haben natürlich ein gewisses Problem, weil hier ein Werk übergeben oder übernommen werden soll von seiten des Landes, und es noch keine wasserrechtliche Genehmigung derzeit gibt. Und diese Wasserrechtsgenehmigung wird wahrscheinlich auch noch einen längeren Zeitraum, wahrscheinlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Das zweite Problem ist, daß technisch zwar der Probebetrieb der dezentralen Versickerung aufgenommen wurde, aber hier noch nicht bewiesen ist, ob das auch technisch funktioniert. Und diese beiden Dinge sind natürlich ganz wichtig, weil wir ja auch von Landesseite her eine Verantwortung zu tragen haben. Es wäre daher - und das war voriges Jahr die Auseinandersetzung auch mit dem Kollegen Dr. Bauer, die sehr emotionell geführt wurde - es bedarf daher einer sorgfältigen politischen Vorgangsweise, damit wir nicht irgendwo dann die Republik klagen müssen auf Funktionstüchtigkeit usw., auf rechtliche Einhaltung der Verträge. Das wollen wir verhindern. Es gibt auf Beamtenebene Gespräche. Und es muß im Herbst zu einer Lösung kommen, weil ja auch die Betriebskostenfinanzierungen anstehen. Ich sage, das ist Gottseidank so, das gibt uns ja hier einen Zeitdruck. Wir werden diese Verhandlungen auch mit voller Kraft hier führen.

Es gibt hier keine parteipolitischen Differenzen. Ich habe das auch klar bei der gemeinsamen Pressekonferenz zum Ausdruck gebracht. Es geht nur darum, daß die Interessen des Landes gewahrt werden und die Interessen der Region. Ich glaube daher - meine persönliche Meinung - daß das Wasser auf der Hochterrasse noch notwendi-

ger ist als auf der jetzigen tiefer liegenden Region. Und auch in Richtung Osterweiterung, Fitmachung, EU-Programme und alle diese Dinge haben wir hier eine Chance. Und diese Chance sollen wir wirklich gemeinsam nutzen, damit sie auch wissen, wo ich politisch stehe. Hier gibt es keine Scheinverhandlungen, sondern meine Zielrichtung ist vollkommen klar, deckt sich auch mit den Ambitionen von Herrn Kollegen Muzik oder von Herbert Nowohradsky, von allen politischen Vertretern der Region.

Ich hoffe nur, und damit komme ich schon zum Schluß, daß wir in gemeinsamer Anstrengung auch mit der Bundesseite, hier sind mehrere Ministerien gefordert, so etwa das Landwirtschaftsministerium wie auch das Wirtschaftsministerium, wie auch das Finanzministerium, wenn ich an die Altlastenproblematik denke, die das Ganze noch erschwert, ich hoffe, daß wir durch gemeinsame Aktion vielleicht doch bald - ich kann es leider nicht abschätzen, wie lange das dauert - vielleicht doch bald sagen können, wirklich Glückauf dieser notwendigen Investitionsmaßnahme. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Mag. Heuras das Wort.

Abg. Mag. HEURAS *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Ich darf abschließend zur Gruppe 5 noch einmal den Bereich Gesundheit kurz ansprechen. Ich bedanke mich dafür, daß Sie meinen Ausführungen zuhören und nicht schon längst beim Fußballspiel sitzen, das zweifellos spannender sein könnte oder würde.

Landesrat Mag. Sobotka hat gestern in seiner Grundsatzrede die Gesundheit als ein Sorgenkind bezeichnet. Und zwar deswegen, weil die Kosten in dem Bereich exorbitant gestiegen sind und geradezu explodieren. Der Grund dafür liegt zweifellos in der steigenden Lebenserwartung, in dem hohen technischen Anspruch, der an das Gesundheitswesen gestellt wird, in der neuen, teuren, technischen, medizinischen und technologischen Entwicklungen und weiters natürlich in der teureren höheren Qualität unserer medizinischen Versorgung. Das hat dazu geführt, daß der Anteil oder die Ausgaben für die Gesundheit im Bruttosozialprodukt in den neunziger Jahren kontinuierlich gestiegen sind. Daß sie 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachen, was einen höheren Wert darstellt als jener in Deutschland. Die Kosten des Spitalswesens für die Länder sind in den neunziger Jahren ebenfalls explodiert. Es hat jährliche Steigerungsraten von bis zu 13 Prozent gegeben. Und das hat die Gefahr beinhaltet, den finanziellen Spielraum von Gemeinden und Ländern zu überfordern.

Man hat daher lenkend eingegriffen. Man hat eine leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung ins Leben gerufen, eine Gesundheitsstudie zur Optimierung des niederösterreichischen Gesundheitssystems. Und die Erfolge können sich sehen lassen. Der Gesundheitsaufwand aller Krankenanstalten stieg zwar von 1996 auf 1997 nur mehr um 4,3 Prozent und von 1997 auf 1998 um nur mehr 3,1 Prozent, was bedeutet, daß der Zuwachs gebremst werden konnte, weil man lenkend eingegriffen hat. Und dennoch, wir müssen uns Sorgen machen um die Zukunft. Wir müssen heute die Finanzierung der Zukunft sichern. Und damit bin ich bei einem Thema, das ich jetzt kurz in einigen Minuten ansprechen möchte, die Gesundheitsvorsorge.

Wir sollten uns nicht nur beschränken auf die Reparatur von Gesundheitsschäden, nicht nur die Krankheit in den Vordergrund stellen, sondern vor allem uns zum Ziel setzen, die Gesundheit zu erhalten. Diesem Motto getreu wurde vor fünf Jahren von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll das NÖ Gesundheitsforum ins Leben gerufen. Wir feiern daher heuer sein fünfjähriges Jubiläum. Und dieses NÖ Gesundheitsforum ist in allen Facetten des Gesundheitswesens aktiv geworden, getreu dem Motto, was ist Gesundheit? Gesundheit ist das harmonische Zusammenspiel von Körper, Geist und Seele. Und die Millionen, die im Budget dafür vorgesehen sind und sich zu Buche schlagen, sind Investitionen, deren Ernte zweifellos nicht dieser oder der nächste Landtag einfahren kann, sondern zukünftige Landtage und vor allem unsere Kinder. Ich darf daher nur einige dieser Aktionen, die das Gesundheitsforum Niederösterreich gestartet hat, kurz erläutern und auflisten.

Da ist zunächst die Aktion „Gesunde Gemeinde“. Inzwischen gibt es 67 niederösterreichische Gemeinden, die beigetreten sind. Ich weiß aus eigener Erfahrung als Bürgermeister - meine Gemeinde ist vor einem Dreivierteljahr beigetreten - was diese Aktion auslösen kann und welche Impulse sie setzt. Wie aktiv plötzlich die Bevölkerung wird, wenn Arbeitskreise gegründet und gebildet werden in allen Bereichen. Wie das Gesundheitsbewußtsein der Gemeindebürger gesteigert werden kann und wie das subjektive Wohlbefinden durch diverse Aktionen, Seminare, Veranstaltungen, Selbsthilfegruppen etc. gesteigert werden kann. Ich möchte daher von dieser

Stelle die Aufforderung an weitere Gemeinden richten, hier ebenfalls mitzutun. Und hier könnte man übrigens, Frau Kollegin Rosenkranz, einen bedeutenden Beitrag selber in den Gemeinden leisten. Zum Beispiel auch bei der Suchtvorbeugung, die Sie eben kritisiert haben. Hier kann sich jeder Bürger in seiner Gemeinde selbst einbringen, Aktivitäten setzen und vielerlei bewirken. Wir müssen wegkommen von der Mentalität, mit seiner Gesundheit dem Geld nachzujagen, um später mit seinem Geld der Gesundheit nachjagen zu müssen.

Ich möchte auf Grund der Aufforderung des Präsidenten, uns kürzer zu fassen, die weiteren Aktivitäten des Gesundheitsforums nur namentlich erwähnen. Die „bewegte Klasse“, eine Aktion, um dem großen Bewegungsdefizit unserer Kinder und Schüler entgegenzuwirken, dem Sitzunterricht entgegenzuwirken, dem Freizeitverhalten vor Computer und Bildschirm. Eine Initiative, die uns unsere Kinder zu danken wissen werden. Oder die Ernährungs- und Diätberatung, die Aktion „Niederösterreich ißt gesund“. Die „gesunde Schuljause“, um die Ernährungsgewohnheiten unserer Kinder zu verbessern. Hörtests für Neugeborene, Schlaganfallvorsorge, Diabetesvorsorge, Früherkennung von Prostataerkrankungen und auch die Suchtvorbeugung, die Sie vorhin angesprochen haben.

Diese Suchtvorbeugung nimmt einen immer größeren Stellenwert ein, auch im NÖ Gesundheitsforum. Ich muß ganz ehrlich sagen, bei der Wortmeldung vorhin über die mangelnde Suchtvorbeugung habe ich mich deswegen angegriffen gefühlt, weil Sie den Lehrern unterstellt haben, diese Problematik zu verharmlosen. Ich muß ganz offen sagen, daß ich diese Unterstellung mit aller Entschiedenheit zurückweise! Auch deswegen, weil ich selber 17 Jahre im höheren Schulbereich tätig bin und weiß, was die Schule und die Lehrer leisten in dieser Richtung. Und ich weiß auch, was die Lehrer und Pädagogen in ihrer Freizeit in vielen Schulen und in vielen anderen Bereichen engagiert und verbreitet leisten zu Vorbeugung. Ich weiß, welche Initiativen laufen und ich kann daher an dieser Stelle nicht zusehen, wie die Lehrer angegriffen werden, sondern kann mich nur bei den Lehrern bedanken für die Initiativen, für das, was sie in dieser Richtung in Niederösterreichs Schulen leisten. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Mag. Fasan.)*

Was die Vernetzung betrifft, auch die wurde angesprochen, so muß ich ebenfalls sagen, die Vernetzung ist groß. Es wurde eine Fachstelle eingerichtet, die alle notwendigen Stellen einbindet und vernetzt. Das NÖ Jugendreferat, das Gesundheitsforum selber, das Pädagogische Institut, die NÖ Jugendwohlfahrt, der Landesschulrat, der Bund und alle entscheidenden und kompetenten Stellen sind hier eingebunden. Ich muß daher auch diesen Vorwurf zurückweisen und entkräften.

Abschließend möchte ich noch einen Bereich anführen, was die Vorsorge betrifft. Wir sollten auch nicht vergessen, was Sportstätten, Freizeiteinrichtungen in dieser Richtung bedeuten. Es gibt einen eindeutigen Zusammenhang und der ist wissenschaftlich belegt, daß die Jugendinfrastruktur in einem Zusammenhang zu sehen ist mit der Jugendkriminalität und dem Suchtverhalten der Jugendlichen und dem Abgleiten in diverse Szenen. Und daher muß auch die Aktivität im niederösterreichischen Sport, was dort getan wird und was für die Freizeitinfrastruktur geleistet wird in diesem Zusammenhang erwähnt werden.

Nur eines würde ich mir wünschen: In diesem Zusammenhang auch einen finanziellen Anreiz zu schaffen insofern, als man dem NÖ Bürger mehr Kostentransparenz im Gesundheitswesen anbieten müßte. Es ist mir nicht verständlich, warum man für jeden Radiergummi eine Rechnung bekommt, aber im Gesundheitsbereich die meisten nicht wissen, was wurde wogegen getan und wieviel wurde dafür bezahlt. Ich glaube, daß eine stärkere Transparenz im Kostenbereich des Gesundheitswesens erstens die Akzeptanz für Sozialausgaben erhöhen würde, daß zweitens die Leute erkennen würden, welch’ hohes Gut die Gesundheit ist, weil sie teuer ist, und daher auch mehr Verständnis und Akzeptanz für den Gesundheitsbereich aufbringen würden. Und sie grundsätzlich jede Form von Transparenz im Gesundheitswesen sehr sehr stark begrüßen würden. Auch ich würde das für meinen Teil sehr begrüßen.

Abschließend: Die Einführung des NÖ Gesundheitsforums war ein Schritt, der bewiesen hat, daß Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und die Landesregierung nicht in Legislaturperioden denken. Sondern war vielmehr der Beweis dafür, daß man nachhaltig denkt. Daß man in die Zukunft denkt und daß man an die Zukunft unserer Kinder denkt und damit für unser Land, für unsere Kinder und unsere Jugend Schritte setzt.

Zuletzt muß ich noch ganz kurz den Resolutionsantrag der Frau Abgeordneten Rosenkranz beleuchten. Und zwar ist dieser Resolutionsantrag bereits vor einem Jahr wortident, ist mir gesagt worden, von meiner Fraktion abgelehnt worden.

(Abg. Rosenkranz: Richtig! Und der wird nächstes Jahr wieder gestellt werden, weil irgendwann werden Sie ihn annehmen müssen! Das wird Euch die Vernunft gebieten!)
Es hat sich in diesem Jahr eigentlich, was die Zusammenhänge betrifft, an unserer Haltung nichts verändert. Wir haben ihn damals aus bestimmten Gründen abgelehnt. Die Gründe sind die gleichen. Wir müssen ihn auch diesmal selbstverständlich ablehnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Heuras für sein vorbildliches Beispiel, dem Appell des Präsidenten folgend sich kurz zu halten. Ich hoffe, er findet auch Nachahmer. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Feurer das Wort.

Abg. FEURER *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Ich werde mir das gleich zu Herzen nehmen. Ich möchte nur zu zwei Resolutionsanträgen unsere Stellungnahme abgeben. Der erste betrifft den Antrag des Herrn Abgeordneten Mag. Fasan zur Müllbeseitigung. Das, was also in dem Antrag gefordert wird, Herr Abgeordneter, liegt für uns an und für sich vor. Wir haben sowohl diese verschiedenen Varianten der kalten Verfahren als auch der Müllverbrennung untersucht. Und es gibt im Auftrag der Abfallwirtschaftsverbände auch eine Vergleichsstudie hinsichtlich der Kosten. Und damit sind die Grundlagen für uns an und für sich klar. Es geht jetzt in weiterer Folge darum, daß man zum wirklich günstigsten Modell findet. Und letzten Endes werden das die Müllbeseitigungsverbände im wesentlichen mitbestimmen, wenn nicht überhaupt bestimmen. Daher werden wir diesen Antrag ablehnen.

Zum zweiten Antrag der Abgeordneten Mag. Fasan, Mag. Weinzinger betreffend Naturschutz: Natürlich haben wir uns in der Vergangenheit sehr stark für den Naturschutz hier in diesem Hause engagiert. Und es ist auch in vielen Bereichen, vor allen Dingen im Artenschutz einiges geschehen. Ich darf nur an den Landschaftsfonds usw. hier erinnern. Es ist allerdings so, daß wir im Zusammenhang mit der Natura 2000 momentan eine Arbeitsgruppe eingesetzt haben. In dieser werden die Maßnahmen erarbeitet, und wir sind dann gerne bereit, auf das zurückzukommen, was Sie angesprochen haben, daß natürlich diese Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Und dann müssen die entsprechenden Geldmittel auch dafür bereitstehen. Es ist aber unrealistisch, zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu glauben, daß wir das Budget für das nächste Jahr da noch ändern könnten. Wir sind aber in dieser Frage sicherlich gesprächsbereit.

Ich möchte hier abschließend sagen, der Herr Abgeordnete Haberler hat dem neuen Umweltreferenten vorgeworfen, er macht eine Umweltpolitik so unter dem Motto „Kopf statt Geld“. Das ist ja an und für sich vielleicht gar nicht schlecht. Ich würde das für uns umwandeln: Wir halten es mit beiden gerne. Wir gebrauchen zuerst den Kopf, versuchen, die Maßnahmen zu erarbeiten und verlangen dann das Geld, daß wir die Taten auch finanzieren können. Danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Landesrat Mag. Sobotka.

LR Mag. SOBOTKA *(ÖVP)*: Herr Präsident! Hohes Haus!

Ganz kurz. - Ich darf nur einmal festhalten, daß wir uns sicherlich zu einer Breite und zu einer breiten Zusammenarbeit in der Umweltpolitik im ursächlichen Sinn bekennen. Und ich darf doch noch einmal klar darauf hinweisen, daß hier eine durchgängige Umweltpolitik gemeint ist. Wenn man sich die Statistiken ansieht, dann kann man festhalten, daß 1,2 Milliarden Schilling, und nicht nur die so im Umweltbudget ausgewiesenen 216 Millionen, zur Verfügung gestanden sind. Und wenn man die ÖPUL-Mittel dann noch dazunimmt, dann sind es 4,3 Milliarden.

Unschwer werden sie dann feststellen können, daß die Politik gemeinsam getragen wird, auch mit von meinem Vorgänger Landesrat Blochberger, der einzelne Teile noch in seinem Ressort hat. Unter anderem, Herr Abgeordneter Haberler, betrifft ihn auch noch die Sache mit den erneuerbaren Energien. Die ressortiert nicht zu mir oder zu meinem Ressort. Festhalten darf man vielleicht, daß Niederösterreich Umweltland Nummer I ist. Und das ist ganz schlicht und einfach durch Zahlen belegt. Es gibt da eine zweiseitige Auflistung, die reicht von den Hackschnitzelheizungen bis zu den Windkraftanlagen. Von den, ich weiß nicht, 56, sind 48 in Niederösterreich. Diese Zahlen sind eigentlich sehr eindrucksvoll. Ich möchte Sie hier jedoch im Sinne des Appells des Präsidenten nicht belasten.

Hirn, Herz und Geld bilden eine Einheit. Doch heute so zu tun, als wäre kein Geld dafür enthalten - es kann ja nicht so sein, daß ein Budget immer nur daran gemessen wird, um wieviel höher die Steigerungsraten ausfallen. Ich glaube, daß wir sehr wohl in einer Zeit, da wir an Verant-

wortung appellieren, die durchgängig bei allen Reden immer wieder eingemahnt wird, natürlich auch nach der Effizienz zu fragen haben. Und ich glaube, daß das auch der Gratmesser der Bewertung sein soll.

Es freut mich, daß man anerkennt, daß man die Umweltberatung - und da sieht man auch letzten Endes die liberale Haltung - daß man das auslagert. Daß das goutiert wird. Und daß auch das KfU dementsprechend sehr wohl eine sehr offensive Aufklärungspolitik betreibt, die sich an den Menschen wendet. Und letztlich ist auch vielleicht manchmal in der „sei g'scheit, vermeid'"-Aktion, auch wenn sie belächelt wird, wie ich glaube, der allererste Ansatz zu sehen.

Und die NÖ Umweltpolitik, vor allem speziell die Müllverbrennung, hat sich davon nicht verabschiedet. Zuerst ist Müll zu vermeiden, dann ist er zu trennen und zu recyclen. Und erst als drittes ist der Reststoff zu verwerten durch die thermische Verwertung. Das zeigen die Studien ganz, ganz eindeutig und eigentlich ganz klar.

Herr Kollege Haberler! 1994 haben Sie noch anders gesprochen. Da waren Sie sehr, sehr klar eigentlich für die Verwertung. *(Unruhe bei Abg. Haberler.)* Ich möchte nur festhalten, daß hier doch ein sehr klarer Prozeß stattgefunden hat, der aber für den Außenstehenden nicht sehr nachvollziehbar erscheint. Daß sich Zivilingenieure von Ringhofer bis Hackl, bis Raschauer, bis Abschneider, bis Graf und wie sie alle heißen, daß sich ein sehr breites Expertengremium dazu bekannt hat, daß die thermische Verwertung letzten Endes die ökologischere ist. Und wenn man sich anschaut die Mülldeponie in St. Pölten: Wir wollen eigentlich keine Deponiebrände und wir wollen auch keine Altlasten erzeugen. Und es ist ganz klar, daß Sie in der Restmüllbehandlung, wenn nicht verbrannt wird, wenn Sie deponieren, damit wieder Altlasten erzeugen. Sicherlich nicht in diesem Ausmaß, wie es bisher der Fall war, gar keine Frage, aber noch immer Altlasten. Und wenn Sie auf der einen Seite sagen, daß wir 1.200 Altlasten in Österreich haben laut Kataster, dann kann man nicht sagen, und jetzt tun wir weiter in dieser Richtung um neuerlich welche zu produzieren.

Die Verbände werden keineswegs vergattert. Sondern es gibt ein sehr offenes Angebot, hier mitzutun. Und das Land wird sich auch nicht, Herr Abgeordneter Gebert, aus dieser Verantwortung herausstehlen, sondern sehr klar seine Position bekanntgeben, was die Regierung und das Land auch mitzutragen bereit ist. Ich glaube nur, man sollte sich sehr klar überlegen, um nicht wieder den Vorwurf zu erhalten, Monopolist zu sein oder jemand in das Boot hereinzuzwingen, daß man sagt, bis zu einem gewissen Grad sind wir mit dabei. Da gibt es einen klaren Auftrag. Aber dann bei dem eigentlichen Geschäft ist es nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand, das Geschäft damit zu machen.

Zum Klärschlamm, brauche ich, glaube ich, nicht erwähnen, es ist erfreulich, daß sich hier ein

gewisser Umkehrprozeß entwickelt hat. Nur zur Energie noch: Es ist mir klar, daß die FPÖ derzeit andere Sorgen hat. *(Unruhe bei Abg. Rosenkranz.)* Aber heute in der Regierung ist der Energiebericht von Herrn Landesrat Blochberger überreicht worden, der eigentlich schon sehr deutlich vorliegt. Da drinnen steht, daß die Energiebilanz aus dem Jahr 1994 bereits vorliegt und daß im Energiebericht eigentlich all das, was der Landtag eingefordert hat, im Sinne dieses Energiekonzeptes, und auch da ist Niederösterreich Vorreiter, grundgelegt wird. Ökologisch verantwortlich, sozial verträglich und wirtschaftlich machbar. Das kann ich nur unterstreichen. Und daran wird sich die NÖ Umweltpolitik auch in Hinkunft orientieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Die Rednerliste, meine sehr geehrten Damen und Herren ist erschöpft. Wird seitens des Herrn Berichterstatters ein Schlußwort gewünscht?

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Das ist nicht der Fall. Ich stelle daher fest, daß zur Abstimmung die Gruppe 5, Gesundheit, vorliegt und fünf Resolutionsanträge. Ich lasse zunächst über die Gruppe selbst und zum Schluß über die eingebrachten Resolutionsanträge abstimmen. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, nunmehr den Antrag zur Gruppe 5, Gesundheit, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil und ordentlicher Konjunkturausgleichsteil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich stelle den Antrag, die Gruppe 5, Gesundheit, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 5.262,237.000,- Schilling und Einnahmen von 2.121,665.000,- Schilling sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 177,050.000,- Schilling und Einnahmen von 28,149.000,- Schilling sowie im Konjunkturausgleichsteil mit Ausgaben von 100,000.000,- Schilling zu genehmigen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: *(Nach Abstimmung über die Gruppe 5, Gesundheit, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil und ordentlicher Konjunkturausgleichsteil in Erfordernis und Bedeckung)*: Ich stelle fest, das ist die Stimmenmehrheit - der Antrag ist somit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, Grüne.)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Resolutionsanträge. Zunächst über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Haberler, Dr. Prober und Feurer betreffend Einsatz von umweltschonenden Energiesystemen bei öffentlichen Gebäuden. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag)*: Das ist Stimmenmehrheit. Dieser Resolutionsantrag ist somit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ; Ablehnung Grüne.)*

Ich lasse über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Haushaltszahl 527, Müllbeseitigung abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag)*: Das ist die Minderheit. Der Antrag ist somit nicht angenommen! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ.)*

Wir kommen zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Rosenkranz betreffend einheitliche Finanzierung des gesamten Gesundheitssystems einschließlich der niedergelassenen Ärzteschaft. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag)*: Das ist die Minderheit. Der Antrag ist somit nicht angenommen! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne.)*

Wir kommen zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Fasan, Mag. Weinzinger betreffend Naturschutz. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag)*: Das ist die Minderheit. Der Antrag ist somit nicht angenommen! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ.)*

Ich lasse nunmehr über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Muzik und Nowohradsky betreffend Marchfeldkanal abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag)*: Das ist die Stimmenmehrheit. Der Antrag ist somit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ; Ablehnung Grüne.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Mag. Riedl, zur Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, ordentlicher und außerordentlicher Teil sowie ordentlicher und außerordentlicher Konjunkturausgleichsteil zu berichten.

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, umfaßt die Gebarungsvorgänge für Straßenbau, allgemeinen Wasserbau, Schutzwasserbau, Straßenverkehr, Schiffsverkehr, Luftverkehr und sonstige Maßnahmen. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 3.403,571.000,- Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 989,451.000,- Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt

6,86 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 440,159.000,- Schilling und Einnahmen von 10,350.000,- Schilling vorgesehen. Im Konjunkturausgleichsteil kommen hiezu noch Ausgaben von 20,000.000,- Schilling. Ich bitte, die Debatte einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zur Debatte. Ich erteile als erstem Redner Herrn Abgeordneten Haberler das Wort.

Abg. HABERLER *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Es handelt sich hier um einen sehr großen Punkt im Haushalt des Landes Niederösterreich und ich will daher nur ein paar Segmente herausnehmen, die durchaus in der Vergangenheit schon Aufsehen erregt haben und die auch unter anderem Wahlkampfthema waren. Will aber den Bereich Verkehr nicht allein übernehmen, sondern nur regional den Niederösterreich Süd-Teil und damit das wichtigste und brennendste Thema, das wir in der Landespolitik in den vergangenen Jahren immer wieder auf der Tagesordnung hatten, nämlich den Semmering-Basistunnel.

Ich rufe in Erinnerung, daß sich hier in Wirklichkeit nicht sehr viel getan hat. Außer, daß es eines der Hauptthemen des Landeshauptmann Pröll war im Wahlkampf, daß er damit gepunktet hat, daß er Stimmen gewonnen hat bei der Landtagswahl, haben sich die Fakten nicht wesentlich geändert. Nach wie vor steht fest, daß 30 Prozent, etwa ein Drittel Reserve auf dieser Strecke über den Semmering vorhanden wäre, was die Kapazität betrifft. Durchaus könnte man noch von derzeit 160 auf 240 Züge am Tag aufstocken.

Es besteht auch weiterhin das eklatante Problem, und das beweist der Sondierstollen auf der steirischen Seite, der hunderte Millionen Schilling an Steuergeldern bereits gefressen hat, daß das Trinkwasser dem Semmering, und damit eines der größten Trinkwasserreserven Niederösterreichs abgegraben wird. Eine Sache, die wir sicherlich nicht außer acht lassen dürfen, weil wir hier gerade in diesem Bereich mit der Ressource Trinkwasser für die kommenden Generationen mit viel viel mehr Vorsicht und mit viel viel mehr Umsicht umgehen müssen.

Es freut mich allerdings, daß auf der anderen Seite bei den Sozialdemokraten ein gewisses Umdenken einsetzt, daß man hier vorsichtiger vorgeht und nicht mehr ohne Wenn und Aber, wenn ich das so sagen darf, die Linie des Herrn Ministers Einem vertritt. Und daß der doppelte Rittberger des Landesrates Dr. Bauer, den ich jetzt durchaus positiv darstellen will, langsam aber sicher die SPÖ - und die Eisenbahner hören es sicher gern - schon auf die richtige Schiene bringt. *(Abg. Kautz: Herr Kollege! Ein altes Sprichwort sagt „die Bauern jodeln beim Heimgehen!“ Warten wir auf die oberstgerichtliche Entscheidung!)*
Jetzt werden wir noch sehen, was die Sozialdemokraten jodeln und wohin der Weg Euch in Wirklichkeit führt. Aber es scheint doch langsam so zu sein. Und gerade aus Deinem Bezirk, lieber Kollege Kautz, darf ich Dir schon die Zeitungsmeldungen des Kollegen Marizzi, der im Nationalrat sitzt und der Dir sicherlich bekannt ist, zitieren. Der hier sehr wohl gesagt hat, die SPÖ wird umdenken müssen. Und der weiß, wie die Bevölkerung im Bezirk Neunkirchen denkt. Der weiß, daß das ganz einfach in Neunkirchen, in Ternitz oder in Gloggnitz, in den betroffenen Gemeinden nicht so hingenommen wird, daß da eine Betoniererlobby ein riesiges Loch in den Berg stemmen will ohne Wenn und Aber. Ohne sich anzuschauen, daß wir wesentlich günstigere Möglichkeiten hätten, Herr Kollege Kautz. Wesentlich intelligentere Lösungen, die wirtschaftlich effizienter sind, wenn man neue Regionen anschließen könnte. Ich nehme her die Kukuruz-Strecke, die Südostspange, begonnen von der Pottendorferstrecke. *(Abg. Kautz: Die ist frühestens in 50 Jahren fertig!)*
Ja, Wien ist auch nicht in 25 Jahren aufgebaut worden, sondern hat eine hunderte Jahre alte Geschichte. Und das ist ganz einfach die Wahrheit, daß man hier ganze Regionen, wenn man schon vor Jahren begonnen hätte... Da gebe ich Dir recht, das habt Ihr versäumt als Eisenbahnerpartei, die Ihr immer sein habt wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Das habt Ihr ganz einfach versäumt, daß man hergeht, Niederösterreich, das Burgenland und die Oststeiermark anschließt und hier neue Ressourcen erschließt. Und Gebiete, wo es ja Pendlerraten bis zu über 50 Prozent gibt in Wirklichkeit wirtschaftlich attraktiver macht und an wichtige Wirtschaftsbereiche anhängt.

Das heißt, es hat sich eines gezeigt über den Wahlkampf und deshalb sind ja bei Euch die ersten gescheiter geworden, wenn ich das so sagen darf. Es hat sich eines gezeigt: Das ist durchaus ein Thema, nicht nur im Bezirk Neunkirchen, sondern im ganzen Land Niederösterreich. Und es wird daher einer jener entscheidenden Punkte in der Landesverkehrspolitik sein, die wir in den nächsten Jahren in Angriff zu nehmen haben. Und daher konkret an die Adresse der ÖVP, bzw. ganz konkret an den Herrn Landeshauptmann selbst, nehmen Sie doch endlich einmal - und ich fordere

das heute hier wieder - die Unterschrift zurück, die Sie aufs Papier gesetzt haben, womit Sie überhaupt diese Arbeiten in Richtung Semmering-Basistunnel ausgelöst haben. Das ist und bleibt ein ganz ein zentraler Punkt im Land Niederösterreich für die Verkehrspolitik. Und wir Freiheitliche werden hier nicht locker lassen, die Doppelzüngigkeit der ÖVP, allen voran des Landeshauptmannes und die langsame Drehung, der Herr Landesrat Dr. Bauer hat eine schnellere Drehung persönlich daraus gemacht, nicht aus der Losung lassen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*
Immerhin, wenn wir nicht so permanent darangeblieben wären, lieber Kollege von der ÖVP, hätte der Tunnelbau schon längst begonnen. Nur auf Grund des Druckes der Bürgerinitiativen, die zuerst nur mit der FPÖ verhandelt haben, habt Ihr dann gesehen, daß das ein gutes Thema ist. *(Unruhe bei den Grünen. - Abg. Hiller: Ihr habt in der Sache nichts zusammengebracht! Ihr wart überhaupt nicht präsent!)* Das ist das Problem.

Ich würde sagen, daß die meisten Leute, die da sitzen, schon sehr lange herinnen sitzen. Zum Gegensatz von Eurer Partei, die Ihr in den Bezirken Euch selbst bekämpft. Aber das ist Euer Problem. Das lassen wir Euer Problem sein. In der Verkehrspolitik steht fest, daß der Herr Landeshauptmann in bezug auf den Semmering-Basistunnel auf die Politik der FPÖ aufgesprungen ist. Und damit erfolgreich war, das muß man sagen, mit dem Geldeinsatz. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Damit komme ich zu einem anderen sehr, sehr brisanten und auch finanziell immer wieder interessanten Thema, nämlich zur Wasserwirtschaft. Auch hier eine ähnliche Situation, Herr Abgeordneter Hiller, daß man gleich wieder die Kirche im Dorf lassen soll. Der Leitfaden, den wir jetzt in Händen haben, ist ja wirklich Goldes wert. Aber wer hat ihn ausgelöst in Wirklichkeit? Diesen Leitfaden, wo man ganz einfach sagen kann, man läßt sich das Land nicht mehr zubetonieren von ein paar Zivilingenieuren, die prozentmäßig hier „abcashen“, sondern geht her und versucht wieder, die Umwelt einzurechnen und versucht, gerade in Streulagen in Mittelgebirgsbereichen herzugehen und ökologisch verträgliche Lösungen durchzusetzen. Oder, was überhaupt im Streulagenbereich der Fall ist, dort kann man und darf man doch um Gottes Willen keinen Kanal bauen. Dort wird erstens das Geld verschwendet, zweitens die Landschaft damit drainagiert und wie es im Mittelgebirgsbereich in vielen Bereichen nachweislich ist, zerstört. Und zum dritten ist es einfach nicht finanzierbar und einfach nicht zumutbar für die kommenden Generationen. Das heißt, hier hat gerade Landesrat Schimanek ein massives Umdenken im Land ausgelöst. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was eigentlich bedeutet, daß das Ganze auch in Zukunft finanzierbar sein muß. Was besagt, daß die Umweltauswirkungen, sprich die von mir bereits angeschnittenen Großprojekte immer auf ihre Verträglichkeit überprüft werden müssen. Und was zum dritten besagt, daß wir sehr wohl Projekte, die in Angriff genommen wurden und wo man noch in die falsche Richtung marschiert, weil der Leitfaden ganz einfach nachher ‘rausgenommen ist. Ich nehme hier ganz explizit hier aus dem Bezirk Wr. Neustadt die Gemeinde Wiesmath, die auf über 700 m oben liegt, und wo man hergeht und mit einer Lösung mit -zig, dutzenden Millionen Schilling hergehen will und Rohrleitungen von etwa 60 Kilometer Länge legen will. Hier müssen wir ganz einfach versuchen, daß das, was wir als Landtag und was die Landesregierung im Auftrag des Landtages als Leitfaden herausgegeben hat, auch umgesetzt wird.

Ähnliches gilt, wenn man im Mostviertel hergeht, für die Gemeinde Obritzberg, die ausgeschert ist aus der ganzen Umgebung. Die in eine riesige Verbandslösung sich hineindrängen hat lassen. Jetzt geht über die Parteigrenzen hinweg der Gemeinderat aus dieser Lösung heraus und wird massiv von Landesseite nach wie vor unter Druck gesetzt. Und da ist es ganz einfach die Aufgabe des Landtages, herzugehen und zu sagen, es kann doch nicht so sein, daß irgend welche Zivilingenieure, daß irgend welche Beamte hergehen und gegen den Willen des Landtages, gegen den Willen der zuständigen Landesregierungsmitglieder hier weiter ihr Unwesen treiben im wahrsten Sinne des Wortes. Und da gilt ganz über alle Formen hinweg, über alle Parteigrenzen hinweg auch der Dank so manchem Bürgermeister, der sich nicht mehr dem Diktat der Zivilingenieure oder mancher, die so im Volksmund als Betoniererlobby im Beamtenbereich verschrieen sind, beugen. Und die hergehen und sehr wohl sagen, jawohl, ich strebe eine ökologisch verträgliche Lösung an. Ich darf nur ein paar Dinge anführen, die - und ich habe seinen Namen vorher schon genannt, nämlich den Landesrat Schimanek - die er auf Grund seiner Initiative durchgesetzt hat. Etwa im Verband Bruck: Durch die begleitende Kontrolle, der Bau ist ja noch nicht fertig, hat man nachweislich Millionen Einsparungen vornehmen können. Etwa bei Abwasserverband Nördliches Tullnerfeld, wo man mit der zusätzlichen begleitenden Kontrolle etwa 15 Millionen an Geldern einsparen hat können. Immer wieder in Zusammenarbeit natürlich mit den zuständigen Politi-

kern, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen. *(Nach wie vor Unruhe im Hohen Hause.)* Was ich damit sagen will mit diesen Projekten, die uns drohen, ich habe genannt Wiesmath und Obritzberg auf der einen Seite, auf der anderen Seite etwa den Verband Bruck, der positiv anzuführen ist, daß das Umdenken in diesen Bereichen, nämlich im Bereich der Wasserwirtschaft in Niederösterreich gelungen ist. Auf der einen Seite. Daß wir auf der anderen Seite aber sehr wohl auf der Hut sein müssen, daß uns die alten Geister, die seinerzeit besagt haben, nur Verbandslösungen, am besten überhaupt vier Lösungen, nämlich eine im Waldviertel, eine im Weinviertel, eine im Most-, eine im Industrieviertel wären das optimale, wenn sie vielleicht auch sogar die billigsten wären, aber daß wir von diesen ökologischen Wahnvorstellungen wegkommen.

Ich glaube doch abschließend sagen zu können für unsere Fraktion, in der Wasserwirtschaft hat sich gerade in den letzten Jahren sehr viel bewegt. Wir haben noch einen sehr weiten Weg vor uns. Einen kostenintensiven Weg und einen Weg, den wir gemeinsam mit der Bevölkerung, gemeinsam mit den verantwortlichen Politikern, aber vor allem auch in dem Wissen, daß es hier um die Zukunft unserer Kinder geht, daß wir diesen Weg in diese Richtung gehen müssen und werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. HOFBAUER *(ÖVP)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Straßenbau, Wasserbau, Verkehr. Insgesamt ist dieses Kapitel mit einem Betrag in den Ausgaben von 3.403 Millionen Schilling dotiert. Ein Betrag, der deutlich über dem liegt, was im Vorjahr unter diesem Kapitel budgetiert war. Diese Erhöhung ist erfreulich, auf der anderen Seite aber auch damit begründbar, daß es durch Umschichtungen und Veränderungen in der Zuständigkeit hier eine Verbesserung gibt.

Diese Dotierung ist die Grundlage für die Umsetzung des Landesverkehrskonzeptes, das im Jahre 1997 von der Landesregierung überarbeitet und neu beschlossen wurde. Das Land Niederösterreich hat bereits im Jahre 1991 ein Landesverkehrskonzept erstellt unter dem Leitbild „Vermeiden, Verlagern, Verbessern und Fördern“. Wenn man sich diese Begriffe vor Augen hält und das Jahr 1991 dazu in Erinnerung ruft, dann zeigt das die Verantwortung unserer Regierung auch für Umweltfragen. Wir haben zu einem Zeitpunkt ein Landesverkehrskonzept beschlossen, wo in diesem Haus noch keine Grünen waren. *(Abg. Mag. Fasan: Da wäre es auch nicht so einfach gegangen!)*
Und wenn die Leute, die heute hier die Grünen vertreten, wie mir die Frau Abgeordnete Weinzinger zuruft, ist sie zu diesem Zeitpunkt noch in die Schule gegangen, ein Zeichen dafür, daß für die Österreichische Volkspartei das Thema Umwelt und die ganze Grünaufgabe bereits seit vielen Jahren ein Faktum ist und nicht erst in den letzten Monaten hier im Hohen Hause eingeführt werden mußte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Land Niederösterreich ist das einzige Bundesland, das bereits seit vielen Jahren ein klares Landesverkehrskonzept hat. Im Vergleich dazu spricht der Bund seit vielen Jahren über einen Verkehrsleitplan, der bis heute aber nicht beschlossen ist. Und ich darf die Grünen vielleicht in diese Richtung erinnern, bei den Vertretern im Hohen Hause, im Parlament vorstellig zu werden und dort zu verlangen, daß es endlich auch für ganz Österreich einen Verkehrsleitplan gibt, der uns auch in Niederösterreich helfen würde, manche Vorstellungen vielleicht rascher umzusetzen.

Aus dem Landesverkehrskonzept 1991 ist vieles bereits erfüllt, manches noch in Umsetzung. Daß wir dieses Konzept 1997 überarbeitet und aktualisiert haben, zeigt, daß Niederösterreich bei der Verkehrsplanung den richtigen Weg geht. Berücksichtigung bei der Überarbeitung hat die Ostöffnung gefunden, die Auswirkung der neuen Verkehrsströme, aber auch die Bevölkerungsentwicklung und auch die sich laufend verändernden Pendlerströme. Auch die grenzüberschreitenden Vorhaben sind hier berücksichtigt.

Dieses Landesverkehrskonzept 1997 ist nunmehr die Grundlage für die Arbeit in den nächsten Jahren. Wenn ich hier beim Straßenbau beginnen darf, dann zeigt sich, daß wir mit einem Investitionsvolumen von 2,3 Milliarden Schilling im Straßenbau etwa 2.000 Arbeitsplätze sichern und praktisch in allen Regionen mit den Baumaßnahmen die örtliche und regionale Bauwirtschaft unterstützen. Ich denke an die Verbesserung der A1, an die Verbesserung der A4, aber auch zum Beispiel an die Abfahrt Korneuburg der A22. Ich denke an den Ausbau der B4, der B21 mit der Umfahrung Wr. Neustadt Nord oder an den Ausbau der B37 im Bereich Gföhl. Ich denke aber auch an die B7, an die Umfahrung Wolkersdorf. Und hier kann ich nicht verstehen, daß man eine gut vorbereitete Straßenumfahrung für diese im Verkehrsaufkommen sehr stark zugenommene

Strecke nun seitens des Bundes blockiert. Und ich kann nur hoffen, daß wir in Kürze mit der Fortsetzung dieser Baumaßnahmen zum Wohle der dort lebenden Menschen weiterarbeiten können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Unsere Straßenplaner, die sehr viel leisten für die Autofahrer, aber auch für die Umwelt, stehen manchesmal vor einer nicht unerheblichen bürokratischen Belastung. Wir wissen, daß wir bei Großvorhaben sicherlich eine Umweltverträglichkeitsprüfung brauchen und daß wir die Interessen der Regionen und der betroffenen Bevölkerung sehr gut einbinden.

Wenn uns aber an einem Beispiel vor Augen geführt wird, wohin Bürokratie führen kann, dann hält sich mein Verständnis dafür in Grenzen. Die Begradigung einer langgezogenen Kurve mit einer relativ hohen Unfallhäufigkeit führt dazu, daß wir, nachdem man die ursprüngliche Trasse um knapp mehr als 50 Meter verlassen will, für diese Strecke, für dieses kleine Straßenstück eine Umweltverträglichkeitsprüfung brauchen. Mit dem Faktum, daß sich diese Baumaßnahmen um zwei, möglicherweise vielleicht sogar um drei Jahre verzögern werden. Hier glaube ich, ist es notwendig, daß der Gesetzgeber auf Bundesebene Klarheit schafft und auch Grenzen nach unten in einem Bereich einzieht, daß wir hier diese Bürokratie abbauen können.

Ich möchte noch zu einem zweiten Thema kurz kommen und das ist die Bahn. Das Land Niederösterreich hat in seiner Gesamtkonzeption hier wertvolle Vereinbarungen mit den österreichischen Bundesbahnen getroffen. Ich denke erstens an die Zahlung von 66 Millionen Schilling pro Jahr für die Zusicherung, daß die Fahrplangestaltung auf den Hauptlinien des Jahres 1996/97 für mindestens 25 Jahre beibehalten bleibt. Das bedeutet, daß der öffentliche Verkehr auch in Zukunft in einem sehr wichtigen Bereich die Verkehrsteilnehmer aufnehmen kann und damit auch der öffentliche Verkehr gefördert wird. Mit diesem Betrag wurden Doppelstockwaggons angekauft. Und ich habe mit Überraschung in den Zeitungen gelesen, daß die fertigen Doppelstockwaggon angeblich mit Plastik umhüllt im Lager stehen. Und ich darf an dieser Stelle den beiden Kollegen aus dem SPÖ-Klub für Ihre Initiative danken. *(Abg. Jahrmann: Noch nicht fertig!)*
Die Kollegen Muzik und Keusch haben sich hier bei ÖBB-General Draxler eingesetzt, daß diese Waggons tatsächlich auch unseren Pendlern zugute kommen. Ich freue mich, daß hier die SPÖ-Abgeordneten beim ÖBB-General vorsprachig geworden sind und daß es gelungen ist, diese Bahnwaggons jetzt tatsächlich den Pendlern auch zugute kommen zu lassen. Es hat mich etwas gewundert, daß der eigene ÖBB-General nicht das Interesse hat, diese Waggons auch tatsächlich einzusetzen und damit unseren Pendlern altes Wagenmaterial aus dem Jahre 1946 oder 1950 zu ersparen. *(Abg. Keusch: Wir meinen es mit den Pendlern ehrlich! Nicht nur vor der Wahl, sondern auch nach der Wahl!)*

Das hoffe ich auch, daß das innerhalb der Repräsentanten der ÖBB und der Vertreter, die auch hier im Hohen Landtag sitzen, in Zukunft etwas rascher vielleicht funktioniert, daß nicht erst über die Medien und über die Zeitung die Botschaft übermittelt werden muß. *(Abg. Keusch: Das sagen wir den Managern! Das gilt für rote, wie auch für schwarze Manager!)*

Ich freue mich auch, daß es einen weiteren Bereich gibt, daß die Regionalbahnen in Zukunft in ihrem Umfang erhalten bleiben sollen. Und daß mit einem Betrag von 130 Millionen pro Jahr hier auch die Österreichischen Bundesbahnen unterstützt werden. Und ich hoffe, daß sie das Leistungsangebot für unsere Menschen aufrechterhalten.

Ich würde mich freuen, wenn es auch gelingt, daß es im Busverkehr in Zukunft eine flächendeckende Versorgung gibt. *(Abg. Keusch: Der Herr Dr. Stindl ist für den Personenverkehr zuständig! Nur damit wir wissen, wovon wir reden! Wenn es um die Verbesserung des Leistungsangebotes geht, ist ja gerade er zuständig!)*
Der Herr Dr. Stindl hat uns in vielen Fällen gewaltig geholfen. Ich denke an seine Idee gemeinsam mit Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, Herr Kollege! Ich darf erinnern, daß der Herr Dr. Stindl gemeinsam mit Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll die Idee der Wieselbusse geboren hat. Und wenn wir diese Einrichtung heute nicht hätten, wäre die Landeshauptstadt St. Pölten sicherlich nicht aus allen Landesteilen so gut erreichbar. Ich habe mit Dr. Stindl in letzter Zeit einige Gespräche geführt und ich hoffe, daß es ihm gelingt, diesen fortschrittlichen Gedanken und seine fortschrittlichen Vorstellungen auch im Hause der ÖBB so einzubringen, daß wir auch in Zukunft von dieser Körperschaft und von dieser Unternehmung her mit einem entsprechenden Leistungsumfang rechnen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich hoffe, daß wir im Bereich des Verkehrs insgesamt auf der einen Seite den öffentlichen Verkehr entsprechend ausbauen können und auf der anderen Seite auch für unsere Mitbürger und Pendler im Bereich des Individualverkehrs Voraussetzungen schaffen, daß es auch in Zukunft

möglich ist, auf Niederösterreichs Straßen gut und rasch ans Ziel zu kommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 6, Straßenbau, Wasserbau, Verkehr. Ich darf mich zunächst auf den Straßenbau einmal beschränken. 2,5 Milliarden im ordentlichen Haushalt, 0,5 Milliarden rund im außerordentlichen Haushalt. Dabei sind die ASFINAG-Anteile und die Straßenbauabteilungs-, also Amtsbetriebsanteile, noch gar nicht mitgerechnet. Und ein Blick darauf genügt und man sieht, daß das etwa das Sechsfache dessen ist, was das Land für den öffentlichen Verkehr ausgibt. Das sind nämlich rund 500 Millionen. Und wenn der Herr Landesrat für Finanzen und Umweltschutz gesagt hat, daß ein Budget ein in Zahlen gegossenes Programm ist, dann frage ich ihn schon, ist das das Programm? Ist das das Umweltprogramm des Umweltlandesrates, der hier Niederösterreich zur Transitregion machen will?

Der Herr Klubobmann Dr. Strasser hat in der Generaldebatte in seiner Rede gesagt, Niederösterreich muß unter die Top ten kommen. Das Landesverkehrskonzept, meine Damen und Herren, das letztlich ja auch diesem Budget zugrunde liegt, bringt Niederösterreich auf schnellstem Wege unter die Top ten. Aber nicht was Wirtschaftsstandort oder Wirtschaftsregion betrifft, sondern was Transitregion betrifft. Ist das das durchgängige Umweltbudget? Ist das die durchgängige Umweltpolitik, von der der Herr Landesrat vorhin gesprochen hat?

Straßenbau und veraltete Verkehrspolitik in bezug auf Autobahn- und Straßenbau hat eine Reihe ökologischer Folgekosten, die hier nicht mit eingerechnet sind. Einzelne Regionen werden zerstört. Regionale Wirtschaften werden zerstört. Die Unfallfolgekosten scheinen nirgends auf. Sie schlagen sich in unserem Krankenhausbudget nieder. Niederösterreich ist auf dem besten Wege, eine Region zu werden und die Probleme zu bekommen, wie sie Tirol seit längerem schon hat. Natürlich ist der Großteil dieser Transitautobahnen Bundessache. Und natürlich sind budgetär vor allem diese großen Transitrouten im Bundesbudget zu finden bzw. eigentlich sind sie als ASFINAG-Bereiche ja auch aus dem Bundesbudget ausgegliedert. Was ein ganz besonderer Budgettrick ist, um zu verschleiern, wieviel an öffentlichem Geld man hier eigentlich ausgibt.

Niederösterreich ist, wie gesagt, auf dem besten Wege, den Weg Tirols fortsetzen. Und während in Tirol mit Unterstützung des Landeshauptmannes bereits die großen Transitrouten blockiert werden um Brüssel zu zeigen, daß man so nicht weiterarbeiten kann, ist man hier in Niederösterreich auf dem besten Wege, die dort gemachten Fehler nachzuholen. Und in diesem Zusammenhang drängt sich mir wirklich ein Vergleich zwischen Semmering und Brenner auf. Ich möchte jetzt weniger auf den Semmering-Basistunnel eingehen und hier nur ein Wort dazu sagen, was das Verhältnis zwischen Basistunnel und Südostspange betrifft. Ich habe es auch schon bei der Debatte zur EU-Osterweiterung gesagt. Es war eine schöne Sache, daß sich der Herr Landeshauptmann so eingesetzt hat, weil dieser Basistunnel tatsächlich eigentlich ein Unsinn ist. Ich würde mir wünschen, daß er sich genauso vehement gegen den S 6-Vollausbau eingesetzt hätte. Und ich würde mir wünschen oder ich hätte mir gewünscht, daß er sich schon seinerzeit genauso vehement für den Bau der Südostspange eingesetzt hätte. Wir haben das schon vor fünf Jahren im Wahlkampf 1993 gefordert. Da war noch keine Rede von der Südostspange. Da hat man dieses Problem verdrängt. Damals war die Linie des Landeshauptmannes, naja, momentan ist der Semmering-Basistunnel nicht gerade besonders opportun. Also das heißt, er hat hier durchaus einen Lernprozeß, wenn ich das so formulieren darf, vollzogen. Allerdings ist er in der Frage Südostspange um Jahre zu spät dran. So spät, daß mittlerweile bereits überlegt wird, ob nicht Ungarn in Zusammenarbeit mit der Slowakei schneller ist als Österreich. Und das wäre dann wirklich ein ernstliches Problem, weil dann tatsächlich gerade die Region, die es so notwendig hätte, wirtschaftlich auf der Strecke bleibt.

Aber jetzt zum Semmering, nicht zum Basistunnel, sondern zum S6-Vollausbau. Natürlich ist ein Teil dieser Strecke bereits vollendet, auch gegen unseren damaligen Protest. Und die Bürgerinitiativen haben sich da schon an uns gewandt oder zunächst einmal an uns gewandt. Ich selber hatte einmal das zweifelhafte Vergnügen, schon im Jahr 1988 in einer Aktion auf das Problem der sogenannten - den Namen hat sie dann bekommen - „Bröselbrücke“ hinzuweisen. Ich glaube, wir waren da doch um einiges früher dran als die Freiheitlichen. Aber das Problem ist doch eigentlich, daß hier der Semmering vor der Frage steht, kommt es hier zu denselben Verhältnissen wie am Brenner, oder wird der Semmering diese Fremdenverkehrsregion bleiben, als der er derzeit noch gepriesen wird. Wenn man sich die Zahlen anschaut, die eine Verkehrsverlagerung von der

Südautobahn auf die S6 prognostizieren, von der Betreibergesellschaft selber veröffentlicht, dann sieht man, daß genau das, wogegen sich jetzt fast die gesamte Tiroler Landesregierung am Brenner zu Wehr setzt, in wenigen Jahren am Semmering kommen wird, wenn dieser Vollausbau vollzogen wird. Es ist also ein Nachvollziehen alter Fehler. Jetzt kann man natürlich einwenden, die Verkehrsbelastung der Ortschaft Semmering ist zu hoch, daß hier also etwas getan werden muß. Und da sage ich Ihnen, okay, es muß oder es kann möglich sein, regionale Lösungen zu treffen zur Entlastung des Semmerings. Ich verstehe diese Initiativen sehr gut. Ich hatte einmal ein Gespräch mit dem Bürgermeister der Gemeinde Semmering, der sagt, uns ist es im wesentlichen egal was kommt. Wir wollen eine regionale Verkehrsentlastung. Was versagt hat in diesem Zusammenhang ist die Planung, diese regionale Verkehrsentlastung zu bringen, ohne unbedingt die neue Transitroute durch dieses Gebiet zu eröffnen.

Da hat das Verkehrskonzept versagt. Da hat das Landesverkehrskonzept versagt. Und da haben die Politiker versagt, die dem keinen Riegel vorschieben. Da hat man großartig eröffnet mit großem Pomp und Trara und man macht Sondierungsstollen. Und das, was naturschutzrechtlich beim Basistunnel angewendet wird, das gilt offensichtlich beim Straßentunnel nicht. Da wird argumentiert mit anderen geologischen Verhältnissen und ähnlichem mehr. Allein, ich meine, ein Eingriff in dieses Landschaftsschutzgebiet ist es allemal, in einem Ausmaß der jederzeit einen negativen Bescheid rechtfertigen würde.

Ein zweites Beispiel ist die B 301, die als Bundesstraße B 301 deklarierte Autobahn, die genauso die Region zerstört, die regionale Wirtschaft zerstört. Die die Probleme, die die Gemeinden dort haben, diese Verkehrsprobleme, die Durchfahrts-, Ortsdurchfahrtsprobleme überhaupt nicht löst. Weil wir im Verkehrskonzept ohnedies Umfahrungsstraßen dort geplant haben, die auch notwendig und wichtig sind. Aber als regionale Verkehrslösungen. Weil die B 301 keine Entlastung oder fast keine Entlastung für die Südosttangente bringt. Die Zuwächse, die dort kommen, sind bei weitem größer als das, was die B 301 an Entlastung bringen würde. Weil sie längerfristig eine Zunahme von rund 50.000 Pkws bewirken wird. Und weil sie falsche Verkehrslösungen nach sich zieht. Weil sie die sechste Donauquerung nach sich zieht, weil sie letztendlich in allerletzter Konsequenz vermutlich einen Autobahnring rund um Wien ziehen wird. Und man braucht nur nach München zu schauen um zu sehen, wie sinnlos das ist. Man steht im Stau. Man kann sich im Stau rund um München stellen, das ist heute überhaupt kein Problem. Und genau dasselbe wird man in wenigen Jahren in Wien haben, wenn wir nicht ein radikales Umdenken in dieser Frage bewirken können.

Es ist keine „Henne- oder Eifrage“, meine Damen und Herren. Was war zuerst, der Verkehr oder die Probleme damit. Was sollen wir machen? Straßen bauen oder auf den Bedarf sozusagen warten? Es ist kein Naturgesetz, daß man Straßen nur bauen muß um die aufkommenden Verkehrsströme zu bewältigen. Es gilt vielmehr der alte Spruch, wer Straßen sät, wird Verkehr ernten. Und wenn der Herr Abgeordnete Ing. Hofbauer zum Verkehrskonzept des Landes gesprochen hat, dann meine ich doch, hier drängt sich mir die Parallele zur Frage der Abfallwirtschaft auf. Man fragt sich nicht, wo kommt das Problem eigentlich her? Man fragt sich nicht, wo kommt der Müll eigentlich her? Man fragt sich nicht, wo kommt der Verkehr eigentlich her? Sondern man fragt sich nur, wo gebe ich ihn hin. Vermeidung steht beide Male an erster Stelle, praktiziert wird sie nicht! Und das ist der grundsätzliche Pferdefuß an diesem Problem. *(Abg. Roth: Ihre Leute fahren auch mit dem Auto!)*
Gottseidank! Sehen Sie, darauf hätte ich jetzt bald vergessen. Ich bin sehr dankbar für diesen Zwischenruf, Frau Kollegin Roth. Wir reden keiner blinden Autofeindlichkeit das Wort, Frau Kollegin. *(Abg. Roth: Es klingt aber so.)*
Wir sind, nein, Entschuldigung, wir sind nicht für die Abschaffung, wir sind nicht für die Abtragung der bestehenden Straßen und Autobahnen. Haben Sie jemals von den Grünen schon gehört, daß wir die Westautobahn abtragen wollen oder derlei, oder die A21? Das ist ja nicht der Fall! *(Abg. Cerwenka: Ich sage Ihnen Fakten!)*

Nein, Entschuldigen Sie, Herr Kollege Cerwenka. Sie unterstellen uns, weil wir politisch einen anderen Weg gehen wollen, weil wir dieser Transitlawine einen Riegel vorschieben wollen, daß wir das Auto ganz abschaffen wollen. Und das ist ganz einfach falsch. Wir sind nur für einen sinnvollen Umgang. Und ich werde jetzt eine Resolution einbringen, in der ich Ihnen Lösungen bringe. Ich sage es Ihnen zusammengefaßt ganz kurz: Die Lösungen liegen darin, daß man das ersparte Geld, das durch Nicht-Investition in diese neuen Projekte ersparte Geld in den öffentlichen Verkehr und in die regionale Wirtschaft investiert. Daß man drittens etwas völlig Neues versucht, wir haben bei der Raumordnung schon darüber gesprochen. *(Abg. Lembacher: Nur werden wir die regionale Wirtschaft nicht stärken, wenn wir keine Verkehrswege haben!)*

Wenn Sie sich die Baulandzunahme, wenn Sie sich den ganzen „Speckgürtel“ rund um Wien ansehen. Wenn Sie sich den ständigen Zubau im Verkehrswesen, im Straßenverkehrswesen ansehen. Wenn Sie sich die Mängel im öffentlichen Verkehr, die Mängel bei den Busverbindungen, die Mängel bei den Bahnverbindungen, den Nebenbahnen, die... *(Abg. Hiller: Jeder junge Mensch macht heute den Führerschein! Zu welchem Zweck? Weil er mobil sein will! Sie reden an etwas vorbei!)*
Ja, Herr Kollege Hiller, es ist ja großartig. Ich will ja nicht die Vollmotorisierung verhindern. Ich frage mich allerdings, warum Sie und Ihre Partei dann auf Wahlplakaten groß propagieren Nahverkehr, öffentlicher Verkehr und vieles mehr. *(Abg. Hiller: Sowohl – als auch! Sowohl – als auch!)*
Sowohl - als auch, wunderbar! Aber in Ihrer Politik führt der öffentliche Verkehr ein marginales Dasein. *(Heftige Unruhe bei Abg. Hiller.)*

Verantwortlich ist man für die Schäden, die die Transitrouten anrichten, Kollege Hiller. Dafür ist man verantwortlich. Verantwortlich ist man dafür, daß die regionale Wirtschaft damit zerstört wird. Würde man nur die Kostenwahrheit einmal wirklich untersuchen! *(Abg. Roth: Die regionale Wirtschaft braucht ja die Straße!)*
Schauen Sie nach Tirol, was dort passiert. Dort gibt es Studien, die ganz klar nachweisen, daß das keinen Sinn mehr macht! *(Abg. Hiller: Warum glauben Sie, kaufen sich die Leute ein Auto?)*
Wir reden ja nicht darüber, ob sich der Kollege Hiller oder der Abgeordnete Fasan ein Auto kauft. Ich meine, bringen wir doch die Diskussion nicht auf so ein niedriges Niveau! *(Beifall bei den Grünen.)*

Es ist Faktum, daß der Herr Kollege Hiller ein neues Auto hat. Und es ist auch Faktum, daß mich der Kollege Kautz heute Früh überholt hat im Helenental. Aber darum geht es nicht. Es geht um Verkehrspolitik. Man kann doch nicht... *(Abg. Hiller: In jedem Pensionistenhaushalt gibt es zwei Autos! - Anhaltende heftige Unruhe bei der ÖVP.)*

Seid mir nicht böse: Ich kann Ihnen sagen, in welcher Welt ich lebe. Ich lebe in einer Welt, in der zunehmend die Lebensgrundlagen der Menschen durch eine falsche Verkehrspolitik zerstört werden. Und ich setze mich dafür ein, daß mit dem großen Ausbau von Transitrouten Schluß ist. Ich setze mich ja nicht dafür ein, so wie Sie es gerne hätten, daß wir jetzt hergehen und alle Straßen abreißen, daß keiner mehr mit dem Auto fahren darf. Sondern ich setze mich für einen sinnvollen Umgang ein. Ich setze mich dafür ein, daß man mit dem, was da ist, Schluß macht. Daß das genug ist. Daß die Transitrouten in unserem Land genug sind. Daß das investierte Geld in den öffentlichen Verkehr fließen muß. Daß der öffentliche Verkehr eine Fülle von Verbesserungen bräuchte. Und ich sage Ihnen, daß die Investitionen des Landes Niederösterreich in den Straßenverkehr das Sechsfache ausmachen von dem, was in den öffentlichen Verkehr investiert wird. Und wäre dieses Verhältnis anders, dann wäre die Politik insgesamt vielleicht auch anders. Dann hätten wir vielleicht diese durchgängige Umweltpolitik. *(Abg. Dr. Strasser: Zurück in die Steinzeit!)*
Das ist kein Zurück in die Steinzeit. Der Spruch zurück in die Steinzeit ist so alt wie die Steinzeit selber, Herr Kollege Dr. Strasser! *(Beifall bei den Grünen. - Abg. Cerwenka: Ihre Vertreter nageln Plakate an Bäume, fahren mit dem Auto bei Wandertagen in vorbildhafter Manier, um Zettel zu verteilen!)*
Herr Kollege Cerwenka, noch einmal: Es geht nicht darum, wer wann wo mit dem Auto fährt. *(Abg. Cerwenka: Grün muß man leben!)*
Es geht ja auch nicht darum, wenn man Müll vermeidet, daß, wer jetzt die Umweltberatung ins Leben ruft, sich nie mehr ein Milchpackerl kaufen darf, oder wie? Schön und gut, aber Beispiele konstruieren kann man immer. *(Abg. Cerwenka: Das sind Tatsachen! - Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*

Tatsache ist, Sie werden immer jemand finden, der mit dem Auto plakatieren fährt. Ihr werdet wahrscheinlich auch mit dem Auto plakatieren fahren. Und bei der Fülle an Plakaten, die Ihr bei jedem Wahlkampf aufhängt, werdet Ihr wahrscheinlich mehr Autos brauchen und mehr CO_2 ‘rausblasen wie die Grünen. Das möchte ich einmal so annehmen. Aber es ist großartig, die Diskussion ist so interessant, ich kann gar nicht alle interessanten Meldungen gleichzeitig aufnehmen. *(Präs. Mag. Freibauer: Da braucht man keinen Debattenbeitrag vorzubereiten, sondern nur auf die Stichworte zu antworten!)*
Das sollte man auch wieder nicht. Aber um zur Vorbereitung - danke, Herr Präsident - um zur Vorbereitung zurückzukommen, darf ich Ihnen die Resolution zur Kenntnis bringen *(liest)*:

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Mag. Fasan zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Haushaltszahl 61 - Straßenbau.

Rund 3,5 Milliarden Schilling gibt das Land Niederösterreich für Erhaltung und Neubau von Straßen aus. Die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr sind ein Bruchteil davon. Damit folgt das

Land Niederösterreich einer Verkehrspolitik der Bundesregierung, die sich seit Jahren negativ auf unser Land auswirkt. Seit Jahren steigt der motorisierte Verkehr in Niederösterreich stärker an, als der öffentliche Verkehr. Der Straßengüterverkehr wird bis zum Jahr 2010 von 66,1 Mio (1993) auf 117,4 Mio Tonnen zunehmen.

Die Ursachen sind nicht nur“ - und jetzt sind wir bei dem Thema - „in einer freiwilligen Motorisierung der Gesellschaft zu suchen. Verfehlte Raumordnungspolitik (Baulandüberschuß, Stadtrandmärkte etc.) und die Schaffung eines Transitroutenangebotes haben zu teilweise erzwungener und teilweise als einfachste Lösung angenommener motorisierter Mobilität geführt.
Die wirtschaftliche Zentralisierung bewirkt ein enormes Anwachsen des Gütertransits. Die größten Probleme treten naturgemäß im Wiener Umland auf. Fast 200.000 Personen pendeln von Niederösterreich nach Wien. Nur ein radikaler Wandel in der Verkehrs-, Raumordnungs- und Wirtschaftspolitik können dieser Entwicklung Einhalt gebieten:

1. Wesentliche Transitrouten, die dem Land viel mehr Schaden zufügen, als sie Nutzen bringen, sollen nicht gebaut werden bzw. mit Hilfe von Landesgesetzen unterbunden werden.“ - Wie man das macht, das zeigen der Herr Landeshauptmann und Herr Landesrat Dr. Bauer bezüglich des Basistunnels gerade vor. -
„Dazu gehört die B 301-Südumfahrung, der Vollausbau der S6 Semmering-Schnellstraße, die als Bundesstraße ‘getarnte’ Nordautobahn, die in späterer Folge geplante Wiener Nordost-Umfahrung und vieles mehr.

2. Das eingesparte Geld soll in weitreichende Maßnahmen für den öffentlichen Verkehr investiert werden. Dazu gehört ein umfassender Schnellbahnausbau, etwa in der Form eines Schnellbahnringes rund um Wien, mehr Städteverbindungen im 15- und 30Minuten-Takt, mehr Bus-Terminals, mehr Geld für regionale Verkehrsideen von Gemeinden, eine rasche Inangriffnahme der längst fälligen „Südost-Spange“ etc. etc.

Zur Koordination all dieser Maßnahmen mit dem Bund und den anderen beiden östlichen Bundesländern soll ein ‚Planungsministerium‘ geschaffen werden, das die gemeinsamen Aktivitäten politisch koordiniert und mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet ist.

3. Diese Maßnahmen werden durch eine grundsätzlich neue Raumordnungspolitik unterstützt, die nicht mobilitätsfördernd, sondern im Sinne der regionalen Wirtschaft agiert.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Das Land Niederösterreich leitet im Sinne der Antragsbegründung grundsätzlich neue Wege in der Verkehrspolitik ein. Der NÖ Landtag spricht sich dafür aus, das NÖ Verkehrskonzept im Sinne der Antragsbegründung neu überarbeiten zu lassen. Der NÖ Landtag fordert die Landes- und Bundesregierung auf, im Sinne der Antragsbegründung neue Leitlinien für eine moderne, ökologische und wirtschaftlich vertretbare Verkehrspolitik zu erarbeiten.“

Versuchen wir, grundsätzlich neue Wege zu gehen. Und versuchen wir nicht, am Gaspedal und an der Windschutzscheibe eines jeden Einzelnen Politik zu machen. Ich danke Ihnen schön. *(Beifall bei den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Rupp.

Abg. RUPP *(SPÖ)*: Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Bevor ich zum Straßenbau eingehe, möchte ich kurz auf den Kollegen Fasan zurückkommen. Sie haben jetzt länger ausgeführt die Wichtigkeit oder die Unwichtigkeit der Straßen, des Straßenausbaues. Ich glaube aber, was dahintersteckt, Sie haben immer gesagt, man müßte den öffentlichen Verkehr mehr fördern und den Straßenbau weniger. Ich kann mich aber erinnern, daß vor einigen Jahren Ihre Bundesparteivorsitzende einmal gemeint hat, um dem Problem Herr zu werden, müßten wir den Benzinpreis um 30,- Schilling erhöhen. Und ich glaube, das ist genau die Frage, die man dann stellen müßte, wer kann sich dann überhaupt noch leisten, mit dem Auto zu fahren? Und wenn ich jetzt an die vielen, vielen unselbständig Erwerbstätigen denke, dann bin ich davon überzeugt, daß die sicherlich dann nicht mehr dabei sein könnten bei jenen, die ihr Kraftfahrzeug benützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich aber noch einmal auf den Straßenbau eingehe, noch einige positive Bemerkungen. Und zwar für die günstige Straßen-Raumgestaltung. Ich glaube, daß wir in Österreich und besonders auch in unserem Bundesland, bei den Hauptverkehrsstraßen, Landesstraßen, aber auch Ortsdurchfahrten einen Weg eingeschlagen haben, daß wir versucht haben, die Fahrbahn zu verengen. Das hat einmal den großen Vorteil gebracht,

daß die Geschwindigkeiten zurückgenommen werden. Wenn wir bedenken, daß durch das Ortsgebiet 50 km/h gefahren werden darf in den meisten Fällen, und sehr wenige leider, wenn die Straßen voll ausgebaut sind, sich daran gehalten haben. Ich glaube, daß wir den Fußgängerverkehr, den Radverkehr dadurch sehr stark unterstützt haben. Und daß wir auch das Landschaftsbild durch den Einbau von Grüninseln sicherlich forciert haben.

Die Reduktion der Zahl der Fußgängerunfälle pro Jahr auf Grund dieser Maßnahmen wie Reduzierung der Fahrbahnen, Verengung der Fahrbahn, mehr Radfahrwege und mehr Fußgeherwege betrug 18 Prozent. Die Reduktion der Zahl der Verletzten betrug 21 Prozent. Bei der Zahl der Schwerverletzten waren es 52 Prozent. Und die Reduktion der Zahl der Toten in den letzten Jahren bei den Fußgehern und Radfahrern lag bei 40 Prozent. Bei den Radfahrern betrug die Reduktion der Unfälle sogar 26 Prozent und bei den Schwerverletzten, gab es einen Rückgang von 32 Prozent.

Die verstärkte Verkehrsüberwachung, meine sehr verehrten Damen und Herren, und die Reduzierung der Promillegrenze von 0,8 auf 0,5 Promille haben natürlich auch einen beachtlichen Beitrag gebracht. Jetzt kann man natürlich schon die Sinnhaftigkeit hinterfragen, war es positiv oder negativ. Aber ich glaube, letztendlich gibt es auch hier wieder sehr beachtliche Zahlen, die belegen, daß die Unfälle und Verkehrstoten sehr stark zurückgegangen sind.

(Zweite Präsidentin Onodi übernimmt den Vorsitz.)

Mit dieser kurzen Einleitung, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich stellvertretend jetzt eingehen auf die notwendigen Straßenbaumaßnahmen. Es liegt uns ein neues Landesverkehrskonzept vor. Und ich glaube, daß nach den vielen Gesprächen in allen Regionen sehr positive Ansätze im Landesverkehrskonzept enthalten sind. Dennoch gestatte ich mir aber, zusätzlich noch einige Notwendigkeiten im Straßenverkehr aufzuzeigen. Und ich möchte im westlichen Bereich, im Mostviertel beginnen. Und zwar kennen wir auch aus dem Verkehrskonzept die Umfahrung Wieselburg an der B25. Es gibt bereits eine Machbarkeitsstudie für diese notwendige Umfahrung, die genauestens aufzeigt, daß damit eine beachtliche Verkehrsreduzierung eintreten würde. Nach einer Verkehrszählung wurde festgestellt, daß zirka 16.000 Pkw und Lkw innerhalb von 24 Stunden Wieselburg durchfahren. Diese geplante Umfahrung würde ja bei Mühling/Neumühl beginnen und beim Schotterwerk Brandl nach einer Länge von sieben Kilometern wieder in die B25 eingebunden werden.

Im Bereich Amstetten hat die verkehrsmäßige Erschließung des Wirtschaftsparkes Kematen eine besondere Dimension, Herr Abgeordneter, wobei bestimmte Mindesterfordernisse durchgeführt werden müssen. Ich darf Sie nur im Stenogrammstil aufzählen. Es wurde schon einmal ein diesbezüglicher Antrag eingebracht von den beiden Abgeordneten aus dem Bezirk Amstetten im vorigen Jahr: Der mehrspurige Ausbau der B 121 von Amstetten vorerst bis Kematen. Die Südumfahrung der Stadt Amstetten. Der Autobahnanschluß Oed an die A1. Die Umfahrung der Gemeinde Aschbach, auch in Blickrichtung auf die neue HL AG-Trasse. Bau einer Brücke über die Ybbs und damit verbunden einen Bahnanschluß für den Wirtschaftspark. Über die Wichtigkeit dieser verkehrstechnischen Verbesserungen, darf ich nur mitteilen, wurde ebenfalls bereits ein Resolutionsantrag eingebracht, daher brauchen wir den heute nicht neuerlich zu stellen. Ich würde aber bitten, daß man den Punkt wirklich aufgreift und einer Lösung zuführt.

Für die Region Waldviertel: Es müßte eine rasche Verwirklichung der Ortsumfahrungen - wir haben heute schon davon gehört - aus dem Waldviertel in Richtung Wien hergestellt werden. Zudem ein zügiger Ausbau der B38, der Böhmerwaldstraße, und der B41, der Gmünder Straße, in den Linzer Wirtschaftsraum. Nach Fertigstellung der Donaubrücke bei Pöchlarn, meine sehr verehrten Damen und Herren, müßte eine Schnellverbindung von der A1 in das obere Waldviertel hergestellt werden.

Nach einigem Umsehen im Bezirk Mistelbach möchte ich folgendes aufzeigen: Durch die Aufhebung der Trassenverordnung, es wurde soeben von Kollegen Ing. Hofbauer darauf hingewiesen, für den Straßenverlauf der Ortsumfahrung von Großebersdorf und Wolkersdorf kommt es zu einer deutlichen Bauzeitverlängerung dieses öffentlichen Bereiches. Ich darf nur mitteilen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß seinerzeit eingebracht worden ist Großebersdorf und Wolkersdorf. Leider ist es so, daß dieser Baustopp gekommen ist. Es müßte zumindest die Variante Wolkersdorf verwirklicht werden. In diesem Bereich, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind natürlich noch viele, viele Verbesserungen durchzuführen. Wenn nun auch eine Verzögerung in den Bauarbeiten eintritt, sollte bei dieser Gelegenheit jedenfalls geprüft werden die

Einbindung der B 302, die Verlängerung der Südosttangente zur B7 und die Verbindung B 208 - B7 - Autobahnanschluß Korneuburg, sowie die Abzweigung der Ortsumfahrungen Eibesbrunn und Wolkersdorf in einem Verbund auszuführen, da es verkehrsmäßig wenig zweckmäßig erscheint, wenn diese hochrangigen Verkehrsverbindungen im Abstand von einigen hundert Metern in die B7 einmünden oder von dieser abzweigen.

Vom Zentralraum St. Pölten, Lilienfeld, Krems und Tulln, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich einen der wichtigsten Punkte anschneiden, das ist die neue Donaubrücke bei Traismauer-Wagram. Ich glaube, daß schon sehr viel geschrieben worden ist über diese Notwendigkeit. Es hat sich leider in der letzten Zeit eine Bürgerinitiative gebildet im Bereich von Wagram bei Traismauer und wie wir es schon oft miterlebt haben, wird sehr stark gegen diese Trasse opponiert. Ich glaube, daß es unbedingt notwendig wäre und die Bitte an den Herrn Landeshauptmann als zuständigen Straßenbaureferenten wäre, daß er so schnell als möglich mit seinen zuständigen Hofräten zu einer Informationsversammlung in dieser Region Traismauer, Krems oder Tulln einlädt, um diese Trasse genauestens jedem Einzelnen zu erklären. Und ich glaube, man könnte bei guter Argumentation sicherlich die Notwendigkeit dieser neuen Brücke erwirken.

Mit dazu wäre natürlich notwendig der Vollausbau der S33 zwischen St. Pölten-Nord und Traismauer-Nord. Und ich bin davon überzeugt, daß dazu dann auch notwendig sein wird, wie wir es auch schon gefordert haben, daß auch die notwendigen Lärmschutzwände in diesem Bereich dann errichtet werden. Aufdrängen tut sich beim Vollausbau der S33, daß die Abfahrt Herzogenburg-Mitte ebenfalls verwirklicht wird. Wie wir wissen fahren zirka 280 Lkw-Fahrzeuge durch Herzogenburg, durch eine Einbahnstraße, und das könnte man dadurch verhindern. Die Weiterführung der S33 in das obere Traisental wäre ebenfalls unbedingt notwendig bis in das neue Industriegebiet nördlich von Wilhelmsburg. Hier müßte dann in die B 334 eingebunden werden. Eine Notwendigkeit, die ebenfalls aufgezeigt gehört, ist auch die Südumfahrung von Tulln, damit eine schnelle Verbindung zur Landeshauptstadt hergestellt werden kann. Ferner eine Einbindung des Schmidatales an die B3 mit einem Zubringer sowie der zügige Ausbau der B3 bis Krems.

Eine rasche Verbindung müßte im Bezirk Korneuburg hergestellt werden: B 208. Wegen der Entlastung der Ortsdurchfahrten Korneuburg, Hagenbrunn und Langenzersdorf. Eine rasche Fertigstellung der Abfahrt der A22 zur B 208, diese sollte schon im September 1998 fertiggestellt werden. Landeshauptmann Dr. Pröll hat anläßlich der Eröffnung der S 33 die Fertigstellung für 1997 schon angekündigt. Und eine leistungsfähige Anbindung des Bezirkes Korneuburg an die Westautobahn ist ebenfalls eine sehr wichtige Forderung, die vor 15 Jahren bereits im Bundesstraßengesetz enthalten war. Die Brückenpfeiler wurden schon vor einigen Jahren auf der Korneuburger Seite errichtet, aber leider wurde dann nicht weitergebaut.

Es würde ein kommunaler Großraum, meine sehr verehrten Damen und Herren, von zirka 50.000 Bürgern geschaffen werden zwischen Korneuburg und Klosterneuburg. Das Anschwellen der Verkehrsströme infolge der Ostöffnung hat die Engpässe bei der Donauüberquerung spürbar verschärft. Der tägliche Stau auf der Nordbrücke kostet vielen Pendlern aus dem Bezirk Korneuburg und Hollabrunn wertvolle Zeit. Die Schaffung von Ortsumfahrungen entlang der B6 wäre ebenfalls sehr wertvoll.

Von den südlichen Regionen unseres Bundeslandes darf ich stellvertretend herausgreifen, meine sehr verehrten Damen und Herren, es müßte auf Grund des großen Verkehrsaufkommens auf der A2 ein vierstreifiger Ausbau von Baden bis Wien errichtet werden. Bessere Einmündung der A2 in die A3 im Bereich Traiskirchen, Münchendorf und Ebreichsdorf mit einem möglichen Anschlußstück zum Freizeitpark und zur geplanten Stronach-Kugel. Eine weitere Notwendigkeit besteht an der B17, der Wiener Neustädter Straße, an Ortsumfahrungen von Oeynhausen, Günselsdorf, Sollenau und Theresienfeld. Diesbezüglich wurde ebenfalls 1997 von Kollegen Haberler und von mir ein Antrag eingebracht. Ausbau der B21, Gutensteinerstraße, von Waldegg bis Ortmann und Pernitz. An der B27 müßte eine Umfahrung bei Schlöglmühl und Payerbach errichtet werden mit einer besseren Einbindung in die Semmering Schnellstraße S6.

Die Verwirklichung dieser notwendigen Straßenbauforderungen im Interesse unserer Landesbürgerinnen und Landesbürger sowie aller Verkehrsteilnehmer müßte raschest durchgeführt werden. In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich mitteilen, daß meine Fraktion in der Gruppe 6 dem Straßenbau die Zustimmung geben wird. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Mir liegt eine Wortmeldung von der Frau Abgeordneten Roth vor. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Abg. ROTH *(ÖVP)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Auch wenn ich mich an die Aufforderung des Herrn Präsidenten halte und zeitökonomisch spreche, ich rette den heutigen Tag leider nicht mehr. Weder das Fußballspiel, noch werden wir vor Mitternacht nach Hause kommen, aber so ist es leider. Meine Schuld ist es nicht!

In Anbetracht des rasant steigenden Verkehrs in der Ostregion - und das ist die Region, die ich bearbeiten werde - kommt dem Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur eine zentrale Rolle zu. Über Initiative unseres Landeshauptmannes Dr. Pröll und des damaligen Wiener Bürgermeisters Dr. Zilk wurde Anfang 1993 durch die Planungsgemeinschaft Ost ein Konzept für den Südraum Wiens erstellt. Es war dies die erste Initiative, die sowohl über Landesgrenzen, als auch über Verkehrsträger hinweg erstellt wurde und 1994 fertig war. Sie umfaßte den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die B 301 und ergänzende Ortsumfahrungen in einem Gesamtausmaß von zirka 14 Milliarden.

Wie sehen nun die Maßnahmen im öffentlichen Verkehr aus? Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs bedeutet die Verbesserung der Achsen nach Wien. Dies ist in Form des Ausbaues der Südbahn erfolgt - Viertelstundentakt nach Mödling, Halbstundentakt nach Wr. Neustadt - und kostet zirka 1,7 Milliarden. Weiterer Ausbau von Park and ride-Plätzen in Felixdorf, das Parkdeck in Baden, das Parkhaus in Mödling vor dem Bahnhof, auch das Parkdeck in Leobersdorf ist jüngst fertig gestellt worden. Um die operative Umsetzung im Bereich der Park and ride-Plätze voranzutreiben, wurde ein Bauingenieur für die NÖVOG aufgenommen, was sich im Budget mit 2 Millionen niederschlägt.

Auf der Südbahn werden bis Jahresende 60 Doppelstockwaggons in Betrieb gehen. Die Doppelstockwaggons bieten eine kollosale Verbesserung des Komforts für die Pendler. Und das weitere Einsatzprogramm der Doppelstockwaggons sieht folgendermaßen aus: Anfang 1999 werden sie auf der Ostbahn eingesetzt, ab Sommer 1999 auf der Nordbahn, Sommer/Winter 1999 Nordwest-Bahn, bis 2000 auf der Westbahn und 2001 auf der Franz Josefs-Bahn. Die Bahnhöfe in Mödling und Wr. Neustadt wurden umgebaut. Aus den MÖSt-Mitteln sind Ausgaben für geplante Investitionen für die Schneebergbahn mit zirka 25 Millionen im Budget veranschlagt. Die Badner Bahn wird bis zirka 2000 im 7,5 Minutentakt verkehren. Und die Ausschreibungen für neue Waggons laufen.

Die Flughafenbahn S7, eine *„never ending-story“* ist auf niederösterreichischem Boden nahezu fertiggestellt. Säumig sind die Wiener, die sich lange Zeit nicht einigen konnten, ob die Endstelle in Wien-Mitte oder am Ostbahnhof liegen sollte. Ich kann mich erinnern, als der damalige Verkehrsminister Klima beim Spatenstich 1994 versprach, daß die Flughafenbahn bis 1997 in Betrieb gehen wird. Davon ist, wie wir alle wissen, leider keine Rede. Und ich empfinde es schon, gelinde gesagt, als Skandal, daß Österreich im Jahr der EU-Präsidentschaft über eine Verbindung Flughafen-Metropole verfügt, wie Sie sie in Europa in dieser negativen Ausformung sicher nicht wiederfinden werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Pottendorfer Linie soll bis 2005 ausgebaut werden. Es wurde allerdings damit noch nicht begonnen, muß ich sagen. Die Ostbahn wurde bereits um eine Milliarde ausgebaut und ab 1999 werden Doppelstockwaggons eingesetzt, wie ich schon sagte.

Die Dotierung des NÖ Nahverkehrsfinanzierungsprogrammes beträgt 15 Millionen und beinhaltet die Finanzierung von Citybussen, Anruf-Sammeltaxis, Haltestellenausbau etc. All die genannten, bereits getätigten und geplanten Investitionen bewegen sich im Ausmaß von zirka 4,5 Milliarden Schilling. Und ich möchte dezidiert betonen, somit hat Niederösterreich das Gesamtpaket erfüllt und ist mit dem öffentlichen Verkehr im Vorlauf, Herr Kollege Fasan. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wünsche sind natürlich immer vorhanden und müssen auch bearbeitet und ernstgenommen werden, wie eine bedarfsorientierte Ausweitung der Kernzone 100 im gesamten Bezirk Wien-Umgebung, eine Taktverdichtung der Querverbindungen Schwechat-Mödling. Aber ich denke, mit Fug und Recht auf Grund des erläuterten Ausbauprogrammes sagen zu können, daß der Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich einen sehr hohen Stellenwert hat.

Ein weiterer Bestandteil im Konzept für den Südraum ist die B 301 - die nächste *„never ending-story“.* Und hier betrachte ich die Qualität der durch die ÖSAG zur UVP eingereichten Pläne als einen Skandal und eine Verhöhnung der Be-

troffenen. *(Beifall bei den Grünen.)* Schön, daß wir einmal einer Meinung sind.

Es wurden in Verhandlungen mit den Gemeinden Umwelt- und Lärmschutzmaßnahmen erarbeitet und versprochen, die nun alle in den vorgelegten Plänen nicht mehr enthalten sind. Es wurde eine Billigstvariante vorgelegt, die absolut abzulehnen ist. Und ich weiß mich hier mit dem Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll einer Meinung, der sagt, B 301 ja, aber in einer umwelt- und menschengerechten Ausführung. *(Abg. Mag. Fasan: Vor fünf Jahren hat man allerdings ganz was anderes gesagt!)*
Man wird ja gescheiter werden dürfen.

Ich bedaure, daß das Bürgerforum gegen Transit B 301 versucht, die Situation der abzulehnenden UVP-Pläne zur Manipulation der Bevölkerung zu nützen, indem es schreibt: Ablehnung der Gemeinden gegen die B 301. Die Gemeinden lehnen nicht die B 301 an sich ab, sondern sie lehnen die Planungsunterlage der ÖSAG ab. Und das ist ein wesentlicher Unterschied, bitte. Und sie hetzen damit die Leute auf und versuchen, sie zu manipulieren.

Wir brauchen die B 301, die Ortsumfahrungen und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, genauso den Martinstunnel in Klosterneuburg, um den Verkehr aus den Ortschaften herauszubringen und den Menschen wieder Lebensqualität bieten zu können. Und ich lade Sie ein, Herr Kollege Fasan. Ich mag die Menschen, die am Waldrand wohnen und uns Betroffenen sagen, was für uns gut ist. *(Abg. Mag. Fasan: Glauben Sie doch nicht ich wohne an einem Waldrand!)*
Ich lade Sie ein, einen Tag Probewohnen auf der B11 und B15 in Maria Lanzendorf. Und fragen Sie bitte die Menschen, was sie von Ihrer Meinung halten. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Ich möchte auf eine Äußerung von der Frau Kollegin Weinzinger in der Generaldebatte zurückkommen, wo sie sagt, das ist ein Budget der Verwaltung, nicht der Initiativen und der Bevölkerung. Dazu möchte ich zwei Sachen anmerken. Ich frage mich, woher Sie das Recht nehmen, zu behaupten, nur Sie wissen, was die Bevölkerung will. Das ist einmal das eine. Und das andere, die zweite Frage ist die, ein Budget der Verwaltung. Ich kenne, da ich kommunalpolitisch tätig bin, seit guten 15 Jahren den Herrn Professor Zibuschka, den Herrn Direktor Stipek, den Herrn Hofrat Horn. Die Leute kennen die verkehrlichen Eckdaten in den Gemeinden haargenau. Sie kennen die Probleme, die Sorgen der Leute. Sie kennen die handelnden Personen. Sie wissen genau, wenn heute eine Veranstaltung ist, welche Gruppe sich zu welchem Thema in welchem Sinne melden wird. Bitte, das sind keine ärmelschonertragenden Schreibtischtäter. Das sind Leute, die haargenau wissen, was los ist. Und ich möchte nicht, daß Sie so etwas behaupten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Bevölkerung unterscheidet nicht, ob es sich um eine Bundes- oder Landesstraße handelt. Sie erwartet von uns die Lösung ihrer Probleme. Ich fühle mich daher als Abgeordnete meines Bezirkes Wien-Umgebung verpflichtet, einen Resolutionsantrag einzubringen, worin ich eine bessere Dotierung der vom Verkehr geplagten Ostregion fordere. Der Verkehr findet heute in der Ostregion statt und hat den Westen längst überholt. Ich habe hier bitte einen Vergleich aus dem Jahre 1996: A21, Wiener Außenringautobahn in Alland. Dort herrscht ein Tages-Kfz-Aufkommen von 28.496 Kfz mit einem Schwerverkehrsanteil von 18,7 Prozent. Und auf der Brennerautobahn in Matrei ist ein Aufkommen von 23.000, also um zirka 5.000 weniger. Auf das möchte ich nur aufmerksam machen. Und da müssen die Menschen bei uns leben und bei uns geht nichts weiter. *(Abg. Mag. Fasan: Und das wollen Sie am Semmering auch!)*
Davon habe ich nicht gesprochen. Sie sagen den Leuten auch immer, sie sollen aufpassen. Bitte passen Sie auch bei mir auf.

Ich verstehe die Probleme der Menschen in den westlichen Bundesländern. Aber wir haben einen ungeheuren Nachholbedarf und brauchen dringend die Lösung unserer Verkehrsprobleme. So sind zum Beispiel Tunnelumfahrungen von Landegg und Klagenfurt kein Problem. In der Ostregion, siehe B 301 in Rannersdorf, ist ein bergmännischer Tunnel zu teuer. Ich stelle daher folgenden Antrag *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Roth und Muzik zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Finanzierung von Vorhaben gemäß dem NÖ Landesverkehrskonzept 1997.

Als Folge der Ostliberalisierung, dem vermehrten Wirtschaftswachstum und der verstärkten Siedlungs- und Handelstätigkeit rund um den Ballungsraum Wien ist mit einer ständigen Verkehrszunahme in Niederösterreich zu rechnen. Die Belastung auf Grund des damit verbundenen Verkehrs ist für die betroffene Bevölkerung mittlerweile unerträglich geworden. Neben der bereits eingeleiteten Verbesserung im Schienenverkehr

muß auch der Straßenausbau weiter forciert werden um eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur bereitzustellen.

Um zu verhindern, daß durch unzureichende Infrastruktur der Wirtschaftsstandort NÖ gefährdet wird, muß diese notwendige Struktur rechtzeitig errichtet werden. Gleichermaßen muß im Autobahnnetz der ASFINAG diesen Leistungssteigerungen durch 2 x 3-Spuren auf der A1 vom KN Steinhäusl bis zur Landesgrenze NÖ/OÖ und auf der A2 auf 2 x 4-Spuren zwischen dem KN Vösendorf und dem KN Guntramsdorf (A3), sowie der zügigen Realisierung der B 301, Rechnung getragen werden. Schließlich ist die Verkehrsbelastung auf Autobahnen in Niederösterreich überwiegend höher als auf den durch den Transitverkehr belasteten Strecken in Tirol.

Das mittelfristige Bedarfsprogramm über 10 Jahre weist unter Berücksichtigung des überarbeiteten Landesverkehrskonzeptes einen jährlichen Investitionsbedarf für die Bundesstraßen B von 1 Mrd. S aus.

In diesem Bedarfsprogramm sind u.a. folgende Bauvorhaben:

1. B3, 4-spuriger Ausbau inkl. der Donaubrücke bei Traismauer
2. Ortsumfahrung als Ergänzung zur B 301
3. Umfahrung Klosterneuburg
4. Ortsumfahrung im Zuge der B2, B4 und B7 in Richtung Tschechien
5. B50, Spange Kittsee - A4 in Richtung Preßburg
6. Nordumfahrungen von Wien, B 206 (Verbindung B6 - B7) und B 302 (Verbindung B7 - B8)
7. Diverse Ortsentlastungen im Zuge der B3, B8, B17, B31, B 121, B 122 und B 123
8. Donaubrücke östlich von Wien

enthalten.

Der Investitionsbedarf ist somit doppelt so hoch als vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten in einer Vorschau dargestellt. Eine Erhöhung der Bundesmittel ist daher unumgänglich.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, beim Bund durchzusetzen, daß die jahrzehntelange Benachteiligung der Ostregion gegenüber dem Westen Österreichs im Bereich der Infrastruktur-Straße beendet und eine bedarfsgerechte Finanzierung der dringend notwendigen Vorhaben gemäß dem NÖ Landesverkehrskonzept 1997 für die nächsten Jahre sichergestellt wird."

Soweit zum Resolutionsantrag und ich hoffe, daß Sie mich darin unterstützen.

Das Landesstraßenbauprogramm bewegt sich in einem Ausmaß von 1.143,000.000,- Schilling. Neben den Gemeindewegdotationen, den Erhaltungen und Instandhaltungen sind die wichtigsten Neubauprojekte die Südumfahrung Tulln, die Umfahrung Groß Enzersdorf und die Errichtung von 10 Kreisverkehrsanlagen. Die PGO faßte einen Grundsatzbeschluß, daß an einer Nord-Ost-Umfahrung Wiens weitergeplant und die Frage einer dritten Donauquerung detailliert untersucht wird. Bezüglich des Ausbaues bzw. der geplanten dritten Piste des Flughafens Wien muß man neben den positiven Seiten der Stärkung der Wirtschaftskraft auch die dadurch entstehende Belastung der Bevölkerung wie Lärm und zusätzlicher Verkehr und Aspekte der Umwelt und des Naturschutzes berücksichtigt wissen. Vor Einreichung zur UVP sind folgende schlüssige Konzepte vorzulegen: Wie sieht die Verkehrsanbindung aus? Wie sieht die Lärmbelastung aus? Und stimmen die vorgegebenen Prognosen? Für mich sieht das so aus, daß das Konzept des Ausbaues des Flughafens am Prüfstand steht. Angesichts des prognostizierten steigenden Passagieraufkommens und erwarteter zusätzlicher 13.000 direkter und indirekter Arbeitsplätze ist die Lösung des Verkehrsproblemes umso dringlicher.

Da für mich in jeglicher Handlungsweise ein effektives Controlling immer ein erforderlicher Schritt und sehr wichtig ist, habe ich mir die eingebrachten Resolutionsanträge des Vorjahres angeschaut. Und ich finde sie sehr erfreulich. Es wurde ein Resolutionsantrag eingebracht von den Abgeordneten Hrubesch, Marchat, Muzik, Sacher und Dipl.Ing. Toms. Und zwar, daß der B3-Ausbau, Abschnitt Grafenwörth-Krems im Landesverkehrskonzept mit Priorität 2 auf 1 umgestuft werden soll. Das ist passiert. Die Abgeordneten Preiszler, Muzik, Ing. Eichinger verlangten, daß die Badener Bahn durch den 7,5 Minutenverkehr, daß der Verkehr, der Individualverkehr durch diese Taktverdichtung nicht beeinträchtigt wird. Es wurde mittlerweile eine Änderung der Ampelschaltung eingeführt und eine Verlängerungssonde in der Ketzergasse eingeführt. Somit ist auch dieser Punkt erledigt.

Die Abgeordneten Preiszler und Ing. Eichinger beantragten eine verstärkte Überprüfung von Gefahrengut. Dazu kann ich berichten, daß zum vorhandenen Prüfzug ein kleiner Anhän-

ger angeschafft wurde und daß ein zusätzlicher Chemiker eingestellt wurde. Geplant, aber das ist noch nicht fix, ist die Anschaffung eines Gaschromatographen. Das heißt, man kann auch diesen Punkt abhaken.

Die Abgeordneten Rupp und Haberler verlangten, daß die B17, Ortsumfahrung Sollenau, von der Prioritätsstufe 2 auf 1 umgereiht wird. Und auch diese Umreihung hat stattgefunden. Dieses Controlling habe ich möglicherweise auch in der Hoffnung durchgeführt, daß mein Resolutionsantrag nächstes Jahr hoffentlich mit Ihrer Unterstützung auch positiv erledigt sein wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Waldhäusl. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abg. WALDHÄUSL *(FPÖ)*: Werte Frau Präsidentin! Werte Kollegen des Hohen Hauses!

Auch ich möchte zum Landesverkehrskonzept meine Stellungnahme hier heute anbringen, möchte aber zuvor zum Kollegen Hofbauer ein paar Worte sagen. Er hat - und hier gebe ich ihm völlig recht - richtigerweise erkannt, daß der Straßenbau, die Dotierung dieses Straßenbaues auch deswegen wichtig ist, weil hier Arbeitsplätze gesichert und Arbeitsplätze geschaffen werden. Und, meine Damen und Herren, in der Zeit, in der wir jetzt in verschiedenen Regionen, aber auch in Niederösterreich immer wieder mit dem Problem der hohen Arbeitslosigkeit kämpfen, kann es nur richtig sein, daß hier Bauvorhaben schleunigst abgewickelt werden. Die schon geplant sind, die nur mehr eigentlich kurz vor der Durchführung stehen. Hier kann die öffentliche Hand und soll die öffentliche Hand die Wirtschaft unterstützen. Und darum ist das völlig in Ordnung und richtig.

Wenn Kollege Hofbauer die Bürokratie im Straßenbau angesprochen hat, daß hier in einigen Bereichen auf Grund verschiedener aufgeblähter Maßnahmen, er hat es eben erwähnt, es ist teilweise seiner Meinung nach zu oft eine UVP erforderlich, so muß ich sagen, daß die Bürokratie nicht nur in diesem Bereich eher zu hoch und zu groß gewachsen ist, sondern es ist leider auch so, daß die Bürokratie auch hier im Land insofern sehr, naja, schon ein bißchen emporgestiegen ist. Wenn ich daran denke, daß Bauvorhaben ausgeschrieben worden sind. Sie sind vergeben. Die Firmen warten, daß endlich hier im Land die Unterschrift geleistet wird. Und dann ist es wahrscheinlich dem Landeshauptmann wichtiger, er pendelt durch die Weltgeschichte herum, besucht den Papst etc., aber er verzögert Bauvorhaben.

Ich kann Euch das heute nicht ersparen. Der Landeshauptmann Pröll hat - und ich bin ja draußen bei den Leuten, ich bin mit vielen Baufirmen beisammen, und sie sagen, das kann doch nicht sein, daß es drei Monate nach der Vergabe, wo alles geprüft ist, wo alles in Ordnung ist, daß es drei Monate dauert, bis endlich dann die Unterschrift, bis das Land alles gleistet hat und die Firma zu bauen anfangen kann. Ich weiß, daß man eine Einspruchszeit hat. Das alles ist in Ordnung. Aber es kann nicht so sein, vor Wahlen haben wir eh für alles Verständnis, weil da ist er ja wirklich nur mehr draußen und dort eröffnen einen kleinen Gehsteig, dort eine Kante, dort eine Behindertenauffahrt auf den Gehsteig. Das wissen wir ja, daß er das gerne macht. Aber in der Zeit, wo die Bauwirtschaft, wo das Land jeden Arbeitsplatz braucht, kann es nicht so sein, daß der Landeshauptmann hier verzögert. Und das habe ich heute sagen müssen und ich werde es immer wieder sagen, weil es richtig ist. Weil es von Leuten am Bau, weil es von Baufirmen bestätigt wird.

Zum Kollegen Fasan: Eigentlich möchte ich hier wirklich nicht lange eingehen. Herr Kollege! Sie sagen, daß der Straßenbau zu hoch dotiert ist, der öffentliche Verkehr sollte mehr gefördert werden. Ich bin der Meinung, daß der Straßenbau im Interesse der Bevölkerung, der vielen Pendler, die wir leider Gottes in diesem Land haben, sehr wohl so dotiert sein soll, aber auch gleichzeitig der öffentliche Verkehr. Natürlich gehört dieser Verkehr auch dementsprechend gestärkt. Es kann ja nicht so sein, daß ich nur sage, entweder das eine oder das andere. Wir Freiheitlichen stehen hier natürlich zu beiden.

Und da war dann so ein kleiner Konflikt, den habe ich da miterlebt, weil es wirklich lustig war, über die ÖBB, wo der Kollege Hofbauer vorgeworfen hat, daß ein Manager von der ÖBB eigentlich da nicht ordentlich gearbeitet und er verzögert. Dann hat wieder die ÖVP zurückgegeben, da gibt es einen schwarzen Manager, der hat auch... Eigentlich war das für mich lustig, die Bestätigung dieses Proporzsystems in dem Land. Im Grund genommen sitzen zwei unfähige Manager, ein roter, ein schwarzer, weitergebracht wird nichts. Und auf der Strecke bleiben die Pendler. Und so schaut es aus in dem Land. Also Ihr habt Euch heute wirklich ein schönes Zeugnis ausgestellt, Armutszeugnis sagt man bei uns zu Hause für das. Und ich freue mich, daß das auch protokolliert ist, wie der Proporz und leider Gottes auf Kosten der vielen Pendler hier in diesem Lande

hier vor sich geht. Heute einmal von Euch selbst dargelegt. Danke schön für diese Ausführung.

Den Semmering-Tunnel möchte ich nur ganz, ganz kurz streifen, weil da heute so davon gesprochen worden ist, daß eigentlich das schon immer ein Thema der ÖVP war. Ich kann mich noch erinnern in meiner Tätigkeit als Bundesrat, wo eigentlich schon lange die Landesgruppe hier als vehementer Gegner dieses Tunnels aufgetreten ist. Und ich habe auch noch in meiner Tätigkeit als Bundesrat im Parlament einen Antrag gestellt, wonach auf Grund der Vorkommnisse im Sondierstollen hier ein sofortiger Baustopp hätte vor sich gehen sollen. Ich habe den Antrag gestellt auf sofortigen Baustopp auf Grund des Wassereintrittes etc. Und bei diesem... *(Unruhe bei Abg. Kautz.)* Zur gleichen Zeit, Kollege, hat auch der Landeshauptmann Pröll dazumals noch, hat ja auch gesagt, ja, unbedingt ist ein Baustopp erforderlich. Daß man von der SPÖ diesbezüglich eigentlich nichts erwarten hat können, habe ich ja gewußt. Aber auch zu diesem Zeitpunkt wurde dieser Antrag, und man hört, auch von der ÖVP abgelehnt. Sogar zu diesem Zeitpunkt war die ÖVP, die niederösterreichischen Abgeordneten, die vom Landtag entsandten Bundesräte noch für einen Semmering-Tunnel. Aber kurz vor der Wahl haben sie die Kurve dann gekratzt und sie haben dann geglaubt... *(Abg. Muzik: Herr Kollege, wir Sozialdemokraten sind in diesem Hause immer für den Ausbau des Tunnels gewesen! Und dem können Sie nicht widersprechen!)* Wenn Sie genau aufgepaßt hätten, wüßten Sie ja, was ich gesagt habe. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Aber hören tun Sie schlecht. Bitte, es gibt zwei Möglichkeiten. Sie tratschen nicht immer mit dem Nachbarn, dann hören Sie es auch. Ich habe, Herr Kollege... *(Heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Herr Abgeordneter Waldhäusl, Sie sind am Wort.

Abg. WALDHÄUSL *(FPÖ)*: Ich habe hier gesagt, auf Grund der Vorkommnisse sofortiger Baustopp des Sondierstollens. Und daß wir natürlich sowieso gegen den Tunnel sind, ist ja ganz klar. Und die SPÖ ist für den Tunnel gewesen. Nur zu diesem Zeitpunkt hat die ÖVP auch noch für den Tunnel gestimmt. Und das habe ich aufgezeigt. *(Beifall bei der FPÖ.)*
Zu diesem Zeitpunkt haben die Bundesräte der NÖ Volkspartei eigentlich noch eine ganz andere Meinung gehabt. Aber Gottseidank, heute schon oft gefallen, man kann ja gescheiter werden.

Zu den Straßenbauvorhaben, ich möchte nur ganz kurz erwähnen das Problem, das wir gehabt haben, Wolkersdorf-Umfahrung, neben Großebersdorf. Hier ist leider Gottes etwas passiert, was eigentlich niemand mehr verstanden hat. Kein einziger derjenigen, die dort sich täglich über die Straße quälen. Kein einziger derjenigen, die dort wohnen und das ertragen müssen. Und auch keiner von denen, die dort von einer Baufirma als Arbeiter auf dem Bau gestanden sind. Sie haben gearbeitet und sind von einem Tag auf den anderen dann dort abgezogen worden, haben die Baustelle verlassen müssen. Das, meine Damen und Herren, hat niemand verstanden. Und hier kann ich auch wieder einmal, es ist ganz einfach der Landeshauptmann Pröll, der hier der Chef ist mit seinem Hofratsteam. Da kann ich Ihnen den Vorwurf nicht ersparen. So etwas darf nicht sein und kann nicht sein, daß man sich darauf verläßt. Es ist immer gut gegangen der Einspruch, es wird diesmal auch gut gehen. Wenn jeder Häuslbauer heute so plant, baut er ins Grünland ein Haus und sagt, ich warte halt ab, was passiert. Und was ist dann? Dann muß er es wegreißen. Dieser kleine Häuslbauer kann sich das nicht leisten. Unser Landeshauptmann leistet sich so etwas und verursacht dadurch enorme Kosten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Baufirmen, das ist ja nicht so, daß die Baufirmen dann nur aufgehört haben. Das ist ein juristisches Problem. Diese Baufirmen haben einen Vertrag gehabt, dieser Vertrag ist einseitig vom Land gekündigt worden. Ich kenne Leute aus der Baufirma. Meine Damen und Herren! Schauen Sie sich jetzt einmal an, was das an Kosten verursacht hat, weil die Baufirmen haben ja Betriebsentgang, Gewinnentgang und, und gefordert, richtigerweise natürlich. Das ist ja ein Wahnsinn, was da passiert ist. Und gleichzeitig brauchen wir unbedingt die Arbeit, weil wir doch so viele Arbeitslose haben in dem Land. Und gerade im Baubereich waren wir froh, wie im Frühjahr endlich auf Grund der Bautätigkeit die Arbeitslosenzahl ein bißchen gesunken ist. Also da, meine Damen und Herren, von Pröll abwärts über Stipek etc., die Hofratsriege, alle Anwesenden haben hier versagt. Die haben aber wirklich jämmerlich versagt. Und auf Kosten der Bürger.

Ortsumfahrung Mörtersdorf, das nächste Problem. Auch hier endlich eine Ortsumfahrung, die im Bau ist, wo die Trasse ausgeschoben worden ist. Und da gibt es wieder das Problem der Einsprüche bei der Vergabe. Eine Firma macht einen Einspruch, Landesschlichtungsstelle, geht zur Bundesschlichtungsstelle, geht wieder zurück zur Landesschlichtungsstelle. Und die Firmen, die warten wie ein Bissen Brot auf die Arbeit, meine Damen und Herren. Und was ist? Zuerst haben

sie geglaubt, na gut, es ist die Wahl, sie werden keine Zeit haben. Ich weiß nicht, sind die Beamten mit dem Pröll auf Wahlwerbung oder sonst irgendetwas? Es passiert nichts, meine Damen und Herren. Und das ist ein Zustand, der unerträglich ist in diesem Land. *(Unruhe im Hohen Hause. – Beifall bei der FPÖ.)*
Und darum fordern wir Freiheitlichen, daß rasch gehandelt wird, wenn es möglich ist und eben nach diesen Einspruchsverfahren hier endlich vergeben wird. Daß endlich im Interesse aller hier es zu einer Handlung und zu einer positiven Handlung aller Beteiligten kommt.

Und wir bringen auch heute einen Antrag ein, der, es ist ja im Landesverkehrskonzept nicht nur, weil ich jetzt davon gesprochen habe von Mörtersdorf. Es ist ja, wenn man vom oberen Waldviertel nach Wien fährt, gibt es ja im Landesverkehrskonzept das auch schon drinnen, zwei Ortschaften, Mold und Ziersdorf sind in der Realisierungsphase mit 1a und Maissau und Seitzersdorf-Wolfpassing noch in der Planungsphase mit 1b. Aber auch dort sollte es wirklich rasch passieren. Ich sage es deswegen, weil wir gerade hier im oberen Waldviertel wirklich eine hohe Arbeitslosenrate haben. Und diese Leute müssen in die Bundeshauptstadt pendeln. Leider Gottes. Und für diese Pendler ist es wirklich unerträglich, hier sich diesem doch Verkehrsdruck auszusetzen. Es gibt dort immer wieder sehr viele Unfälle.

Und eines müßte in diesem Zuge auch passieren: Daß diese Bundesstraße, die von oben nach Wien, B5, B4, auch zumindest auf eine dritte Spur ausgebaut wird. Es gibt ja da schon Überlegungen von Klubobmann Koczur, der sogar eine Spur weiter gegangen ist und hier schon seit längerem eine Autobahn ins Waldviertel verlangt. Ich bin der Meinung, daß diese Autobahn momentan eher den Verkehr noch anziehen würde bzw. ungleich teurer wäre. Und ich wäre schon einmal zufrieden, wenn wir hier eben diese Ortsumfahrungen so rasch wie möglich, und dann vor allem diese dritte Spur hätten. Darum stellen wir diesen Antrag *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Waldhäusl und Mayerhofer zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Verbreiterung der B4 und B5 sowie dringend notwendige Ortsumfahrungen.

Auf Grund der wirtschaftlichen Situation im nördlichen Waldviertel sind viele Landesbürger dieser Region gezwungen, in den Großraum Wien zu pendeln. Vor allem die starke Frequenz des Schwerverkehrs und von landwirtschaftlichen Maschinen führt zu unüberlegten Überholmanövern und in der Folge zu tragischen Verkehrsunfällen. Es erscheint daher sinnvoll und gerechtfertigt, die bestehende B4 und die B5 raschest auf drei Spuren zu verbreitern um den Blutzoll so gering wie möglich zu halten und gleichzeitig die Ausgaben in einem erträglichen Rahmen zu halten. Die Errichtung einer Autobahn wäre unvergleichlich teurer.

Aus diesen Gründen sind auch Ortsumfahrungen bei Mold, Maissau, Ziersdorf, Seitzersdorf-Wolfpassing sowohl aus sicherheitstechnischen Gründen als auch zur Entlastung der in diesen Orten lebenden Bevölkerung raschest in Angriff zu nehmen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegrüdung im eigenen Wirkungsbereich und durch intensivierte Verhandlungen mit dem Bund Maßnahmen zu setzen, um die in der Antragsbegründung angeführten Projekte ehebaldigst zu realisieren.“

Meine Damen und Herren Kollegen des Hohen Hauses! Im Interesse der betroffenen Pendler, glaube ich, daß hier wirklich eine Zustimmung über die Parteigrenzen hinweg erforderlich wäre. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Gebert.

Abg. GEBERT *(SPÖ)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Wenn man das NÖ Landesverkehrskonzept, die Studie bzw. die Planungsunterlagen der PGO und nicht zuletzt den Abschlußbericht des von den Landtagen Niederösterreich, Wien und Burgenland eingesetzten Arbeitsausschusses betrachtet, so kann man, glaube ich, schon sehr objektiv sagen, daß der Schwerpunkt der NÖ Verkehrsprobleme in der Ostregion bzw. in der Region im Wiener Umland liegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde heute schon sehr viel in diese Richtung gesagt. Gestatten Sie mir deshalb, daß ich in dieser Budgetdebatte auch zu diesem Bereich Stellung nehme. Das Hauptproblem der Ostregion

ist, wie schon gesagt worden ist, der tägliche Verkehr. Und zwar der Personenverkehr, der Pendlerverkehr, Ausflugsverkehr und schließlich auch der überregionale Güterverkehr. Die Lösung des Transitverkehrs in West- und Ostrichtung, aber auch in Nord- und Südrichtung zählt in dieser Region zu den eigentlichen großen Herausforderungen, meine Damen und Herren. Es herrscht, glaube ich und das möchte ich schon sagen, allgemeine Übereinstimmung, daß der Personenverkehr in dieser Region vorrangig natürlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu bewältigen wäre. Aber dem ist nicht so. Der öffentliche Verkehr allein kann es nicht sein. Wenn Sie das Verkehrschaos betrachten, das wir täglich auf der Südautobahn haben, das Verkehrschaos an der Südosttangente, den Ausweichverkehr in die umliegenden Gemeinden, so muß man natürlich dem Straßenverkehr, dem Individualverkehr ebenfalls das gleiche Augenmerk zuwenden. Und was den Personenverkehr, also den öffentlichen Verkehr betrifft, so hat in der Ostregion der VOR, also der Verkehrsverbund eine wichtige Aufgabe. Ich meine, er ist ein wichtiges Instrument. Linienführung, Intervalldichte und teilweise aber auch der Fuhrpark könnte verbessert werden und wäre sicherlich hier noch zu erweitern. Also wie gesagt, der VOR hätte in dieser Funktion, in der Koordinierung des öffentlichen Personenverkehrs gerade im Wiener Umland in der Region Ost eine große Aufgabe.

Für den Großraum Wien bietet sich, was den Güterverkehr betrifft, ein Güterverkehrszentrum in Wien-Inzersdorf, beim Alberner Hafen und in Süßenbrunn an. Aber ich glaube, meine Damen und Herren, die künftige wirtschaftliche Entwicklung der Region wird daher sehr stark von der Qualität der internationalen Verkehrsverbindungen abhängen. Und ich glaube, hier wird Wien als TEN-Knoten eine große Rolle übernehmen müssen. Dieser TEN-Knoten Wien ist wichtig und von großem Interesse. Ich möchte daher zusammenfassend sagen, daß folgende Maßnahmen, folgende Verlagerung des öffentlichen Verkehrs vorrangig sind und raschest umgesetzt werden sollten. Ich meine in erster Linie der Ausbau des S-Bahn Konzeptes, wie es im wesentlichen die PGO festgelegt hat. Aus meiner Sicht darf ich erwähnen, es wurde auch schon gesagt, die S7, zweigleisig bis zum Flughafen. Hier teile ich die Kritik der Frau Kollegin Roth, daß wir in Niederösterreich relativ schon weit sind, aber in Wien sehr wenig gemacht wird. Ich glaube auch, daß diese Preßburger Linie, wenn ich so sagen darf, die S7, weiter fortgesetzt werden muß bis in Richtung Hainburg und darüber hinaus bis Preßburg. Dies wäre sehr wichtig für die Pendler. Aber auch der Ausbau der S2 ist sehr wichtig für eine bessere Verbindung Gerasdorf-Mistelbach nach Laa a.d. Thaya, und schließlich auch die S80.

Ich glaube, wir sollten auch nicht vergessen, daß der Flughafen zwar mit der S 7 in den nächsten Jahren bessere Intervalle bekommt, aber der Flughafen muß an eine internationale Bahnverbindung angebunden werden. Und hier wäre es auch wichtig, Überlegungen bezüglich einer Hochleistungsbahn zum Flughafen bzw. über den Flughafen in den Süden aber vielleicht auch nach Preßburg anzustellen.

Immer wieder gehen die Diskussionen auch in die Richtung, daß die U-Bahn in Wien jeweils verlängert wird. Ich glaube, realistisch wäre die Verlängerung der U6 nach Mödling. Für weniger realistisch halte ich eine Verlängerung der U3 in Richtung Schwechat. Wenn die S7 ausgebaut wird und in einen 10-Minutentakt sehr viel investiert wird, wird es kaum möglich sein, auch diese U-Bahn-Verlängerung zu erreichen, zumal wir in Niederösterreich den Wienern wahrscheinlich ein Angebot machen müßten. Das wäre an und für sich wahrscheinlich die Voraussetzung, daß man überhaupt darüber verhandeln kann.

Ich glaube, wichtig im Personenverkehr, im öffentlichen Verkehr ist der geplante Ausbau der Park and ride-Plätze. Hier gibt es eine Aufstellung und eine Bedarfsmeldung im Landesverkehrskonzept. Nahezu 5.000 solcher Plätze fehlen noch. Und hier glaube ich, daß man auch die Finanzierungsmodelle neu überlegen sollte, und vielleicht auch in Verbindung mit der Stadt Wien. Der Herr Verkehrsstadtrat Svihalek ist da immer sehr gesprächig in der Richtung. Hier könnte man auch fragen und verlangen, daß Wien sich daran beteiligt, ich würde sagen, als Gegenmaßnahme zu dieser berühmten „Parkpickerlaktion“ in Wien.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß der Straßenverkehr wichtig ist und daß wir nicht hinwegkommen über gewisse Ergänzungen, die heute schon besprochen worden sind. Daß diese unvermeidbar sind und daß wir hier sehr wohl dafür eintreten müssen. Damit meine ich in erster Linie - und ich bekenne mich dazu - die Verbindung zwischen der A2 und der A4, also das bereits angesprochene heiße Eisen Wiener Südrandstraße. Aber auch die B 302 als Umfahrung von Gerasdorf-Seyring und eine Weiterführung in Richtung Korneuburger Autobahn wäre wichtig. Weil ich glaube, daß es auch eine Nordumfahrung von Wien geben sollte zur allgemeinen Entlastung des gesamten Wiener Umlandes. Und gegebenenfalls - und ich habe das schon einmal gefordert und ausgesprochen, auch gibt es Überlegungen

bei der PGO - gegebenenfalls sollte eine weitere Donauquerung flußabwärts der Wiener Praterbrücke erfolgen. Der Verkehr auf der Praterbrücke ist jetzt schon sehr stark und könnte später bei einem Vollausbau kaum bewältigt werden.

Wichtig sind, und das hat die Kollegin Roth auch schon angeschnitten, zur Entlastung des enorm gestiegenen Verkehrs in den im Süden liegenden Gemeinden die geplanten Umfahrungsstraßen. Ich kann hier genau aufzählen: Achau, Leopoldsdorf, Maria Lanzendorf, Himberg und Zwölfaxing. Dies bedeutet eine zwingende Notwendigkeit. Und wenn man das gesamte Umland und den Bezirk Wien-Umgebung sieht, so gehört, auch schon angesprochen, die Frage oder die Lösung des Martinstunnels in Klosterneuburg dazu. Und im Einvernehmen mit der Frau Kollegen Vladyka weiß ich, daß der Bezirk Bruck natürlich auch hier mit hineinspielt. Ich glaube, wir sollten langfristig die Frage Hainburg lösen. Ich weiß nicht genau, ob die Tunnelfrage finanziell und überhaupt gelöst werden kann. Aber auf jeden Fall sollte es über die B50, A4 eine Entlastung geben. Und vor allen Dingen sollte weitgehend dort, wo Ortsbereiche betroffen werden, auf der B9 ein Lkw-Fahrverbot verordnet werden.

Wir haben heute, meine Damen und Herren, heute schon eine heiße Debatte gehabt über die B 301. Die Frau Kollegin Roth, die ja in der Verkehrspolitik mit mir sehr gemeinsam geht, hat hier klar festgestellt, daß die Grünen hier vorspiegeln, ein Protest der Gemeinden sei eine generelle Ablehnung der B 301. Ich glaube, heute kann man feststellen, die Einleitung des UVP-Verfahrens für die B 301 ist grundsätzlich zu begrüßen. Aber die Trassenführung, wie sie die ÖSAG als planende Gesellschaft hier vorschlägt, ist eigentlich nicht so, wie sie die Gemeinden sich wünschen. Das heißt, sie sollte wirklich umweltgerecht sein. Dort, wo Siedlungsgebiete sind, sind keine Tieflagen zum Beispiel vorgesehen. Es fehlen Lärmschutzmaßnahmen usw. Es ist tatsächlich nur ein Asphaltband durch die Landschaft und es ist eine Billigvariante. Daher, meine Damen und Herren, gebe ich recht, wenn drei Gemeinden hier konkret einen Einspruch erhoben haben, und diese Dinge nun planlich nachverhandelt werden müssen. Und die Einwände der Gemeinden, die sich wirklich nicht grundsätzlich gegen die B 301 aussprechen, diese Einwände sollten auch berücksichtigt werden.

Knackpunkt bei der B 301, auch das wurde bereits gesagt, ist nach wie vor die geplante Ausführung des sogenannten Rannersdorfer Tunnels in Schwechat. Um nicht 22 Wohnhäuser abreißen zu müssen, monatliche Verkehrsstauungen und eine lange Baustelle hier zu haben sollte dieser Tunnel in einer bergmännischen Variante gebaut werden. Dies ist eine Forderung der Stadtgemeinde Schwechat. In der UVP-Planung der ÖSAG ist diese Variante nicht vorgesehen. Der zuständige Minister Dr. Farnleitner ist auch nicht bereit, und da haben auch Aussprachen nichts genützt, die Mehrkosten, die zu verantworten wären meiner Meinung nach, hier zu übernehmen. Die ÖSAG plant nach wie vor die „seichte Ausführung“, das heißt Abriß von 22 Häusern, Baustelle, Chaos. Ich glaube, infolge dieser Einsprüche, die nun von der Stadtgemeinde Schwechat gekommen sind, kommt es zu einer Verzögerung. Und diese Verzögerung bringt natürlich mit sich, daß sich die Kosten erhöhen und eigentlich diese Mehrkosten sich durch die Verzögerung wieder aufheben. Und daher bin ich eigentlich froh, daß Herr Landeshauptmann Dr. Pröll als Verkehrsreferent der Gemeinde Schwechat zugesagt hat, ihre Forderungen zu unterstützen. Und er hat es auch mir gegenüber in einer Anfragebeantwortung hier im Landtag bestätigt. Und auch ich, liebe Frau Kollegin Roth, habe vor zwei Jahren schon einen Resolutionsantrag in diese Richtung hier eingebracht. Und ich darf sagen, das, was ich damals gefordert habe ist fast ident mit dem was ich heute hier sage. Ich hoffe, daß es nicht so lange dauern wird, noch zwei Jahre, wenn über Ihren Antrag nächstes Jahr berichtet wird, daß eine Erledigung leider noch aussteht. Also ich hoffe, daß dieser Resolutionsantrag, der heute hier vorliegt und den ich voll unterstütze, wirklich in der nächsten Zeit realisiert werden kann. Und ich glaube, es liegt im Interesse des Landes, daß in dieser Angelegenheit nun endgültig etwas weitergeht. Konzepte, Gespräche, Diskussionen hat es genug gegeben, daher glaube ich, nochmals einen Appell von diesem Rednerpult aus machen zu müssen. Der Herr Landeshauptmann ist jetzt wirklich aufgefordert tätig zu werden. Ich glaube, ein klärendes Gespräch mit allen Beteiligten und vor allen Dingen mit dem Minister Dr. Farnleitner, der es eigentlich in der Hand hat, hier die Entscheidungen zu treffen, ist unbedingt notwendig.

Soweit zum Verkehr, Straßenverkehr und öffentlichem Verkehr. Aber in unsere Region, meine Damen und Herren, fallen auch zwei Großprojekte, die ebenfalls in der Debatte schon angeschnitten wurden. Wirtschaftlich potente Großprojekte, die, wenn sie zum Tragen kommen, sehr stark auf die Verkehrssituation im südlichen Wiener Umland sich auswirken würden. Ich meine erstens einmal diese Magna-Kugel des Herrn Stronach, die auf Grund der Konzeption zusätz-

lichen Individualverkehr im Bereich der Bezirke Baden, Mödling und sogar, glaube ich, bei uns in Schwechat verursachen würde. Trotz aller wirtschaftlichen Aspekte ist hier meiner Meinung nach größte Vorsicht am Platze. Vor einer Umwidmung ist in erster Linie einmal eine Raumverträglichkeit zu prüfen. Und vor allen Dingen: Wenn man das realisiert, dann müssen wir auch Konzepte haben, wie wir dort die Verkehrsinfrastruktur bewältigen können.

Und das zweite Projekt, auch schon angeschnitten, ist der Ausbau des Flughafens Wien-Schwechat nach der sogenannten Masterplanung 2015, die vor kurzem vom Vorstand der Flughafen-AG präsentiert wurde. Demnach sollen, um hier einige Zahlen zu nennen, bis zum Jahr 2015 die Passagierzahlen von derzeit rund neun Millionen auf 25 Millionen und die Flugbewegungen sogar auf 315.000 steigen. Und auch das Frachtaufkommen ist mit 441.000 Tonnen prognostiziert. Der Ausbau sollte in mehreren Bauetappen folgen. Und zwar neue Abfertigungsterminals, Bürogebäude, Frachtgebäude und schließlich schon 2010 - ursprünglich hat es geheißen 2015 - der Bau einer dritten Piste. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Ausbau ist natürlich ein tiefer Einschnitt in die Struktur dieser Ostregion. Nicht nur in unserem Bezirk. Er wirkt sich in der gesamten Region aus. Voraussetzung ist natürlich, daß bis dorthin auch die Verkehrsinfrastrukturprojekte verwirklicht worden sind und vor allen Dingen für den Flughafen dann auch zur Verfügung stehen. Ich meine hier die Flughafenbahn, ich meine die Südrandstraße usw.

Obwohl durch diesen Expansionsschub, möchte ich sagen, voraussichtlich tausende Arbeitsplätze geschaffen werden können, beeinträchtigt dieses „Jahrhundertprojekt“, aber auch die Lebensqualität. Die Lebensqualität der Menschen in unserer Region, insbesondere in den betroffenen Gemeinden. Und hier hat es bereits Protestversammlungen gegeben, aber auch Aktionen. Als einer, der in dieser Region politisch verantwortlich ist, sage ich, daß dabei Chancen und Gefahren abzuwägen sind. Die Entscheidungsgrundlagen reichen meiner Meinung nach derzeit nicht aus, um jetzt schon eine genaue Wertung vorzunehmen. Und ich meine nur, ohne Zustimmung der betroffenen Bürger - und das betrifft eigentlich alle diese Großprojekte - ohne Unverträglichkeitsprüfung kann hier nicht entschieden werden, meine Damen und Herren.

Und wenn ich eingangs erwähnt habe, die räumlichen wirtschaftlichen Verflechtungen in der Region Wien-Umland sind sehr intensiv geworden, so möchte ich sagen, sie werden sich noch verstärken. Sie werden im höchsten Maße die gesamte Siedlungsstruktur beeinflussen, das Verkehrsgeschehen, alle Bereiche. Und zwar in unserem Bezirk, in dieser Region interessanterweise auf allen Ebenen. Nämlich auf der Straße, der Bahn und sogar in der Luft. Und daher ist es, glaube ich, notwendig, daß wir im Rahmen der NÖ Verkehrspolitik, im Rahmen der NÖ Raumordnungspolitik die Entwicklung in der Ostregion peinlichst genau beobachten. Und dann Maßnahmen treffen. Und es sollen die richtigen Maßnahmen sein. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, bitte ich, meine Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Roth.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort ist Herr Abgeordneter Hintner gemeldet.

Abg. HINTNER *(ÖVP)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich kann mich den Ausführungen meiner Vorredner und Vorrednerinnen aus dem Kreis der ÖVP- und SPÖ-Fraktion nur anschließen und dadurch schon einmal zehn Minuten meiner Rede einsparen.

Ich möchte allerdings noch die Aufmerksamkeit im Detail auf den schon viel zitierten „Speckgürtel“ lenken. Dieser Speckgürtel, der in konzentrierter Art und Weise etwa im Bezirk Mödling vorhanden ist. In einer allgemeinen Betrachtung muß man sagen, daß die Verkehrspolitik eine zweischneidige Angelegenheit ist. Dort, wo etwas los ist, wo die Wirtschaft blüht und sich die Menschen gerne niederlassen, ist das Verkehrsaufkommen stark und wird als Belastung empfunden. In strukturschwächeren Gebieten ist das Verkehrsaufkommen naturgemäß geringer, die mangelnden Verkehrsmöglichkeiten werden hier als Belastung empfunden. Und deshalb an dieser Stelle ein klares Bekenntnis zur Straße als Mittel zur Lösung auch der Verkehrsproblematik.

Zu den vom Individualverkehr am meisten betroffenen Gebieten gehört zweifelsohne die Region südlich von Wien. Und vieles, was sich hier im Bereich des Individualverkehrs abspielt, ist hausgemacht. Wenn der Bezirk Mödling fast 3 Pkw pro Haushalt zählt und sich Vater, Mutter, Kind innerhalb von 15 Minuten ins jeweils eigene Auto setzen und womöglich von ihren Zielorten nicht einmal einen Kilometer getrennt sind, bedarf es keines Osttransits oder Güterverkehrs mehr, damit es regelmäßig zum Verkehrsstillstand kommt. Und ich darf da nur ergänzen, was bemerkenswert ist: Daß nämlich im Bezirk Mödling nur 19 Prozent der Bevölkerung öffentliche Ver-

kehrsmittel in Anspruch nehmen, 80 Prozent bedienen sich des Autos. Und daß sich diese Entwicklung, obwohl wir im Bezirk Mödling gut ausgebaute öffentliche Verkehrsmöglichkeiten haben, diese Entwicklung sich im Bereich Wr. Neustadt fast umdreht. Also das heißt, anscheinend hat die Nähe zur Bundeshauptstadt Wien, wenn man dort hinfahren muß, die Bequemlichkeit nichts zu tun mit der Bewußtseinsschaffung, daß ich auch aufs öffentliche Verkehrsmittel umsteige.

Die Zahlen, sie wurden schon oft genannt, belegen es eindeutig: Alles in allem rollen zwischen 140.000 und 150.000 Fahrzeuge über die Südosttangente von oder nach dem Süden fahrend. Und eine mathematische Zahlenspielerei des „NÖ Kurier“ hat ergeben, daß allein in den vergangenen zehn Jahren 450 Millionen Fahrzeuge in Richtung Südosttangente fuhren. Aneinandergereiht bedeutet dies eine fast 1,8 Millionen Kilometer lange Autoschlange, fast fünfmal die Entfernung zwischen Erde und Mond. Bei allem Verständnis für das Transitaufkommen unserer Tiroler Freunde - und wir haben auch diese Zahlen hier schon genannt, im Bereich Matrei 23.000, 24.000 Fahrzeuge - schneiden sie im Gegensatz zu uns bescheiden ab. Und so brauchen wir auch keine tausend Demonstranten, um einen Verkehrsinfarkt herzustellen. Es genügen ein bis zwei defekte Lkw, damit es auf der Bundesstraße 17 oder auf der Südautobahn heißt: Nichts geht mehr.

Trotz der immensen Verkehrsbelastung der Südregion scheint aber ihre Attraktivität ungebrochen. Frei nach dem Motto, Wo Tauben sind, fliegen Tauben zu, siedeln sich Gottseidank noch immer zahlreiche Betriebe und Menschen in der Südregion an. Diese Attraktivität tritt aber nicht nur durch das Verkehrsaufkommen zutage, sondern auch in der wirtschaftlichen Leistungskraft. Mit mehr als 16 Milliarden Schilling an den Fiskus trägt Mödling fast ein Drittel des niederösterreichichen Steueraufkommens. Diese Zahl macht jedoch klar, daß die Bevölkerung Lösungen der Verkehrsproblematik von der Politik einfordert, sie geradezu erwartet. Und hier ist vor allem der Bund gefordert, finanzielle Lösungen mitzutragen. Aber auch bitte Verbesserungen in bezug auf den Verkehrsverbund Ostregion bei den Zonengrenzen. Es ist ja wirklich nicht einzusehen, warum die Zonengrenze Wien bei Vösendorf endet, aber bei Vösendorf/SCS fängt eine zweite Zone an. Es ist nicht einzusehen, daß man, wenn man aus Gaaden in die Bezirkshauptstadt Mödling kommt, bitte, zwei Zonentarife zahlen muß. Also hier ist noch einiges zu tun. Und ich glaube, es ist zu einfach, wenn man dann sagt, naja, sämtliche Verbesserungen müßten Gemeinde oder Land tragen. Sondern ich glaube, speziell hier bei diesem leistungsstarken Bezirk ist auch der Bund gefordert.

Einer der wesentlichsten Ansätze ist die Reduzierung des Individualverkehrs. Mit der Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel, aber auch der Bewußtseinsschaffung, kürzere Wege entweder mit dem Fahrrad oder zu Fuß zu bewältigen, könnte es schon zu einer erheblichen Entlastung unserer Straßen kommen. Also das heißt, fünf bis zehn Minuten zu Fuß sind wirklich zumutbar, um zu öffentlichen Verkehrsmitteln zu kommen. Und damit es nicht vielleicht heißt, naja, der steht dort oben, predigt Wasser und trinkt Wein, darf ich bei diesen Gelegenheiten immer meine Jahreskarte der VOR-Betriebe herzeigen. Auch Umweltticket, sämtliche Sachen, die ich selbstverständlich auch in Ausübung meines Berufes in Anspruch nehme. *(Abg. Hintner zeigt genannte Beispiele.)*

Im Sinne des Leitbildes des NÖ Landesverkehrskonzeptes „Vermeiden, Verlagern, Verbessern, Fördern“ wurden bereits wesentliche Akzente gesetzt. Ich spare jetzt wiederum ein paar Minuten meiner Rede ein, weil die Sissy Roth diese schon genannt hat. Im länderübergreifenden Bereich zwischen Wien und Niederösterreich wird intensiv an öffentlichen Verkehrslösungen gearbeitet. Wir haben ja einiges schon hier gehört. Der Herr Kollege Gebert hat ja auch bereits angesprochen die vieldiskutierte Verlängerung von U-Bahnlinien nach Niederösterreich. Natürlich eine Sache, die ich mir auch wünschen würde. Sie kennen ja auch die nunmehrige Diskussion um die *cable-liner*. Aus der Sicht der schnelleren Machbarkeit bzw. auf Grund der Kosten würde ich dem *cable-liner* eher den Vorzug geben. Ich möchte nur zwei Zahlen gegenüberstellen: Im Bereich Siebenhirten bis Bereich Vösendorf/SCS würde etwa die U-Bahn zwischen drei, vier Milliarden Schilling kosten, wurde errechnet. Ein *cable-liner* würde in diesem Bereich auf etwa 160 bis 180 Millionen Schilling kommen. Noch dazu glaube ich auch mit den schlagbaren Argumenten, österreichische Technologie, österreichische Arbeitsplätze. Und vor allem zusätzlich eine Attraktion für Touristen, die sich auch hier in unserem Gebiet aufhalten.

Zudem werden auch verstärkt Park and ride-Anlagen in Angriff genommen, haben wir ebenfalls gehört. Und mich freut es natürlich, daß eines der größten Projekte im Großraum Wien, das Parkdeck Mödling mit 540 Stellplätzen auch projektiert ist. Bezüglich des Straßenbaues haben wir die Projekte gehört. Zukünftige Baumaßnahmen

mit höchster Priorität, die jetzt noch nicht in Angriff genommen worden sind im Bereich des öffentlichen Verkehrs sind der Vollausbau der Pottendorfer Linie zur Entlastung der Südbahn. Im Bereich des Straßenverkehrs der vierte Fahrstreifen auf der A2 in beiden Richtungen vom Knoten Vösendorf bis zum Knoten Guntramsdorf, weiters Ortsumfahrungen im Südraum.

Das Land Niederösterreich wird auch mit dem kommenden Budget der exponierten Verkehrssituation im Süden Wiens Rechnung tragen. Jede verkehrsentlastende Maßnahme wird aber nur dann greifen können, wenn die angebotenen öffentlichen Verkehrsmittel auch benutzt, unnötige Wege mit dem Kraftfahrzeug vermieden und die Verkehrspolitik im Sinne der Lebensqualität und Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs weiter vorangetrieben wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Lassen Sie mich vorab auf einige Wortmeldungen eingehen, die jetzt im Laufe dieser Diskussion gefallen sind und die eine ganz kurze Replik verdienen. Vielleicht ganz kurz zu Beginn: Wenn der Herr Abgeordnete Ing. Hofbauer darauf verweist, daß er so viel länger schon hier im Landtag sitzt als die Grünen, dann mag das vielleicht für ihn und manche Kollegen, die ebenfalls schon gleich lange da sind erklären, warum manchmal die Argumentation zu Sachen der Verkehrspolitik an jene erinnert, die wir eigentlich gedacht haben, vor 20 Jahren abgehakt zu haben. Ich darf an die Adresse des Herrn Abgeordneten Rupp eine Information schicken, die ihm entgangen sein dürfte: Die österreichischen Grünen treten dezidiert gegen eine Erhöhung des Benzinpreises ein, weil das in einem Land wie Österreich keinen Sinn macht. Und ich weiß nicht, woher Sie diese Information von 30,- Schilling bezogen haben.

Der zweite Punkt: Wenn der Herr Abgeordnete Gebert sagt, er würde die Bevölkerung der Region bei Großprojekten, wie sie im Süden von Wien, aber vielleicht auch mit der dritten Piste am Flughafen geplant sind, vorher befragen oder eine Zustimmung sich wünschen, dann würde ich diese Forderung eindeutig unterstützen. Und wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie auch für beide Großprojekte, Flughafen wie Erlebniswelt, eine Umweltverträglichkeitsprüfung eingemahnt. Auch das würden wir begrüßen und unterstützen. *(Unruhe bei Abg. Roth.)* Zur Stronach-Kugel gibt es keine Umweltverträglichkeitsprüfung.

Zum Herrn Abgeordneten Hintner nur eine kleine Anmerkung: Ich glaube nicht, daß man auch nur einigermaßen legitim die Meinung vertreten kann, daß Mödling nicht unter fehlenden Verkehrsmöglichkeiten leidet. Schon in dem Moment, wo aus dem Umland von Mödling man nach Mödling oder dann gar nach Wien oder woanders hin kommen will, wird es mit öffentlichen Verkehrsmitteln manchmal sehr, sehr unbequem, insbesondere am Wochenende, wie Sie sicher wissen.

Und schließlich schon überleitend zum Thema, dem ich mich am Anfang eigentlich nur kurz widmen will, dem Straßenbau. Lassen Sie mich auf Grund der Diskussion, die sich beim Statement von Abgeordneten Mag. Fasan ergeben hat, kurz eines vorausschicken: Unter Verkehrspolitik verstehe ich an erster Stelle eine Politik, die einen Mix von Verkehrsmitteln so abstimmt, daß eine flächendeckende Versorgung im Land gegeben ist. Ich erwarte mir zweitens, daß Verkehrspolitik dabei die volkswirtschaftlich, ökologisch und sozial sinnvollste Konzeption vertritt. Und daß hier nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeigeplant wird. Dabei geht es nicht um banale Argumentationen wie, wenn jemand eine verkehrspolitische Maßnahme kritisiert oder gar das Verkehrskonzept des Landes Niederösterreich kritisiert, will man Autos oder Straßen abschaffen. Ich glaube, daß diese Diskussion der Würde der Debatten in unserem Landtag nicht angemessen ist.

Was aber sehr klar festzuhalten ist aus unserer Sicht ist, daß mit diesem Straßenbaubudget, das im Budget vorliegt, eindeutig übers Ziel geschossen wird. Es ist zuviel! Es wird zuviel alleine in den Straßenbau investiert und inbesondere in Projekte, und das bestätigt auch der vorliegende Antrag zum weiteren Ausbau von Straßen, insbesondere zuviel investiert in eine verkehrte Politik, die immer wieder auf den Straßenausbau setzt. Ganz kurz zur Erinnerung, was auch internationale Studien inzwischen belegen: Mehr Straßen verursachen mehr Verkehr! Das ist inzwischen eine Binsenweisheit. Wenn es daher darum geht, Verkehrspolitik zu betreiben, nehme ich in Anspruch, man darf nicht nur an die Straße denken, man muß regional angepaßt in der Konzeption arbeiten. Und es muß das oberste Ziel sein, intelligente Verkehrsmöglichkeiten und Nutzungsformen bereitzustellen. Es muß Ziel sein, keine

Transitregion, sondern Mobilität und Lebensqualität zu erreichen. Das ist mit dem gegebenen Verkehrskonzept und mit dem Budgetansatz hier nicht garantiert.

Was besonders, ja manchmal wirklich ärgerlich stimmt in der Diskussion, und das wendet sich ja heute zumindest schon ein wenig und wird klarer, ist, wenn hier sehr versteckt argumentiert wird. Ich nehme hier das Beispiel der „Ortsumfahrungen“ unter Anführungszeichen, die im Weinviertel geplant sind. Wolkersdorf und Gaweinstal sind ja durch alle Medien schon gegangen. Wenn man genauer hinschaut, wird eine völlig überdimensionierte Ortsumfahrung gebaut. Ich sage gar nicht, daß Wolkersdorf nicht eine Umfahrung brauchen kann, oder auch in Gaweinstal dann dasselbe. Aber es ist doch die Frage, ob man sehr, sehr großräumig eine Straße hinbaut, die man verschämterweise eine vierspurige Hochleistungsstraße mit gestaltetem Mittelstreifen nennt, um ja krampfhaft das Wort „Autobahn“ zu vermeiden. Und wo es dann nur noch ein paar kleiner Stücke Lückenschluß bedarf, um die Nordautobahn fertig zu haben. Ich erwarte mir zumindest die Ehrlichkeit von allen, die dieses Projekt betreiben, das Ding klar beim Namen zu nennen. Und zu sagen, wir wollen eine Nordautobahn. Es ist, glaube ich, unbestritten und klar, daß wir Grünen keine Nordautobahn wollen, sondern gerade für diese Ostregion rund um Wien, aber auch für den Raum rund um St. Pölten ein Konzept ausgearbeitet haben, auf das der Abgeordnete Mag. Fasan schon eingegangen ist und ich hier daher ebenfalls ein paar Minuten einspare.

Der zweite Punkt, und damit gehe ich jetzt vom Weinviertel ins Waldviertel. Ich fürchte eine ähnliche Entwicklung, die sich jetzt im Weinviertel schon sehr klar herauskristallisiert hat, auch für das Waldviertel. Und ich bin mehr als verwundert, das sogar im Antrag der Freiheitlichen zu lesen. Es entsteht jetzt der Trend zu den Ortsumfahrungen im Waldviertel entlang der Bundesstraßen. Und hier gibt es diesen hübschen Satz in Ihrem Resolutionsantrag: Die Errichtung einer Autobahn wäre unvergleichlich teurer. Das mag zwar stimmen. Aber heißt das, daß im Hintergrund bereits die Waldviertel-Autobahn geplant wird? Daß es Personen gibt, die eine Waldviertel-Autobahn begrüßen? Dem müßte man eine sehr klare und rasche Absage erteilen.

Noch ein Punkt zum Straßenbau aus ökonomischer Sicht. Außer der ökologischen Argumentation gibt es ja eine regional-wirtschaftliche Argumentation, die heftig gegen große oder hochrangige Straßenadern durch eine Region geführt wird. Was wir bisher bereits sehr eindeutig gesehen haben: Überall dort, wo man eine Autobahn baut, erreicht man vor allem wirtschaftliche Trainageeffekte in dieser Region. Mit einer Nordautobahn wird das Weinviertel zu einem Durchzugsgebiet. Sicher nicht wird durch eine Nordautobahn das Weinviertel wirtschaftlich belebt.

Und zu den Arbeitsplätzen, die auch schon angesprochen wurden. Wer wirklich glaubt, daß der Straßenbau vorrangig Arbeitsplätze geschaffen hat, war entweder noch nie auf einer Baustelle und hat gesehen, daß der Straßenbau vorrangig Maschinen beschäftigt. Oder er verfolgt eine Konzeption aus den Uranfängen des Straßenbaues, wo unter Umständen gar mit irgend welchen Strafkolonnen mit Pickel und Schaufel Straßen gebaut wurden. Die Zeiten haben sich geändert, meine Herren Kollegen! Wo wirklich Arbeitsplätze geschaffen werden, das ist im öffentlichen Verkehr. Das ist jederzeit belegbar und nachrechenbar. Und ich denke, daß nicht zuletzt aus Gründen der Arbeitsplatzschaffung dem öffentlichen Verkehr Vorrang eingeräumt werden sollte.

Noch eine letzte Anmerkung, ohne näher auf das Thema einzugehen: Stichwort B 301. Ich denke, wir können uns zumindest an einem Punkt treffen. Wie begrüßen alle die Umweltverträglichkeitsprüfung. Ich weise allerdings darauf hin, daß sogar die Umweltverträglichkeitserklärung schon derartig massive Mängel aufwies, daß nicht nur die Gemeinden protestiert haben, sondern auch die Umweltanwaltschaft Wien. Ich warte nach wie vor vergeblich auf die Stimme der Umweltanwaltschaft Niederösterreich. Und ich bin mehr als entrüstet über Wortmeldungen, die sagen, das geht nicht, daß man jetzt mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung da so lange herumtut, man muß das Verfahren beschleunigen. Das ist die erste Umweltverträglichkeitsprüfung an einem Straßenprojekt, die vorgenommen wird. Ich denke, es müßte im Interesse aller sein, daß sie seriös und mit der gebotenen Ernsthaftigkeit durchgeführt wird. Und daß diese Schnell-schnell-her-mit-der-Straße-Mentalität sich nicht durchsetzen sollte. Ich fordere hier auch den Herrn Landeshauptmann auf, sich in Zukunft entsprechend diesen Auffassungen nach Möglichkeit zu äußern und nicht noch eine Verkürzung der Umweltverträglichkeitsprüfung oder gar eine Zerteilung, damit man rasch die Straße bauen kann, zu fordern.

Ich komme zu einem zweiten Punkt des vorliegenden Kapitels, der Verkehrssicherheit, die ich kurz streifen möchte, da sie leider mit einer halben Million Kürzung sich wiederfindet. Niederösterreich ist jenes Bundesland, das zu den Spitzenreitern bei Verkehrsunfällen zählt, insbeson-

dere bei schweren Verkehrsunfällen mit tödlichem Ausgang. Ich hoffe doch, daß durch die Absenkung der Promille-Grenze auf 0,5 Promille man hier eine deutliche Entspannung wird feststellen können in der Unfallstatistik. Ich denke aber auch, daß Verkehrssicherheit gerade vor diesem Hintergrund einer traurigen Opferbilanz großgeschrieben werden müßte. Und das einzige, was ich jetzt in den letzten zwei, drei Jahren von der niederösterreichischen Politik zu diesem Thema festgestellt habe, war eine zum Glück gescheiterte Initiative des ehemaligen Verkehrssprechers der ÖVP, Treitler, der unter anderem eine Aufhebung des Tempolimits auf Autobahnen haben wollte. Also ich hoffe, daß hier mit der Verkehrssicherheit inhaltlich und in der Folge für das Budget 2000 zumindest etwas intensiver umgegangen wird.

Dritter Punkt, der Flughafen Schwechat. Es ist noch gar nicht solange her, da haben Flughafenbetreiber und -verwaltung noch versichert, eine dritte Piste stünde gar nicht zur Debatte. Wir stellen fest, daß sich die Meinung sehr rasch geändert hat. Daß hier in ein dicht verbautes Gebiet, ein Gebiet, das jetzt schon unter großer Lärmbelastung leidet, das sehr beeinträchtigt ist durch diese ein bißchen eingezwickte Lage, auch geographisch und vor allem durch den Flughafen selbst, noch zusätzlich eine dritte Piste hineingebaut werden soll. Ich erteile diesem Projekt eine klare Absage von unserer Seite aus. Das, was wesentlich wichtiger durchzuführen wäre - und ich denke, hier gab es zumindest auch Lippenbekenntnisse, mir fehlt ein bißchen die Umsetzung - ist, daß man eine viel engere Zusammenarbeit und Ankoppelung von Schwechat mit dem Flughafen Bratislava mittels einer funktionierenden und raschen öffentlichen Verbindung dazwischen sicherstellt.

Punkt vier, und damit wende ich mich vom Verkehrsbereich ab, um auch die anderen Fragen nicht ganz unter den Tisch fallen zu lassen, Wasserbau. Ich möchte erinnern an die Hochwässer, die letztes Jahr Niederösterreich schwer getroffen haben. Und ich glaube, daß doch von verschiedenster Seite einiges an substantieller Kritik gekommen ist, wie man in Zukunft reagieren und agieren müßte, um so etwas zu vermeiden. Wir haben nicht zuletzt deswegen bei heftigen Regenfällen Probleme, weil es eine zunehmende Versiegelung der Böden gibt in Niederösterreich, weil hier die natürliche Fähigkeit des Bodens, Wasser aufzunehmen, gemindert ist durch verschiedenste Eingriffe. Nicht zuletzt durch die Verbauung, die an Wildbächen und an Wassersystemen vorgenommen worden ist. Und ich denke, es braucht hier sehr rasch ein Maßnahmenpaket, ein mittel- und auch ein langfristiges, wie man die Fehler aus der Vergangenheit beseitigt oder jene Dinge, wo man inzwischen schlichtweg zu neuen Erkenntnissen kommen konnte. Wie man hier reparierend eingreift und für die Zukunft Vorsorge trifft, damit ähnliche Situationen zumindest entschärft werden können.

In diesem Zusammenhang habe ich ja zuerst gedacht, ich lese falsch. Ich denke aber, die Beamten des Landes arbeiten so gewissenhaft, daß sich sicher nicht nur ein Druckfehler eingeschlichen hat, wenn in dem vorliegenden Kapitel die Wildbachverbauung mit fast acht Millionen Schilling budgetiert ist. Ich dachte zuerst es müßte heißen Wildbacherhaltung oder aber Rückbau von bereits übermäßig verbauten Flüssen und Wassersystemen. Insbesondere im Jahre der Fließgewässer, in dem wir uns ja heuer befinden. Der Posten ist natürlich in dieser Form schwer hinzunehmen. Genau das Gegenteil wäre gefordert: Wesentlich verstärkt in Maßnahmen zu investieren, die ein natürliches Fließgewässersystem, ein Ökosystem mit einer Funktionalität bewahren und damit die Aufnahmefähigkeit auch für starke Niederschläge sicherstellen. Eine Fortsetzung des Verbauungskurses ist sicher der falsche Weg.

Und dann eine Anmerkung noch, die ebenfalls hier hereinfällt. Wir haben gerade in den Randlagen Niederösterreichs wie im oberen Waldviertel derzeit noch den Trend, jetzt sehr viele, sehr weitläufige Kanalsysteme anzulegen. Das ist im Prinzip keine schlechte Maßnahme. Ich denke aber, daß es hier sehr viel mehr eine ökologische Betrachtungsweise noch dazu bräuchte, und eine regional angepaßte Betrachtungsweise. Und daß pflanzliche Kläranlagen, die derzeit in manchen Gemeinden gewünscht werden, zum Teil seit Jahren heftig erstritten werden müssen, ihre Benachteiligung, die sie seitens des Landes, auch seitens der Förderung, die für Kläranlagen, für Kanalsysteme vergeben wird, verlieren sollten. Daß man hier pflanzliche Kläranlagen zumindest gleichwertig beurteilt. Und wenn man ernst nimmt, was im Gesetz steht, daß Umweltkosten zu berücksichtigen sind, müßten sie ja eigentlich nicht zuletzt wegen der Umweltfolgekosten, die mit einzukalkulieren sind, bevorzugt werden. *(Abg. Ing. Hofbauer: Frau Abgeordnete Weinzinger! Lesen und lernen!)*
Ja, ich weiß, Sie sind schon soviel länger da und Sie wissen alles besser. Dennoch werden Sie uns von unserer Meinung, die wir im übrigen nicht von ungefähr haben, nicht abbringen können. Denn im Vergleich zur Größe Ihrer Fraktion und unserer

haben wir das zumindest ebenso gut studiert. Und ich würde mir wünschen, daß jeder Ihrer Abgeordneten sich so viele Gedanken zu vielen wichtigen Themen macht, wie wir sie anstellen müssen. Danke. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hrubesch.

Abg. HRUBESCH *(FPÖ)*: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zu den bisher eingelangten Resolutionsanträgen möchte ich sagen, daß der Abgeordnete Mayerhofer dem Resolutionsantrag Roth/Muzik beigetreten ist. Dem Resolutionsantrag Mag. Fasan, der meint in der Begründung, ein neues Planungsministerium schaffen zu wollen, können wir nicht beitreten. Ich denke, unsere Straßenabteilungverwaltung, wir haben insgesamt in Niederösterreich knapp 4.000 Mitarbeiter in diesem Bereich, die schaffen es von selbst, dieses Landesverkehrskonzept umzusetzen. Ich denke nicht, daß wir hier ein neuerliches Verkehrs- oder, wie hat er das ausgedrückt, Planungsministerium schaffen müssen.

Meine Damen und Herren! Mein Debattenbeitrag wird sich mit dem Nahverkehr und hier im speziellen mit dem Ausbau der Park and ride-Anlagen befassen. Im Oktober letzten Jahres hat die NÖ Landesregierung das NÖ Landesverkehrskonzept 1997 beschlossen. Insgesamt wurden im Landesverkehrskonzept 1997 251 Änderungswünsche berücksichtigt und auch eingearbeitet. Diese Änderungswünsche wurden größtenteils ja schon vom Abgeordneten Rupp und von der Frau Abgeordneten Roth, aber auch von Abgeordnetem Gebert vorgetragen. Deswegen brauche ich im Detail auf dieses Landesverkehrskonzept 1997 nicht mehr einzugehen.

Erfreulicherweise, meine Damen und Herren, wird in diesem Konzept dem Park and ride-System in Niederösterreich ein großer Vorrang eingeräumt. Und zwar wurde zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich zur Attraktivierung des kombinierten Nahverkehrs im Dezember 1994 ein neues Übereinkommen zum weiteren Ausbau des Park and ride-Systems abgeschlossen. Dieses sieht die weitere Errichtung von knapp 20.000 Stellplätzen vor. Ich rufe in Erinnerung, wir haben ja derzeit knapp 19.000 Stellplätze in Niederösterreich. Und die weiteren 20.000, die dazukommen sollen, bedürfen natürlich eines ungefähren Investitionsaufwandes von knapp 2 Milliarden Schilling. Dieser Investitionsaufwand von diesen knapp 2 Milliarden Schilling wird nach dem neu verhandelten Schlüssel zwischen Bund zu 50 Prozent und dem Land Niederösterreich ebenfalls zu 50 Prozent unter Einbeziehung der jeweiligen Gemeinde, auf deren Gebiet sich die Park and ride-Anlagen befinden, gefördert werden. Ich möchte hier nur in Erinnerung rufen, daß in den früheren Jahren der Bund für Park and ride-Anlagen insgesamt 80 Prozent der Kosten übernommen hat. Das Landesverkehrskonzept 1997 sieht nun vor - und nun komme ich ein bißchen in den Regionalbereich Krems - daß die Kamptalbahn auf der Strecke Siegmundsherberg - Hadersdorf - Krems zu einer leistungsfähigeren Nahverkehrsstrecke ausgebaut werden soll. Damit wird eine Verbesserung der Erreichbarkeit unserer neuen Landeshauptstadt St. Pölten aus dem Waldviertel ermöglicht. Ferner ist ja vergangenes Jahr auch beschlossen worden, daß mit der Elektrifizierung der Strecke Krems - Herzogenburg - St. Pölten im kommenden Jahr begonnen werden soll. Hiefür haben sich ja die Abgeordneten der Region vehement eingesetzt. Ich muß dazu sagen, Herr Abgeordneter Sacher, Dipl.Ing. Toms, aber auch meine Wenigkeit haben sich für diese Elektrifizierung der Strecke entsprechend stark gemacht. Die neue Trassenführung, die der Abgeordnete Dipl.Ing. Toms immer wieder eingefordert hat, ist derzeit im neuen Landesverkehrskonzept noch nicht vorgesehen. Meine Damen und Herren! Das bedeutet aber auch, wenn nun im Zentralraum Krems - St. Pölten dieser Nahverkehr, der öffentliche Nahverkehr, attraktiver ausgebaut werden soll, heißt das natürlich auch - und darauf ist ja Herr Klubobmann Koczur, aber auch Herr Klubobmann Dr. Strasser in der Generaldebatte eingegangen - daß sie sich für den Nahverkehr, für den öffentlichen Nahverkehr verstärkt einsetzen werden. Und deswegen freut es mich, wenn man hier schon im Landeverkehrskonzept lesen kann, daß der Zentralraum Krems - St. Pölten in den nächsten Jahren zügig ausgebaut werden wird.

Das bedeutet aber auch gleichzeitig, daß wir versuchen müssen, in diesem Zentralraum einen verstärkten Ausbau der Park and ride-Systeme in dieser Region voranzutreiben. Und zwar schaut das so aus: Die Dotierung für die Park and ride-Systeme erfolgt auf Grund des NÖ Nahverkehrsfinanzierungsprogrammes, welches mit 1. Jänner 1992 in Kraft getreten ist. Wenn man nun weiß, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß für die Errichtung einer Park and ride-Anlage vom generellen Projekt über den Vertragsabschluß bis zur Ausschreibung es mehrere Jahre dauert, erfordert dies aber auch, dementsprechend rechtzeitig Prioritäten zu setzen. Deshalb möchte ich, und hier speziell für den Zentralraum Krems - St. Pölten, für die Region Krems, folgenden Resolutionsantrag einbringen *(liest)*:

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Hrubesch zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend rasche Realisierung von projektierten Park & Ride Anlagen im Waldviertel.

Die Errichtung von Park & Ride Anlagen stellt einen der sinnvollsten und effektivsten Beweggründe für die verstärkte Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln dar. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen und dem ständigen Wachstum des Individualverkehrs wirkungsvoll zu begegnen, muß die Errichtung von bereits projektierten Anlagen raschest erfolgen. Vor allem für die vielen Pendler im Waldviertel sind die im Landesverkehrskonzept 1997 ausgewiesenen projektierten Park & Ride Anlagen in Etsdorf-Straß, Hadersdorf am Kamp und Krems a.d. Donau eine unbedingte Notwendigkeit.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung im eigenen Wirkungsbereich - vor allem im NÖ Nahverkehrsfinanzierungsprogramm - und durch intensivierte Verhandlungen mit dem Bund Maßnahmen zu setzen, um die in der Antragsbegründung angeführten Park & Ride Projekte speziell im Bezirk Krems ehebaldigst zu realisieren.“

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wenn wir uns zu dem Zentralraum Krems - St. Pölten bekennen, ist das ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber nicht nur die Park and ride-Anlagen müssen und sollen im Zentralraum Krems - St. Pölten ausgebaut werden, sondern ein Bereich geht mir prinzipiell oder generell im neuen Landesverkehrskonzept 1997 ab. Und hier konnte ich überhaupt keine Mittel finden. Und zwar geht es um den sogenannten zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke zwischen Krems und Absdorf/Hippersdorf, meine Damen und Herren. Vor allem die Reisenden und die Pendler beschweren sich immer wieder über die täglichen Verspätungen der Pendlerzüge in diesem Bereich auf der Strecke Krems - Wien.

Wenn man hernimmt die Strecke Krems - Wien: Von Wien kommend nach Tulln bis Absdorf/Hippersdorf ist sie vierspurig ausgebaut, auf der Nordseite von der Nordbahn bis Stockerau ist sie vierspurig ausgebaut, dann von Stockerau wieder bis Absdorf/Hippersdorf zweigleisig ausgebaut, von Stockerau bis Absdorf/Hippersdorf ist sie wieder nur eingleisig ausgebaut. Aber auch dann von Krems selbst bis Absdorf/Hippersdorf ist die Strecke nur eingleisig ausgebaut. Wenn man nun mit Fachleuten spricht - und ich glaube, das ist wichtig, wenn man sich diesbezüglich beraten läßt, glauben die, wenn wir es schaffen könnten, ehebaldigst einen zweigleisigen Ausbau von Krems nach Absdorf/Hippersdorf vollziehen zu können, daß hier zumindest einmal für die Pendler eine Pünktlichkeit eingehalten werden kann. Man muß es sich einmal vorstellen, wenn man schon in Kauf nimmt, jeden Tag zu pendeln, dann möchte man zumindest auch pünktlich wieder nach Hause kommen. Und nicht jeden Tag vielleicht mit zehn Minuten, einer Viertelstunde Verspätung zu Hause, aber auch auf dem Arbeitsplatz eintreffen. Deswegen möchte ich auch hier diesbezüglich einen Resolutionsantrag einbringen *(liest)*:

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Hrubesch zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend 2-gleisiger Ausbau der Strecke Krems - Absdorf/ Hippersdorf.

Auf der Strecke Krems - Wien kommt es häufig zu Verspätungen in Folge des nur eingleisigen Streckenabschnittes Krems - Absdorf/Hippersdorf. Will man dem ständig steigenden Pendlerverkehr auf der Straße wirksam begegnen, muß man den öffentlichen Verkehr zwischen dem südlichen Waldviertel und dem Wiener Umland entscheidend attraktivieren. Verkürzte Fahrzeiten und vor allem die Einhaltung des Fahrplanes sind unverzichtbare Voraussetzungen, die seitens des öffentlichen Verkehrs dem Pendler oder Reisenden angeboten werden müssen.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung durch Verhandlungen mit den verantwortlichen Stellen der Bundesregierung zu erreichen, daß die Strecke Krems - Absdorf/Hippersdorf durchgehend zweigleisig ausgebaut wird.“

Soweit zu diesen beiden Anträgen, die speziell auch die Pendler treffen, aber auch im Zentralraum Krems - St. Pölten wirkungsvoll für den öffentlichen Verkehr sein werden. Deswegen

möchte ich an alle Fraktionen den Appell richten, hier speziell für die Pendler meinen beiden gestellten Anträgen die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Muzik. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abg. MUZIK *(SPÖ)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren des Landtages! Auf Grund der Anregung unseres Herrn Präsidenten, daß die Redner sich kurz halten mögen, um die Zeit nicht auszudehnen über die Mitternachtsstunde hinaus und auf Grund der vielen Vorredner und -rednerinnen in diesem Hohen Haus zum Thema Verkehr, sowohl auf der Straße, als auch auf der Schiene als auch auf dem Wasser kann ich mir ebenfalls einiges ersparen. Weil schon viele Resolutionsanträge dezidiert mit taxativer Aufzählung eingebracht wurden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber eines trotzdem feststellen. Nämlich, daß die zu erwartete EU-Osterweiterung Wien und sein Umland sowie St. Pölten, Brünn, Preßburg und Györ in eine zentrale wirtschaftsgeographische Position am Knoten europäischer Achsen in Nord-Süd- und in West-Ost-Richtung bringt. In diesem mitteleuropäischen Zentralraum steckt enormes Wachstumspotential, meine Damen und Herren. Zu den Voraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung zählt aber eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Zwar liegt der Zentralraum, wenn ich es so titulieren darf, im Kreuzungspunkt der großen europäischen Verkehrswege. Doch die von der EU geplanten Verkehrskorridore für Straße und Schiene, meine Damen und Herren, umfahren leider Gottes Österreich.

Ein Beispiel dafür: Die Autobahn von Stockholm über Prag, Brünn, Bratislava nach Athen, die 60 Kilometer östlich von Wien vorbeiführt. Aber auch, das Leitschema der transeuropäischen Hochleistungsbahnnetze weist nämlich die Nord-Süd-Verbindung ebenfalls 60 Kilometer östlich von Wien aus. Fehlende infrastrukturelle Kapazitäten und die mangelnde Einbindung, möchte ich sagen, in die europäischen Verkehrskorridore zwingen den Verkehr zur Umfahrung unserer Ostregion. Damit droht Wien und der Ostregion ein Verlust an europäischen Zentralfunktionen. Und damit auch ein Wachstumverlust und der Verlust von Chancen einer Beschäftigung. Der „Standard“, um jene Zeitung zitieren zu dürfen, beschäftigt sich heute ebenfalls auf der Seite 37 mit diesem Thema und tituliert dieses wie folgt: „Anschluß nach Osten dringend gesucht.“ Österreich könnte die Chance der Osterweiterung verpassen, weil Verkehrsinfrastruktur nicht ausreichend. Meine Damen und Herren! Hier ist also eindeutig auf Grund der wirtschaftlichen Situation und der Lage Österreichs und Wiens und auf Grund der Vorgaben der Europäischen Union ein gewisses Problem zu erwarten, wenn wir nicht tätig werden.

Aber, meine Damen und Herren, um der Donau in Österreich einen entsprechenden Stellenwert in der zukünftigen Verkehrspolitik einzuräumen, müßte die Vernetzung des Wasserweges mit anderen Verkehrsträgern im Bereich von Hafenanlagen verstärkt werden. Und auch das Projekt Donau-Oder-Elbe-Kanal wäre eine Möglichkeit. Denn der würde nämlich die Verbindung der EU-Staaten Österreich und Deutschland mit der Slowakei, Tschechien und Polen herstellen. Die weitere Möglichkeit wurde heute schon öfter angesprochen. Der Flughafen Wien. Er bietet sich nämlich als hochentwickeltes Logistikzentrum für den Passagier- und Frachtverkehr der gesamten Region an, meine Damen und Herren. Diese Aufgabe kann er jedoch nur erfüllen, wenn seine Erreichbarkeit verbessert wird. Auch hiezu sind die im Projekt Zentralraum geforderten Investitionen in eine großräumige Verkehrsanbindung notwendig. Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, die Ostregion braucht eine Verkehrspolitik der Vernunft und nicht der Emotionen. Sonst könnten wir eines Tages feststellen, knapp daneben ist auch daneben.

Die räumlichen und wirtschaftlichen Verflechtungen der Regionen, vor allem im Großraum Wien - dies wurde ebenfalls heute schon angesprochen - sind sehr intensiv. Sie reichen über den Großraum hinaus und bewirken gerade durch Pendlerverflechtungen und Naherholungsaktivitäten große gegenseitige Abhängigkeiten, Beeinflussungen des Verkehrsgeschehens. Die drei Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland, was heute ebenfalls schon erwähnt wurde, sind daher stärker voneinander abhängig als man eigentlich vermuten möchte. Und wir haben auch in Zusammenarbeit dieser drei Landtage auf Grund der hohen Bedeutung der Verkehrspolitik, die hier ins Haus steht, jenen Ausschuß gebildet, der intensiv zu einer Kooperation wegen der engen Verflechtungen beitragen soll. Und der dem Hohen Landtag hiemit eine Empfehlung abgeben möchte und sollte betreffend eines gemeinsamen Beschlusses und einer gemeinsamen Lösung. Der Abgeordnete Gebert ist ebenfalls schon eingegangen auf den Verkehrsverbund Ostregion, die Linienführung, die Intervallverdichtung. Über den Fuhrpark, der zu

verbessern ist, über die Park and ride-Möglichkeiten, über das S-Bahnkonzept der PGO, über die kompletten Konzepte der Park and ride-Anlagen, die heute ebenfalls schon öfters angesprochen wurden, über die Ausweitung der Zone 100 bei gleicher Attraktivität der Park and ride-Stellplätze, über den Güterverkehrsweg und über die Güterverkehrszentren, meine Damen und Herren, über den TEN-Knoten Wien, ein spezieller und erwähnenswerter *fact*. Hiezu möchte ich anmerken, daß gerade deshalb es zur Verlagerung des Transitverkehrs auf umweltfreundliche Verkehrsvarianten kommen muß, mit folgenden Maßnahmen, die sehr dringlich, ja die vordringlich sind. Nämlich der Ausbau der Westbahn von Wien nach St. Pölten und weiter nach dem Westen. Der Ausbau der Bahnverbindung Richtung Süden. Die Schaffung der internationalen Bahnverbindung südlich der Donau über den Flughafen Wien nach Bratislava. Ausbau der Bahnverbindung Berlin - Prag - Wien über Nordbahn und Franz Josefs-Bahn. Aber auch die bereits erwähnte Überprüfung der Machbarkeit des Gesamtprojektes eines Donau-Oder-Elbe-Kanales mit Verknüpfung im Hafen Wien als Bestandteil eines europäischen Wasserstraßennetzes, was sicher auch Auswirkungen für den Hafen Krems haben wird, meine Damen und Herren.

Ich möchte mir, wie in der Einleitung bereits erwähnt, die taxative Aufzählung aus allen Bezirken und aus allen Vierteln ersparen. Sie wurden heute schon sehr oft und ausführlich dargelegt und Resolutionsanträge ebenfalls dazu eingebracht. Aber, meine Damen und Herren, an der regional, national und international bedeutenden Ost-West-Achse stehen drei höchstwertige Verkehrsträger zur Verfügung. Nämlich auf der Schiene die Nordbahn, die Ostbahn und die Westbahn. Auf der Straße die A4, die Ostautobahn, die A23, die Südosttangente, die A21, die Außenringautobahn, und die A1, die Westautobahn. Und als Wasserstraße die Donau, meine Damen und Herren.

Aus der Tatsache, daß künftig auch weiterhin mit Verkehrszunahmen gerechnet werden muß, folgt, daß für alle Verkehrsträger Ausbaumaßnahmen notwendig sind. Und hier könnte in Zukunft die Wasserstraße einen Verkehrskollaps verhindern, meine Damen und Herren. Auch im Lichte eines allgemein wachsenden Ökologiebewußtseins präsentiert sich der Verkehrsträger Wasserstraße mehr denn je als billige, umweltschonende und vor allem ausbaufähige Alternative. Derzeit beträgt der Anteil der Binnenschiffahrt am europäischen Gütergesamttransport zirka 10 Prozent, am grenzüberschreitenden Güterverkehr zirka 30 Prozent. Die niedrigen externen Kosten des Transportes per Binnenschiffahrt lassen bei volkswirtschaftlicher Betrachtungsweise eine Erhöhung dieses Anteiles als wünschenswert und Investitionen in den weiteren Ausbau von Wasserstraßen als sinnvoll erscheinen. Nach der Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanales im Jahre 1992 würde der Donau-Oder-Elbe-Kanal als Verbindung dieser drei Ströme einem weiteren Ausbau des europäischen Wasserstraßennetzes dienen, nämlich der Verbindung der drei Flüsse, welche die Verkehrsströme im Norden sammeln und zum Donauraum führen könnte. Der Donau-Oder-Elbe-Kanal stellt somit eine Verbindungsspange des West-Ost- und des Nord-Süd-Verkehrs zwischen den europäischen Ballungszentren dar.

Die Auswirkungen einer Nichtrealisierung des Projektes, meine Damen und Herren, sind aus wirtschaftlicher Sicht der Entgang des Nutzens des Verladers, der Transportwirtschaft und der öffentlichen Hand. Aus verkehrspolitischer Sicht hat der Verzicht auf den Kanalbau vor allem negative Auswirkungen auf das gesamte Wasserstraßennetz östlich des Rheins, weiters auf Verkehrsverlagerung und somit Entlastung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur, nämlich der Straße und der Bahn. Der Donau-Oder-Elbe-Kanal hätte auch Einfluß auf den Arbeitsmarkt in den angrenzenden Regionen. In der Region Marchfeld ist die Beschäftigungssituation durch die Freisetzung von Arbeitsplätzen aus der Landwirtschaft, der Erdölindustrie sowie mit einem deutlichen Rückgang an Arbeitsplätzen, um nur die ÖBB oder Eskimo-Iglo zu nennen, geprägt. Darüber hinaus ist festzustellen, daß das Marchfeld die einzige Grenzregion Österreichs ist, die weder Förderungen aus dem EU-Wettbewerbsrecht noch aus dem Strukturfonds erhält. Ein Umstand, aus dem sich ein politischer Handlungsbedarf ergeben sollte, meine Damen und Herren!

Zusammenfassend möchte ich feststellen. Seine Realisierung bedeutet neben dem Verlagerungspotential von Güterverkehr auf einen umweltfreundlichen Verkehrsträger an der Nahtstelle Europas vor allen Dingen die Chance, die ehemaligen Grenzregionen strukturpolitisch zu beleben. Die wichtigsten Belebungseffekte sind eine Hebung der Standortqualität für Industrie- und Beschäftigungsansiedlung, verbunden mit der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie der Forcierung des Tourismus durch Anbieten von Erholungs- und Freizeiteinrichtungen. Meine Damen und Herren! Eine Unterstützung seitens der Europäischen Union erfordert aber eine politische Willens-

bildung. Und in diesem Zusammenhang darf ich folgenden Resolutionsantrag einbringen *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Muzik und Nowohradsky zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Donau-Oder-Elbe-Kanal.

Der Donau-Oder-Elbe-Kanal ist eines von mehreren zur Diskussion stehenden Verkehrsinfrastrukturprojekten in Niederösterreich. Dieses Projekt sollte auf verkehrspolitische, ökologische, wirtschaftliche und regionalentwicklungspolitische Auswirkungen auf die betroffene Region geprüft werden. Aus der 1993 gegründeten Arbeitsgemeinschaft Donau-Oder-Elbe-Kanal, an der neben der tschechischen und der slowakischen Republik auch die Wiener Hafen GesmbH für Österreich vertreten ist, ist der Verein Donau-Oder-Elbe hervorgegangen, der seinen Sitz in Prag hat und dem zwischenzeitig 16 betroffene Institutionen und Organisationen, so auch die Stadt Wien, angehören.

Auch hinsichtlich der Finanzierung werden Untersuchungen und Überlegungen notwendig sein, um nicht nur die von seiten der Europäischen Union für dieses Projekt in Aussicht gestellten Mittel ansprechen zu können, sondern insbesondere im Lichte der Budgetprobleme der öffentlichen Hand neue Finanzierungsmodelle und Finanzierungsinstrumente zu prüfen. Dies bedingt eine akkordierte Vorgangsweise mit allen betroffenen Staaten. Die PGO hat im Rahmen einer Untersuchung festgestellt, daß nur eine solche akkordierte Vorgangsweise sinnvoll ist, um hintanzuhalten, daß in Niederösterreich ein Teilabschnitt des Donau-Oder-Elbe-Kanals realisiert wird, der für sich alleine keinen positiven verkehrlichen Nutzen erzielen kann.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, unabhängig von etwaigen Bauentscheidungen eine Mitgliedschaft Verein Donau-Oder-Elbe zu prüfen, um so in den Informationsfluß um das Projekt Donau-Oder-Elbe-Kanal unmittelbar eingebunden zu sein.“

Ich ersuche, meine Damen und Herren, um Ihre Zustimmung zu diesem Resolutionsantrag und danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Prober. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. PROBER *(ÖVP)*: Sehr geehrter Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe die Ehre, heute wieder einmal zu einem richtigen Dauerbrenner der Verkehrspolitik zu sprechen - zum Semmering-Basistunnel und seinen Alternativen, die vielleicht noch nicht so bekannt sind. Und vor allem für jene, die trotz Nachdenkpause heute noch immer glauben, daß man hier Furore machen könnte, wenn man diesen Tunnel unterstützt.

Ich möchte zehn Punkte anführen in aller gebotenen Kürze, die dagegen sprechen, nur zusammenfassend. Zum ersten: Dieser Semmering-Basistunnel wird sowohl in der Region als auch von der Mehrheit der Österreicher abgelehnt. Das ist ein demokratiepolitisches Faktum, das wir durchaus hier entsprechend würdigen sollen. Zum zweiten: Er genießt Gottseidank im Verkehrskonzept Niederösterreichs keine Priorität mehr. Zum dritten: Angesichts der maroden Staatsfinanzen glaube ich, sollte auch der Staat mit gutem Beispiel vorangehen und dort sparen, wo es unbedingt angesagt ist. Das ist genau im gegenständlichen Falle. Zum vierten: Es gibt keine Konzeption für eine Privatfinanzierung. Alle bisherigen Anläufe sind kläglich gescheitert. Eine weitere Anlaufmöglichkeit ist in weiterer Ferne denn je. Fünftens: Die Realisierung dieses Basistunnels, soferne er käme, geht auch zu Lasten des Nahverkehrsausbaus und der Pendler. Es wurde von den Vorrednern schon erwähnt. Zum sechsten: Dieser Semmering-Basistunnel hätte auch verkehrspolitisch seitens der Europäischen Union absolute Nachrangigkeit. Der Herr Kollege Muzik hat zuvor dankenswerterweise darauf hingewiesen, daß hier die Verkehrsströme in der Nord-Süd-Achse wesentlich anders konzipiert sind als man es noch vor einigen Jahren Ihrer Fraktion zufolge geglaubt hätte. Zum siebten: Der Basistunnel ist umweltpolitisch äußerst problematisch. Die Milliardenverluste an bestem Quell- und Trinkwasser im Sondierstollen sprechen eine deutliche Sprache. Ich glaube, dazu braucht man nichts mehr sagen. Man entzieht, wenn man so weiter tut, künftigen Generationen jegliche Lebensgrundlage. Ich möchte auch hinzufügen, daß es sich hier durchaus um Landschaftsschutzgebiete handelt, die entsprechend gefährdet sind. Zum achten: Der Basistunnel würde auch ein totales Infragestellen des Weltkulturerbes Ghega-Bahn bedeuten. Trotz Art.15a-Vertrag. Da wird keiner

daran glauben, daß das hier finanzierbar wäre. Zum neunten: Die Kapazitätsmöglichkeiten über die Ghega-Strecke sind erst zu 60 Prozent ausgenützt. Das sagt sogar die Prognos-Studie, die doch auch von der sozialdemokratischen Seite als nennenswert und glaubhaft qualifiziert wird.

Und zum zehnten, um hier mit dem letzten Märchen aufzuräumen: Ein solcher Basistunnel hat keine wie immer geartete arbeitsplatzsichernde Wirkung. Man weiß heute, daß hier 200 vielleicht 250 internationale Experten arbeiten, die weltweit solche Projekte bauen. Ich glaube, das spricht wirklich eine deutliche Sprache. Und spricht vor allem dagegen, daß man hier auch nur einen Denkansatz in diese Richtung weiter verfolgt.

Wir, die Volkspartei, haben versucht, entsprechende Alternativen aufzuzeigen, auf den Tisch zu legen. Ich möchte sie kurz skizzieren: Wir glauben, daß diese Alternative in einem Splitting bestehen sollte. Und zwar erstens in einer Adaptierung der jetzigen Ghega-Bahn, für die jetzige Tonnage auf ungefähr 30 Jahre mit einem Kostenaufwand von ungefähr 800 Millionen bis 1,4 Milliarden Schilling - da gehen die Expertenmeinungen auseinander. Und natürlich damit verbunden auch die Verkraftung einer möglichen zusätzlichen Tonnage jenseits der Jahrtausendwende auf einer neuen, adaptierten und verbesserten Strecke, die durchaus im Neubau der Strecke Graz-Hartberg bestehen könnte einerseits. Und parallel dazu eine Verbesserung der Aspangbahn bis Wr. Neustadt mit kurzen, zweigleisigen Inseln, mit einer Elektrifizierung, wie wir sie schon jahrzehntelang verlangen, und mit einer Verbesserung der Eisenbahnkreuzungen. Mit einem Kostenaufwand, der durchaus zu vertreten ist. *(Abg. Muzik: Aber bitte nicht sagen, die Aspangbahn als Hochleistungsstrecke!)*
Nein, durchaus nicht! Aber als Alternative und in Kombination. Das habe ich gesagt und ich komme jetzt im Sukkus darauf zurück. Diese Lösung, dieses Splitting ist einfach billiger als der Semmering-Basistunnel. Das ist das eine Faktum, das bereits von den Prognostikern deutlich in den Raum gestellt wurde. Zum zweiten: Die regionale Erreichbarkeit für die bestehende Südbahn in Niederösterreich und im Mur- und Mürztal würde damit auch erhalten bleiben. Zum dritten ergibt sich auch eine zusätzliche Erhöhung der Leistungsfähigkeit. Weil zu den zwei Gleisen auf der sanierten Ghega-Strecke einerseits zum Semmering ein weiteres Gleis der Aspangbahn kommen würde. Das heißt, viertens gäbe es auch eine Attraktivierung dieser Aspangbahn, was nichts anderem entspricht als dem Leitziel der Länder Niederösterreich und Steiermark. Das hieße, wenn man dieses Szenario jetzt in der Gesamtconclusio geistig Revue passieren läßt, daß hier kein hochrangiger Ausbau zweier Parallelstrecken stattfindet, die Erschließung der Mur-Mürz-Region für den regionalen Schienenverkehr nach wie vor gegeben ist. Daß ferner zusätzliche Erreichbarkeitsvorteile für die Oststeiermark und das südliche Burgenland damit verbunden sind und die Aspangbahn für den regionalen Verkehr damit ertüchtigt wird, Herr Kollege Muzik. Auch ein wichtiger Punkt, den auch die Eisenbahner durchaus unterschreiben und vertreten. Und daß damit, mit dem Bau dieser neuen Teilstrecken, die Arbeitsplatzsicherung und die Wertschöpfung für heimische Mittelbetriebe erreicht werden würde. Also ein wesentlicher arbeitsplatzpolitischer Effekt, den wir damit verbunden sehen.

Wobei natürlich eines auch mit zu berücksichtigen ist: Daß bei all diesen Bauvorhaben in der heutigen Zeit auch ein integrierter Lärmschutz mit einhergehen müßte. Ein Lärmschutz, wie wir ihn zur Zeit für die Südbahn fordern. Und ich würde auch Sie von der Sozialdemokratischen Partei bitten, unsere Bemühungen in dieser Richtung zu unterstützen. Nämlich auch für den Lärmschutz auf der Südbahn in den virulenten Bereichen mit einzutreten. Das ist, glaube ich, ein Gebot der Stunde. Da müssen wir anpacken. Ich würde hier um Ihre Unterstützung bitten. In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, glauben wir, daß wir schön langsam zu einem Ende dieser Diskussion kommen sollten, die eigentlich die letzten Jahre österreichweit und auch bei uns im Verkehrsbereich dominiert hat. Ich hoffe, daß wir hier mit diesem neuen Verkehrskonzept, mit den Alternativen für den Semmering-Basistunnel der österreichischen Bevölkerung und der Bevölkerung im südlichen Niederösterreich einen entsprechend guten Dienst erweisen. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Abgeordneter Koczur.

Abg. KOCZUR *(SPÖ)*: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf zu zwei Resolutionsanträgen, zu einem der Abgeordneten Waldhäusl, Mayerhofer und zum anderen des Abgeordneten Hrubesch Stellung beziehen. Und darf aber vorweg eines anfügen, damit es da keine Legendenbildungen gibt, was die Autobahnen um das Waldviertel betrifft. Als ich anläßlich eines Bürgermeisterjubiläums auf die Entwicklung des Waldviertels ange-

sprochen wurde, sind natürlich auch die regionalen Ungleichheiten und Ungleichgewichte zur Sprache gekommen. Und auch natürlich die Nachteile der mangelnden Infrastruktur. Und dabei habe ich gesagt, ich bedaure, daß die Autobahn in Stockerau endet. Aber ich habe noch etwas hinzugefügt: Es ist mir sonnenklar, wenn man eine solche Forderung erhebt, daß diese derzeit nicht realistisch ist. Um auf Sie hinzuweisen, Frau Kollegin: Ich kann mir vorstellen, wenn so etwas, wenn da der Baubeginn, der Spatenstich erfolgen würde, daß da Ihre Kolleginnen und Kollegen aus halb Europa anreisen würden, um ein derartiges Projekt durchzusitzen. Und daher habe ich gesagt, nachdem ich das weiß, wünsche ich mir, daß die Ortsumfahrungen vorgezogen und daß eine schnellstraßenähnliche, die Orte umfahrende Verbindung geschaffen wird. Da bin ich dann schon dabei, warum wir diesem Antrag der Kollegen Waldhäusl und Mayerhofer nicht die Zustimmung geben werden. Weil es ein Antrag ist, der sicherlich in dieser Form so nicht angenommen werden kann. Er ist zu wenig ausgereift und er würde sicherlich... *(Heftige Unruhe bei Abg. Waldhäusl.)*
Das ist nicht zum Lachen! Hört noch ein bißchen zu, Ihr werdet gleich hören, warum das nicht so annehmbar ist für die Bevölkerung. Denn, Herr Kollege Waldhäusl, wenn Sie schon im Antragstenor vom nördlichen Waldviertel sprechen, dann gehe ich davon aus, daß es ein südliches Waldviertel gibt und ein nördliches. Und das nördliche hört halt an der Grenze auf. Und Ihr Antrag endet beim Allwang-Spitz in Göpfritz. Denn es ist hier nicht enthalten zum Beispiel die B 303 eben in den Gmünder Raum hinauf. Und aus meiner Sicht sind die Ortsumfahrungen in dieses Gebiet hinauf genauso wichtig. Also diese Menschen würden das nicht verstehen. Und darüber hinaus muß ich Ihnen eines sagen. Der Antrag ist mir deshalb zu wenig weitgehend, weil unsere Blickrichtung nicht nur in Richtung Wien geht. Sondern wir haben sehr starke wirtschaftliche Bindungen in den oberösterreichischen Zentralraum hinein. Und wir brauchen eine entsprechende Anbindung in Richtung Autobahn, Richtung Westautobahn. Wobei man noch ergänzend anfügen muß, daß wir uns auch eine entsprechende Anbindung an die Landeshauptstadt wünschen. Und da gibt es auch noch eine Menge weiterer Anmerkungen, die hier notwendig sind.

Daß man auch den Regionalverkehr eine Gewichtung zumessen muß, ist klar. Wir sehen das immer so, das sind die Hauptverkehrsadern im wahrsten Sinne des Wortes. Und sie werden nur dann die Regionen durchfluten können, wenn auch die entsprechenden Verzweigungen mit dabei sind. Verzweigungen sowohl im öffentlichen Verkehr, in der Straße, in der Bahn bis hin zum Anruf-Sammeltaxi und vielen anderen Überlegungen. Daher, wenn wir hier einen Antrag beschließen, dann müssen wir sozusagen die große Sicht der Dinge im Auge haben. Da müssen wir jetzt sagen, daß wir lediglich, ich weiß ja nicht, den Bezirk Horn einbinden möchten oder den Bezirk Waidhofen einbinden möchten. Denn die B5 geht ja hinauf über Waidhofen a.d. Thaya. Aber daß man sozusagen den Bezirk Gmünd nicht einbinden möchte. Das geht aus dem Antrag nicht hervor und daher werden wir dem nicht zustimmen.

Qualitativ ähnlich ist der Antrag über die rasche Realisierung der Park and ride-Anlagen aus meiner Sicht angesiedelt. Denn wenn ich das aus der Sicht der vielen Pendler des Waldviertels sehe, dann möchte ich denen nicht zumuten, daß sie einmal bis nach Etsdorf-Straß, Hadersdorf am Kamp oder Krems a.d. Donau kommen müssen. Sondern ich würde mir wünschen, daß diese Waldviertler Pendler in ihrem Waldviertler Bereich, oben, wo sie herkommen, auch ihre entsprechenden Park and ride-Plätze vorfinden. Das wollte ich dazu noch sagen.

Und auch noch ein kleiner Hinweis in Richtung der Frau Kollegin Weinzinger, weil sie wieder einmal von den Pflanzenkläranlagen geschwärmt hat. Ein Thema, das so oft im NÖ Landtag schon eine Rolle gespielt hat. Ich darf Ihnen sagen, Millionen Schilling haben wir für Untersuchungen ausgegeben, die sich mit dieser Thematik beschäftigt haben. Herausgekommen ist, daß man einzelne Streulagen sehr wohl damit irgendwie erfassen kann, daß aber größere Zusammenballungen damit nicht ordnungsgemäß entsorgt werden, das Jahr über, die kalte Winterzeit und weiter hinweg. Nur eines ist in dieser Zeit immer wieder passiert: Die „Oberschlauen“ haben das als eine Chance gesehen, großen Investitionen auszuweichen. Wir wären heute im Bereich des Ausbaues der Abwasserentsorgung wesentlich weiter, wenn wir diese Zwischenphasen nicht gehabt hätten. Andere sind auch wieder auf Grund ihrer Funktion durchs Waldviertel gereist und haben wieder ein neues Stichwort kreiert, nämlich: *„small is beautiful“*. Und daran sind auch wiederum etliche Projekte zerbrochen, haben sich verzögert. Gemeinden sind in den Nachteil gekommen, daß die Gefahr bestand, daß sie weniger Förderung bekommen. Und es hat sich wieder einige Jahre hingezogen, weil solche Gelegenheiten immer genützt werden um etwas hinauszuschieben. Doch so soll es nicht sein. Ich glaube, wir sollten uns der Bedeutung, der Größenordnung und der Möglichkeiten von Derartigem bewußt sein.

(Präs. Mag. Freibauer übernimmt den Vorsitz.)

Eine Lanze breche ich für den naturnahen Wasserbau, weil ich das an Ort und Stelle erlebt habe, wie man hier behutsam wiederum etwas, was sozusagen wie ein Kanal durch die Gegend läuft, behutsam wieder naturnahe einbinden, ausbauen kann. Aber ich glaube, daß die Erfahrungen der Vergangenheit gezeigt haben, daß in vielen Bereichen unseres Landes die Menschen sehr zu Schaden gekommen sind, sehr unglücklich gewesen sind, weil sie in diesen hochwassergefährdeten Bereichen waren. Und da mußten Investitionen gesetzt werden. Und da kann man nicht nur darauf vertrauen, daß sich alles in der Natur wieder verteilen wird, so wie es einmal beim Urknall oder nachher gewesen ist. Sondern da muß man schon auf die tatsächlichen Erfordernisse der Zeit eingehen. Und so schön es manchesmal gewesen sein mag, wenn der eine oder andere der größeren Flüsse naturnah mit all seinen Abzweigungen ausgebildet war, aber die Häuser der Menschen sind bis zum ersten Stock unter Wasser gestanden. Und insofern heißt es hier auch in diesem Bereich, nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten. Sondern die Erkenntnisse, die wir im Laufe unseres zivilisierten Zusammenlebens erworben haben, diese müssen wir auch in unsere Überlegungen und vor allen Dingen in die Entscheidungen einfließen lassen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Roth.

Abg. ROTH *(ÖVP)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich habe nur eine kurze Berichtigung zum Resolutionsantrag betreffend Finanzierung von Vorhaben gemäß dem NÖ Landesverkehrskonzept einzubringen. Und zwar bei der Punktation der Bauvorhaben steht unter Punkt 6 Nordumfahrung von Wien, B 206. Bitte, das soll richtigerweise B 208 heißen. Ich bitte um Ausbesserung. Danke schön.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt nun Herr Abgeordneter Sacher.

Abg. SACHER *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich darf Stellung nehmen kurz zum Resolutionsantrag des Abgeordneten Hrubesch betreffs zweigleisigen Ausbaues der Bahnstrecke Krems - Absdorf/Hippersdorf, wie Kollege Hrubesch formuliert. Wir können diesem Antrag des Kollegen Hrubesch aus folgenden sachlichen Gründen und Mängeln nicht folgen. Es ist zu wenig! Und es ist nahezu naiv und eine Verkürzung der Realität, wenn man glaubt, wenn man ein zweites Gleis legt, was im übrigen eine Maßnahme von einem Jahrzehnt ist und wobei zum zweiten völlig fragwürdig ist, wer das so rasch finanzieren soll, daß damit die Probleme der Strecke Krems - Wien gelöst sind. Die Probleme liegen, und das weiß ich ziemlich genau durch die Gespräche mit der Bahn, vor allem in einer nicht mehr ausreichend zeitgemäßen Sicherheitstechnik. Das ist das eine. Zum zweiten ist es zu wenig, wenn man nur die Strecke Krems - Absdorf modernisiert. In Absdorf bindet diese Strecke bekanntlich in die Franz Josefs-Bahn ein. Und dort nützt auch die Zweigleisigkeit nichts, weil die modernen sicherheitstechnischen Einrichtungen nicht ausreichend sind. Man muß also die gesamte Strecke Wien - Krems in einem sehen. Es sind hier sehr viele ungesicherte Übergänge noch zu sichern. Es sind hier in den Bahnhöfen die Sicherheitseinrichtungen, die Fahrtechnik usw., Sicherheitstechnik zu verbessern. Ausdrücklich wird - dritter Punkt von Kollegen Hrubesch - auch hier nur das südliche Waldviertel angesprochen. Das zeugt von etwas Geographieschwäche. Denn ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Franz Josefs-Bahn, die ja aus dem nördlichen Waldviertel kommt, in Absdorf/Hippersdorf in diese Strecke einbindet. Das wäre also eine Verkürzung und eine unzulässige Vereinfachung. Wir müssen hier schon großräumiger denken. Ich kann daher nur sagen, daß der Antrag, so gut er gemeint ist, inhaltlich sehr viele Mängel hat. Ich erlaube mir daher einen Resolutionsantrag einzubringen *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dipl.Ing. Toms und Sacher zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend“ - und ich bitte jetzt das sehr deutlich zur Kenntnis zu nehmen, Herr Kollege Hrubesch - „Modernisierung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Bahnstrecke Krems - Wien.

Die Strecke Krems - Wien entspricht in ihrem derzeitigen Zustand nicht mehr den Verkehrsanforderungen. Eine Verbesserung der Sicherheitseinrichtung zur Verbesserung der Streckendurchgängigkeit ist dringend geboten, um die häufigen Zugsverspätungen im Interesse der Pendler und Fahrgäste hintanzuhalten.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung mit dem Bund in Verhandlungen einzutreten, um die obigen Ziele zu erreichen."

Abschließend darf ich nur sagen oder anmerken, das ist halt typisch wieder einmal von Dir, Kollege Hrubesch, ich bezeichne das als „Rank Xerox-Politik". Du hast irgend eine Pressemeldung von uns kopiert, aber nur die Hälfte kopiert und dann ist dieser Antrag herausgekommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mayerhofer.

Abg. MAYERHOFER *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Betreffend des Resolutionsantrages der Herren Muzik und Nowohradsky geben wir bekannt, daß wir nach Rücksprache mit den genannten Herren uns anschließen wollen. Danke.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing Hofbauer.

Abg. Ing. HOFBAUER *(ÖVP)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte zu den Resolutionsanträgen Waldhäusl/Mayerhofer einerseits betreffend Verbreiterung der B4 und B5 sowie dringend notwendiger Ortsumfahrungen, und zum Resolutionsantrag Hrubesch, rasche Realisierung von projektierten Park and ride-Anlagen im Waldviertel Stellung nehmen. Beide Anträge sind für mich der Beweis der oberflächlichen und populistischen Tätigkeit und Arbeit von freiheitlichen Abgeordneten. Man ist nicht einmal in der Lage, richtige Bezeichnungen der Bundesstraßen in einen Resolutionsantrag einzuarbeiten. *(Unruhe bei der FPÖ. - Beifall bei der ÖVP.)*

Andererseits hat man aus dem Landesverkehrskonzept nur jene Passagen herausgenommen, die dort bereits mit der Prioritätsstufe 1 bezeichnet sind. Das betrifft die Ortsumfahrungen Mold, Maissau, Ziersdorf, Seitzersdorf-Wolfpassing bzw. auch die Park and ride-Anlagen in Etsdorf/Straß, Hadersdorf am Kamp und Krems, die teilweise bereits in Bau sind bzw. vor der Fertigstellung in manchen Bereichen. Unsere Aufgabe ist es, die Beamten, die mit der Umsetzung des Landesverkehrskonzeptes beschäftigt sind, nicht mit zusätzlichen Verwaltungsaufgaben zu belasten, sondern ihnen die Freiheit und den Freiraum zu geben, die notwendigen Maßnahmen rasch umzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Sacher.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Hrubesch.

Abg. HRUBESCH *(FPÖ)*: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach Rücksprache mit den Herren Abgeordneten Sacher und Dipl.Ing. Toms möchte ich dem „Rank Xerox"-Antrag beitreten. Obwohl er kopiert wurde, möchte ich hier nicht näher darauf eingehen. Ich denke, daß er für die Region sehr viel bringen wird und danke, daß ich da mit beitreten habe können. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Rednerliste ist erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr und hiezu einige Resolutionsanträge. Ich lasse zunächst über die Gruppe selbst und zum Schluß über die zu dieser Gruppe vorliegenden Resolutionsanträge abstimmen. Ich bitte den Berichterstatter nunmehr, den Antrag zur Gruppe 6, Straßen-, Wasserbau, Verkehr, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil sowie ordentlicher und außerordentlicher Konjunkturausgleichsteil zu stellen.

Berichterstatter Abg. RIEDL *(ÖVP)*: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich stelle den Antrag, die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 3.403,571.000,- Schilling und Einnahmen von 989,451.000,- Schilling sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 440,159.000,- Schilling und Einnahmen von 10,350.000,- Schilling sowie im Konjunkturausgleichsteil mit Ausgaben von 20,000.000,- Schilling zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: *(Nach Abstimmung über Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil sowie ordentlicher und außerordentlicher Konjunkturausgleichsteil in Erfordernis und Bedeckung)*: Danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, Grüne.)*

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Resolutionsanträge. Und ich bitte Sie, es sind sieben, um entsprechende Aufmerksamkeit. Zuerst der Resolutionsantrag des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Haushaltszahl 61, Stra-

ßenbau. *(Nach Abstimmung über den genannten Resolutionsantrag)*: Antrag abgelehnt! Das war die Minderheit. *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ und FPÖ.)*

Wir kommen zur Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Roth, Muzik und Mayerhofer betreffend Finanzierung von Vorhaben gemäß dem NÖ Landesverkehrskonzept 1997. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag)*: Danke. Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ; Ablehnung Grüne.)*

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Waldhäusl und Mayerhofer betreffend Verbreiterung der B4 und B5 sowie dringend notwendige Ortsumfahrungen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag)*: Abgelehnt! Das ist in der Minderheit geblieben. *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne.)*

Nächster Antrag - Resolutionsantrag der Abgeordneten Hrubesch betreffend rasche Realisierung von projektierten Park & Ride Anlagen im Waldviertel. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag)*: Abgelehnt! Das ist in der Minderheit geblieben. *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne.)*

Nächster Resolutionsantrag des Abgeordneten Hrubesch betreffend 2-gleisiger Ausbau der Strecke Krems - Absdorf/Hippersdorf. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag)*: Abgelehnt! Das ist in der Minderheit geblieben. *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne.)*

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Muzik, Nowohradsky und Mayerhofer betreffend Donau-Oder-Elbe-Kanal. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag)*: Danke. Ich stelle einstimmige Annahme fest!

Wir kommen schließlich zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Dipl.Ing. Toms, Sacher und Hrubesch betreffend Modernisierung und Verbesserung und der Leistungsfähigkeit der Bahnstrecke Krems - Wien. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag)*: Danke. Ich stelle einstimmige Annahme fest!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach meinen Aufzeichnungen, ich erinnere alle daran, habe ich hier 16 Redner zur Gruppe 7 vorgemerkt und vier Redner zur Gruppe 9. Und dann wird sicher noch ein Schlußwort des Finanzreferenten kommen. Also es ist eine große Zahl von Wortmeldungen da. Ich bitte Sie, sich bei Ihren Diskussionsbeiträgen so kurz zu fassen, daß wir alle Ihre Agumente mitbekommen, aber dennoch noch vor Mitternacht fertig werden. Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Mag. Riedl, zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, ordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, umfaßt die Gebarungsvorgänge Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft, sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft, Förderung der Energiewirtschaft, Förderung des Fremdenverkehrs sowie Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 1.995,438.000,- Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 67,070.000,- Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 4,02 Prozent.

Ich bitte, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Hofmacher.

Abg. HOFMACHER *(ÖVP)*: Herr Präsident! Werte Mitglieder des Landtages! Meine geschätzten Damen und Herren!

Ich darf zur Gruppe 7 des Landesbudgets Stellung nehmen und zwar für den Agrarbereich. Als größtes Bundesland bezeichnen wir uns zu Recht als Agrarland Nummer I. Landesrat Mag. Sobotka hat in seiner Vorbemerkung betont, er wünscht sich eine geordnete und stabile Entwicklung der Finanzen - und so ist das Budget auch ausgerichtet - um im härter gewordenen Wettbewerb bestehen und sich weiter entwickeln zu können. Diese Grundsätze gelten natürlich auch für die Landwirtschaft.

In diesem Voranschlag sind Mittel vorgesehen für Dinge, mit denen wir uns in einem Getriebe befinden. Es wurde immer verlautbart in den vergangenen Jahren, an versteckter Arbeitsplatzförderung sei ein Drittel vorgesehen. Ich kann dies auch jetzt feststellen. Indem wir uns in einem Getriebe befinden, ist vorgesorgt, daß der Dienstleistungsbereich in Niederösterreich, daß es in der Wirtschaft natürlich auch, und daß es in der Landwirtschaft funktioniert. Daß die Landwirtschaft damit auch ihre Existenzberechtigung hat und auch entsprechende Mittel hier vorgesehen sind. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Wir sind natürlich mit dem Problem behaftet, daß das von verschiedenen Faktoren abhängig ist. Die Entwicklung in der Landwirtschaft und nicht nur der Beitritt zur EU war natürlich ausschlaggebend und hat Österreichs Landwirtschaft dementsprechend auch verändert. Es ist nachzuvollziehen, daß schon vor dem Beitritt zur EU wir von der Preisentwicklung der Europäischen Union abhängig waren. Natürlich immer nur im nachhinein. Auch Strukturveränderungen oder Strukturbereinigungen standen bereits vor dem Beitritt auf der Tagesordnung. Ich erinnere nur daran, wir hatten von 1980 bis 1990 einen Abgang an Bauern von zirka 16 Prozent zu verzeichnen. In Bayern, das bereits in der EU war, betrug der Abgang um drei Prozent mehr, also 19 Prozent.

Diesen Strukturveränderungen sind natürlich Grenzen zu setzen. Und wir haben dafür zu sorgen. In Niederösterreich und natürlich auch in Österreich sind wir vor dem Beitritt Verpflichtungen eingegangen, indem eine Angleichung des Preisniveaus stattgefunden hat und das in Form von Ausgleichszahlungen beantwortet wurde. Niederösterreich steht natürlich zu seinen Verpflichtungen. Wir sind den Bauern in Niederösterreich im Wort, trotz sehr vieler Kritik von anderen politischen Gruppierungen. Wir wollen, weil die Landwirtschaft ein bedeutender Wirtschaftszweig ist mit zirka fünf Prozent Bevölkerungsanteil, eine flächendeckende Bewirtschaftung und damit natürlich den Bauern ihre Existenz sichern. Wir sind stolz - und das wurde vom Landesrat für Finanzen angekündigt - auf unsere Beschäftigtenzahlen. Wir haben ein Mehr an Beschäftigung von zirka 6,8 Prozent, aber auch ein Mehr an Arbeitslosen von zirka 1.000. Also in tausend ausgedrückt ein Mehr an Beschäftigten von 6.800. Würde der Strukturwandel bei der österreichischen Landwirtschaft weitergehen, dann würde uns dies natürlich auch am Arbeitsmarkt entsprechend belasten. Ich verhehle auch nicht, trotz dieser noch günstigen Situation ziehen natürlich am Horizont schwarze Wolken auf. Und wenn ich schwarze Wolken sage, dann meine ich den Entwurf der Agenda, der uns vorliegt, wo Perspektiven für die Entwicklung in der EU und ihrer Politik für die Zeit nach der Jahrtausendwende sich für uns niederschlagen.

Ganz kurz: Wesentliche Punkte dieses Programmes sind die künftige Finanzierung der EU, die Neugestaltung der Strukturfonds, die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten. Und was für uns schlagend wird, das ist die Reform der Agrarpolitik. Eines ist klar: Anpassungsnotwendigkeiten aus weltweiten WTO-Vereinbarungen sind sicher erforderlich. Wir reden davon, unser Agrarkommissär hat 500 Milliarden Schilling für die europäische Landwirtschaft zu verteilen. Was mich natürlich bedenklich stimmt, daß das im Budget der sämtlichen Mitgliedstaaten 1,99 Prozent beträgt. Und was mich weiters noch bedenklich stimmt bei der Agenda, daß kein einziges Wort von Bioenergie und kein einziges Wort von nachdarin wachsenden Rohstoffen zu finden ist. In Österreich geht man einen entsprechenden Weg und natürlich zeigt auch Niederösterreich hier seine positiven Ansätze. Diese dürfen bei den nachwachsenden Rohstoffen natürlich nicht rückgängig gemacht werden. Und ich verweise hier darauf, daß wir bereits das hundertste Biofernheizwerk seiner Bestimmung übergeben haben.

Wie schlägt sich das auf den Produktpreis unserer Veredelungsbetriebe nieder, was den Bereich der Agrarneukonstituierung betrifft? Und zwar ist bei Getreide eine Senkung des Interventionspreises vorgesehen von derzeit 119 ECU auf 95 ECU pro Tonne. Trotz Anhebung der Prämie würde das sicher einen Nachteil für unseren Getreidebereich bedeuten. Auch in der Rindermarktordnung ist eine schrittweise Reduktion des Interventionspreises um 30 Prozent vorgesehen. Auch hier wäre vorgesehen eine Erhöhung der Prämien. Und letztlich bei der Milch eine Preisreduktion von zirka 10 Prozent.

Wir haben hier in der Gesetzgebung das Recht und die Verpflichtung, auf verschiedene Probleme einzugehen und uns mit der künftigen Entwicklung in der Landwirtschaft, was etwa den Bereich der Agenda betrifft, auseinanderzusetzen. Ich meine, die Agenda in der vorliegenden Form ist sicher nicht der gangbarste Weg in die Zukunft für Österreichs Landwirtschaft. Es ist daher notwendig, die Grundprinzipien, nämlich eine flächendeckende Bewirtschaftung durch die bäuerlichen Familien, die Nachhaltigkeit, die Funktionalität, die Umweltgerechtigkeit und Abgeltung von Bewirtschaftungsnachteilen auch in den Umsetzungsvorschlägen der Agenda 2000 wiederzufinden. Auch der Bewirtschaftung und Sicherung der Produktion in Ungunstlagen, sprich im Berggebiet, muß unbedingt entsprochen werden. Es ist natürlich mittelfristig eine Reformnotwendigkeit der gemeinsamen Agrarpolitik in Teilbereichen zu erkennen. Aber Ziel muß es sein, daß man den bäuerlichen Betrieben wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten auch in Zukunft sichert. Österreich und Agenda bedeutet für mich ein Reizwort. Österreich versucht aber mit einer sorgfältigen Vorbereitung, daß dies für uns zur Chance werden könnte. Herr Bundesminister Molterer hat ja neun Arbeitskreise gebildet, damit wird eine sorgfältige Vorbereitung, was Agenda betrifft, auf jeden Fall forciert werden.

Wie funktioniert es in Niederösterreich? Ich habe gesagt, wir haben den Bauern Wort gehalten. Die Budgets sind natürlich geprägt von einem strikten Sparkurs. Doch wir haben verschiedenes zu verzeichnen, ob dies der degressive Milchpreisausgleich ist, ob dies die Höfesicherung ist, in der Stützung der Sozialversicherungsbeiträge für mitarbeitende Kinder oder verschiedenes andere mehr, wofür es bereits einen Beschluß der Landesregierung gibt. Aus den ÖPUL-Rückflüssen 1997 ist auch noch ein Betrag von 48 Millionen Schilling vorhanden. Dieser Betrag muß unbedingt zweckgebunden verwedet werden. Ich könnte einen Denkanstoß hier geben: Und zwar wäre eine Möglichkeit, diese Mittel für Benachteiligungen beim Transport oder bei den Transportkosten in den verschiedensten Bereichen sinngemäß zu verwenden.

Das Budget im landwirtschaftlichen Förderungsbereich beträgt ja im Jahr 1999 1.366,000.000,- Schilling. Wichtige Positionen dabei sind das Umweltprogramm, das für uns von besonderer Bedeutung ist, womit man Bewirtschaftungsnachteile wettmacht natürlich, oder ein kofinanziertes Investitionsprogramm, oder Direktzahlungen an unsere benachteiligten Gebiete, oder Maßnahmen im Zusammenhang mit Ziel 5b-Gebieten, die es alle umzusetzen gilt.

Ein besonderes Anliegen ist mir auch, daß die Zuwendung, die Mittel an unsere Interessensvertretung geringfügig angehoben werden konnte. Und ein Erfolg der Interessensvertretung für unsere Bauern ist, daß wir 97 Prozent der EU-Mittel auch aus Brüssel abholen. Ich glaube, hier wird sicher effizient von unserer Interessensvertretung gearbeitet. Und daher ist es voll gerechtfertigt, daß dieser Betrag auch ausbezahlt werden wird.

Wir haben auch eine Spitzenposition was - ich habe es bereits betont - die erneuerbare Energie betrifft. Hier stehen uns 14,7 Millionen Schilling an Förderungsmitteln zur Verfügung. Dieser Weg muß in diesem Bereich unbedingt weiter fortgesetzt werden.

Für den ländlichen Raum eine große Bedeutung hat auch der Güterwegeausbau. Und nicht nur der Ausbau, sondern auch die Erhaltung. Und der Schein trügt in diesem Budgetansatz, denn es sind drei verschiedene Posten hier vorgesehen. Und es kann mit den vorgesehenen Mitteln in Niederösterreich ebensoviel ausgebaut werden wie im vergangenen Jahr, nämlich zirka 300 Kilometer.

Was für uns ganz wichtig ist, das ist der Bildungsbereich. Es wurde gestern schon darüber gesprochen. Und auch darüber wurde gesprochen, daß die ÖVP und die Sozialdemokraten einen Antrag gestellt hätten auf Reduzierung unserer Fachschulen. Ich glaube, wir dürfen hier die Zeit nicht verschlafen. Die Vorgangsweise, die gewählt wurde, war richtig, daß wir in Zukunft Schwerpunktschulen in Niederösterreich haben. Die Schülerzahlen bestätigen die Akzeptanz unserer Schulen, ob das die Einführung des modulen Ausbildungssystems ist, das ich für ganz richtig empfinde oder zum zweiten, wie bereits angekündigt, die Reduktion unserer landwirtschaftlichen Fachschulen. Ich bin der Meinung, so viele als notwendig. Aber diese müssen modernst als Schwerpunktschulen ausgestattet sein, um auf Veränderungen reagieren zu können. Den Bauern muß in modernst ausgestatteten Fachschulen das fundamentale Wissen für die Zukunft mitgegeben werden. Was mich natürlich freut, wenn schon Zusammenführungen und nicht Schließungen stattgefunden haben, daß Investitionen, die notwendig sind, getätigt werden. Zum Beispiel muß, wenn Haag schon zusammengeführt wird mit Gießhübl, dort eine dementsprechende Investition getätigt werden. Das gleiche gilt, wenn Unterleiten als Expositur von Hohenlehen geführt wird. Notwendige Investitionen sind dort unabdingbar. Ich glaube, neben der Erhöhung unserer Bildungsqualität ist auch eine Profillierung jedes Standortes notwendig.

Ein Letztes, um die Zeit nicht zu überschreiten: Ich glaube, auch in der Sozialpolitik, was uns nicht nur im Land Niederösterreich, sondern österreichweit betrifft, aber die Diskussionen werden überall geführt. In der Sozialpolitik läuft auch der Countdown in eine positive Richtung. Wenn man bedenkt, ab 1. Juli können die Bauern, jene 5 Prozent der Gesamtbevölkerung, unter den gleichen Bedingungen zum Arzt gehen wie der Rest, wie 95 Prozent der Bevölkerung. Hier ist ein entsprechender Schritt gesetzt worden und eine jahrzehntelange Forderung für die Bauern sicher in Erfüllung gegangen. Ich glaube, der Schwerpunkt soll hier, trotz massiver Kritik, nicht die polemische Auseinandersetzung sein, sondern es muß Wert darauf gelegt werden, daß eine Bevölkerungsgruppe nicht benachteiligt wird.

Ich glaube, mit dem vorliegenden Budgetansatz in der Gruppe 7, was die Landwirtschaft betrifft, natürlich auch Gegenüberstellungsmittel, die zusätzlich noch hinzugerechnet werden müssen, sind sicher beste Ansätze hier vorhanden, der Landwirtschaft als Arbeitsplatz in Zukunft auch das Überleben zu sichern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. WALDHÄUSL *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen des Hohen Hauses!

Auch ich möchte in der Gruppe 7 zum Schwerpunkt Landwirtschaft hier einige Ausführungen Euch unterbreiten. Möchte beginnen damit: Mein Vorredner, Kollege Hofbauer, hat die Probleme im Agrarbereich, die auf uns zukommen werden, bereits nicht nur umrissen, sondern auch im Detail angeführt. Die Problematik, die hier wirklich entsteht. Sinkende Produktpreise, nicht abgegoltene, die Subventionen sind zu gering, hier auf die Bauern kommenden Verluste werden nicht abgegolten. Und darum möchte ich hier auf die Agenda 2000 nicht so konkret eingehen, sondern möchte über die allgemeine Lage der niederösterreichischen Bauern hier einige Worte finden.

Wir wissen leider Gottes, und das kann ich sicherlich hier im Interesse und vor allem mit dem Nicken aller sagen, leider Gottes sinkt die Anzahl der bäuerlichen Betriebe in Niederösterreich genauso wie im österreichischen Durchschnitt. Leider Gottes drängen immer mehr Bauern gewissermaßen unter Druck in den Nebenerwerb. Sie können ihr Einkommen aus dem Vollerwerb nicht mehr erzielen und müssen dadurch eine zweite Einkommensschiene, oder wie auch immer hier das von politischen Mitbewerbern genannt wird, müssen sie einschlagen. Dieser Weg führt natürlich auch dazu, daß gerade im Nebenerwerb dadurch die Leistung der gesamten bäuerlichen Familie, und ich spreche hier vor allem die Bäuerin an, sich drastisch erhöht. Zu der Kindererziehung und teilweise auch zu der Pflege der älteren Generation kommt dann auch noch die Arbeit am Betrieb. Denn der Ehemann geht einem anderen Beruf nach. Oder es ist umgekehrt. Dann lastet aber trotzdem auf der Frau hier sehr, sehr viel. Und ich glaube, daß es aus diesen Überlegungen her sicherlich nicht anzustreben ist, daß man generell sagt, der Nebenerwerb ist die Chance und die Rettung für die niederösterreichischen Bauern. Es ist natürlich klar, daß, wenn sich die Ertragslage in der Landwirtschaft nicht ändert – und wir wissen, daß sie sich von Jahr zu Jahr verschlechtert – daß hier das Abdrängen in den Nebenerwerb logisch ist.

Aber es kann natürlich nicht so sein – und da sind wir Freiheitlichen nicht der gleichen Meinung wie der NÖ Bauernbund – daß es hier nach Erwerbsschienen und allen diesen schönen Worten, die hier kreiert worden sind, daß das eine logische Folge ist und daß das die Zukunft der Bauern ist. Uns wäre der gesunde Vollerwerbsbetrieb natürlich der liebste. Doch wir wissen, daß hier auf Grund der Maßnahmen, die auf Bundesebene nicht getroffen worden sind, letztendlich auch nicht getroffen werden können, da wir einen EU-Beitritt hinter uns haben und auf Grund dieses EU-Beitrittes die Förderung der Bauern in der Art und Weise, wie wir sie gerne hätten, nicht immer möglich ist bzw. rechtlich, gesetzlich auch nicht mehr in der Art und Weise sich erfüllen läßt. Wie schaut es also aus? Der Arbeitsplatz Bauernhof kann leider Gottes nicht die Attraktivität weiter so behalten, wie er es einmal gehabt hat. Und wir Freiheitlichen stehen zum Arbeitsplatz Bauernhof. Wir haben bereits vor zwei bis drei Jahren zum ersten Mal hier auch definitiv Anträge eingebracht im Parlament. Und sind da immer wieder ausgelacht worden. Was sagt das schon – Arbeitsplatz Bauernhof? Wir Freiheitlichen wollen, daß der Bauer auch gefördert wird, der zu Hause am Bauernhof bleibt, weil er hier Arbeitsplätze sichert und auch nicht auf den Arbeitsmarkt drängt. Denn jeder Landwirt, der den Hof verlassen muß, drängt auf den Arbeitsplatz und steht hier in Konkurrenz zu Arbeitssuchenden oder zu Mitmenschen, die im Arbeitsberuf leben. Und hier in diesem Konkurrenzkampf wollen wir und sollen wir nicht auch noch eingreifen. Denn ich glaube, es kann nicht sein, daß die einzige Politik, die uns dann wirklich noch einfällt, die ist, daß man sagt, er soll sich irgendwo eine Arbeit suchen. Er wird sie finden. Denn wir wissen, daß die Bauern sehr fleißig sind, daß sie geschickt sind. Und darum werden sie auch eine Arbeit finden. Doch sie nehmen diese Arbeit einem anderen weg und dann haben wir dieses Problem nur verschoben. Den anderen muß man eine „Arbeitslose“ bezahlen. Wir wissen, die Zahlen sind zwar immer wieder vom Sozialminister vorgegeben von 250.000,- aufwärts kostet uns ein Arbeitsloser im Jahr. Und ich glaube, daß es hier sinnvoll ist und das freut mich hier wirklich, daß die ÖVP – und wir haben das in der Vollversammlung schon ein paar Mal diskutiert - jetzt auch diesen Begriff „Arbeitsplatz Bauernhof“ verwendet.

Und wenn ich weiter gehe: Es war Anfang Juni, hat im Parlament auch der Abgeordnete Schwarzenberger, das ist der Obmann des Bauernbundes österreichweit, auch bereits von dem Sockelbetrag gesprochen. Auch er ist jetzt Gottseidank hier in Allianz mit uns der Meinung, daß möglichst bald, möglichst rasch die Einführung eines Sockelbetrages hier sicherlich eine positive

Sache in der Rettung der bäuerlichen Betriebe sein kann. Es freut mich hier äußerst, daß er hier diese Worte gefunden hat. Und ich freue mich bereits auf die Zeit, wo diese Visionen, unsere Anträge, gemeinsamen Anträge, dann mit dem NÖ Bauernbund in die Tat umgesetzt werden. Weil sie im Interesse und zum Wohle aller bäuerlichen Familien in Niederösterreich sind.

Daß die Agenda 2000, wie sie von Kollegen Hofmacher angesprochen worden ist, natürlich letztendlich die Finanzierung der Osterweiterung in sich birgt und daß hier sehr viele Probleme und Risken auf die österreichischen Bauern zukommen, das glaube ich, ist sicherlich schon oft erwähnt worden. Ich habe es vor einer Woche, ein bißchen länger ist es her, bei der Debatte über die Osterweiterung hier ganz genau, wirklich aufgegliedert in alle Elemente, vorgebracht. Und da kann man zusammenfassend sicherlich sagen, es kann niemand wirklich erwarten, daß ein niederösterreichischer oder ein Waldviertler Bauer – um es jetzt einmal ganz konkret zu sagen – in der Region, in diesen Verhältnissen, mit diesen Strukturen gegen einen Bauern aus Ungarn oder Tschechien mit anderen Strukturen hier Schritt halten kann. Das weiß jeder, daß das nicht möglich ist. Und darum muß man versuchen, hier diese Probleme nicht nur abzuwälzen, sondern fernzuhalten. Und es kann nicht sein, daß hier nur die Produktpreise gesenkt werden. Das hat der Kollege auch schon gesagt, daß wir uns hier etwas anderes einfallen lassen müssen.

Auf Niederösterreich bezogen ist es sicherlich zu wenig, wenn wir hier von Zukunftsverträgen, Europaverträgen so nach dem Wortlaut von Pröll, wenn er so durch das Land reist, wenn er davon spricht. Hier glaube ich, und da nehme ich jetzt das Wort von Agrarlandesrat Blochberger in den Mund, hier sollte wirklich der Landeshauptmann von der Sonntagsrede einmal zur Montagstat schreiten. Ich weiß nicht, vielleicht arbeitet er Montag nicht so gern. Es wäre sehr gut, wenn er Montag etwas machen würde für die niederösterreichischen Bauern, das wäre sinnvoll und wir hätten etwas davon. *(Abg. Roth: Das ist ja unerhört! Das ist ja eine Zumutung! - Beifall bei der FPÖ. - LR Blochberger: Was soll diese Polemik? Wozu ist diese Polemik gut?)*

Das ist keine Polemik. Herr Landesrat, der Spruch stammt von Ihnen und der Spruch ist in Ordnung. Und die Zahl der sinkenden Betriebe leugnet hier in diesem Haus niemand ab. Und ich kann mich an Zeiten erinnern, Herr Landesrat, wenn man die Produktpreise jetzt hernimmt, da sind wegen 10 Groschen Bauern vom Bauernbund nach Wien, ich sage es jetzt unter Anführungszeichen, „gekarrt“ und „getrieben“ worden. Da ist demonstriert worden gegen eine SPÖ. Jetzt haben wir Preise, die sind fernweg von dem, was wir dort in dieser gelobten Zeit gehabt haben. *(Abg. Hiller: Das ist ein ganz anderes System!)*
Und jetzt plötzlich sagt keiner was. Unter einem roten Landwirtschaftsminister ist es den Bauern weit, weit besser gegangen, ja, ich sage sogar, noch nie so gut. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn ich von diesen Produktpreisen spreche, meine Damen und Herren, wenn ich da jetzt ins Detail gehe: Milch! Herr Landesrat, Sie wissen es, der Milchpreis ist ein Wahnsinn! Hier kann kein Bauer um diese Kosten einen Liter Milch noch kostendeckend produzieren. Bei Fleisch eine Katastrophe! Wir wissen, ist noch gar nicht so lange her, reden Sie mit einem Schweinemast-Betrieb. Er hat, bitte, um seine Existenz gerungen in den letzten Monaten. Wir wissen es alle. Es war eine schwierige Situation. Und diese Schweinepreise sind aber im Gegensatz zu dem, wenn ich nur nachlese, was da immer geschrieben worden ist in dieser Zeit dieser Koalition. Das war ein Wahnsinn, was da der Bauernbund gemacht hat. Und jetzt haben wir Schweinepreise, um die wirklich niemand mehr produzieren kann. Und da hört man aber nichts. Da höre ich von Ihnen, Herr Landesrat, sehr viel, aber nur nichts Lösendes. Sie sagen nur, ja, das ist halt nichts, weil der Preis ist halt so gering. Der Landeshauptmann sagt, es wird einen Zukunftsvertrag geben. Der Bauer braucht einen Preis oder dementsprechenden Ausgleich, damit er das bewältigen kann. Aber von diesen schönen Sonntagsreden, Herr Landesrat, da hat er nichts! Er hat von Ihren Reden nichts und er hat schon gar nichts davon, wenn der Landeshauptmann Pröll bei seinen Reisen durch Niederösterreich da immer wieder nur den Bauern erwas vormacht.
(LR Blochberger: Bringen Sie einen Resolutionsantrag ein – Erhöhung des Schweinepreises und des Milchpreises!)
Wir werden, Herr Landesrat, heute wirklich einige Resolutionsanträge stellen in gewohnter Manier. Und ich bin schon gespannt, wie hier heute speziell der Bauernbund zu diesen Anträgen, die wirklich die Existenz der Bauern betreffen, wie er hier heute wirklich sich verhalten wird. Ich habe leider Gottes in der im Gegensatz zu Ihnen kurzen Zeit, wo ich für die Bauern tätig bin, habe ich wirklich viel zu oft erlebt, daß gerade, wenn es darauf angekommen ist, es immer wieder gerade der Bauernbund war, der den Bauern in den Rücken gefallen ist. Und das ist es! *(Beifall bei der FPÖ. - LR Blochberger: Der Haider wollte die Subventionen kürzen um 50 Prozent!)*

Herr Landesrat, wenn ich heute hier sämtliche Anträge Euch herbringen wollte, wo die ÖVP die Bauern verraten hat, wißt Ihr, was da ist? Sechs Uhr in der Früh! Sechs Uhr in der Früh ist es, wenn ich die alle bringe. Und das erspare ich Euch und erspare ich mir. *(Abg. Lembacher: Wir machen keine Resolutionen, wir setzen Taten!)*

Ich bringe für die Zukunft etwas, für die Zukunft der Bauern. In der Vergangenheit ist genügend nicht gemacht worden. Da ist dieser Block dafür verantwortlich und das kann er gut, daß er wenig oder zu wenig für die Bauern macht. Jetzt glaube ich, in der Zukunft sollen wir etwas Vernünftiges machen. Und ich beginne da mit meinem ersten Resolutionsantrag betreffend „Nachwachsende Rohstoffe". *(LR Blochberger: Den hat der Haberler schon gebracht! – Unruhe im Hohen Hause.)*
Herr Landesrat! Sie werden gleich sehen und hören vor allem, bis Sie ihn dann ausgeteilt bekommen, daß dieser Antrag eigentlich auch Ansätze und Worte von Ihnen beinhaltet. *(Abg. Hiller: Abgeschrieben!)*
Na, abgeschrieben! Glauben Sie mir, Herr Landesrat! Obwohl ich nur kurz in der Agrarpolitik tätig bin, aber so tief bin ich nicht gesunken, daß ich von Ihnen etwas abschreiben muß! *(Abg. Roth: Das ist eine Frechheit! Der ist so frech! - LR Blochberger: Haben Sie gerade gemacht! Sie verwenden ja Worte von mir – nur aus dem Zusammenhang gerissen!)*

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Waldhäusl zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg.50/V-6, betreffend nachwachsende Rohstoffe.

Die geplante Neuordnung in landwirtschaftlichen Belangen durch die Agenda 2000 berücksichtigt den Bereich ‚Nachwachsende Rohstoffe' und ‚Bioenergie' mit seinen vielfältigen Erwerbsmöglichkeiten für die bäuerliche Landwirtschaft völlig unzureichend. Gerade auf diesem Gebiet ist der hohe Standard in Österreich sowohl in Forschung und Entwicklung als auch in der Praxis unbestritten.

Innerhalb und außerhalb der Europäischen Union haben Landwirte Akzeptanz und Anerkennung für ihren Weg der umweltschonenden Bewirtschaftung, der Mithilfe bei der Einsparung fossiler Energie und dem Erschließen eines neuen Erwerbszweiges – eben der Erzeugung von nachwachsenden Energieträgern – gefunden.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um zu erwirken, daß die Produktion, die Verarbeitung und die Anwendung von ‚Nachwachsenden Rohstoffen' gemäß ihres volkswirtschaftlichen Gesamtnutzens gefördert werden,
durch geeignete Maßnahmen wie z.B. finanzielle Anreize, administrative Erleichterungen usw. im Wirkungsbereich des Landes die Anbauflächen für ‚Nachwachsende Rohstoffe' im Bundesland Niederösterreich massiv erweitert werden."

Das ist der erste Antrag und ich glaube, daß wir hier diesem Erwerbszweig eine Chance geben sollten. Und ich glaube, wir werden sie ihm auch geben müssen. *(Abg. Lembacher: Das ist schon eine Forderung von uns seit einer Ewigkeit!)*

Es wäre natürlich parallel dazu sehr, sehr wichtig, es wäre sehr, sehr wichtig, parallel dazu, wenn wir mit einer Steuerreform auf Bundesebene hier natürlich auch mithelfen könnten. Doch daß hier, was hier der Landtag wirklich machen kann, glaube ich sollte er hier dazu auch tun und darum bitte ich hier um die Unterstützung. *(Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*

Eine zweite wesentliche Sache in der Landwirtschaft, wo die Bauern wirklich momentan der Schuh drückt, sind die Betriebsmittelpreise. Und ich möchte hier beginnen mit einem Problem betreffend der pauschalierten Mehrwertsteuer. Und ich zitiere hier meinen zweiten Resolutionsantrag (*liest*):

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Waldhäusl zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend pauschalierten Mehrwertsteuersatz.

Seit Jahren sinken die bäuerlichen Einkommen, sowohl per Familienarbeitskraft als auch pro Betrieb, die Zahl der bäuerlichen Betriebe nimmt ebenfalls ab. Ursache sind einerseits die Talfahrt der Erzeugerpreise – seit dem EU-Beitritt zwischen 20 und 50 %, wie der Landwirtschaftsminister selbst eingestehen muß -, andererseits die steigenden Kosten, obwohl den Bauern vor dem EU-Beitritt eine Senkung der Betriebsmittelpreise versprochen wurde.

Österreichs Bauern stecken also in einer Preis-Kosten-Schere, sie bezahlen den höchsten Dieselpreis Europas und erleiden jährliche Einkommenseinbußen allein bei der Mehrwertsteuer von 1,75 Mrd. S, da sie für Einkäufe im allgemeinen 20 % Steuer entrichten, nicht vorsteuerabzugfähig sind und auf ihren landwirtschaftlichen Produkten, nur 10 % Mehrwertsteuer liegt.
Seit 1995 fordert sogar die § 7 Kommission im Landwirtschaftsministerium eine Reform dieser wettbewerbsverzerrenden und existenzbedrohenden Belastungen. Die Bundesregierung zieht die Steuer-, Abgaben- und Gebührenschraube immer fester und nimmt somit den hausgemachten Teil des Bauernsterbens in Kauf.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, beim Bund, und hier insbesonders beim zuständigen Finanzminister den pauschalierten Mehrwertsteuersatz für Land- und Forstwirte auf 12 % anzuheben."

Es hat, und es war nicht sehr viel Mühe, bereits so einen Antrag gegeben: Am 24. Juli 1997. Der ist eingebracht worden von Kurzreiter, Schütz und Marchat. Der ist hier in diesem Landtag einstimmig beschlossen worden. Und ich glaube, wir müssen hier am Ball bleiben. Weil es hat sich nichts geändert. Wir haben in der Landes-Landwirtschaftskammer diesbezüglich auch schon solche Anträge einstimmig verabschiedet, aber wir haben uns noch nicht durchgesetzt. Und darum, verehrte Kollegen, glaube ich, daß wir hier speziell in diesem Bereich noch einmal nachstoßen sollten, um eben bei der Bundesregierung hier das zu erwirken. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein weiterer Bereich, und das ist der nächste Resolutionsantrag, weil wir eben bei den Betriebsmitteln jetzt hier solche Probleme haben, ist die Senkung des Dieselpreises. Ich zitiere (*liest*):

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Waldhäusl zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Senkung des Dieselpreises.

Vor allem die gewerbliche Wirtschaft und die Landwirtschaft" - wir sprechen ja heute auch zu dem Kapitel Wirtschaft – „stehen insbesondere in Niederösterreich in unmittelbarem Konkurrenzverhältnis zur Wirtschaft der angrenzenden Reformländer. Erschwerend dazu kommen die hohen Abgaben- und Steuersätze in Österreich. Eine spürbare Erleichterung für die Wirtschaft und insbesondere der Landwirtschaft wäre eine Senkung der Betriebsmittelpreise. Hier sind vor allem die Kosten für Dieseltreibstoff zu nennen, welche im Vergleich zu anderen europäischen Ländern überdurchschnittlich hoch sind.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, beim Bund, insbesondere beim zuständigen Finanzminister vorstellig zu werden, um zu erreichen, daß durch steuerliche Entlastungsmaßnahmen der Preis für Dieseltreibstoff zumindest auf europäisches Durchschnittsniveau gesenkt wird."

Da befinde ich mich ja nicht ganz alleine. Es hat da vor geraumer Zeit im Waldviertel der Kollege aus Gmünd Unterschriftenaktion auf sämtliche Treibstoffe gefordert. Das sind von weiß nicht wie vielen unterschrieben worden. Und ich hoffe, daß er dann auch zu diesen Unterschriften heute steht. Weil eigentlich bin ich nicht alleine mit dieser Forderung. Neben dem Hofbauer fordert das auch, ich zitiere jetzt, Penz. Unser Präsident Penz fordert: Kostenentlastung für bäuerliche Betriebe. Ich zitiere: „Rasche Maßnahmen zur Kostenentlastung der bäuerlichen Betriebe fordert...", und das war der Mittwoch, der 17. Juni, wo er das gesagt hat. – „Für einen Großteil der bäuerlichen Betriebe wäre diese existenzgefährdend, daher ist es auch notwendig, umgehend eine Kostensenkung im Bereich der Betriebsmittel in Angriff zu nehmen", sagte Penz. Auch weiters hat der Penz gesagt, eine Anpassung bei der Umsatzsteuer wäre unbedingt erforderlich. Die 1,7 Milliarden hat er gesagt und die Anhebung. Also ich befinde mich hier... *(LR Blochberger: Kompliment! Brav zugehört! Und Sie versuchen das jetzt umzusetzen!)*
Herr Landesrat, Sie unterscheiden eines dabei. Wenn wir Anträge machen, dann stehen wir zu diesen. Und ich werde Ihnen heute, und wenn Sie wollen, jetzt gleich eines beweisen. Es hat, Herr Landesrat und liebe, werte Kollegen der ÖVP, aufgepaßt! Herr Landesrat, auch Ihnen würde zuhören nicht schaden. *(LR Blochberger: Das ist nicht der Fall, weil Ihr Obmann verlangt Unterschriften von Euch! Der eigene Obmann traut Euch nicht mehr! Bei uns ist Glaubwürdigkeit! Das ist der Unterschied! – Abg. Marchat: Jeder darf*

das sagen, nur Du nicht! - Unruhe im Hohen Hause.)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Sind Sie schon fertig mit Ihrer Rede?

Abg. WALDHÄUSL *(FPÖ)*: Nachdem Sie nicht eingreifen als Präsident, habe ich mir einmal gedacht, ich werde einmal trinken und werde abwarten, wie Sie Ihre Arbeit da ernst nehmen. Und nachdem Sie jetzt sagen, daß ich weiter fahren darf, werde ich ...

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Abgeordneter! Ihre frechen Bemerkungen weise ich zurück!

Abg. WALDHÄUSL *(FPÖ)*: Aber Herr Präsident! Sie als Präsident, und dann lesen Sie es sich einmal durch, ich habe das im Parlament auch schon einmal erlebt, der Präsident hat das Recht und die Pflicht, bei den Rednern zu unterstützen, daß er hier sprechen kann. Und wenn Sie bei mir dieser Unterstützung nicht nachkommen, müssen Sie sich gefallen lassen, daß ich den Präsidenten auch kritisiere. *(Abg. Lembacher: Aber Zwischenrufe sind noch immer gestattet! - LR Blochberger: Sie haben Wasser getrunken. Sie haben gar nicht reden können. Trinken und reden geht nicht zugleich!)*
Herr Landesrat! Sie haben gesagt, Sie nehmen das alles so ernst, was Sie sagen und was die ÖVP sagt. Den Antrag, den ich heute eingebracht habe bezüglich dieser Mehrwertsteuer. Und den auch der Penz gefordert hat. *(Abg. Roth: Der Herr Präsident Penz!)*
Am 27. Mai 1998 ist so ein gleichlautender Antrag im österreichischen Parlament mit den Stimmen aller ÖVP-Abgeordneten abgelehnt worden. Bauernverrat, wie wir es gewöhnt sind! Wie wir es von Euch gewohnt sind! Und Sie selbst sagen, Sie stehen dazu. Wieso wurde am 27. Mai 1998 im österreichischen Parlament so ein Antrag mit Euren Worten auf Kosten der Bauern abgelehnt? Erklären Sie mir heute hier, gehen Sie heute hier heraus, Herr Landesrat, und erklären Sie mir, warum Sie im Parlament das abgelehnt haben. *(Abg. Hiller: Auch da sind Passagen, wo wir nicht zustimmen können! Grundsätzlich könnten wir zustimmen!)*

Ich helfe Ihnen! Ich helfe Ihnen! Ich werde es Ihnen jetzt erzählen. Ich werde es Ihnen erzählen, Herr Kollege. Und zwar: Es hat nämlich der Abgeordnete Georg Schwarzenberger auch im Parlament gesagt, warum das alles passiert ist. Was die Mehrwertsteuerpauschalierung betrifft, sind wir enttäuscht, daß unser Koalitionspartner in diesem Bereich nicht zu überzeugen ist. Wir hatten kürzlich eine Vorsprache beim Finanzminister Edlinger und er hat uns darauf hingewiesen, daß all jene Bauern, die glauben, daß sie mehr Vorsteuer bezahlt haben als sie für ihre Produkte an Mehrwertsteuer eingenommen haben, ja die Möglichkeit haben, zu einer Regelbesteuerung überzutreten. Jetzt wissen wir es, warum es so ist. Weil sich die ÖVP nicht durchsetzen hat können. Also sagen wir es doch ehrlich, die ÖVP ist bereits zu winzig in der Regierung, daß sie eine positive Sache für die Bauern erledigen kann. Sie sind gescheitert! Sie liegen am Bauch und wackeln mit den Ohren! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Moser: Du redest so viel Dummheit, da ist es gescheiter, man sagt nichts drauf!)*
Also das, glaube ich, würde nicht einmal der Herr Präsident wird jetzt zu dem nichts sagen, weil Dummheit ist nämlich nicht erlaubt. Ich bin mir sicher, der Herr Präsident wird jetzt gleich einschreiten. *(Unruhe und Heiterkeit im Hohen Hause. – Abg. Roth: Ja, jetzt gleich, aber wegen ihm! – Nach wie vor heftige Unruhe.)*
Das glaube ich schon, Herr Landesrat, daß Sie das wundert. Ihnen wäre lieber, es wären lauter solche da wie Ihr herinnen. Draußen den Bauern etwas erzählen und im Parlament gegen die Bauern stimmen. Damit ist Schluß, Herr Kollege und Herr Landesrat! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein ÖVP-Abgeordneter hat auch im Parlament etwas Schönes gesprochen. Ich zitiere weiter. Das war der Jakob Bauer, ist ein ÖVP-Abgeordneter aus Oberösterreich. Er hat bezüglich Dieselöl folgendes von sich gegeben. Da ist er darauf eingegangen, wenn ein Landwirt zirka 3.000 Liter Dieselöl benötigt und mit einer Verbilligung 3,- bis 4,- Schilling pro Liter, was möglich ist und wünschenswert ist, sagt er und auch notwendig wäre, das ergäbe eine Ersparnis von 3.000,- ja bis zu 12.000,- und 15.000,- Schilling, wenn es sich um einen größeren Betrieb handelt. Und dann zitiert er. Das ist das Protokoll vom Parlament, damit mir niemand etwas unterstellt: „Diesen Betrag kann man bei der jetzigen Preissituation bei anderen Produkten, zum Beispiel bei einer Partie Mastschweine leicht verspielen. Daher, so meine ich, sollten wir uns wesentlicheren Dingen zuwenden.“ Also das ist schon klaß. Denn er sagt zwar, daß sich die Bauern 12.000,- Schilling ersparen könnten, sagt aber, ab einer Partie Mastschweine geht das auch drauf, also ist es sowieso schon wurscht. Sind halt 24.000,- Schilling hin. Und das ist ein ÖVP-Abgeordneter des Bauernbundes, meine Damen und Herren. Das ist ja Bauernverrat, wie ich ihn noch nie besser erlebt habe! *(LR Blochberger: Deshalb hat man bei der Kammerwahl so gute Ergebnisse! – Also wir*

haben zugelegt!)
Darum sind wir von null auf vier Mandate gekommen, Herr Landesrat! Genau deswegen! Danke für Ihr Lob! Ich habe meine Arbeit selbst gut eingeschätzt. Jetzt freue ich mich natürlich besonders. *(Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*

Der nächste Resolutionsantrag: Passen Sie auf, sonst wißt Ihr wieder nicht, was wieder gesprochen worden ist, müßt Ihr nachlesen.
Betreffend Tierkennzeichnungsverordnung.
Ich weiß. Es ist immer schön: Wenn es um die Probleme der Bauern geht, dann lacht der Bauernbund. Er lacht zu allem. Es ist alles so lustig! *(Abg. Lembacher: Bitte, jetzt hören Sie aber auf!)*
Die Bauern verlassen die Höfe, die Bauern müssen zusperren und die ÖVP lacht. Ich kann nicht lachen. Und jeder Bauer tut mir leid. Und er tut mir umso mehr leid, wenn ich weiß, daß Ihr noch lachen könnt. *(LR Mag. Sobotka: Sie müssen etwas tun, nicht bemitleiden!)*
Aber ich benütze jede Gelegenheit den Bauern zu sagen, was die ÖVP für ihn übrig hat: Ein Lachen und mehr nicht! *(liest):*

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Waldhäusl zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Tierkennzeichnungsverordnung.

Auf Grund der schlechten Ertragslage in der Landwirtschaft muß jede zusätzliche und neuerliche Belastung der heimischen Bauern ausgeschlossen werden.

Die am 1. Jänner 1998 in Kraft getretene Tierkennzeichnungsverordnung BGBl.369/1997 bedeutet für die niederösterreichischen Bauern nicht nur einen zusätzlichen administrativen Aufwand, sondern auch einen erhöhten finanziellen Aufwand. In anderen Bundesländern wird den betroffenen Landwirten bereits eine entsprechende Abgeltung zuerkannt.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die den Bauern durch die Tierkennzeichnungsverordnung entstandenen Mehraufwendungen entsprechend abzugelten."

Und der letzte Antrag, damit wir auch wieder ein bißchen ein Leistungsprinzip heute hier in den Landtag hereinbringen. *(Unruhe bei der ÖVP.)*
Ja, Sie haben es auch notwendig, daß Sie etwas lernen, das ist ja der Unterschied zwischen uns beiden! *(Abg. Roth: Das ist eine Laus! - Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Marchat: Was war das jetzt?)*
Geschimpft hat sie. Laus bin ich oder was sie gesagt hat, ich weiß es nicht. *(Unruhe bei Abg. Marchat.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Nein. Ich habe das nicht gehört.

Abg. WALDHÄUSL *(FPÖ)*: Sie haben es nicht hören wollen!

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Nein!

Abg. WALDHÄUSL *(FPÖ)*: Frau Kollegin! Sind Sie so ehrlich und sagen Sie, was Sie gesagt haben. Ich habe kein Problem damit.
(Unruhe im Hohen Hause!)
Entschuldigung, da hat bitte eine Abgeordnete gesagt, ich bin eine „Laus"! Na ist das notwendig? Muß ich mir das hier gefallen lassen? Und der Präsident hört das nicht? Weil er daneben sitzt und es nicht hören will? Das ist eine Beleidigung dieses Landesparlamentes, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich lasse mich hier in diesem Haus von keiner Kollegin als „Laus" beschimpfen! *(Abg. Marchat: Ich verlange eine Sitzungsunterbrechung!)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Abgeordneter! Wenn die Frau Abgeordnete das gesagt hat, wird sie sich sicher entschuldigen. Ich habe gesagt, ich habe es nicht gehört. *(Unruhe bei der FPÖ.)* Das können Sie vielleicht unten hören, ich habe es nicht gehört.

Abg. WALDHÄUSL *(FPÖ)*: Ich verlasse bis zur Klärung dieses Punktes den Saal.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Ich ersuche die Präsidialkonferenz, zusammenzutreten. Die Sitzung wird danach fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung um 19.59 Uhr. – Wiederaufnahme der unterbrochenen Sitzung um 20.59 Uhr.)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist bedauerlich, daß die Sitzungsunterbrechung hier notwendig war. Wir haben in der Zwischenzeit eine Präsidialkonferenz durchgeführt. Es wurden verschiedene Versuche unternommen, die Sache zu bereinigen. Das ist also im Prinzip ja nicht gelungen. Als Präsident fühle ich mich ver-

antwortlich, hier, eine Entscheidung zu treffen, die dieser Situation gerecht werden soll. Ich erteile der Frau Abgeordneten Roth den Ordnungsruf für ihre Bemerkung gegenüber dem Herrn Abgeordneten Waldhäusl. Und ich erteile dem Herrn Abgeordneten Waldhäusl den Ordnungsruf für sein Verhalten gegenüber dem Präsidenten. Die Einmischung in meine Vorsitzführung ist damit gemeint.

Der Abgeordnete Waldhäusl verzichtet jetzt auf die Fortsetzung seiner Rede. Der Herr Klubobmann Marchat wird fortsetzen.

Abg. MARCHAT *(FPÖ)*: Hohes Haus! Die freiheitliche Fraktion wird nach dem Vorgehen des Präsidenten in dieser Causa den Sitzungssaal verlassen. Es ist für uns absolut nicht einzusehen, warum der Abgeordnete Waldhäusl einen Ordnungsruf erteilt bekommt. Er wurde ja mehrmals von Kollegen Hofmacher als dumm bezeichnet. Ich werte das nach einer politischen Kritik. Aber von einer Berichterstatterin als „Laus“ bezeichnet zu werden und dann beide Vorgangsweisen gleich zu behandeln, empfinde ich als unobjektive Vorsitzführung. Das ist auch in der Präsidiale angesprochen, ich möchte es hier wiederholen. Wir sind mit der Vorsitzführung des ersten Präsidenten nicht zufrieden. Es hat begonnen bei der Generaldebatte. Ich lasse weder mich noch meine Klubkollegen als Bettler und Hausierer bezeichnen. Diese Fraktion hat 145.000 Stimmen in Niederösterreich erlangt. 145.000 Niederösterreicher stehen hinter uns. Wir sind keine Bettler und Hausierer. Dieser Untergriff wäre eines Parteisekretärs nicht würdig. Er kam aber vom ersten Präsidenten.

Und ich male das Bild, ein freiheitlicher Abgeordneter hätte den Abgeordneten einer anderen Partei als „Laus“ bezeichnet, dann hätte er hier auf der Stelle zurücktreten müssen. Ich fordere Sie, Frau Kollegin Roth auf, das zu tun. Sie haben nicht einmal mehr den Mut, sich zu entschuldigen. Sie haben nicht einmal den Mut, sich zu entschuldigen. In einem Gespräch finden Sie es nicht der Mühe wert, das zu argumentieren, sondern lassen Ihren Klubobmann sprechen. Das ist, glaube ich, auch die Vorgangsweise in dieser Fraktion. Wir werden ausziehen. Wir werden auch keine Anträge mehr stellen, ich habe das mit meiner Fraktion besprochen. Wir hätten noch etliche Resolutionsanträge zu diesem Budget. Ich finde die Vorgangsweise nicht korrekt. Und kann auch hiermit ankündigen, daß wir gegenüber dieser ÖVP unsere Gangart verschärfen werden.

Wir haben in den letzten Wochen genug mitgemacht. Und die Situation war für uns nicht einfach. Und wir haben darüber hinweggesehen. Da gibt es Aussendungen des Herrn Landeshauptmannes: „Ein Land klärt auf“. Die ÖVP ist schon ein Land. Wir haben uns alles gefallen lassen. Uns reicht es jetzt. Uns reicht es mit dieser Partei, die in diesem Land alles und jeden beherrscht. Wir wollen uns nicht beherrschen lassen, wir werden gehen. Wir werden diesen Sitzungssaal demonstrativ verlassen. Und ich muß eines sagen: Wir sind es nicht gewöhnt, so behandelt zu werden. Denken Sie sich in unsere Situation, hätte jemand von uns diese Aussagen gemacht. Ich verteidige meinen Kollegen Gottfried Waldhäusl. Er ist hier am Rednerpult gestanden und hat freie Meinungsäußerung hier durchgeführt. Er wurde beschimpft, auch an führender Stelle durch den zuständigen Landesrat. Es ist ja jedesmal so, daß Agrardebatten besonders eskalieren. Und deswegen sage ich, werden wir das verlassen.

Ich wünsche Ihnen wirklich noch gute Beratungen. Sie werden das noch bereuen, was Sie heute gemacht haben! Die Gangart in diesem Land wird härter werden! Sie werden mit einer Opposition zu tun haben, liebe Freunde von der Österreichischen Volkspartei, das wünsche ich mir selber nicht! Das ist keine Drohung, sondern alles. Und wir haben uns sehr zurückgehalten. Alles, was wir gegen Sie in der Hand haben, und es hat sich viel angesammelt, gegen die halben ermittelt eh schon der Staatsanwalt. Wir werden rigoros – da lacht der Herr Blochberger – gegen den hat der schon dreimal ermittelt, er hat noch nie etwas gefunden. Er wird auch gegen Dich etwas finden!

Wir werden wirklich die Gangart verschärfen. Ich glaube, es ist nicht der Herr Waldhäusl, der dieses Parlament entwürdigt, es sind die Vorgänge, die heute hier vorgefallen sind. Frau Abgeordnete Roth, Sie müssen wirklich schauen... *(Abgeordnete der ÖVP verlassen den Saal.)*
Ja, Ihr könnt gehen. Wir gehen dann auch gleich, dann ist die Beschlußfähigkeit nicht mehr da. Sie müssen wissen, was Sie heute gesagt haben. Wir werden gehen und am Donnerstag, bei der Landtagssitzung werden wir wieder unsere Ideen einbringen. Für heute aus Protest verlassen wir die Sitzung. *(Die Abgeordneten der FPÖ verlassen geschlossen den Sitzungssaal.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Dr. Strasser.

Abg. Dr. STRASSER *(ÖVP)*: Hohes Haus! Ich möchte hier zwei Klärungen treffen. Erstens:

Der Präsident des Landtages hat niemanden hier im Haus als Bettler und Hausierer bezeichnet. Zweitens: Ich glaube, daß sich dieses Haus in den letzten Wochen durch die Art und Weise der Diskussion, durch die Art und Weise der politischen Auseinandersetzung, durch die Art und Weise der Wortwahl und des Umganges auch bei schwierigen sachlichen und inhaltlichen Differenzen ausgezeichnet hat. Ausgezeichnet hat auch im Vergleich zu anderen Häusern, die wir in dieser Republik haben. Und es geht uns darum, daß die Arbeitsweise, daß die gegenseitige Achtung des inhaltlichen Argumentes, daß die Suche nach einer gemeinsamen Lösung in diesem Haus, dem ich jetzt persönlich seit 1993 angehöre, auch weiter erhalten bleiben kann. Und daher appelliere ich an alle, daß wir zurückkehren zu dem Arbeitsstil, wie er bis vor einigen Tagen geherrscht hat. Und ich bedaure außerordentlich, wenn es in unserer Fraktion den einen oder anderen Übergriff gegeben haben sollte. Wir werden uns sehr bemühen, den Stil und die Achtung des Hauses weiterzupflegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Muzik.

Abg. MUZIK *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Landtages!

Nach Unterbrechung der Sitzung und nach Ihren Worten, Herr Klubobmann, um wieder Ruhe einkehren zu lassen in diesem Hohen Haus, werde ich versuchen, meinen Bericht sehr sachlich vorzutragen. Und ich schicke es gleich vorweg, ich werde mich auch auf keine Zwischenrufe einlassen, um einen Versuch zu starten, die politische Kultur in diesem Hohen Hause wieder herbeizuführen, meine Damen und Herren.

Die Reformvorschläge der Kommission im Rahmen der Agenda 2000 sehen eine Fortführung der Reform des Jahres 1992 vor. Eine weitere Senkung der Investitionspreise, die im Gegenzug durch Direktzahlungen kompensiert werden sollen. In der Praxis, meine Damen und Herren, bedeutet dies eine Verschiebung der Finanzierung der Agrarförderungen von den Konsumenten zu den Steuerzahlern. Der weitere Abbau der Preisstützungen ist positiv zu beurteilen, da Ausgleichszahlungen im Vergleich zu den negativen Wirkungen von Preisstützungen wesentlich zielorientierter gestaltet werden können.

Keinesfalls akzeptabel ist der vorgesehene undifferenzierte Ausgleich der Preissenkungen durch direkte Beihilfen, insbesondere wenn für deren Gewährung keine zeitliche Begrenzung für Großbetriebe vorgesehen ist, meine Damen und Herren. Sehr positiv einzuschätzen, dies entspricht den langjährigen Positionen der Sozialdemokraten, ist der Vorschlag zur Einführung von Obergrenzen bei Förderungen, die Möglichkeit zur weiteren Differenzierung bei den Förderungen durch die Mitgliedsländer sowie der Ausbau der Mittel für die Umweltprogramme. In diesen Bereichen ist daher besonders darauf zu achten, daß es zu keiner Verwässerung bzw. Veränderung durch Agrarlobbies in Österreich und in den anderen Mitgliedsländern kommt.

Die regionalpolitischen Ansätze sind positiv und zukunftsträchtig. Aber gerade in diesem Bereich ist die Agenda 2000 noch zu wenig konkret. Es besteht nämlich die Gefahr, daß die Politik für den ländlichen Raum zu stark in das Fahrwasser der Landwirtschaftspolitik gerät. Im Rahmen einer erfolgreichen Regionalentwicklung wird zukünftig das Miteinander aller wirtschaftlichen Möglichkeiten im Vordergrund stehen müssen. Gemessen an den großen Vorhaben der EU erfüllen diese Reformvorschläge weder die Anforderungen aus den zu erwartenden WTO-Forderungen, nämlich den Abbau der Agrarsubventionen, noch erleichtern sie eine Erweiterung der EU. Durch diese Reformvorschläge, die zu einer Erhöhung der Ausgaben für den Agrarbereich im Vergleich zum Status quo führen würden, wird die budgetäre Bewältigung der Osterweiterung, meine Damen und Herren, unmöglich. Darüber hinaus wird damit auch den Konsolidierungsbemühungen der nationalen Haushalte in keiner Weise Rechnung getragen.

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

EU-Agrarkommissär Franz Fischler hat sich nun nach der Vorstellung der Kommissionsvorschläge zur Agenda 2000 in einem EU-Sonderagrarministerrat in einem offenen Brief an die österreichischen Landwirte gewandt. Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik sei weiterhin, so meint er, den europäischen Bauern und ihren Familien ein angemessenes Einkommen zu sichern. Meine Damen und Herren! Derzeit allerdings enthält die sogenannte Agenda 2000 betreffend der Reform der Agrarpolitik mehr Negatives als Positives. Die geplante EU-Osterweiterung darf keinesfalls zu Lasten der Landwirtschaft gehen. In der vorliegenden Fassung hätten die Landwirte nicht nur gravierende Einkommensverluste zu erwarten, es gibt im wesentlichen auch keine Initiative in Richtung Sicherung der Versorgung, Förderung der Qualität, Ökologisierung der Landwirtschaft und der verstärkten Förderung von Problemzonen.

Das Vorhaben, die Garantiepreise für Rindfleisch, Getreide, Milch bzw. Butter um bis zu 30 Prozent zu senken und sich ausschließlich an den Weltmarktpreisen zu orientieren, kann doch nicht der Weisheit letzter Schluß einer tragfähigen und innovativen Agrarreform sein, meine Damen und Herren! Die Erzeugerpreise sind für die Bauern seit dem EU-Beitritt ohnehin drastisch gesunken, obwohl die Qualität heimischer Produkte im Europavergleich überdurchschnittlich gut liegt. Es ist daher nicht einzusehen, daß seitens Brüssel und Kommissär Fischler wieder eine drastische Erzeugerpreissenkung geplant wird. Angesichts der angespannten Finanzlage der Union kann nicht angenommen werden, daß die dafür im Gegenzug vorgesehenen Ausgleichszahlungen einen entsprechenden Ausgleich schaffen können.

Die heimische Landwirtschaft leistet eine wertvolle Arbeit, meine Damen und Herren. Unter anderem auch durch die Bewahrung unserer Kulturlandschaft. Diese Arbeit kann nicht allein durch Produktpreise zum Welthandelsniveau ausgeglichen werden. Angesichts der Agrarfabriken anderer Länder ist hier die österreichische Bauernschaft eindeutig benachteiligt. Die geplante EU-Osterweiterung darf keinesfalls auf Kosten der Landwirtschaft finanziert werden. Hier sind die österreichischen Interessenten, nämlich die Bauern, viel zu wichtig, um sie auf dem Altar, möchte ich sagen, des EU-Haushaltes zu opfern.

Meine Damen und Herren! In den EU-Beitrittsverhandlungen war es Österreich nicht gelungen, den Bergbauernzuschuß als EU-finanzierte Direktzahlung durchzusetzen. Österreich wurde lediglich die Beibehaltung der Förderungsmaßnahme Bergbauernzuschuß für 10 Jahre als sogenannte nationale Beihilfe für jene Betriebe zugestanden, die nach dem Ausgleichszulagensystem der EU weniger Direktzahlung erhalten hätten als vor dem EU-Beitritt. Es sind dies vor allem kleine Betriebe mit hoher Betriebswirtschaftserschwernis sowie Betriebe, die keine Ausgleichszahlung erhalten können, weil sie weniger als drei Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche bewirtschaften oder Betriebe von Altersrentnern sind oder außerhalb der Gebietskulisse benachteiligter Gebiete liegen.

Erfreulicherweise konnte auf Initiative der Sozialdemokraten im derzeit geltenden Koalitionsübereinkommen vom 11. März 1996 verankert werden, daß insbesondere im Bereich von Berg- und sonstig benachteiligten Gebieten sowie für biologisch wirtschaftende Betriebe Sockelbeträge möglich sein sollen. Bei der Förderung großer Betriebe sollten entweder die Effekte der Kostendegression berücksichtigt werden, oder bei einzelnen Maßnahmen Förderungsobergrenzen gelten.

Meine Damen und Herren! Bereits im Juli 1996 gelang in einem ersten Schritt der konkrete Einstieg in eine soziale Staffelung der Agrarförderungen. Elementarförderungen fallen für Großbauern seither degressiv von 500,- Schilling pro Hektar auf 400,- Schilling pro Hektar. Danach wurde 11 Monate lang mit Bundesminister Molterer ein Regierungsmodell zur Einführung der sozialen Staffelung im Rahmen des österreichischen Programmes für eine umweltgerechte Landwirtschaft, ÖPUL, verhandelt. Im Mai 1997 wurde ein Parteienübereinkommen zwischen dem Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft und dem Agrarsprecher unserer Fraktion im Nationalrat zur Festlegung einer sozialen Staffelung bei Umweltförderungen unterzeichnet. Hatte die Kürzung der Elementarförderung vor allem einen symbolischen Charakter, so beeindruckt das Parteienübereinkommen zur Schaffung einer sozialen Staffelung beim ÖPUL durch starke soziale und ökologische Komponenten. Wir können jedenfalls stolz sein, meine Damen und Herren, darauf zu verweisen, als wohl erstes Land der Welt in Österreich im Rahmen der so wichtigen, so zukunftsträchtigen Umweltförderung in der Landwirtschaft landesweit eine soziale Staffelung für eine gerechte Verteilung der Förderungsmittel durchgesetzt zu haben.

Neben unseren Forderungen nach einer sozialen Staffelung und nach Obergrenzen für Großbauern und Großgrundbesitzer nimmt unsere Zielsetzung nach einem Sockelbetrag einen wichtigen Teil unserer Forderungen ein. Erfreulicherweise findet dabei unser Modell, wonach diese Agrarförderung noch verstärkt nach dem Grad des Arbeitseinsatzes und der Bewirtschaftungserschwernis ausgerichtet werden soll, immer breitere Zustimmung. Ein möglichst breiter Konsens über ein sozial gerechtes Förderungsmodell hat unserer Ansicht nach gute Chancen, in den zukünftigen EU-Verhandlungen im Rahmen der Agenda 2000 nicht nur positiv beurteilt zu werden, sondern bei dementsprechender Positionierung Österreichs durch Bundesminister Molterer auch Mitstreiter zu finden.

Das im heurigen Frühjahr ausgehandelte neue ÖPUL-Programm 1998 wurde nun auch von der EU genehmigt, meine Damen und Herren. Besonders Verbesserungen im Grünland- und im Berggebiet konnten dabei von unseren Verhandlern durchgesetzt werden. Nach Schätzungen von Experten könnten mit dem neuen Programm bis zu 400 Millionen Schilling mehr pro Jahr in das

Grünland-, in das Berggebiet fließen. Eine Umgestaltung des bestehenden ÖPUL war vor allem auf Grund der Ergebnisse einer ökologischen Bewertung der bisherigen Programmaßnahmen notwendig geworden. Durch die erfolgte Anpassung der einzelnen ÖPUL-Maßnahmen könnte nun eine dauerhafte Aufstockung der EU-Mittel für das Umweltprogramm auf nunmehr 3,65 Milliarden Schilling durchgesetzt werden. Das ÖPUL 1998 bringt durch die erfolgte Umgestaltung der Elementarförderung vor allem einen weiteren Verbesserungsschritt für das Grünland. Neue Chancen ergeben sich auch für jene Betriebe, meine Damen und Herren, die auf Grund des im bisherigen ÖPUL bestehenden Einstiegsstopps nicht an neuen Maßnahmen teilnehmen oder in eine ökologisch höherwertige Maßnahme wechseln können.

1995 war das erste Jahr unserer EU-Mitgliedschaft. Besonders der allgegenwärtige Bürokratismus hat viele Bauern vor große Probleme gestellt. Die Einkommensentwicklung konnte dank der degressiven Übergangshilfen im ersten Jahr noch relativ positiv gehalten werden. Mit dem Auslaufen dieser Zahlungen im Jahr 1998 wendet sich das Bild allerdings, meine Damen und Herren, bedenklich ins Negative. So weist die Einkommensentwicklung bereits für das Jahr 1996 laut Grünem Bericht ein Minus von vier Prozent aus. Besonders die Rinderbauern mußten einen weiteren, nicht einkalkulierbaren Schlag hinnehmen. Die BSE-Krise 1996 brachte nämlich eine bisher nie dagewesene Talfahrt am Rindfleischsektor. Die Ausgleichszahlungen und Förderungsmaßnahen von der EU, vom Bund und von den Ländern können die gesamte negative Bilanz in der Einkommensentwicklung nur zum Teil abfedern. Meine Damen und Herren! Die Perspektiven für die Zukunft lassen darüber hinaus viele Fragen offen. Mit der Agenda 2000 versucht nämlich EU-Kommissar Franz Fischler im Bereich der EU-Agrarpolitik eine Fortschreibung der Agrarreform von 1992. Weitere massive Preissenkungen im Bereich des Rindfleisches von 30 Prozent, bei Getreide von 20 Prozent und bei Milchprodukten von 10 Prozent stellen für Österreichs kleinstrukturierte Landwirtschaft ein schier unüberwindliches Problem dar. Es stellt sich auch die Frage, wie viele Bauern bei Durchführung dieser Reform überhaupt noch existieren können.

Mit dem Beitritt unseres Landes zur Europäischen Union mußten wir alle gemeinsam, meine Damen und Herren, gewaltige Herausforderungen annehmen, aber auch bewältigen. Mit der Agenda 2000, einer wahrscheinlichen Osterweiterung der Union und bereits 1999 beginnenden Verhandlungen in der WTO, wobei neue Bedingungen für den Welthandel vereinbart werden sollen, stehen wahrscheinlich noch größere Herausforderungen für uns alle an. Hier gilt es, so bin ich überzeugt, meine Damen und Herren, kühlen Kopf zu bewahren. Unsere Aufgabe wird es sein, vor allem dafür zu sorgen, daß Veränderungen möglichst sozial gerecht gestaltet und Benachteiligungen kleinerer Bauern, Bergbauern und Bauern in benachteiligten Gebieten hintangehalten werden. Meine Fraktion wird also diesem Voranschlagsteil für das Jahr 1999 selbstverständlich auch die Zustimmung erteilen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Dirnberger.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt als nächster Redner Herr Abgeordneter Kurzreiter.

Abg. KURZREITER *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich mich dem Budgetkapitel 7 und hier dem Bereich der Land- und Forstwirtschaft zuwende, möchte ich auch angesichts der Vorfälle eine persönliche, kurze Erklärung abgeben. Meiner persönlichen Meinung nach hat die ungeheure Polemik und das provozierende Verhalten des Abgeordneten Waldhäusl den Eklat ausgelöst. Ich möchte auch die Aussage des Herrn Klubobmannes Marchat, gegen die Hälfte der ÖVP-Mandatare ermittelt der Staatsanwalt, auf das Schärfste zurückweisen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Budget 1999 des Landes Niederösterreich sind die notwendigen Mittel bereitgestellt, um die Ausgleichszahlungen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft in vollem Umfang finanzieren zu können. Diese sind letztlich auch Bestandteil des Europavertrages, für uns unverzichtbar und letztlich von existentieller Bedeutung. Auch im Bereich des ÖPUL, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo der Ansatz im Budget für 1999 ja geringer ist, ist eine volle Absicherung gegeben. Letztlich durch mehr Geld aus Brüssel, das hier durch den Einsatz unseres Landwirtschaftsministers Molterer erreicht wurde. Brüssel hat hier den jährlichen Beitrag im Bereich ÖPUL um mehr als eine Milliarde Schilling erhöht. Und letztlich sind auch im Agrarbudget Umschichtungen möglich, sollte dieser Budgetansatz im Bereich ÖPUL nicht ausreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in Österreich und besonders auch in Niederösterreich einen hohen Umweltstandard im

Bereich der Landwirtschaft. Ich glaube, wir sind damit EU-weit in einer Art Vorreiterrolle. Wir haben in Österreich den größten Anteil an biologisch wirtschaftenden Betrieben. Allein in Niederösterreich sind es rund 3.000. Aber auch die konventionell wirtschaftenden Betriebe wirtschaften sehr umweltbewußt, was letztlich auch auf die strengen Auflagen im Bereich des ÖPUL zurückzuführen ist, die hier erfüllt werden müssen.

Wenn also hier im Laufe dieser Budgetdebatte auch erwähnt wurde, daß - und hier von seiten der Frau Kollegin Weinzinger, glaube ich - daß sie weitere Flurbereinigungen, ich möchte sagen „Flurneuregelungen“, schlecht findet, so möchte ich sagen, man muß das sehr differenziert sehen. Aus der Sicht der Bauern, die hier wirtschaften müssen, die schauen müssen, daß sie hier ihre Existenz erhalten, ist in vielen Bereichen, wenn ich an das obere Waldviertel denke, eine sinnvolle Flurneuordnung sehr wohl geboten. Die Fehler, die also vor 20 und 30 Jahren gemacht wurden, die werden nämlich jetzt nicht mehr gemacht. Diese Flurneuordnung wird sehr wohl nach ökologischen Kriterien durchgeführt, zusätzlich werden Begrünungsmaßnahmen in die Region eingefügt. Und letztlich kann ja nur dadurch auch eine Wettbewerbsgleichheit hergestellt werden, daß auch diese Betriebe über Flächen verfügen, die sich mechanisch bewirtschaften lassen. Hier muß man schon sehen, Frau Kollegin Weinzinger, in welchem harten Existenzkampf ein Teil unserer bäuerlichen Betriebe zur Zeit steht. Und daß hier eine Wettbewerbsgleichheit hergestellt werden muß. Das heißt aber nicht, daß ökologische Kriterien zu kurz kommen. Das ist damit überhaupt nicht gemeint.

Ich möchte hier auch den Bereich des Tierschutzes ansprechen, wo wir wesentlich strengere Auflagen haben, was die Nutztierhaltung in der Landwirtschaft anbelangt, wesentlich strengere Maßnahmen als in den meisten EU-Ländern. Auch hier geht es um gleiche Wettbewerbsbedingungen. Diese extreme Art der Massentierhaltung, wie es sie in manchen EU-Ländern gibt, hat es hier in Österreich nie gegeben. Wir wollen das auch nicht, weil auch wir sehr interessiert sind, daß das Vertrauen der Konsumenten in die bäuerlichen Lebensmittel gewahrt bleibt. Und dieses Vertrauen von seiten der Konsumenten ist auch vorhanden. Das zeigt letztlich ihr Kaufverhalten, wo eigentlich in sehr hohem Maße den österreichischen Lebensmitteln der Vorzug gegeben wird. Und damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, leisten unsere Konsumenten auch einen wichtigen Beitrag für den Erhalt einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft in unserem Bundesland. Dieses große Vertrauen der Konsumenten bedingt aber auch die Notwendigkeit für die Bauern, sich ständig an den Bedürfnissen, den Wünschen und auch den Chancen des Marktes zu orientieren. Was erfreulicherweise auch in einem sehr hohen Maße passiert. So wurden die Möglichkeiten im Bereich der Direktvermarktung in sehr vielen Bereichen gut genützt. Hier ist für kleinere Betriebe eine echte Chance gegeben, ihr Einkommen zu verbessern und die Existenz zu sichern.

Ein ungelöstes Problem sind nach wie vor die sehr hohen Betriebsmittelpreise wie zum Beispiel für Dieselöl aber auch andere Betriebsmittel. Wo es uns bis jetzt nicht gelungen ist, diese auf ein Niveau wie in den meisten anderen EU-Ländern üblich herunterzubringen. Eine Ungerechtigkeit besteht auch im Bereich der Mehrwertsteuer. Ich möchte daran erinnern, daß wir vor einem Jahr bei der Budgetdebatte einen Resolutionsantrag eingebracht haben, der damals die Zustimmung von allen Fraktionen hier im Landtag gefunden hat in Richtung Bundesregierung, daß diese Ungerechtigkeit beim landwirtschaftlichen Mehrwertsteuersatz beseitigt wird. Ich möchte das nur ganz kurz erklären: Durch den Preisverfall bei den meisten landwirtschaftlichen Produkten ist es so, daß die Steuerleistung der Bauern in diesem Bereich wesentlich höher ist als daß sie die Vorsteuer wieder für sich in Anspruch nehmen könnten. Es hat das Institut für Wirtschaftsforschung berechnet, daß eine Anhebung von 10 auf 12 Prozent berechtigt wäre. Auf meine Anfrage beim obersten Interessensvertreter der Bauern österreichweit, beim Herrn Präsidenten Schwarzböck, warum es nicht gelungen ist, diese Forderung umzusetzen, teilte er mir mit, daß dies auf die Ablehnung durch Finanzminister Edlinger zurückzuführen war, der nicht bereit war, dieser Forderung näherzutreten. Ich möchte appellieren an die verantwortlichen Damen und Herren im Bereich der Sozialdemokratischen Partei, Herr Landesrat Dr. Bauer ist auch anwesend, hier vielleicht auch in der Richtung zu intervenieren. Sie haben ja, Ihre Fraktion, diesen Antrag damals auch unterstützt. Das Problem des Nichtumsetzens liegt darin, daß der Finanzminister bis jetzt nicht dazu bereit war.

Ich möchte kurz auch auf die Agenda 2000 zu sprechen kommen, die ja nicht nur auf die Landwirtschaft Auswirkungen hat. Es gibt auch Auswirkungen auf den Bereich der Regionalförderung, darauf wurde von Herrn Präsidenten Ing. Penz gestern schon bezug genommen, auf die Osterweiterung, auf die Finanzierung der EU in den nächsten Jahren und andere Dinge. Was den agrarischen Teil der Agenda betrifft, möchte

ich hier festhalten, daß das vorliegende Papier auch von der österreichischen Bundesregierung und vom Landwirtschaftsminister federführend abgelehnt wurde. Es liegt dem Ganzen ein sehr liberalistisches Welthandelskonzept zugrunde, darauf aufbauend, daß hier einseitige Konzessionen an die USA und andere Überseeländer gemacht werden, daß man verstärkt das System der Weltmarktpreise zum Tragen bringen will. Es geht hier nicht nur darum, daß man Überschüsse am Weltmarkt unterbringen muß, sondern hier geht es auch darum, daß letztlich die agrarischen Produkte in der EU selbst auf dieses Niveau heruntergeführt werden sollen. Das kann es nicht sein! Wir haben in Europa bitte ein anderes Lohnniveau als am Weltmarkt. Wir haben ein anderes Preisniveau. Wir haben andere Umweltstandards. Hier muß unter wesentlich anderen Bedingungen produziert werden. Außerdem, meine sehr geschätzten Damen und Herren, würden hier einseitige Preisrücknahmen weitaus höhere Ausgleichszahlungen bedingen. Das heißt, hier wären zusätzliche Budgetmittel auch auf nationaler Ebene beim Bund und bei den Ländern notwendig. Und das ist, glaube ich, sicher der falsche Weg.

Reformen in der gemeinsamen Agrarpolitik sind sicher notwendig. Aber nur solche, die sinnvoll und ausgewogen sind und die nicht zehn- oder hunderttausend bäuerliche Existenzen vernichten. Auch die hohe Arbeitslosigkeit in der EU insgesamt ist Anlaß genug, der Arbeitsplatzsicherung in der Landwirtschaft größte Bedeutung beizumessen. Auch dieses Wort Arbeitsplatzsicherung, bitte, wurde keineswegs von der Freiheitlichen Partei kreiert, wie es heute hier von dieser Stelle aus gesagt wurde. Hier werden also wieder einmal Anleihen genommen und man versucht sich mit Dingen zu schmücken, mit denen man selbst eher nichts zu tun hat. Es geht bei dieser gesamten Problematik, meine sehr geehrten Damen und Herren, letztlich auch um die Erhaltung der Besiedelungsdichte im ländlichen Raum, um den Erhalt der notwendigen Infrastruktur, ein nationales Anliegen, wie ich glaube. Ich darf daher zur Problematik der Agenda 2000 einen Resolutionsantrag einbringen *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Kurzreiter und Muzik zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Agenda 2000.

Im Jahr 1997 wurde von der Europäischen Kommission der Entwurf über die ‘Agenda 2000’ präsentiert. Neben der Regelung von wirtschaftlichen, politischen und strukturellen Fragen, die für die Zukunft EU von großer Bedeutung sind, beinhaltet dieses Paket auch eine weitere Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik für den Zeitraum 2000 bis 2005.

In jenem Teil, der die Landwirtschaft betrifft, sind Regelungen enthalten, die in dieser Form nicht akzeptiert werden können. Am Rindersektor ist eine massive Preissenkung um 30 % vorgesehen, im Getreidebereich um 20 % und bei der Milch um 15 %.

Daß die Vorschläge in der derzeit vorliegenden Form für die Landwirte nicht akzeptabel sind, zeigen erste Schätzungen der auf Grund der Preisreduktion zu erwartenden Einkommenseinbußen. Demnach ergibt sich ein Rückgang der Markterlöse für die österreichische Landwirtschaft um rund 5 Milliarden Schilling. Dem gegenüber sind lediglich Ausgleichszahlungen in der Höhe von Schilling 3 Milliarden vorgesehen. Damit beträgt der Verlust für die Bauern Schilling 2 Milliarden, wozu noch Einbußen auf Grund der Verminderung der Umsatzsteuererlöse in der Höhe von Schilling 500 Millionen kommen.

Im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe und Ölsaaten werden in der Agenda 2000 keinerlei Perspektiven für eine Weiterentwicklung aufgezeigt. Es ist sogar zu befürchten, daß durch die Vorschläge die positiven Ansätze der vergangenen Jahre wieder gefährdet werden. Eine vorausschauende Agrar- und Umweltpolitik kann aber an der Frage der künftigen Entwicklung der erneuerbaren Rohstoffe nicht vorbeigehen.

Das Ziel der Agrarreform muß die Absicherung einer multifunktionalen, nachhaltigen und bäuerlichen Landwirtschaft sein. Mit den vorliegenden Vorschlägen ist eine eigenständige europäische Agrarpolitik, die diesen Zielsetzungen Rechnung trägt, nicht zu gewährleisten. Aus diesem Grund haben sich die Bundesländer auch bereits gegen diese Vorschläge ausgesprochen und in der Integrationskonferenz am 17. November 1997 eine gemeinsame Stellungnahme der Länder beschlossen. Diese wurde dem Herrn Bundeskanzler und den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung übermittelt.

Der Landwirtschaftsteil der Agenda 2000 stößt in seiner derzeitigen Form auch in anderen EU Ländern auf Ablehnung.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung nochmals darauf zu

drängen, daß in den bevorstehenden Verhandlungen mit der EU Kommission bzw. im EU Agrarministerrat die Kritikpunkte berücksichtigt werden. Ziel muß eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik sein, die eine bäuerlich strukturierte Land- und Forstwirtschaft ermöglicht, die sich an der sozialen Verträglichkeit, an der Umwelt und am Markt orientiert."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Produktion von hochwertigen Lebensmitteln, von wichtigen Rohstoffen für die Nahrungsmittelindustrie sowie die Pflege und die Erhaltung unserer Kultur- und Erholungslandschaft werden auch in der Zukunft eine unverzichtbare Leistung der Land- und Forstwirtschaft sein. Eine Landwirtschaft, die auf Grund ihrer Einkommenssituation in der Lage ist, notwendige Investitionen durchzuführen, ist ein wichtiger Auftraggeber für die gesamte übrige Wirtschaft und trägt damit auch zur Arbeitsplatzsicherung gerade im ländlichen Raum ganz wesentlich bei.

In einer Zeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der die Bereitschaft unserer jungen Menschen, einen landwirtschaftlichen Betrieb zu übernehmen, leider sehr gering geworden ist - hier wird von harter Knochenarbeit gesprochen, von unbefriedigender Einkommenssituation bis hin zur Verunsicherung und Existenz- und Zukunftsängsten - ist es notwendig, positive Akzente zu setzen, Mut zu machen und Perspektiven aufzuzeigen. Die Landwirtschaft ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Volkswirtschaft und hat - das kann man immer wieder auch im Gespräch mit den Menschen in unserem Land feststellen - einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft. Die Politik auf Bundesebene und vor allem auch in der EU muß sich ihrer großen Verantwortung in diesem Bereich bewußt sein und in der nächsten Zeit sehr entscheidende Weichenstellungen vornehmen, will sie, daß diese Berufssparte auch in dem kommenden Jahrhundert, Jahrtausend, wenn Sie so wollen, ihre Aufgaben im Interesse aller bestmöglich erfüllen kann. Das Budget des Landes Niederösterreich für 1999 trägt den Erfordernissen der Land- und Forstwirtschaft Rechnung, obwohl natürlich nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten und notwendige Sparmaßnahmen auch in diesem Bereich der Land- und Forstwirtschaft ihren Niederschlag gefunden haben. Dem Budgetkapitel 7, was die Landwirtschaft betrifft, werden wir natürlich gerne die Zustimmung geben. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Abgeordneten Mag. Fasan als nächstem Redner das Wort.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Angesichts der fortgeschrittenen Stunde darf ich es ganz kurz machen. Ich habe einen Punkt in dieser Gruppe 7, der mir doch sehr am Herzen liegt. Ich bin durchaus auch für die Waldbewirtschaftung, ich bin durchaus auch für die Forstwirtschaft. Ich bin auch durchaus dafür, daß die Landwirte ihre Wälder, wie man so schön sagt, hegen und pflegen. Ich meine aber nur, daß im Forststraßenwesen eine Unsitte eingerissen ist, die ökologisch doch äußerst bedenklich erscheint. Ich lade Sie ein, einmal zu uns zu kommen etwa in den Bereich Hohe Wand, wo man wirklich Schneisen in den Wald geschlagen sieht in Sattelschlepperbreite. Und bei aller Motorisierung der Landwirtschaft und bei allem Verständnis, daß man gelegentlich auch einmal mit dem Traktor in den Wald fahren muß um das Holz herauszuholen, halte ich es für unnotwendig und unökologisch und wirklich den kleinen ökologischen und biologischen Kreisläufen, die sich im Wald abspielen, in keinster Weise zuträglich, daß man derart riesige Schneisen hineinschneidet. Das geht im ganzen Land so. Das Land finanziert hier mit, die Gemeinden finanzieren hier mit, die Eigentümer natürlich auch. Ich meine, daß das eine Praxis ist, die man grundsätzlich doch sehr, sehr stark überdenken sollte und wo man in Zukunft mit äußerster Vorsicht vorgehen sollte. Denn das ist nicht mehr nur zum Nutzen der Forstwirtschaft und der Holzwirtschaft, sondern das ist viel mehr zum Schaden des Waldes. Ich rege hier an, diese Praxis grundsätzlich gründlich zu überdenken. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dipl.Ing. Toms.

Abg. Dipl. Ing. TOMS *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Erlauben Sie mir am Anfang meiner Ausführungen einige persönliche Bemerkungen zu den Vorfällen dieser Budgetdebatte. Das Verhalten eines Abgeordneten einer Fraktion, die Schlußfolgerung, das Vorgehen dieser Fraktion, ist meiner Meinung nach ein Verhalten gegen die Würde dieses Hohen Hauses. Das hat sich das Budget 1999, das wir hier gemeinsam diskutieren und beschließen wollen, das hat sich unser Land Niederösterreich, das hat sich unsere Bevölkerung, für die wir arbeiten und gerne arbeiten, wirklich nicht verdient.

Aus Zeitgründen werde ich mich sehr kurz halten in meinem Beitrag und als Obmann des Wirtschafts- und Finanzausschusses über dieses Kapitel Wirtschaft kurz referieren. Wir haben vor

wenigen Tagen bei der letzten Sitzung über die sogenannten Maastricht-Kriterien gesprochen. Am Donnerstag wird der Rechnungsabschluß 1997 beschlossen werden und wir besprechen und beraten jetzt das Budget 1999. Und hier haben wir es Schwarz auf Weiß, geschätzte Damen und Herren: Die Flaggen im Voranschlag, die Flaggen auch im Rechnungsabschluß sind auf Konsolidierung gestellt. Und ich darf hier nochmals unterstreichen und hinweisen, daß wir in Niederösterreich den Beweis erbracht haben, daß wir sehr wohl im Konzert der Maastricht-Erfüller eine Primgeige spielen und daß wir im Reigen der Bundesländer nicht Schmarotzer sind oder sozusagen Trittbrettfahrer, wie wir schon genannt wurden.

Und das ist nur deshalb möglich, weil wir den Haushalt ganz einfach gut im Griff haben und weil die Schlüsselzahlen unseres Budgets und unseres Landeshaushaltes von vornherein so gut aufgebaut wurden und diese Erfüllung eben geliefert wurde. Ich darf mir die weitere Erläuterung ersparen und darf hier nur feststellen, daß das NÖ Landesbudget 1999 wieder einmal vor einer großen Kulisse der Herausforderungen für die niederösterreichische Wirtschaft stattfindet. Die Stabilitätskriterien sind einzuhalten, die Kluft zwischen Ausgaben und Einnahmen muß kleiner werden, das Defizit geringer. Und trotzdem müssen wir trachten, daß trotz dieser Stabilisierung eben die Wirtschaft nicht zu kurz kommt. Denn die Wirtschaft ist der Motor unseres Wohlstandes. Und auch die Arbeitsplätze sind gesichert durch eine gute und blühende Wirtschaft.

Es sind ganz einfach zwei Eckpunkte, die wir beachten müssen: Auf der einen Seite muß die Wirtschaft gefördert werden um im globalen Wettbewerb, dem wir uns ausgesetzt sehen, an Konkurrenzfähigkeit nicht zu verlieren. Und zweitens muß das Land alles unternehmen, um mitzuhelfen, die Arbeitsplätze, die Beschäftigung abzusichern und auch notwendige neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn uns das gelingt, geschätzte Damen und Herren, und man sieht, wir sind sehr gut unterwegs auf dieser Schiene, dann kann unser Wohlstand, dann können unsere Arbeitsplätze gesichert bleiben. Und da kann auch unsere soziale Sicherheit - und wir haben ja das Budget auch im Sozialbereich diskutiert - dann können wir uns diesen hohen sozialen Standard, auf den wir auch sehr stolz sind, in unserem Bundesland bewahren.

Und diese großen Kontrapunkte sind mit dem Budget 1999 dem neuen, dynamischen Landesrat Mag. Sobotka gelungen. Es ist ein Spagat, der hier vollzogen wird. Auf der einen Seite Konsolidierung, auf der anderen Seite Impulse für die Wirtschaft. Und es ist auch eine Grätsche, sagt der Kollege. Es sind beschäftigungsintensive und arbeitsplatzfördernde Maßnahmen, die hier gefördert werden. Wir sind stolz auf unsere Wirtschaftsdaten. Ich darf sie Ihnen ganz kurz bringen. Ich sage immer wieder hier, daß wir die Lokomotive im Rahmen und im Reigen der Bundesländer sind. Wir können wirklich eine erfolgreiche Bilanz ziehen. Und das ist auch dem positiven Wirtschaftsklima zu verdanken. Und das verdanken wir auch der guten und einsichtigen und richtigen Wirtschaftspolitik des Landes. Ich darf hier den Herrn Landesrat Gabmann hervorheben, der selbst, wenn er hinausgeht, schon Optimismus versprüht und unsere positiven und fleißigen niederösterreichischen Unternehmer. Denn wir wissen, Miesmachen hat noch niemandem geholfen. Und jemand, der nur jammert, der wird wahrscheinlich in seinem Betrieb und anderswo, wo er tätig ist, auch nicht viel weiterbringen. Und das ist einmal das erste: Daß man positiv der Sache entgegentritt. Dann geht einem die Sache schon viel leichter von der Hand.

Ganz kurz die wirtschaftliche Lage: Die wirtschaftliche Lage in Niederösterreich zeigt einen Aufwärtstrend. Die niederösterreichischen Wachstumsraten lagen über jenen von Österreich. Den Motor für die Konjunktur bildete bisher fast ausschließlich die Nachfrage aus dem Ausland. Die Dynamik der Industriekonjunktur dürfte sich zuletzt stärker vom Basissektor und von der Chemieindustrie zu den Unternehmen der technischen Verarbeitung verlagert haben. Das nur zum Rahmenbild. Es ist so, daß wir wirklich im Schnitt zu den anderen Bundesländern um 0,5 Prozent mehr Wirtschaftswachstum zu verzeichnen hatten. Nämlich laut den vorliegenden Daten 1996 zwei Prozent in Niederösterreich, 1,5 Prozent ist österreichischer Durchschnitt. 1997 liegt jetzt vor: 3,1 % Niederösterreich und 2,6 % lautet der österreichische Schnitt. Also jeweils ein halbes Prozent. Das ist wie ein roter Faden, der sich durchzieht, daß wir in Niederösterreich immer konstant darüber liegen. Und diese Werte berücksichtigen auch die Sondereffekte aus der Verlagerung der Dienststellen von Wien nach St. Pölten.

Am Arbeitsmarkt, geschätzte Damen und Herren, schaut es auch nicht so schlecht aus. Wir haben es vorher schon gehört. Obwohl wir mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die nicht um sehr viel weniger wird, nicht zufrieden sein können. Aber mit der absoluten Zahl der Beschäftigten kann man zufrieden sein: 505.860 Personen waren im Jahr 1997 durchschnittlich beschäftigt, unselbständig beschäftigt. Das sind um 1,1 Prozent

mehr als 1996. Und damit hat das Bundesland Niederösterreich auch die größten Beschäftigungsgewinne gegenüber Österreich.

Ich darf hier schon abschließen mit meinen generellen Betrachtungen zum Wirtschaftsbereich und darf hier noch auf zwei, drei Schmankerl kommen. Sie wissen, jede Budgetdebatte - ich mache es kurz, ich versuche es zumindest - jede Budgetdebatte hat in ihren Bereichen von den Abgeordneten so Teile, die wie in einer Messe, in einer Ideenmesse hier vorgeführt werden. Und man kann einige Entwicklungen schon vorempfinden. Man merkt, das kommt aus dieser Ecke, aus jener Ecke, was sich hier entwickeln wird. Im Wirtschaftsbereich gibt es zwei Eckpfeiler oder zwei Bereiche, die sich interessant zu entwickeln beginnen. Es gibt auf der einen Seite eine Untersuchung vom Wirtschaftsförderungsinstitut, die auf Grundlagen technologieorientierter Regionalförderung abzielt. Und zweitens das sogenannte RIS Niederösterreich, Regionale Innovationsstrategien, die eben auch in Ausarbeitung sind. Und diese Programme kann man als Vorstufe zum neuen niederösterreichischen Technologiekonzept ansehen. Dieses RIS-Programm ist das einzige, das derzeit von der EU gefördert wird und es kommen ganz interessante Ergebnisse heraus und die sollten umgesetzt werden.

Wenn ich jetzt weiß, daß von Landesseite das Budget für den Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds von 245 Millionen um 40 Millionen gesteigert wurde, dann ist das sehr positiv und erfreulich. Das ist die eine Seite. Die andere Seite, wie man diese Mittel effizienter und besser noch einsetzen kann, ist Grundlage dieser Studie. Es wäre jetzt wunderschön und interessant, Ihnen das alles zu erklären, in welche Richtung die Entwicklung geht. Es ist die Philosophie, weg von der Gießkannenförderung. Die Ökonomen zum Beispiel wissen nicht mit Sicherheit, welche Produkte, Branchen sich erfolgreich entwickeln werden. Die Begutachtung, wo in welche Industriezweige hinein investiert werden soll ist dadurch in sicherere Bahnen gelenkt, wenn man diese Empfehlungen, diese Grundlagen, wenn man denen dann nachgibt und wenn man die erfüllt. Ziel des RIS-Programmes, das ich hier habe *(Abg. Dipl.Ing. Toms hält Konvolut hoch)*, ist die Innovationsverbesserung und sind Wettbewerbsverbesserungen innerhalb der NÖ Wirtschaft. Es wurde eine Bedarfserhebung durchgeführt, die Unternehmer wurden befragt und die Ausflüsse aus dem Ganzen waren dann einige wichtige Punkte. Zum Beispiel sollen innovationsstützende Angebote verbessert werden, Vernetzungserfordernisse, die Einführung eines sogenannten „Innovations-*choaches*“ sozusagen, eines Managers, der die Innovation in den Betrieben draußen unterstützt. Dann gibt es das Netzwerk, die RIZ sind ja bekannt, RIZ Wiener Neustadt. Es soll in Krems auch ein RIZ kommen für das Waldviertel. Es soll jedes Landesviertel ein RIZ, ein Regionales Innovationszentrum bekommen, und und und. Ich könnte jetzt noch einige Punkte aufzählen. Es gibt hier schon einige Erfolgsbeispiele etwa Poles technologiques in Rhone Alpes, das ist in Frankreich und Innovationscentre Limburg in den Niederlanden.

Das Amt der NÖ Landesregierung hat Ende 1997 als Leadpartner gemeinsam mit den Regionen aus Schleswig-Holstein, Südschweden und Kent einen EU-Antrag im Rahmen der transregionalen Innovationsprojekte gestellt, um regionale Erkenntnisse aus aktuellen RIS-Programmen und ähnlichen Projekten auch anderen Regionen zugängig machen zu können. Das heißt, wenn wir hier mit EU-Geldern geförderte Erkenntnisse in unseren Unternehmen umsetzen, dann kommen wir wirklich weiter. Weil gerade in Zeiten, in denen die Budgets ohnehin beschränkt sind und nur ein gewisses Geldvolumen zur Verfügung steht, muß ich schauen, daß das, was hinausfließt, besser angelegt wird. Und da muß ich schauen, daß ich in Branchen hineingehe, die zukunftsträchtig sind. Daß ich nicht in Betriebe investiere, wo mir irgendein Gutachter sagt, das wird schon etwas werden und das ist nicht gesichert. Und das ist eigentlich die ganze Crux der Sache.

Und daß es hier zum Teil nicht beamtete, aber doch freie Innovations-*choaches* gibt, die wirklich hinausgehen in die Betriebe und das *know how* mitbringen. Weil es ist ja nicht jeder Unternehmer in der Lage, diesen ganzen modernen „Innovationskram“, wenn ich das jetzt so respektlos sagen darf, über sich ergehen zu lassen. Da gehört eine Ausbildung dazu, das muß er ja lernen. Und hier steckt sehr sehr viel drinnen. Und es gibt ganz ganz interessante Entwicklungen, zum Beispiel das sogenannte *Clustering*, wo im Waldviertel zum Beispiel alles, was mit Holz zu tun hat, sich zusammentut und eine Vernetzung verschiedenster Einrichtungen, Firmen mit Holzverarbeitung, daß die zusammenarbeiten.

Wo gibt es denn in der Wirtschaft, meine sehr verehrten Damen und Herren Firmen, die ohne wirtschaftlichen Hintergrund zusammenarbeiten und sagen, gib mir dein *know how*, wie hast das du gemacht? Da geht es doch immer um das Geschäft. Es soll so sein, daß zum Beispiel Konkurrenzfirmen sich zusammentun und dieses Wissen und *Clustering* austauschen. Ohne daß die

gleich auf den Gewinn schauen, sondern nur das *know how* quasi weitergeben. Also hier gibt es sehr sehr viele Möglichkeiten. Und, ich komme schön langsam zum Schluß, auch beim RIZ. Von der Landesseite wäre es natürlich schön, wenn es dann als Druckmittel für die Förderung unter dem Strich heißen würde, nur wenn du das so machst, dann bekommst du die Förderung. Das wäre natürlich wunderbar. Das wäre ein Quantensprung. Und ich glaube, damit wären wir gut unterwegs.

Im Wirtschaftsförderungsbereich werden die positiven Umsetzungen der Grundlagen dieser technologieorientierten Regionalförderung, die Umsetzung der regionalen Innovationsstrategie und das neue NÖ Technologiekonzept neue und wesentliche Impulse bringen. Gemeinsam mit dem innovativen und kreativen Budget von Landesrat Mag. Sobotka und den wirtschaftsfördernden Maßnahmen von Landesrat Gabmann in diesem Bereich und gemeinsam mit den tüchtigen Unternehmern Niederösterreichs und den tüchtigen Mitarbeitern und Arbeitnehmern ist das eine geballte Kraft, die ihresgleichen sucht. Eine Kraft, auf die wir stolz sein können. Hier werden von seiten des Landes Niederösterreich der heimischen Wirtschaft Möglichkeiten geboten, die enorm sind und die unsere Wirtschaft auch eurofit ersten Grades machen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Budget 1999 ist ein Konsolidierungsbudget, aber auch ein positives Budget für die NÖ Wirtschaft, und dies nicht nur im Kapitel 7. Ich danke nochmals den zuständigen Regierungsmitgliedern Herrn Landesrat Gabmann, Herrn Landesrat Mag. Sobotka für das große Verständnis. Und auch für das Verständnis für die NÖ Wirtschaft und für die positiven Impulse. Und ich glaube, es bleibt nicht geheim, wir werden diesem Budget natürlich unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Abgeordneten Rupp das Wort.

Abg. RUPP *(SPÖ)*: Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich möchte ebenfalls zur Gruppe 7 zur Wirtschaft und zur Energiesituation Stellung nehmen. Und ich komme zurück auf die Einbegleitungsrede von unserem Finanzlandesrat Mag. Sobotka, der sehr wesentlich die Prozentsätze der Arbeitslosenrate, der Preissteigerungsrate und des Wirtschaftswachstums herausgestrichen hat. Ebenso gerade mein Vorredner.

Ich glaube, was sehr erfreulich ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir nach den EU-Richtlinien die Berechnung anstellen, die Arbeitslosenrate mit 3,5 Prozent - ich könnte mir aber vorstellen, Herr Landesrat, daß die in den nächsten Jahren niedriger werden würde – verglichen aber mit dem Bundesdurchschnitt haben wir 3,7 Prozent. Die Preissteigerungsrate, wissen wir, liegt bei etwa 1,5 und betrug im Jahr 1997 1,2 Prozent. Das Wirtschaftswachstum lag erfreulicherweise 1997 bei 1,5 Prozent. In Niederösterreich erwartet man im Jahre 1998 2,7 Prozent und auf Bundesdurchschnitt einen Prozentsatz von 2,5. Vergleicht man die Prozentsätze mit den übrigen EU-Ländern, so können wir zum Beispiel feststellen, daß wir noch bis zumindestens Ende 1998, jetzt auf Mai bezogen, die zweitniedrigste Arbeitslosenrate hinter Luxemburg haben. Erfreulicherweise liegen wir derzeit bei der Jugendarbeitslosigkeit an der niedersten Stelle.

Auf Grund einiger Aussagen von unserem Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll möchte ich dazu sagen, daß er bei sehr vielen Feiern und Festlichkeiten früher immer gesagt hat, wir liegen in den top ten Regionen. Ich darf nur ein Beispiel mitteilen: Wir hatten in Herzogenburg, im Festsaal des Stiftes, eine Enquete, eingeladen von Wirtschaftstreibenden, liegen wir in den top ten Regionen - ja oder nein? Es war der Herr Mag. Riedl mit dabei. Und wir mußten dort feststellen, daß wir von einem fachkundigen Professor von wirtschaftlicher Seite her mitgeteilt bekommen haben, wir liegen auf einem guten Weg, wir sind aber leider noch nicht in den top ten. Aber wie gesagt, ich hoffe und ich glaube, wir hoffen alle, daß wir in den nächsten Jahren dazu gehören.

Ob wir auch in der Zukunft unseren Wirtschaftsstandard in Niederösterreich halten können, wird wesentlich davon abhängig sein, wie die Verhandlungen in Brüssel über die Fördergebietskulisse ausfallen. Ich habe mir erlaubt, meine sehr verehrten Damen und Herren, in der letzten Sitzung des Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds die Frage an den Vorsitzenden zu stellen, wie schaut es wirklich aus, wenn im Jahr 1999 im März die Entscheidung fallen sollte, in welchen Regionen werden wir uns finden? Dazu ist uns von kompetenter Seite gesagt worden, die Verhandlungen sind mitten im Laufen und es schaut derzeit so aus, daß alle die Regionen, die an die Ostblockländer, an unsere östlichen Nachbarn grenzen, wahrscheinlich die Fördergebietskulisse behalten werden. Aber für andere Regionen wird es wahrscheinlich nicht so gut aussehen. Daher möchte ich unsere Regierungsmitglieder, alle die, die in Verhandlungen über die

Förderkulisse mit eingebunden sind, wirklich bitten, daß man alles daransetzt. Weil ich glaube, wenn wir da vielleicht zwei Drittel gestrichen bekommen nach dem jetzigen Stand, dann schaut das sicherlich für unser Bundesland nicht so gut aus.

Die wichtigste Aufgabe auf Landes- und Bundesebene wird es daher sein, Beschäftigungsprogramme zu erarbeiten, damit die relativ hohe Arbeitslosigkeit erfolgreich reduziert werden kann. Um auch den erarbeiteten Lebensstandard für die Zukunft abzusichern. Die sozialen Unruhen wegen der hohen Arbeitslosigkeit, besonders in Deutschland, wie man tagtäglich im Fernsehen sieht und wo Aussagen getroffen worden sind, daß monatlich Demonstrationen stattfinden werden anläßlich der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen, müssen wir zur Kenntnis nehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch der Papst hat anläßlich seines letzten Besuches in Wien in der Hofburg bei seiner Europarede gemeint, daß eben die hohe Arbeitslosigkeit in der Welt die größten Sorgen bereite. Er möchte seine Stimme für die Schwächeren erheben, aber auch für die weniger begabten und für die behinderten Menschen, haben wir dann im Fernsehen gesehen, möchte er sich einsetzen. Ich glaube, daß wir alle genau das gleiche fühlen wie er. Daß wir daher von den Ländern, auch vom Bund her, alles daransetzen müssen, um die Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen.

Eine der wichtigsten Aufgaben wird es in der Zukunft sein, den Jugendlichen in Beruf und Freizeit Perspektiven zu geben. Mit dem Lehrlingspaket der Bundesregierung ist es gelungen, die duale Lehrlingsausbildung mit einem Jobpuffer für jene Jugendlichen zu verbinden, die noch keinen Lehrplatz gefunden haben. Mit dem nun folgenden nationalen Beschäftigungsplan wird die Beschäftigungsinitiative der Bundesregierung fortgesetzt, wobei abermals der Jugendbeschäftigung im besonderen ein Schwerpunkt zufällt. Die Zahl der Langzeit- und Jugendarbeitslosen soll halbiert werden. 20 statt derzeit 10 Prozent der Jobsuchenden sollen von einem eigenen Schulungsprogramm erfaßt werden. Eine große Aufgabe und zusätzliche Verunsicherung bei den unselbständig Erwerbstätigen am Arbeitsmarkt hat die Ermöglichung der Sonntagsarbeit durch die Verordnung des Landeshauptmannes bei der Firma Mulitplex ergeben. Herr Landeshauptmann! Du bist heute schon einmal darüber angesprochen worden. Es wurde aufgeklärt, daß es derzeit nur um 12 Beschäftigte geht bei der Firma Multiplex. Aber ich darf sagen, Du hast ja aus den Zwischenrufen von meiner Fraktion gehört, daß das halt nicht ganz glaubwürdig ist für uns. Daß wir glauben, es wurde jetzt ein Akzent gesetzt und wer weiß, wann der nächste Betrieb irgendwo wieder so eine Ausnahme bekommt. *(LR Gabmann: Dafür sind nicht wir zuständig, sondern das Sozialministerium!)*
Ich darf Dir nur sagen, Herr Landesrat, als einer, der jahrzehntelang Betriebsrat war in meiner früheren Tätigkeit und als Gewerkschaftsfunktionär, meine sehr verehrten Damen und Herren, die große Demonstration - wir können uns ja noch erinnern, als die Gewerkschaft der Privatangestellten und die Handelsarbeiter aufgerufen haben zu einer Demonstration ausgehend vom Bahnhof in St. Pölten bis hierher ins Regierungsviertel - hat ja gezeigt, daß eine derartige Unsicherheit bei den unselbständig Erwerbstätigen herrscht. Und ich darf auch dazu sagen, meine Damen und Herren, daß von höchster kirchlicher Stelle auch darauf hingewiesen worden ist, daß das zu verurteilen ist. Und wir hätten uns erwartet, Herr Landesrat, und wir sind noch immer guter Hoffnung, daß diese Verordnung zurückgenommen wird. *(LR Gabmann: Das betrifft ja nur die Unternehmer! Für das Arbeitszeitgesetz ist jedoch das Sozialministerium zuständig!)*
Ja, aber glaube mir, es wird Folgewirkungen haben, wenn die Entscheidung nicht zurückgenommen wird! Die Möglichkeit wurde von Euch gegeben. Und wenn diese zurückgenommen wird, glaube ich, wird wieder Ruhe bei den unselbständig Erwerbstätigen einkehren. Du kannst heute in jede Versammlung kommen, überall wird einem vorgehalten, was ist da passiert, der eigene Landeshauptmann ist uns in den Rücken gefallen. Und daher würde ich sagen, bitte denkt noch einmal darüber nach. Es ist eine ungute Situation. Die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust ist bei den betroffenen Mitarbeitern leider sehr groß, da diese befürchten bei einem auch nur geringen Widerstand gegenüber der Geschäftsführung in den einzelnen Unternehmen einen Arbeitsplatzwechsel „vorgeschlagen“ zu bekommen. Ich darf noch dazu sagen, daß bei vielen Versammlungen die ich besuchte, derart harte Aussagen immer wieder gefallen sind. Und ich bin davon überzeugt, wir müssen von den unselbständig Erwerbstätigen noch einige Reaktionen erwarten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus meiner früheren Tätigkeit könnte ich natürlich noch viele, viele Beispiele nennen. Wenn man selbst davon nicht betroffen ist, wenn man eine solche Verordnung ermöglicht, darf ich Ihnen dazu sagen, es hat in vielen Bereichen schon viele Verhandlungen gegeben über eine Flexibilisierung. Und dann sind die Vorgesetzten gekommen und haben zu den Mitarbeitern gesagt, ihr

müßt bereit sein zum Dreischichtbetrieb. Von der ersten und zweiten Schicht reden wir nicht mehr, Herr Landesrat, es geht ja nur mehr um den Dreischichtbetrieb und Vierschichtbetrieb. Und wenn man dann noch die Sonntagsarbeit ermöglicht, dann sind Vorgesetzte gekommen und haben gesagt, ihr müßt das einsehen, ihr müßt flexibler werden, die Arbeitszeit muß man eben öffnen. Wenn aber dann nach einem Jahr später die gleichen Arbeitgebervertreter wieder gekommen sind und gesagt haben, jetzt müßten wir auch in den Schichbetrieb gehen oder in die Sonntagsarbeit, dann haben sie überhaupt kein Verständnis gezeigt. Und das heißt für mich persönlich, wenn ich das selber nicht spüre, dann kann ich das nicht empfinden. Wenn ich aber selbst auf dem Arbeitsplatz stehe und es wird von mir verlangt Drei- oder Vierschichtbetrieb, Samstag-, Sonntagarbeit, - und das ist das, was ich Dir persönlich sagen möchte und dem Herrn Landeshauptmann natürlich auch - wenn heute solche Mitarbeiter angesprochen werden, steht die Angst dahinter, den Arbeitsplatz zu verlieren. Es wird ja auch sofort gedroht, dann mußt du halt in ein anderes Land gehen oder mußt dir eine andere Tätigkeit suchen. Und das alles uns zu ersparen, das wäre halt unser Wunsch.

Leider wird das bereits von einigen Unternehmen des öfteren praktiziert mit der Androhung der Auslagerung der Produktion in Billiglohnländer. Ich könnte viele nennen, darf aber nur stellvertretend die Firma Semperit und die ÖSPAG Keramik in Wilhelmsburg aufzeigen, wo der Unternehmervertreter offiziell gesagt hat - das gehört zum Schweizer Lauffen-Konzern - wir werden in ein anderes Land gehen, wo die Lohnkosten weit billiger sind. Das Fürchterliche an dem Ganzen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Produktion von Wilhelmsburg jetzt verlagert wird nach Tschechien. Dort wird unter dem Namen Wilhelmsburger Lilienporzellan produziert. Das Produkt wird nach Wilhelmsburg hereingeführt und wird in Wilhelmsburg um den normalen Preis, der in Österreich eben geboten wird, verkauft. Das versteht bitte niemand! Und da sollte man einen gesetzlichen Riegel vorschieben, der solche Machenschaften hintanhält!

Größere Bedenken der gesamten Bevölkerung gibt es natürlich auch bei der geplanten EU-Osterweiterung. Ich stehe dazu, daß diese Osterweiterung sicherlich notwendig ist. Laut Meinungsforscher, meine sehr verehrten Damen und Herren, erinnern wir uns zurück an die vergangene Landtagswahl, waren 47 Prozent der Nichtwähler der Meinung, daß die Angst vor der EU-Osterweiterung so groß ist, daß sie deswegen von ihrem Wahlrecht nicht Gebrauch gemacht haben. Bei der letzten Sitzung des Finanz-Ausschusses vergangene Woche hat der Finanzlandesrat wortwörtlich gesagt, die EU-Osterweiterung wird kommen, wir möchten sie nur hintanhalten. Das war Ihre Aussage in der Finanzausschußsitzung. Das zeigt mir aber, daß Sie ebenfalls Bedenken haben. Sie sagen zwar, die Osterweiterung ist notwendig, aber nicht in dem Ausmaß, wie sich die EU das vorstellt wie auch die betroffenen Länder.

Ich glaube, daß man trachten muß, daß auch die Lohnbewegungen in diesen Ländern in den Griff gebracht werden müssen, daß die gesamte Infrastruktur passen muß. Weil wir ansonsten eine gewaltige Wettbewerbsverzerrung in unseren Betrieben und speziell in den niederösterreichischen haben.

Für eine positive Entwicklung in unserem Bundesland sorgt natürlich auch der Bau des neuen Regierungsviertels in St. Pölten sowie die Regionalisierungsmittel und die Streichung der Landesumlage, die, von Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger jahrelang gefordert, schließlich auch durchgesetzt werden konnte. Mit diesen hunderten Millionen Schilling pro Jahr konnten beachtliche Investitionen in Milliardenhöhe in den Städten und Gemeinden Niederösterreichs ausgelöst werden, die in der Wirtschaft wiederum beachtliche Impulse auslösten und am Arbeitsmarkt ebenfalls eine Erleichterung mit sich brachten. Um eine leistungsfähige und funktionierende Wirtschaft zu haben, ist es unbedingt notwendig, ausreichend Energie bereitstellen zu können.

Der generell feststellbare Anstieg am Energieverbrauch wird besonders durch die Steigerung bei den biogenen Energieträgern, bei Erdgas und elektrischer Energie sowie beim Treibstoffverbrauch bewirkt. Unser Bundesland kann als einer der wichtigsten Energieproduzenten Österreichs bezeichnet werden. Vor allem das große Angebot an national bedeutenden Anlagen zur Elektrizitätserzeugung und die großen Mengen an fossilen Energieträgern in Niederösterreich sind der Grund für diese bedeutende Stellung. Niederösterreich liefert zirka 19 Prozent der in Österreich mit Wasserkraft produzierten Elektrizität. Natürlich tragen dazu die Laufkraftwerke an der Donau am meisten bei. Der Anteil der Wasserkraft in Niederösterreich betrug in den letzten Jahren zirka 70 Prozent. Der zusätzlich erforderliche Strom wird durch kalorische Kraftwerke erzeugt. Erdgas wird durch den intensiven Ausbau zu einem wesentlichen Energieträger des Landes.

So wurde in Niederösterreich in den letzten Jahren eine Erdgasmenge im Durchschnitt von 925,000.000 m^3 pro Jahr gefördert. Bei der Betrachtung des Energieträgers Erdöl zeigt sich ein ähnliches Bild. Etwa 90 Prozent des in Österreich geförderten Erdöls wird in Niederösterreich gewonnen. Ich glaube, das sind sehr gute Werte.

Zu einer besseren und umweltfreundlichen Versorgung mit elektrischer Energie sollten für unsere Gewerbe- und Industriebetriebe die 27 zur Verfügung stehenden Fließgewässer noch stärker mit Kleinwasserkraftwerken ausgebaut werden. Durch diese Möglichkeit könnten auch zusätzliche Arbeitsplätze in den einzelnen Regionen geschaffen werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Aufzeigen und Anregen einiger wirtschaftlicher Notwendigkeiten möchte ich mitteilen, daß unsere Fraktion in der Gruppe 7 den Kapiteln Wirtschaft und Energie die Zustimmung geben wird. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt die Frau Abgeordnete Hinterholzer.

Abg. HINTERHOLZER *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Das Budget 1999 für die Gruppe Wirtschaft bestätigt, um es auf Grund der fortgeschrittenen Stunde auf einen kurzen Nenner zu bringen, den festen Willen des Landes Niederösterreich, im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten die Entwicklungschancen der heimischen Wirtschaft konsequent zu fördern und damit einen Beitrag für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung zu leisten. Dies ist uns in den vergangenen Jahren erfolgreich gelungen, obwohl unsere Betriebe schwierige Anpassungs- und Umstellungsprozesse durch die Ostöffnung und durch den Beitritt zur Europäischen Union zu bewältigen hatten.

Niederösterreichs Wirtschaft hat diese tiefgreifenden Veränderungen in beachtlicher Weise gemeistert und damit ein Meisterstück an flexibler Anpassungsfähigkeit und hoher Leistungsfähigkeit geliefert. Natürlich sind die Auswirkungen des verschärften Wettbewerbes in verschiedenen Bereichen nicht ausgeblieben und spürbar geworden. Das gilt vor allem für die Grenzregionen Niederösterreichs, wo Teile der Wirtschaft besonders unter Druck geraten sind. Die wirtschaftliche Gesamtbilanz fällt dennoch durchaus positiv aus. Die Konjunktur hat sich erholt und ist weiterhin im Aufwärtstrend. Die NÖ Wachstumsraten liegen sowohl bei der wirtschaftlichen Wertschöpfung als auch bei der Beschäftigungsentwicklung über jenen des Bundesdurchschnittes. Das ist nicht nur ein respektables Zeugnis für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich, sondern, wie schon erwähnt wurde, ein Meisterstück unserer Wirtschaft, der vielen tüchtigen Unternehmerinnen und Unternehmer, das es wert ist, hervorgehoben zu werden.

Mit dem Budget 1999 für die Gruppe Wirtschaft und insbesondere durch die Aufstockung der Landesmittel für den Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds um 16 Millionen Schilling auf insgesamt 245,5 Millionen Schilling wird seitens des Landes Niederösterreich damit vorgesorgt, daß die heimische Wirtschaft auch die künftigen Herausforderungen gut bewältigen kann. Der rasche Modernisierungsprozeß zwingt unsere Betriebe laufend, Erneuerungs- und Strukturverbesserungsinvestitionen durchzuführen um die betriebliche Wettbewerbsfähigkeit weiterhin zu erhalten.

Diese Maßnahmen ziehen natürlich auch beschäftigungswirksame Impulse nach sich und sind daher ein unverzichtbares Element einer offensiven Beschäftigungspolitik. Modernisierungsvorhaben sind meistens kostenintensiv und gerade für die in vielen Bereichen eigenkapitalschwachen Klein- und Mittelbetriebe schwer zu finanzieren. Die gemeinsamen Bundes- und Landesförderungen sowie die eigenständigen Landesaktionen sind daher eine wichtige Hilfestellung für die Wirtschaft bei der Durchsetzung ihrer Investitionsvorhaben.

Von den eigenständigen Landesaktionen in der Wirtschaftsförderung erweist sich vor allem das 1993 auf Initiative von Landesrat Ernest Gabmann gestartete Beteiligungsmodell als ein erfolgreiches Finanzierungsinstrument für die Umsetzung in wachstumsorientierten Klein- und Mittelbetrieben. In der fünfjährigen Laufzeit der Beteiligungsaktion wurde bisher die Rekordsumme von über 850 Millionen Schilling für insgesamt 145 Investitionsprojekte von Klein- und Mittelbetrieben bewilligt. Das ist sicherlich eine stolze Bilanz und ein Beweis dafür, daß mit diesem Förderungsmodell eine günstige Förderungsvariante entwickelt wurde, die auf die spezifischen Bedürfnisse zugeschnitten ist und von den Betrieben gut angenommen wird. Erst kürzlich wurde in der Landesregierung eine Erweiterung des Beteiligungsmodells für Gründungsfinanzierung beschlossen. Es besteht ja politische Übereinstimmung darüber, daß zur Absicherung der hinkünftigen Beschäftigungsentwicklung primär Wachstumsbranchen mit erfolgversprechenden

Produkten und Technologien sowie moderne Dienstleistungsbetriebe in Frage kommen.

Eine wesentliche Komponente der Startfinanzierung beim Beteiligungsmodell liegt in der insgesamt dreijährigen Gründungsberatung durch externe Fachleute, die schon vor der Gründungsphase beginnt und das neu gegründete Unternehmen dann noch zwei Jahre begleiten soll. Mit diesem verpflichtenden Beratungsangebot sollen neu gegründete Betriebe in der Startphase besser abgesichert werden und das Risiko von Fehlstarts vermieden werden. Es muß uns natürlich bewußt sein, daß wir mit noch so guten Fördermodellen noch lange keine Gründerwelle aus dem Ärmel schütteln können. Das Hauptproblem liegt darin, daß wir in Österreich keine wirklich ausgeprägte Kultur der Selbständigkeit haben und die Bereitschaft relativ gering ist, die mit der unternehmerischen Tätigkeit verbundenen finanziellen Risken und bürokratischen Hürden auf sich zu nehmen. Das zeigt sich auch an der im europäischen Vergleich sehr niedrigen Selbständigenquote in Österreich. Bekannt ist aus einer Studie der Wirtschaftsuniversität Wien, daß Österreich mit einer Selbständigenquote von 6,8 Prozent entgegen dem EU-Durchschnitt von 12,8 Prozent am unteren Ende des *Rankings* unter den Mitgliedstaaten liegt.

Warum es so wichtig ist, sich gerade um die Unternehmensgründer besonders zu kümmern, läßt sich aus zwei entscheidenden Argumenten demonstrieren. Junge Unternehmer schaffen Beschäftigung. Angesichts der Tatsache, daß die traditionellen Industriebetriebe weiter „abschlanken“ und Personal abbauen, ist es notwendig, durch Neugründungen ein Gegengewicht auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Zweitens: Junge Unternehmer bringen neue Ideen. Die Umsetzung neuer Technologien und Dienstleistungen findet meist in jungen Betrieben statt. Sie sind in erster Linie diejenigen, die versuchen, neue Wege aufzuzeigen und neue Märkte für innovative Produkte zu gewinnen.

Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union haben Aktionsprobleme mit der Zielsetzung, die regionale Wirtschaftsentwicklung zu fördern, um nachhaltige Regionalimpulse zu setzen, stark an Bedeutung gewonnen. Die in Niederösterreich ohnehin schon stark akzentuierte Regionalförderung konnte durch die zur Verfügung stehenden EU-Kofinanzierungsmittel in den sogenannten Zielgebieten noch erheblich verstärkt werden. Es ist uns in den letzten Jahren auch zweifellos gelungen, den Einsatz von Fördermitteln auf Förderschwerpunkte zu konzentrieren und damit die Effizienz der eingesetzten Mittel im Sinne gezielter regionalwirtschaftlicher Impulse mit breiter, externer Wirkung zu steigern. Gerade in der regionalen Wirtschaftsförderung gewinnen standortpolitische Überlegungen und Strategien immer mehr an Bedeutung. Das heißt, daß Einzelprojekte ohne erkennbare externe Effekte sowie reine Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen ohne radikalen Wechsel von Technologie und Marktorientierung hinkünftig kaum mehr förderungswürdig sind.

Maßgeblich beeinflußt wird die regionale Wirtschaftsentwicklung hingegen durch eine moderne Infrastruktur, durch Forschungs- und Entwicklungsprojekte und durch Unternehmen mit einem hohen Innovationskapital und neuer Marktorientierung sowie durch regionale *Cluster* und Netzwerkbildungen. Das sind daher Maßnahmenschwerpunkte, die wir bei einer modernen Wirtschafts- und Standortförderung konsequent verfolgen müssen. Wir wissen aber auch, daß die finanzielle Unterstützung von Investitionsvorhaben und Gründungsaktivitäten der Wirtschaft heute nicht mehr der alleinige und dominierende Lösungsansatz sind, um unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit abzusichern. Unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, unserem Bemühen um neue Betriebe und unserer Standortattraktivität stehen vor allem vielfach veraltete, starre und unflexible Gesetze und bürokratische Hürden im Wege. Bürokratieabbau und raschere Betriebsanlageverfahren stehen daher auf der Prioritätenliste der niederösterreichischen Wirtschaftspolitik ganz oben.

Die von Wirtschaftslandesrat Gabmann eingeleiteten Beschleunigungsschritte haben die Situation in Niederösterreich erheblich verbessert. Dankenswerterweise ziehen die Behörde bei diesen Bemühungen mit, auch die Gemeinden, die in großer Zahl von der Möglichkeit Gebrauch machen, ihre baupolizeiliche Kompetenz bei gewerblichen Betriebsanlageverfahren an die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde abzutreten.

Ich komme zum Schluß und möchte abschließend feststellen, daß im Rahmen der Möglichkeiten, die dem Land zur Verfügung stehen, alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden um der heimischen Wirtschaft die Hilfestellungen anzubieten, die unsere Betriebe benötigen, um sich erfolgreich weiterentwickeln zu können. Ich würde mir wünschen, daß diese Bemühungen auch seitens der nationalen Politik sowie durch eine größere politische Übereinstimmung innerhalb der Europäischen Union ergänzt und verstärkt wer-

den. In dieser Richtung ist sicherlich noch harte Arbeit notwendig. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Als nächste Rednerin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Weinzinger zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Erlauben Sie mir eingangs zu den Vorkommnissen des heutigen Tages eine Anmerkung. Ich würde mir wünschen, daß im Mittelpunkt unserer Debatten und auch der Beiträge aus dem Publikum die inhaltliche und sachliche Diskussion steht. Auch wenn diese Diskussion hart zu führen ist und, wie Sie ja schon gemerkt haben, wir uns immer wieder durchaus durch harte Kritik auf dieser sachlichen Ebene beteiligen. Ich möchte zweitens festhalten, daß das Recht auf freie Meinungsäußerung besteht, aber nicht verwechselt werden kann mit dem Recht auf freie und zügellose Wahl der Worte und des Stils. Und daß insbesondere in einer politischen Debatte die Ebenen von persönlichen Anmerkungen und der politischen Diskussion und Kritik nicht verwechselt werden dürfen. Und möchte an uns alle, vom Präsidenten angefangen bis zum letzten, alphabetisch letzten Abgeordneten den Appell richten, in jeder Äußerung in diesem Hohen Haus besonders Bedacht darauf zu nehmen, daß diese genannten Prinzipien eingehalten werden und die Würde des Hauses gewahrt bleibt. *(Beifall bei den Grünen sowie Abg. von ÖVP und SPÖ.)*

Nun zum Kapitel 7. Ich fürchte, da wird der Applaus dann vielleicht weniger groß ausfallen. Allem voran die Landwirtschaftspolitik:

In der Landwirtschaft gibt es einiges an Verbesserungsbedarf, um es so zu formulieren. Wenn der Herr Abgeordnete Kurzreiter vorher angemerkt hat, daß es einen harten Existenzkampf gibt für Bauern, zum Beispiel gerade im Waldviertel, er hat in einem Zusammenhang auch neudeutsch die „Flurneuordnung“ genannt, dieser kann ich nicht zustimmen. Aber die Äußerung über den harten Existenzkampf der Bauern stimmt natürlich. Ich glaube allerdings, daß dieser harte Existenzkampf nicht zu gewinnen ist, indem man versucht, mit der extremen Massentierhaltung oder extremen und intensiven Flächenbewirtschaftungen, wie sie in großen EU-Mitgliedsstaaten üblich sind, etwa in den Niederlanden oder Deutschland, mitzuhalten. Für die kleinräumig strukturierte österreichische und niederösterreichische Landwirtschaft muß der Weg daher sein, in die Qualität, in das hochpreisige Segment zu investieren und die vorhandenen Nischen auszunützen. Ich denke dabei vor allem an den Biolandbau, an die Ökologisierung der Landwirtschaft, wo Niederösterreich in manchen Bereichen ja durchaus eine Vorreiterrolle einnimmt. Und wo es gilt, in drei Punkten vielleicht noch sich weiter zu verbessern, um Ihre Zustimmung zu erleichtern. Das eine der Bereich der Direktvermarktung. In vielen Gesprächen mit Direktvermarktern, Hofläden, Ab-Hof-Verkäufern stellen wir immer wieder eines fest: Es gibt massive Probleme dadurch, daß auf Bundesebene eine Lebensmittelgesetzgebung, eine Hygieneverordnungen vor allem auf die industriellen Produktionsverhältnisse ausgerichtet ist. Und es daher verstärkt zu Problemen für kleine Bauern und Bäuerinnen, für kleine Direktvermarkter kommt. Ich glaube, man sollte hier nicht leichtfertig die Lebensmittelgesetzgebung und Hygieneverordnung über Bord werfen. Man muß aber wohl nachdenken darüber, wie die eine oder andere unsinnige Regelung hier behoben werden könnte, damit die Direktvermarktung bei aller Wahrung der Qualität, die erforderlich ist, dennoch ermöglicht wird.

Der Punkt 2: ÖPUL! Es gab im ÖPUL immer wieder, trotz der Bemühungen, die wir sehr anerkennen, den einen oder anderen Reibungspunkt mit dem Naturschutz. Ich möchte hier der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß in Zukunft weniger Reibungspunkte auftreten und eine noch bessere Zusammenarbeit daraus wird. Und daß diese tatsächlich zu einer Ökologisierung führt und nicht mehr der Eindruck entstehen kann, daß manchmal eher die Förderung der Landwirtschaft als die Förderung des Umweltprogrammes damit betrieben wird.

Ich möchte vor allem ein Kriterium für die Ausarbeitung des nächsten ÖPUL-Programmes hier einmahnen, das mir wichtig erscheint, gerade für die niederösterreichische Situation. Unser Vorschlag ist, als eines der Kriterien für die Förderungswürdigkeit nach dem ÖPUL die gentechnikfreie Produktion zu verankern. Wir fordern ja schon des längeren ein - und mit uns viele Gemeinden, Bürgerinnen und Bürger - eine gentechnikfreie Zone in der Produktion, in der Landwirtschaft und im Fall der Freisetzung von gentechnisch verändertem Saatgut oder anderen Organismen zu verankern. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Chance für die niederösterreichische Landwirtschaft, hier garantieren zu können, daß einerseits keine Gentechnik in der herkömmlichen Landwirtschaft zur Anwendung kommt. Aber genauso garantieren zu können, daß nicht durch die Anwendung von Gentechnik irgendwo vielleicht die Qualitätsprodukte aus dem Bioland-

bau, aus der Nahversorgerschiene mit Gentechnik in Berührung gekommen sind, ohne das zu wollen. Das heißt im Interesse sowohl des biologischen Landbaues, als auch der Konsumentinnen und Konsumenten und nicht zuletzt im Interesse des Aufbaues einer niederösterreichischen *trade mark* im Lebensmittelbereich für den Export wäre die Gentechnikfreiheit raschest anzustreben.

Zu zwei kleinen Posten im Budget selbst, für die ich um Aufklärung ersuchen würde, da das aus den vorliegenden Unterlagen nicht hervorgeht: Die Zuckerfabrik Hohenau wird mit 1,5 Millionen gefördert. Es wäre die Frage zu stellen, in welche Richtung diese Förderung geht. *(Abg. Hiller: Abwasseranlage! Wird auf diese Weise mitfinanziert!)*
Abwasseranlage. Danke, damit bin ich sofort wieder zufrieden.

Ein Punkt, der auch nur auffällt, ohne daß ich deswegen das als Kritik gleich anmerken möchte, wäre die Hagelversicherung in der Landwirtschaft, die um 10 Millionen angehoben worden ist. Entweder war das in den vergangenen Jahren deutlich unterdotiert oder man rechnet mit mehr Hagel. Das kann ich aus den Unterlagen noch nicht ablesen.

Der nächste Punkt, der auch in diesem Kapitel vorkommt - Tourismus. Angesichts der fortgeschrittenen Stunde halte ich jetzt kein Grundsatzreferat, sondern treffe nur die wichtigsten Anmerkungen. Ich glaube, daß der Tourismus wachsende Bedeutung für die NÖ Wirtschaftsentwicklung haben wird. ich glaube, daß durch die gewandelte Situation nicht zuletzt durch die Ostöffnung, aber auch durch neue Ideen, die im Raume stehen, wie Erlebniswelten, dringender Handlungsbedarf im Überdenken einer Tourismusstrategie für Niederösterreich gegeben ist und daß in Summe man sich überlegen muß, wie man auch hier verstärkt eine Identität, ein attraktives Angebot mit entsprechender Vermarktung aufbauen kann, das über die derzeit durchaus begrüßenswerten lokalen und regionalen Initiativen, etwa im Gesundheitstourismus wie im Waldviertel oder in kleinräumigen kulturtouristischen Ansätzen hinausgeht. Und daß wir hier sehr rasch eine Gesamtplanung und -positionierung brauchen.

Auch einige kurze Anmerkungen zum Thema Wirtschaft. Ich verweise hier nur auf unsere im Lauf der anderen Tagesordnungsbeiträge angebrachten Anmerkungen bereits zum Thema Regionalförderung. Ich verweise auf die Notwendigkeit, im Bereich des Gewerbes und des Kleinhandels einzugreifen, um die innerstädtischen Zentren zu bewahren, und auf die Diskussion über Einkaufszentren und ähnliche Entwicklungen. Und ich mache eine Anmerkung zu einer Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die leider bis jetzt noch nicht festgehalten wurde. Wir sind mit einer deutlich schlechteren Situation auf dem Arbeitsmarkt für Frauen konfrontiert. Nicht nur, was die Arbeitslosigkeit als solche angeht, und hier insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit, von der Frauen besonders stark betroffen sind, sondern auch, was das Gehaltsniveau betrifft. Wir haben in einer Erhebung nicht nur festgestellt, daß es in verschiedenen Bezirken in Niederösterreich zum Teil ein erhebliches Einkommensgefälle gibt, sondern vor allem, daß quer durch, egal, wie die Bezirke liegen, Frauen um im Schnitt ein Drittel weniger verdienen als Männer. Und das bitte im Jahr 1998! Ich glaube, hier ist nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Politik gefordert, Abhilfe zu schaffen und der sehr, sehr alten aber nach wie vor aktuellen Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit zum Durchbruch zu verhelfen.

Punkt 4 - die Energiewirtschaft. Es ist bereits bei einem früheren Diskussionsbeitrag auf die Bedeutung der Energiepolitik, auf die Förderung der erneuerbaren Energie eingegangen worden. Ich beschränke mich daher hier auf eine Anmerkung, die ich damals schuldig geblieben bin zur Neuordnung der Elektrizitätswirtschaft vor dem Hintergrund der Liberalisierung auf EU-Ebene. Ich bin der Überzeugung, daß hier die österreichische Politik auf Bundesebene wie auf Landesebene in den letzten Jahren eher kläglich versagt hat. Und daß einer Schrebergartenpolitik Vorrang eingeräumt worden ist vor einer sinnvollen österreichischen Neuordnung, bei der gleichzeitig Anforderungen an eine koordinierte Planung der Energiebereitstellung, eine Anforderung des *unbundling*, wie es im Fachchargon heißt, also der Entflechtung von Produktion, Vertrieb und Dienstleistungen in diesem Bereich nicht Rechnung getragen worden ist, weil man sich hier leider zwischen Verbund und Landesenergiegesellschaften bis heute nicht einigen konnte.

Für Niederösterreich steht im Raum auch angesichts des Potentials, das Niederösterreich hat, eine massive Förderung für erneuerbare Energien. Da gibt es einerseits den Querbezug zur Landwirtschaft, überall dort, wo biogene Energieträger angesprochen sind. Da gibt es andererseits gerade durch die geographische Lage in Niederösterreich ein enormes Potential an Windenergie, das derzeit auf Grund der Fördersituation nicht ausgeschöpft wird. Die Fördermittel reichen bei

weitem nicht aus, alle Projekte, die anstehen - allein etwa 50, die in Niederösterreich jederzeit umsetzbar wären - umzusetzen. Und ich darf daher an dieser Stelle einen Resolutionsantrag, den letzten von unserer Seite für diese Budgetdebatte, einbringen *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Klimaschutz.

Österreich hat sich in internationalen Vereinbarungen wie dem Torontoprotokoll oder der Klimakonvention zum Klimaschutz bekannt und zu CO_2-Einsparungen verpflichtet. Auch das Bundesland Niederösterreich selbst, genauso wie viele seiner Gemeinden, haben Klimaschutz als Ziel festgeschrieben und sich mit dem Klimabündnis an umwelt- wie entwicklungspolitische Maßnahmen gebunden.

Zentraler Ansatzpunkt für die Einsparung von CO_2 ist eine Energiepolitik, die auf erneuerbare Energieträger wie Biomasse, Wind- oder Solarenergie setzt. Gerade Niederösterreich hat auf diesem Gebiet großes Potential zur Nutzung der vorhandenen Biomasse, wie auch zur Nutzung der Standortvorteile für Windenergie.

Als im internationalen Vergleich wirkungsvollste Maßnahme für einen raschen Ausbau der Energieproduktion aus erneuerbaren Energien haben sich dabei erhöhte Einspeisetarife erwiesen. Ein diesbezügliches Generalübereinkommen in Österreich hat sich gut bewährt, wurde aber auf Bundesebene nicht fortgeschrieben. Zwar können Investitionsförderungen ebenfalls ein hilfreiches Instrument darstellen, allerdings sind sie derzeit weder in ausreichender Höhe verfügbar, um alle projektierten Vorhaben umsetzen zu können, noch sind sie gleich effizient.

Es liegt in der Kompetenz des Landes, die Einspeisetarife für Energie aus erneuerbaren Energiequellen festzusetzen und Öko-Strom damit wettbewerbsfähiger zu machen. Dies liegt nicht nur auf der energiepolitischen Linie der EU, die eine deutliche Steigerung der Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen vorschlägt, sondern ist für die Selbstverpflichtung Niederösterreichs im Klimabündnis und zur Umsetzung seiner Klimaschutzziele notwendig.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Förderpaket für erneuerbare Energie auszuarbeiten und eine Erhöhung des Einspeisetarifs für Energie aus erneuerbaren Quellen (auf zumindest 1,10 öS) zu beschließen."

Ich hoffe auf Unterstützung für diesen Antrag. Ich fürchte, ich hoffe vergeblich wie bei allen bisherigen Resolutionsanträgen und erlaube mir daher, nachdem es unser letzter Resolutionsantrag in dieser Debatte ist, eine kleine Anmerkung zum Schluß, die sich mir bei einem gestrigen ORF-Beitrag über Steven Hawkins aufgedrängt hat. Dieser mehr als berühmte Physiker hat gestern in einem Vortrag in Wien seine neuen Entdeckungen über Schwarze Löcher geäußert. Und mir geht es ein bißchen wie dem Steven Hawkins mit seinen Schwarzen Löchern mit unseren Resolutionsanträgen. Wobei ich „schwarz" jetzt nicht unbedingt parteipolitisch oder als Anklang an *men in black* verstanden haben möchte. Aber Hawkins sagt: Entgegen der Annahme, daß in Schwarze Löcher alles hineinfällt und nichts nie wieder herauskommt, hat er jetzt festgestellt, daß doch ein wenig was 'raussickert und schwarze Löcher eine leichte Strahlung abgeben. Die Frage, die er sich stellt, ist nun, ist das ein zufälliger Prozeß? Dann könnte man die Zukunft der weiteren Entwicklung nicht vorhersagen. Oder hängt das davon ab, was hineinfällt. Dann gäbe es eine gewisse Vorhersehbarkeit. Ähnlich sehe ich das mit unseren Resolutionsanträgen. Wir werden noch sehen, ob es zufällig ist, ob ein Echo kommt und eine Ausstrahlung sich einstellt. Oder ob es davon abhängt, was man inhaltlich hineinsetzt, ob es eine Zustimmung gibt. Und ich habe hier vielleicht noch ein letztes Zitat eines Literaten, das ganz gut in diese Budgetdebatte paßt und vielleicht auch die Hoffnung zum Ausdruck bringt, daß unsere künftigen Anträge nicht Oskar Wilde entsprechend behandelt werden. Oskar Wilde sagt: „Es ist sehr gefährlich zuzuhören. Hört man zu, kann man überzeugt werden. Und wer sich durch ein Argument überzeugen läßt, ist ein von Grund auf unvernünftiger Mensch." Ich hoffe auf einen sehr unvernünftigen Landtag! Danke schön. *(Beifall bei den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Abgeordneten Dirnberger das Wort.

Abg. DIRNBERGER *(ÖVP)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Wirtschaft - Arbeitnehmer - Konsumenten. Lassen Sie mich aus der Sicht der

Arbeitnehmer und der Konsumenten einige aktuelle brennheiße Fragen ansprechen, an denen wir Niederösterreicher nicht vorübergehen können, wenngleich wir nicht direkt von der Landespolitik unmittelbar gestaltend eingreifen können.

Ich würde sagen aus der Sicht des Konsumenten, das *barrel* ist übergelaufen! Das *barrel* ist übergelaufen, zum Thema Benzinpreis. In diesen Tagen, meine Damen und Herren, eröffnet die OMV in Česke Velenice in Sichtweite des Stadtzentrums von Gmünd eine weitere Tankstelle. Vorstandsdirektor Mayer-Helmstedt meint dazu: Wir sind ein Unternehmen, das die Aufgabe hat, Treibstoffe zu verkaufen, egal ob in Österreich oder im Ausland. Ergänzen muß man dazu, glaube ich, egal zu welchem und um welchen Preis. Die jüngste Preisstudie der Arbeiterkammer weist die anhaltende überhöhte Preisgestaltung bei Benzin in Österreich mehr als deutlich und überzeugend aus. Und das bei folgender Situation, wenn ich nur die „Salzburger Nachrichten“ von vor wenigen Tagen zitieren darf: „Volle Lager, geringe Nachfrage. Druck auf Erdölpreise hält weiter an.“ Und das in dieser Situation! Gleichzeitig werden und wurden Mitarbeiter zu Hunderten abgebaut und die Gewinne auf dem Rücken der Autofahrer, der Pendler maximiert. Die Kartellherren verhalten sich wie Paten, die den Autofahrern Schutzgeld in Form überhöhter Benzinpreise abpressen. Und die OMV-Konzernherren lassen letztlich auch die Maske aus Ausreden, aus einem Geflecht von Ausreden, das sie aufgebaut haben, warum sie die Konsumenten ausnehmen, fallen. Wenn sie in Wien in der U-Bahn-Station der U3 am Stephansplatz die *Info-screens* beobachten, diese bewegten Werbebilder, wo täglich Hunderttausende das mehr oder weniger große Glück haben, das anzuschauen. Da gibt es eine Inserateneinschaltung der OMV mit dem Text: „Offen für mehr Verantwortung“. Und der einzige Inhalt, der druntersteht, ist der aktuelle Tageskurs der OMV-Aktie. In dem Fall waren es, wie ich gesehen habe, 1.880,- Schilling. Also die OMV reduziert ihre Verantwortung auf den Aktienkurs. Wenn die meinen, „offen für mehr Verantwortung“, kann ich nur sagen, wir hoffen auf mehr Verantwortung.

Hoffen auf mehr Verantwortung und glauben an den freien Markt angesichts der de facto-Monopolstellung der OMV allein ist, glaube ich, zu wenig. Der Glaube an diese Allheilkräfte des freien Marktes ist angesichts dieser Monopolstellung ja irgendwie ad absurdum geführt worden. Daher denke ich, daß einerseits doch die Androhung einer amtlichen Preisregelung, weil die gar nicht einlenken wollen, notwendig ist. Genauso ist die Arbeiterkammer gefordert, die Perspektive einer Kartellklage tatsächlich umzusetzen. Und es gibt auch natürlich Fragen an den Finanzminister. An den Finanzminister insofern die Frage, wie hoch hat der Finanzminister beim Budgetvoranschlag 1998 die Einnahmen aus der Mineralölsteuer und der Umsatzsteuer aus dem Verkauf von Benzin angesetzt? Ich gebe Ihnen gleich die Antwort: Der Finanzminister ist bei seinem Budgetvoranschlag für 1998 von einem Rückgang der Steuereinnahmen bei Benzin, von einem Minus von 0,2 Prozent ausgegangen. Tatsächlich, meine Damen und Herren, müßten die Steuereinnahmen aus dem Benzinpreis aber nach der Entwicklung des Rohölpreises um über 5 Prozent sinken. Also hier ist die Frage denn doch zu stellen, wieso wurde das schon so präleminiert?

Eine zweite Frage: Gibt es mit der OMV Gespräche oder gar Absprachen über den Benzinpreis? Insbesonders im Hinblick auf den Budgetvoranschlag 1998. Ich denke, diese Frage sollten wir uns a la long auch nicht ersparen. Denn ich sage es auch als Waldviertler genau wie mein Kollege Ing. Hofbauer, der sich seit langer Zeit vehement gegen diese Ungerechtigkeit einsetzt, die die Pendler und die Wirtschaft im Waldviertel besonders betrifft. Wir können da nicht länger schweigen, was die Benzinpreise betrifft. Da muß endlich zur Ordnung gerufen werden, daß die diese Monopolstellung nicht länger schamlos auf dem Rücken der Autofahrer ausnutzen können. Das ist ein wesentlicher Punkt zur Frage der Konsumenten in der aktuellen Situation.

Ich möchte einen zweiten Bereich aus der Sicht des Konsumenten heute ansprechen. Das ist die Frage der Einführung des EURO, die ich natürlich begrüße, um keinen Zweifel aufkommen zu lassen. Dennoch gibt es hier einen wesentlichen Bereich, den wir lückenlos anzunehmen haben. Nämlich das, was die Bundesregierung vor geraumer Zeit dezidiert dem Konsumenten zugesagt hat, die Frage der doppelten Preisauszeichnung. Meine Damen und Herren! Ich stehe hier sicher in einem sachlichen Widerspruch und einem Gegensatz zum Herrn Klubobmann Koczur, der gestern im Kapitel 0 in der Budgetdebatte gemeint hat, ich zitiere ihn: „Wir betrachten jedoch die vorgesehene Regelung über die auch in Einzelpositionen verpflichtende doppelte Währungsangabe vom 1. Oktober 2001 bis 30. Juni 2002 für die wirtschaftlichen Einrichtungen als überschießende und hohe Verwaltungskosten verursachende Regelung, da städtische Tarife ohnedies im Zuge der Beschlußfassung durch den Gemeinderat der Kontrolle durch die Öffentlichkeit unterliegen.“ Ich habe da zunächst

ein Gegenargument. Und dieses Gegenargument lautet, ich erinnere an den Stabilitätspakt von 1994, wo gerade bestimmte öffentliche Einrichtungen, ich denke besonders zurück an die Gemeinde Wien, die ersten waren, die diesen Stabilitätspakt, der da gelautet hat, geringe Lohnerhöhungen - stabile Preise, massiv gebrochen haben. Ja geradezu mit zweistelligen prozentuellen Erhöhungen gebrochen haben. Das ist aber nur ein Faktor. Der wichtigste, glaube ich, ist der, warum ich dieses Ansinnen des Herrn Klubobmannes Koczur zurückweisen muß: Weil es hier auch um die Frage der Vorbildwirkung zu gehen hat. Denn wenn wir im Rahmen dieser Verordnung, die nunmehr zur Diskussion vorliegt, zur Kritik ansetzen, weil diese Verordnung über die doppelte Preisauszeichnung unserer Meinung nach viel zu viele Ausnahmen erlaubt, weil sie vor allem in der Frage der Kontrolle, der begleitenden Kontrolle zu wenig deutlich ausgelegt ist, so können wir das nicht von der Wirtschaft verlangen, wenn die öffentliche Hand nicht selbst bereit ist, mit gutem Beispiel voranzugehen. Ich denke, diese Frage der doppelten Preisauszeichnung muß umfassend, klar und verbindlich sein. Und für alle Bereiche klar und verbindlich sein. Denn wir wollen nicht, daß die Menschen in Österreich bei der Einführung des EURO, der sicher ein ganz großer Sprung nach vorne ist, hier verunsichert werden. Und ich erinnere nur an ein Beispiel: Bei der Umstellung des Britischen Pfund auf das Dezimalsystem gab es überhaupt keine begleitenden Kontrollmaßnahmen. Und es kam hier in der Tat zu inflationären Entwicklungen und auch natürlich zu einer ganz großen Verunsicherung der Bevölkerung. Das wollen wir vorweg vermeiden.

Wenn ich ein weiteres Problem anschneiden darf, das uns als Arbeitnehmer in Zukunft besonders tangiert, so ist das die Diskussion und das multilaterale Investitionsschutzabkommen, das MAI-Abkommen. Ich glaube, wir sollten hier ganz klar bekennen, vor dem Hintergrund der ständig wachsenden Bedeutung von Direktinvestitionsströmen werden gegenwärtig diese Gespräche und Verhandlungen über die Schaffung eines rechtlichen Rahmenwerkes zum Schutz und zur Förderung grenzüberschreitender Investitionen geführt. Ich bekenne mich auch dem Grundsatz nach zu dieser Frage, daß dieses Problem zu lösen wäre. Dennoch kann es nicht so gehen, wie bisher die Diskussion verläuft. Was ich hier vor allem verlange, ist mehr Publizität der Verhandlungen durch eine gezielte Information der Öffentlichkeit. Dieses MAI-Abkommen wird derart gestaltend eingreifen in die Zukunft, daß wir diese Frage auf keinen Fall übersehen dürfen.

Vor allem ist gleichzeitig mit diesen MAI-Verhandlungen die dringende Notwendigkeit einer internationalen sozialen und Umweltcharta aufzuzeigen. Es kann nicht sein, daß einerseits nur die Investitionsflüsse entsprechend zukünftig geschützt werden und im Sozial- und Umweltbereich hier keine adäquaten Maßnahmen durchgeführt werden. Ich glaube, das eine hängt mit dem anderen untrennbar miteinander verbunden zusammen. Die einseitige Ausrichtung der Bestrebung zur Regulierung globaler Wirtschaftstätigkeit eben nur an den Interessen des Kapitals ist abzulehnen. Hier müssen beide Seiten berücksichtigt werden. Vor allem auch deshalb, weil damit sicherlich auch die Frage einer Aufweichung arbeitsrechtlicher und sozialrechtlicher Standards in Österreich zumindest in Ansätzen verbunden ist. Und wenn hier Souveränitätsrechte zukünftig aufgegeben werden sollen, so können wir dem nicht zustimmen, wenn hier nicht gleichzeitig auch in anderen Bereichen, eben beispielsweise im Sozialbereich, Absicherungsmaßnahmen zustande kommen.

Ich möchte auch ganz klar sagen, daß natürlich auch die Frage der Sozialversicherungsbeiträge, die in diesen Geltungsbereich des MAI offensichtlich hineinfallen sollen, anzusprechen ist. Denn gerade der Sozialversicherungsbereich hat in Österreich eine ganz große wirtschaftliche Bedeutung, ich brauche Ihnen das nicht näher zu erläutern. Dies zur Frage dieses multilateralen Investitionsschutzabkommens, dem wir grundsätzlich positiv gegenüberstehen, wenn es begleitende Maßnahmen natürlich im Sozial- und Umweltbereich gibt.

Und damit, meine Damen und Herren, erlaube ich mir heute, Sie noch mit einem vierten zentralen Bereich zu beschäftigen, der Arbeitnehmer ganz besonders berührt. Es geht ja nicht nur um die Frage der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, sondern natürlich auch um die Qualität und das Einkommen in diesen Arbeitsplätzen. Eine Studie des WIFO liegt vor, aus der wir sehen, daß ein ganz großer Unterschied zwischen der jährlichen Steigerung der Bruttobezüge und jener der Nettolöhne besteht. Ist es auch in den letzten vier Jahren gelungen, 1994 bis 1997, 3,3 Prozent, 3 Prozent, 1,9 Prozent, und 1997 mit einem Plus von 1,3 Prozent nominell höhere Löhne zu erzielen, schaut das real völlig anders aus in Österreich. Zuletzt gab es nämlich einen realen Zuwachs, einen Nettozuwachs von 0,4 Prozent im Jahre 1994! Und dann ist es bergab gegangen. 1995 0,5 Prozent minus, 1996 1 Prozent minus, 1997 1,7 Prozent minus. Meine Damen und Herren! Diese Frage ist natürlich eng

verbunden mit unserer Forderung nach mehr Steuergerechtigkeit. Denn wenn wir sehen müssen, daß die realen Löhne, die Nettolöhne in den letzten Jahren sogar gesunken sind und gleichzeitig das Aufkommen über die Lohnsteuer dramatisch explodiert ist, dann können wir mit Finanzminister Edlinger mit seinen Botschaften aus Cardiff usw., das weiter zu verschieben, ganz einfach nicht weiter mitgehen. Die Lohnsteuer ist von 1994 von 134 Milliarden schrittweise gestiegen. Die Prognose für heuer lautet 187 Milliarden, und für das Jahr 2000 213 Milliarden. Also in sechs Jahren von 134 auf 213 Milliarden, bei sinkenden Reallöhnen. Man muß sich das vorstellen! Das ist die kalte Progressionswirkung. Man kann das wirklich ohne plakativ zu reden zusammenfassen, das Einkommen stagniert und die Lohnsteuer explodiert. Und daher haben wir von der Österreichischen Volkspartei auch entsprechende Vorschläge eingebracht.

Der erste Vorschlag betraf den Bereich der Familienpolitik, wo wir, glaube ich, wirklich viel zustande bringen konnten im Rahmen der Familienförderung. Und der zweite Bereich kann ja nur sein, daß ab dem Jahr 2000 in den Tarifen wirklich mehr Steuergerechtigkeit wieder entsprechend verankert wird. Und daß natürlich auch bei den untersten Einkommensbereichen durch einen allgemeinen Absetzbetrag und eine Einschleifregelung eine adäquate Entlastung gewährt wird. Ich muß in diesem Zusammenhang den Finanzminister noch einmal zitieren, weil er hier mehrfach schon mit einem Vorschlag aufgewartet hat, den gerade wir Niederösterreicher uns auf keinen Fall bieten lassen können. Nämlich als Äquivalent für die Lohnsteuerreform den Gemeinden eine Verdreifachung der Grundsteuer zu ermöglichen. Das kann ich nur kategorisch ablehnen. Schon deshalb, weil das eigentlich ein zentraler Angriff auf die breite Schicht der Arbeitnehmer in unserem Land ist, die ja großteils sich ein Eigenheim geschaffen hat und die hier durch die Schaffung des Eigenheimes auf keinen Fall bestraft werden kann. Bestraft werden kann in der Form, daß man ganz einfach sich die Lohnsteuerreform über eine erhöhte Grundsteuer, über die Eigenheime und die Miete - Mietwohnungen sind ja natürlich genauso betroffen - holt. Da können wir auf keinen Fall zuschauen! Das ist, glaube ich, eine zentrale Frage, der wir uns zu stellen haben.

Ganz im Gegenteil! Wenn heute die Rede ist, daß wir auch Arbeitsplätze schaffen sollen durch Umgestaltung unseres Steuersystems, sprich durch eine Entsteuerung der Arbeit, dann geht es nicht um die vordergründige Frage der ewigen Diskussion um die sogenannten Lohnnebenkosten. Wir wissen ja, daß zum Glück durch viele Maßnahmen in den Betrieben, wo wir wirklich dankbar sein können, daß hier so viel an Aktionen in den letzten Jahren geschehen ist, die Lohnstückkosten sogar zurückgegangen sind. Und die Lohnstückkosten sind es ja, die jener Bemessungsfaktor sind, der die Konkurrenzfähigkeit Österreichs, der österreichischen Wirtschaft mit der ausländischen Wirtschaft, mit den ausländischen Handelspartnern entsprechend definiert. Und nicht die Lohnnebenkosten! Da war es so, daß im letzten Jahrzehnt wir in Österreich dank der Innovation in unseren Betrieben sogar ein Minus von 0,3 Prozent bei den Lohnstückkosten zu verzeichnen hatten. Das trotz der zwar geringen, aber doch ständigen Lohnsteigerungen. Und daß im Durchschnitt der Handelspartner diese Lohnstückkosten um 0,5 Prozent angestiegen sind, wir also sogar im letzten Dezennium eine Verbesserung unserer Situation um 0,8 Prozentpunkte erreichen konnten. Die Tatsachen stellen sich also völlig anders dar, als die öffentliche mediale Information darüber ständig weismachen will.

Meine Damen und Herren! Ich wollte hier vier Punkte ansprechen, zwei aus der Sicht des Konsumenten, zwei direkt aus der Sicht der Arbeitnehmer, die uns momentan ganz besonders berühren und wo ganz besonders der Schuh drückt. Ich möchte abschließend aber doch eines sagen: Wir sollten uns nicht nur von Problemen beschäftigen lassen und mit Problemen beschäftigen, sondern sollten uns auch freuen über Erfolge, die uns in unserem Bundesland gelungen sind. Und die Frau Abgeordnete Hinterholzer hat ja, ich brauche hier nicht verlängernd zu wirken, heute schon eine Reihe von Maßnahmen, die im Land Niederösterreich, nicht zuletzt durch diese Wirtschaftspolitik, durch die Wirtschaftsförderung unter Landesrat Gabmann zustande gekommen sind, nicht zuletzt durch die Investitionen, die wir in allen Bereichen des Landes getätigt haben, aufgezeigt, daß wir im Land Niederösterreich, sowohl was die Zahl der Arbeitsplätze betrifft, wie auch die Qualität der Arbeitsplätze, eindeutig im Reigen der neun Bundesländer die Liste anführen. Ich glaube, darauf sollten wir stolz sein und auch in Zukunft in diesem Sinne weiterarbeiten. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Keusch.

Abg. KEUSCH *(SPÖ)*: Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es ist mehrfach schon darauf verwiesen worden, daß sich der Silberstreif am Konjunkturhimmel tatsächlich zeigt. Wenn auch allerdings die Konjunktur überwiegend noch vom Export getragen wird und sozusagen sich „nur“ neben den Exportmärkten Übersee und Ostländer in Europa sich insbesondere auch die deutsche Exportwirtschaft für österreichische Zulieferer als wachsender Markt erwiesen hat. Die Nachfrage, und das ist auch entscheidend bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation, die Nachfrage nach heimischen Gütern und Leistungen blieb nicht zuletzt wegen der Budgetkonsolidierungsmaßnahmen eher mäßig. Und auch am Arbeitsmarkt haben sich die Wünsche nach einer generellen Entspannung nicht erfüllt. Wiewohl, so meint das WIFO, es in Niederösterreich doch zu einer Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften gekommen ist. Ganz wesentlich erscheint mir aber, wie das WIFO festhält, daß das Wirtschaftswachstum jenes Niveau erreicht hat, das Investieren wieder interessant macht. Das zum einen.

Und zum zweiten: Für die Entwicklung der regionalen Wirtschaft war das Ausmaß, also der Grad der Integration in die europäische Zuliefervernetzung, von besonderer Bedeutung. Und Niederösterreich konnte sich in dieser Marktkonstellation relativ gut behaupten. Und genau da meine ich, hat die NÖ Wirtschaftspolitik anzusetzen. Nämlich unter Ausschöpfung des gesamten Förderungsinstrumentariums die NÖ Wirtschaft, dort, wo es noch notwendig ist, diese exportfähig zu machen, exportfit zu machen. Denn die Konjunktur ist ja derzeit überwiegend vom Export getragen. Und daher ist die Exportfähigkeit ganz, ganz wichtig. Und andererseits ist es wichtig, die Wettbewerbsfähigkeit für den nun größeren EU-Binnenmarkt zu verbessern.

Und schließlich heißt aus meiner Sicht Wirtschaftspolitik in Niederösterreich auch noch Standortpolitik. Nämlich Niederösterreich als Wirtschaftsstandort auch international für Betriebsansiedelungen attraktiv zu halten. Und ich konzediere gerne, Herr Landesrat, daß wir in Niederösterreich das Rad in der Wirtschaftspolitik nicht neu erfinden müssen. Daß wir mit dem Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds, mit Beteiligungsmodell, mit ECO-PLUS, mit der Regionalförderung seit Jahren über geeignete Instrumente verfügen, die diesen wirtschaftspolitischen Erfordernissen in hohem Maße gerecht werden.

Ich möchte nur einige Fakten zur Beweisführung anführen. Daß zum Beispiel der Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds mit einem verfügbaren Stammvermögen von rund 800 Millionen Schilling ausreichend dotiert ist und dadurch auch voll handlungsfähig ist. Und daß sich die ECO-PLUS seit mehr als 25 Jahren um die Ansiedelung innovativer und wertschöpfungsintensiver Unternehmungen bemüht und das auch sehr erfolgreich getan hat. Und ich möchte Ihnen jetzt ersparen, welche Aktivitäten die ECO-PLUS eigentlich entwickelt. Ich möchte mich nur beschränken darauf, festzustellen, daß die ECO-PLUS sieben Wirtschafts- oder Industrieparks betreibt. *(Unruhe bei LR Gabmann.)* Herr Landesrat, dieser muß erst etwas werden. Aber ich bin bereit, ihn als achten in die Statistik aufzunehmen. Aber erst dann, bitte, wenn man nicht nur Handelsbetriebe ansiedelt, die Kaufkraft absorbieren. Sondern wenn dort Betriebe angesiedelt werden, die auch Wertschöpfung erzeugen. Denn um die geht es ja letztlich, um die Wertschöpfung, auch, wie ich glaube, was die Wirtschaftspolitik betrifft.

Ich wollte mich eigentlich positiv zur ECO-PLUS stellen und meinen, daß da wirklich etwas auf die Beine gestellt wurde. Daß die ECO-PLUS in diesen mehr als zehn Jahren seit 1987 623 Betriebe angesiedelt hat und über 15.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Und das ist durchaus auch ein Erfolg, der sich sehen lassen kann. Und auch die Bilanz der Regionalförderung ist eine positive. Es wurden über 661 Projekte beschlossen und mit 3,8 Milliarden Schilling ein Investitionsvolumen von 12,5 Milliarden Schilling bewirkt. Das sind alles wirtschaftspolitische Impulse, die von der Wirtschaftsförderung in Niederösterreich, die vom NÖ Landesbudget ausgehen.

Ich möchte die Projekte nicht im Detail erwähnen, das würde zu weit führen. Ich meine aber, daß man von all diesen Maßnahmen natürlich keine Wunder erwarten darf, daß aber wertvolles Entwicklungspotential mobilisiert wird. Betonen möchte ich aber die Gründung der RIZ-Holding, die mir als wirklich großer Wurf der NÖ Wirtschaftspolitik erscheint, womit man dem Ruf der Regionen nach mehr Innovation, nach mehr *know how*, nach verstärktem Technologietransfer am Beispiel RIZ Wiener Neustadt entsprochen hat und meiner Meinung nach einen weiteren Grundstein zur Attraktivierung Niederösterreichs als

Wirtschaftsstandort gelegt hat. Und ich begrüße, daß im Voranschlag für die Gründung des RIZ 11 Millionen budgetiert wurden und daß erstmals 15 Millionen für Technologieförderung vorgesehen sind. Ich sage dann aber auch zum Schluß warum, aber das möchte ich mir für den Abschluß aufheben.

Herr Landesrat! Beim Tourismus kann ich leider nicht so positiv Stellung beziehen. Ich würde ihn so kommentieren: Zwei Seelen wohnen ach in meiner Brust. Ich spreche jetzt vom Kommentar des Landesrates, oder wie ich mir den Kommentar des Landesrates vorstellen würde. Zwei Seelen wohnen, ach, in seiner Brust. Denn wenn man einerseits weiß, wie sich die Mitarbeiter der Tourismusabteilung wirklich bemühen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, alle bisherigen Strategien in Frage zu stellen, völlig neue Wege zu gehen bereit sind, um das Steuer herumzureißen, und es will und will einfach nicht gelingen. Ich rede davon, aus dieser Krise herauszukommen, in der sich der Tourismus schon seit Jahren befindet. Die Nächtigungszahlen gehen immer zurück. *(LR Gabmann: Aber gerade da haben wir so schöne Zahlen!)*
In einem Monat. - Ich komme dazu, Herr Landesrat.

Ich möchte jetzt auch den Beweis führen, was alles geschehen ist mit neuem Fördersystem, mit Verstärkung der Beratungskontakte, mit einer grundlegenden Reorganisation der Tourismusorganisation, das heißt, einer Zentralisierung in dem Bereich der Tourismusregionen, möglicherweise eine neue Gesellschaftsform, Leitbild 2001-Überarbeitung und und und. Also da wird wirklich etwas auf die Beine zu stellen versucht. Und daher möchte ich auch den Mitarbeitern im Tourismusbereich von dieser Stelle aus wirklich Lob zollen. Das sind wirklich engagierte Mitarbeiter, die sich wirklich redlich bemühen, in dem Wirtschaftsbereich etwas zuwege zu bringen.

(Zweite Präsidentin Onodi übernimmt den Vorsitz.)

Weniger erbaulich ist natürlich, ich habe schon darauf verwiesen, daß der Tourismus in Niederösterreich einfach aus dieser Krise nicht herausfindet und weiterhin Sorgenkind sein wird. Denn mit diesen knapp über 5,4 Millionen Nächtigungen im Jahr 1997 liegt das Ergebnis um 3,1 Prozent hinter jenem des Vorjahres. Das heißt, die Spirale zeigt weiter nach unten, bewegt sich nach unten. Im Jahr 1996 sind wenigstens die Ankünfte um 3,3 Prozent gestiegen. 1997 sind auch die Ankünfte rückläufig. Und der einzige Lichtblick im Jahre 1997 waren das Wein- und das Waldviertel.

Interessant ist vielleicht, daß die Fünf- und Viersternbetriebe, das heißt, der Qualitätstourismus gepunktet hat und daß die anderen, die Dreisternbetriebe, Privatzimmervermieter und Bauernhöfe eigentlich massive Rückgänge zu verzeichnen hatten bzw. hinnehmen mußten. Und jetzt habe ich mir selbst das Stichwort Privatzimmervermieter geliefert. In dem Zusammenhang möchte ich einen Antrag einbringen zur Überarbeitung des NÖ Privatzimmervermietungsgesetzes. Und da darf ich eine etwas groteske Situation darstellen. Da heißt es im Gesetz unter § 4: Die Privatzimmervermietung darf nur durch Anbringung eines einfachen Hinweises am Wohnhaus oder auf der Liegenschaft des Vermieters öffentlich angekündigt werden. Da gibt es in unserem Bezirk einen Fall, so nach dem Motto, es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Der hat, weil er halt am Sonntagberg in schöner Natur und ruhiger Lage seine Privatzimmervermietung hat, die Hinweistafeln im Zentrum der Gemeinde angebracht. Mit Erlaubnis und Wissen der Gemeinde. Und jetzt hat er halt, weil ihn dieser böse Nachbar angezeigt hat, ein Verwaltungsverfahren zu gewärtigen. Keiner versteht das. Alle die, die damit befaßt sind, verstehen die Welt nicht mehr. Weil es einfach nicht im Sinne des Erfinders sein kann, daß jemand, der etwas vermieten möchte, nicht dort, wo die Leute vorbeifahren, seine Tafeln anbringen kann, daß in diese Richtung sein Vermietungsbetrieb zu finden ist. Das kann es nicht sein! Und daher meinen wir, daß das Gesetz überarbeitet gehört.

Und dann gibt es noch eine weitere Passage, die mir wirklich vorsintflutlich erscheint. Im § 3 heißt es: „Der Vermieter in Einschichtlage darf an die beherbergten Fremden andere Speisen oder Getränke unter folgenden Voraussetzungen entgeltlich verabreichen. Es darf keine Auswahl an Speisen bestehen.“ Das muß man sich einmal vorstellen! Es darf keine Auswahl an Speisen bestehen. „Die Mahlzeiten müssen zu im voraus bestimmten Zeiten verabreicht werden.“ Und den Rest erspare ich Ihnen, mit alkoholischen Getränken usw. Ich darf also in dem Zusammenhang einen Resolutionsantrag einbringen *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Keusch und Breininger zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betref-

fend Überarbeitung des NÖ Privatzimmervermietungsgesetzes.

Das Land Niederösterreich setzt laufend unter Einsatz beträchtlicher öffentlicher Mittel große Anstrengungen, um die Tourismuswirtschaft in unserem Bundesland zu beleben. Insbesondere werden immer wieder Werbeaktionen für Urlaub am Bauernhof oder sonstige Aktionen, die auch der Steigerung von Nächtigungen in Privatzimmern dienen sollen, durchgeführt. Vielfach stellt die Privatzimmervermietung gerade in wirtschaftlich benachteiligten Randgebieten oft ein notwendiges wirtschaftliches Standbein dar.

Gleichzeitig schafft das NÖ Privatzimmervermietungsgesetz, das seit dem Jahr 1974 unverändert in Geltung steht, auf Grund unzeitgemäßer Regelungen immer häufiger ein Hemmnis dar, das eine moderne Tourismuswirtschaft nachteilig beeinflußt. So dürfen beispielsweise Hinweistafeln auf Privatzimmervermietung nur am Wohnhaus des Vermieters oder auf dessen Liegenschaft angebracht werden, was naturgemäß bei entlegeneren Objekten zu unnötigen Problemen führt. Auch die Regelungen über die Verabreichung von Speisen und Getränken scheinen dringend überarbeitungsbedürftig.

Anstelle von unzeitgemäßen Regelungen, die einen unnötigen bürokratischen Aufwand erfordern und die praktische Durchführung der Privatzimmervermietung nachhaltig erschweren, sollten Regelungen treten, die ein qualitätvolles und den Ansprüchen der Gäste gerecht werdendes Privatzimmerangebot gewährleisten.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere der für Tourismus zuständige Landesrat Ernest Gabmann, wird aufgefordert, eine Überarbeitung des NÖ Privatzimmervermietungsgesetzes im Sinne der Antragsbegründung zu veranlassen und dem Landtag ehestmöglich eine entsprechende Regierungsvorlage zu übermitteln."

Ich darf die Damen und Herren bitten, und ich hoffe, daß es daran ja keinen Zweifel gibt, weil die andere Fraktion nicht mehr anwesend ist, diesen Antrag zu unterstützen.

Meine Damen und Herren! Ich will auch gerne gelten lassen, nachdem wir in Niederösterreich ein typisches Ausflugs- und Kurzurlaubsland sind, daß Nächtigungsstatistiken nicht überzubewerten sind. Ich meine aber auch, daß man Nächtigungsstatistiken nicht so verniedlichen darf, wie das im Tourismusbericht getan wird. Wo man so tut, als wäre die Talsohle durchschritten und man darf auf einen neuen Aufwärtstrend hoffen. Ich gebe schon zu, daß es die einen oder anderen positiven Monatsergebnisse gibt. Im Tourismusbericht begründet man diesen Positivtrend mit den Monatsergebnissen September - Dezember 1997. Ich darf nur daran erinnern, daß ein unvorhersehbares Ereignis, ein verregneter Sommer oder andere Katastrophen, diese Hoffnung mit einem Schlag zunichte machen kann.

Ich möchte aber noch zu einem Bereich kommen, und zwar ist das der Fremdenverkehrsförderungsfonds, Herr Landesrat, wo ich erstens einmal zu kritisieren habe, daß der Landesbeitrag nie in der vollen Höhe einbezahlt wird. Schon 1996 und 1997 nicht. Ich weiß, jetzt wirst Du mir sagen, hier muß man die EU-Mittel dazurechnen, die Kofinanzierungsmittel. Selbst dann sind es im Jahre 1997, wenn ich die fast 14 Millionen Eigenmittel dazurechne, siehe Bericht des Wirtschaftsprüfers, immer erst 122 Millionen und keine 125,145 Millionen. Jetzt wollen wir um die drei Millionen nicht streiten, es geht um ganz etwas anderes. Und zwar geht es darum, daß nämlich das frei verfügbare Stammvermögen, Herr Landesrat, eben auf Grund dieser Praxis der Zuweisung der Landesbeiträge an den Fonds, das verfügbare Stammvermögen des Fonds auf bedenklich geringe 74,4 Millionen abgesunken ist. Und ich darf Dich daran erinnern, daß der Fonds schon einmal am Rande der Insolvenz war. Und darf bitten, daß man mit Höherdotierungen dieses Problem aus der Welt schafft. Die zweite Variante, das ist aber die kostspieligere, und das könnten wir uns, meine ich, ersparen, wäre, daß der Fonds Darlehen aufnimmt, wie wir das schon einmal tun mußten.

Meine Damen und Herren! Und damit komme ich zu dem, warum wir Sozialdemokraten uns eigentlich zu diesem Budget bekennen, es mittragen, es mitbeschlossen haben. Weil wir meinen, daß es wirklich eine gute Grundlage ist. Der Herr Kollege Dipl.Ing. Toms hat davon schon gesprochen. Nämlich wirklich eine gute Grundlage und Chance ist, zur Wahrung der Lebensqualität in Niederösterreich. Und was wir unter Lebensqualität verstehen, brauche ich in dem Kreis nicht zu verdeutlichen, heißt Verbesserung der Einkommen, heißt Erhaltung des sozialen Klimas, heißt mehr Beschäftigung, heißt bessere Arbeitsmarktverhältnisse und und und. Aus dem Grund werden wir Sozialdemokraten diesem Kapitel 7 im Budget selbstverständlich zustimmen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und LR Gabmann.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort ist die Frau Abgeordnete Roth gemeldet.

Abg. ROTH *(ÖVP)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen des Landtages!

Ich darf zum Einstieg sagen und mich in meiner Funktion als Mitarbeiterin des Fremdenverkehrsförderungsfonds vorstellen und sagen, daß es mir eine Ehre und Freude ist. Ich arbeite seit 30 Jahren im größten touristischen Unternehmen und es ist mir wirklich eine Freude, meine im Beruf erworbenen Kenntnisse hier in dieser Arbeit einzubringen. Und so möchte ich dem Kollegen Keusch antworten. Wenn er Probleme hat damit, daß die Nächtigungszahlen und die Ankünfte, An- und Abreisen zurückgegangen sind, ich sehe das etwas anders aus meiner betrieblichen Praxis. Denn ich sehe das so, daß für einen Betrieb wesentlich ist, was als GUP überbleibt. Und für das Land wichtig ist, was als Wertschöpfung überbleibt. Es sagt ja nicht, um welchen Preis der Gast hier gewesen ist. Also ich möchte sagen, diese Zahl ist noch lange keine Zahl, die eine absolute Aussage hat. *(Abg. Keusch: Ich habe auch relativiert, indem ich gesagt habe, daß die Nächtigungszahlen lediglich ein Meßinstrument sind!)* Ich wollte das nur einbringen. Es ist ein Meßinstrument. Aber ich wollte nur einbringen, daß das nicht eine absolute Aussagezahl und -kraft hat.

Ich möchte zu Beginn die langfristige Strategie und den Leitgedanken der NÖ Tourismuspolitik vorstellen. Grundlage für den Fremdenverkehrsförderungsfonds und damit auch Basis der Förderstrategie für das touristische Leitbild Niederösterreich 2001, welches 1994 unter Landesrat Ernest Gabmann entwickelt wurde, ist die Überarbeitung des touristischen Leitbildes. Damit werden wir nicht nur den Marktveränderungen gerecht, sondern dies entspricht auch einer Resolution des Landtages, der die Adaptierung dieser tourismuspolitischen Entscheidungsgrundlage forderte. Ein Leitgedanke für die Tourismuspolitik erscheint jedoch unbestritten. Und zwar der des optimalen Wertschöpfungswachstumes. Davon sind folgende Grundsätze abzuleiten. Um die Wettbewerbsfähigkeit Niederösterreichs zu erhöhen, muß die Verbesserung der Qualität der touristischen Dienst- und Sachleistung im Vordergrund stehen. Schulungs- und Qualitätssicherungsmaßnahmen, wie sie im Rahmen des Programmes Incentive 2001 vorgenommen werden, tragen dieser Forderung Rechnung. Unternehmerischer Mut ist einer der wichtigsten Faktoren zur touristischen Neugestaltung und wird vom Land bewußt mitgetragen. Durch Angebotsverbesserug und -erweiterung soll der Stellenwert der Tourismus- und Freizeitwirtschaft im NÖ Wirtschaftsgefüge erhöht werden.

Um die saisonal ungünstige Verteilung des NÖ Tourismus zu verbessern, sind Saisonverlängerungen im Frühjahr und Herbst bzw. ganzjährig nutzbare Angebote zu forcieren. Die Schwerpunkte der Niederösterreich Werbung „Weinherbst“ und „Landfrühling“ sind gute Beispiele für gelungene Umsetzung. Eine bewußte regionale Angebotsdifferenzierung soll eine Weiterentwicklung der Tourismusregionen zu Destinationen in der Sicht der Gäste bewirken.

Aus diesen Grundsätzen orientiert sich auch die Förderpolitik des NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds. Die neuen Förderrichtlinien NÖ FIT 2001 top wurden von der Europäischen Kommission notifiziert, von der NÖ Landesregierung beschlossen und traten mit Wirkung 1.1.1997 in Kraft. Um sich den neuen Trends im Tourismus anzupassen, aber auch in Hinblick auf geltende Wettbewerbsregeln der Europäischen Union wurden die bestehenden Förderrichtlinien einer Generalreform unterzogen. Folgende Zielsetzungen wurden verfolgt:

1. Eine projektorientierte Förderungsstrategie versucht, das gesamte, regionale und lokale Umfeld zu integrieren, wobei im Vordergrund die Vernetzung zu einem Gesamtangebot steht.
2. Durch die Unterscheidung zwischen Basis- und Qualitätsförderung werden klare Anreize zur Angebotsspezialisierung und Zielgruppenausrichtung gegeben.
3. Als eines der ersten Bundsländer vergibt Niederösterreich Förderungen für Kooperationen, Angebotsentwicklungen und Marketing.
4. Durch eine Verminderung der Zahl der Richtlinien wurde die Förderlandschaft übersichtlicher und außerdem ein Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung geleistet.

NÖ FIT 2001 ist die Dachmarke, unter der alle Förderungen des Landes Niederösterreich für den Tourismus zusammengefaßt sind. Dabei steht 2001 symbolisch für das touristische Leitbild 2001. Die Schwerpunktaktion Incentive 2001 soll weiterentwickelt werden. Incentive 2001 richtet sich an alle Beherbergungsbetriebe in Niederösterreich. Nachdem mit der „Wirtshausaktion“ der Gastronomiebereich und mit der Aktion „Qualifizierung und Vermarktung im ländlichen Tourismus“ der Privatzimmerbereich unterstützt wurde, gelangt es nunmehr auch dem gewerblichen Beherbergungsbereich durch Unterstützung der betrieblichen Kooperation Qualitätssicherung und betriebliche Weiterentwicklung zu fördern. Hilfe zur Selbsthilfe wird im Rahmen von Erfahrungs-

austauschgruppen, die sich zu Spezialthemen organisiert haben, ermöglicht. Rund 210 Tourismusbetriebe und 30 Campingplatzbetreiber nahmen Ende des Jahres 1997 an Aktionen teil und spezialisierten sich zu 33 Arbeitsgruppen wie Bus, Camping, Familie, Golf, Jugend, Küche und Keller, Kultur, Kur, Rad, Seminare, Senioren, Wandern und Wellness.

Neu geschaffen wurde Ende 1997 das Qualitätsgütesiegel Incentive 2001 für Mitglieder, um dem Gast zu garantieren, bei einem qualifizierten und engagierten Unternehmen bestens aufgehoben zu sein. Es folgen nun weitere Aktionen, die geplant sind. Dazu gehört der Erwerb der Personenschiffahrtsanlegestellen an der Donau. Seit fast zwei Jahren bemüht sich das Land, die im Besitz der DDSG befindlichen Anlegestellen an der Donau in Niederösterreich zu erwerben, um diese als öffentliche Infrastruktur offiziell und offensiv anzubieten. Die Verhandlungen haben sich auf Grund der unterschiedlichen Preisvorstellungen des Bundes und der Ländervertreter von Niederösterreich, Oberösterreich und Wien in die Länge gezogen, werden aber hoffentlich in Kürze abgeschlossen sein.

Ein ganz wichtiger Bereich ist die Reorganisation und Begutachtung der regionalen Tourismusorganisationen. Im Sinne der Sicherstellung des Leitbildes wurde begonnen, die regionalen Tourismusorganisationen auf ihre Effizienz hin zu überprüfen, um den Anforderungen des Marktes gerecht zu werden. Ziel ist, ein neues Strukturierungsmodell für die touristischen Regionalorganisationen in Niederösterreich. Dieser notwendige Reorganisationsprozeß muß mit Augenmaß und Fingerspitzengefühl durchgeführt werden, ist jedoch erforderlich, um die Professionalität zu steigern und erfolgreich am Markt zu agieren. Es ist mir bewußt, daß das ein sehr heikles Thema ist, weil natürlich bisher in diesen Organisationen auch sehr viel Ehrenamtliche tätig waren. Aber gerade im Zeichen der Marktwirtschaft ist es wichtig, professionell tätig zu sein. Wenn das nicht der Fall ist, ist man sehr schnell weg vom Fenster. Aber ich bin überzeugt, daß das unsere bewährten Mitarbeiter der Fachabteilung mit dem erforderlichen Augenmaß tun werden.

Ein nächster erforderlicher Schritt für eine Modernisierung der Tourismusorganisationen ist zwangsläufig die Einführung eines Buchungssystems. Ohne dem kann man heute nicht effizient am Markt arbeiten. Und so wurde das Informations- und Buchungssystem TIScover für Niederösterreich eingeführt. Im Februar 1998 wurde nach einem Systemvergleich das in Tirol entwickelte TIScover-System für Niederösterreich eingeführt und der notwendige flächendeckende Betrieb in Niederösterreich über eine eigene Betriebsgesellschaft eingeleitet. Umfangreiche Schulungsangebote und ein auf drei Jahre ausgerichtetes Fördersystem stellen wesentliche Rahmenbedingungen dar.

Zuletzt der erfolgreich durchgeführte Ausgliederungsprozeß der Niederösterreich Werbung. Diese wurde mit 1. Jänner 1995 aus der Landesverwaltung ausgegliedert und hat sich zu einem Musterbeispiel für Marktnähe, Angebotsentwicklung und Innovation bei - und das ist auch ein wesentlicher Punkt - bei gleichbleibendem Mitteleinsatz des Landes entwickelt. Zentrale Projekte sind beispielsweise „Weinherbst“, Schönes Wochenende“, „Welcome-Ticket“, „Winterwelt“ oder „Landfrühling“. Werbemaßnahmen mit den Betrieben, Verbänden und Regionen wurden konzentriert, Sponsoren und Kooperationspartner wurden akquiriert. Damit konnte ein Vielfaches der eigenen Werbekraft erzielt werden. Ich möchte dort anschließen, was Kollege Keusch auch gesagt hat, der die Qualität der Fachabteilung gelobt hat. Und ich habe auch in meiner kurzen Zeit den Eindruck gewonnen, daß der Herr Abteilungsleiter Hofrat Gamauf und sein Stellvertreter, Herr Madl, hervorragende Arbeit leisten. Herr Gamauf mit seiner jahrelangen Erfahrung und Herr Madl, der ein sehr junger, engagierter Mitarbeiter ist. Und ich möchte ihnen beiden von dieser Stelle aus sehr für ihre qualifizierte Arbeit danken. Gemeinsam mit den Angebotsträgern und den Tourismusorganisationen soll der erfolgreiche Weg 1999 offensiv fortgesetzt werden. Und ich bin guten Mutes, daß das gelingen wird. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Motz.

Abg. Mag. MOTZ *(SPÖ)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Wenn wir in diesem Haus heute über wirtschaftliche Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Budget debattieren, geschieht das wenige Tage vor Übernahme der Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union durch Österreich. Und aus diesem Anlaß betrachte ich es als wichtig, in aller Kürze, und angesichts der vorgerückten Stunde wirklich in aller Kürze, auf einen der inhaltlichen Schwerpunkte der österreichischen Präsidentschaft, nämlich die Erweiterungsvorhaben der Union, aus wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Sicht einzugehen.

Ein kleiner Rückblick: Am 30. März dieses Jahres haben die Außenminister der EU-Mitgliedstaaten und der 11 Beitrittskandidaten formell die Erweiterungsrunde eingeleitet. Am Tag darauf eröffnete die Europäische Union im Rahmen von bilateralen Regierungskonferenzen formell die Beitrittsverhandlungen mit Zypern, Polen, Ungarn, Tschechien, Estland und Slowenien.

Es ist keine Frage, daß die Erweiterung der Union die Beitrittskandidaten, aber auch die Union selbst vor große Herausforderungen stellt. Trotz des gewaltigen Umfanges der zu lösenden Probleme ist die Erweiterung der Union, die Einbindung der MOEL-Länder in die Strukturen der EU die beste und wirksamste Möglichkeit, stabile und gerechte Verhältnisse in Europa zu schaffen, zu sichern und eine demokratische Entwicklung zu gewährleisten. Über die wirtschafts- und handelspolitische Integration hinaus bedarf es aber zugleich eines gleitenden Zusammenwachsens, wobei die Vielfalt und die Unterschiedlichkeit der Wirtschafts- und Sozialstrukturen aus heutiger Sicht gar keinen anderen Weg zulassen. Vor allem aber in sicherheitspolitischer und friedenspolitischer Hinsicht ist ein neugeordnetes Europa als eigenständiger und ebenbürtiger Partner zu Nordamerika und Rußland unumgänglich.

Die grundsätzliche Entscheidung der Erweiterung der Union ist getroffen, die Weichen sind nunmehr zu stellen. Es geht darum, daß Österreich als meistbetroffenes Land, insbesonders aber Niederösterreich, richtige Bedingungen erarbeitet und diese auch anmeldet. Denn, meine Damen und Herren, Tatsache ist, daß das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West heute gravierend ist und daß dies trotz angenommener höherer Wachstumsraten im Osten gegenüber dem Westen noch einige Zeit hindurch so sein wird. Nach diesen Annahmen würden im Jahr 2005 nur das Sozialprodukt Tschechiens und Sloweniens in etwa jenem Griechenlands und Protugals zu diesem Zeitpunkt entsprechen und nur 60 bis 70 Prozent des durchschnittlichen EU-Sozialproduktes pro Kopf betragen. Die anderen osteuropäischen Nachbarn liegen nach diesen Schätzungen wie folgt: Ungarn bei nur 42 Prozent und Polen bei etwa 38 Prozent des EU-Durchschnittes. Das, wie gesagt im Jahr 2005.

Dazu kommt, wie wir alle wissen, daß in absehbarer Zeit noch nicht damit zu rechnen sein wird, daß die Probleme der Arbeitslosigkeit in diesen Staaten entscheidend gelöst werden. *Last but not least* entsprechen auch das Lohn- und Einkommenssniveau sowie viele andere Sozial- und Umweltschutzregelungen nicht dem westlichen Standard. Es gab in den letzten Jahren zwar manche Bestrebungen in Richtung einer Angleichung, aber es ist noch immer ein starker Unterschied und eine starke Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen zu konstatieren. Das niedrige Einkommensniveau bedingt bei unseren östlichen Nachbarn eine unzureichende Nachfrage nach unseren Produkten und eine Abwanderung inländischer Betriebe. Die gegenwärtige Situation ist also summa summarum unbefriedigend. Es ist nunmehr Aufgabe der europäischen Politik, Veränderungen herbeizuführen, die das Wohlstands- und Normengefälle in Europa rasch reduzieren. Diese Veränderungen werden natürlich - und das ist klar - nicht zum Nulltarif zu haben sein. Wobei das Heranführen unserer mittel- und osteuropäischen Nachbarn an das westeuropäische Wohlstandsniveau vor allem nach dem Beitritt finanzielle Mittel verlangt. Wesentlich ist dabei, den Rahmen für die finanziellen Transfers klar abzustecken. Es ist verständlich, daß vor allem die einkommensschwächeren Länder der EU durch den Beitritt der MOEL-Staaten nicht beeinträchtigt werden wollen. Aber es sollte ebenso klar sein, daß die Erweiterung nicht nur durch die bisherigen Nettozahler finanziert werden kann. Wenn Europa nunmehr größer wird, was letztlich im Interesse aller ist, dann muß es eine Umschichtung der finanziellen Mittel geben.

Durch die Ausdehnung der Union nach Süden erfolgt im Interesse vieler ein relativ starker Finanzierungsstrom nach Südeuropa. Mit der Osterweiterung dagegen kann es nicht bloß um zusätzliche Mittel gehen, die die bisherigen Nettozahler aufbringen müssen, sondern es müssen stufenweise neue Prioritäten gesetzt werden. Es müssen den Regionen im Grenzbereich des Wohlstandsgefälles zu den MOEL-Staaten, und hier vor allem Niederösterreich, in den kommenden Jahren entsprechende weitergehende Sonderunterstützungen gewährt erhalten.

Die Erweiterung nach Osten muß das Schwergewicht der Wirtschaftsförderung nach Mittel- und Osteueropa verlagern, wovon besonders unser Land profitieren muß. Oberste Aufgabe ist dabei, die Wettbewerbsfähigkeit der niederösterreichischen Betriebe durch eine Verbesserung der lokalen Standortbedingungen zu stärken und darüber hinaus die Attraktivität Niederösterreichs als Wirtschaftsstandort auch auf europäischer Ebene abzusichern. Gefragt ist eine Wirtschaftspolitik, die die internationale Profilierung des Großraumes auf europäischer Ebene zur handlungsleitenden Maxime erhebt. Und nur

durch ein klares und charakteristisches Standortprofil sind Erfolge auf internationaler Ebene möglich.

Für die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in Niederösterreich zählt dazu vor allem ein Umstieg von Massenfertigung auf flexible Spezialproduktion, die Wahrnehmung der Option der interregionalen Arbeitsteilung, der Ausbau der industrienahen Dienstleistungen, die Weiterentwicklung der Infrastruktur und die Schaffung einer effektiven Energiewirtschaft. Und zu diesem Punkt, aus aktuellem Anlaß eine Bemerkung. Landesrat Dr. Bauer hat es ja am Nachmittag bereits angeschnitten. In zwei Tagen soll das ElWOG, das Elektrizitätswirtschafts-Organisationsgesetz im Parlament den Wirtschafts-Ausschuß passieren. Dieses ElWOG sieht eine Öffnung des österreichischen Strommarktes für Februar 1999 vor. Kernpunkt dabei sind die derzeit langfristigen Lieferverträge, auch genannt Koordinierungsverträge zwischen Verbund und Landesgesellschaften. Die Diskussionen dabei haben sich bisher unter anderem mit der Frage der Kündbarkeit dieser Lieferverträge beschäftigt. Und ich möchte dazu kritisch anmerken, daß es den Landesversorgern offenbar vornehmlich darum geht, möglichst rasch die genannten Verträge mit dem Verbund aufzukündigen und dann billigen Auslandsstrom von E-Wirtschaftsunternehmen, deren Kraftwerkparks vornehmlich aus Atomkraftwerken bestehen, beziehen zu können. Daher sind aus meiner Sicht die Koordinierungsverträge weitgehend aufrecht zu erhalten. Es sei denn, die Landesgesellschaften geben gewonnene Preisvorteile nicht nur an Großkunden, sondern auch an die privaten Haushalte weiter. Aber davon habe ich bisher nichts hören können. Die Landesgesellschaften sollen daher nur in jenem Ausmaß aus den Verbundverträgen entlassen werden, wie ihnen große Industriekunden durch Auslandskonkurrenz verlorengehen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Vor wenigen Wochen, nämlich am 13. Mai 1998 hat die Europäische Kommission auch Empfehlungen für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten verabschiedet. Aus der Sicht der Kommission wurde dabei das Erreichen zweier Hauptziele vorgegeben: Erstens ein hohes Beschäftigungsniveau und zweitens eine erfolgreiche Wirtschafts- und Währungsunion. Die in wenigen Tagen beginnende österreichische Präsidentschaft fällt in eine Phase, in der das wichtigste Integrationsprojekt dieses Jahrzehnts, die Wirtschafts- und Währungsunion, sein Ziel erreicht. Die Wirtschafts- und Währungsunion bedeutet eine neue Chance, eine neue Qualität der Integration, die ein höheres Maß an Abstimmung bzw. Koordination in wirtschafts- und strukturpolitischen Fragen erforderlich macht. Ein höheres Maß, als dies in der Vergangenheit jemals der Fall gewesen ist. Österreich wird der erste Mitgliedstaat sein, unter dessen Vorsitz diese neue Aufgabe der verstärkten Koordination wahrzunehmen ist. Auf eine adäquate und konjunkturgerechte Abstimmung der Fiskalpolitiken zwischen den Teilnehmerstaaten selbst sowie gegenüber der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank wird hiebei zu achten sein. Es wird am österreichischen Vorsitz liegen, einerseits das Verfahren der Koordination auf den richtigen Weg zu lenken und andererseits vor allem auch eine geeignete Vorgangsweise für die inhaltlichen Vorbereitungen zu finden. Ziel des österreichischen Vorsitzes muß es sein, alles zu unternehmen, um weder am Einführungstermin noch an den vorangekündigten bilateralen Wechselkursen Zweifel aufkommen zu lassen. Und es wird als eindeutiger Erfolg der österreichischen Präsidentschaft zu werten sein, wenn bis zur endgültigen Fixierung der Wechselkurse am 1. Jänner 1999 keinerlei Spannungen auf den Finanzmärkten entstehen.

Ein ebenso wichtiges Anliegen der österreichischen Präsidentschaft ist die weitere Harmonisierung des Steuerrechtes, die Schaffung steuerlicher Mindeststandards. Und ich gebe dabei schon zu, daß es gerade im Steuerrecht bisweilen sehr schwierig ist, Fortschritte zu erzielen, da die Mitgliedstaaten bei dieser Thematik bisweilen kontroverse Haltungen einnehmen und das Einstimmigkeitsprinzip zudem die Bereitschaft und die Chance auf Kompromisse zusätzlich verringert. Dennoch ist es aus unserer Sicht wichtig, daß dem Thema Steuerharmonisierung auch über die österreichische Präsidentschaft hinaus ein zentraler Stellenwert im Rahmen der EU-Tätigkeiten eingeräumt wird. Denn das Ziel gleicher Wettbewerbsbedingungen verlangt eben gerade die Beseitigung steuerrechtlicher Unterschiede, die einzelnen Staaten nicht gerechtfertigte Vorteile gegenüber anderen Staaten verschaffen könnten.

Gleiche Wettbewerbsbedingungen, das wurde ja schon vorher öfter gesagt, werden noch maßgeblich bestimmt durch ein gleiches Niveau im Bereich des Arbeits- und Sozialrechtes. Auf Grund des bereits angesprochenen Aufeinandertreffens von reich und arm entlang bzw. im Nahbereich der Grenzen Niederösterreichs ist hier nicht so sehr das Auswandern als vielmehr die mögliche Bereitschaft der Menschen zu pendeln das entscheidende Problem. Die Berücksichtigung der Einkommenslage als Kriterium zur Be-

urteilung der Beitrittsreife der MOEL-Staaten ist gleichzeitig Ausdruck der Solidarität der Arbeitnehmer. Nur durch Einkommenszuwächse der mittel- und osteuropäischen Arbeitnehmer kann eine Binnennachfrage in den Beitrittsländern gestärkt werden. Zudem und zugleich bedeutet die erhöhte Inlandsnachfrage auch eine verstärkte Nachfrage nach österreichischen Exportartikeln.

Die institutionelle Verankerung der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in sozialpartnerschaftlicher Willensbildung muß bei der Beurteilung der Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Institutionen gemäß den Vorgaben des Weißbuches der Europäischen Kommission zur Osterweiterung als maßgebliches Entscheidungskriterium herangezogen werden. Daher müssen die neuen Zielsetzungen europäischer Beschäftigungspolitik, die in den nächsten Jahren europaweit umgesetzt werden, als Kriterium für eine Vollintegration der MOEL-Staaten genannt werden.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren: Nur, wenn Ost und West eine nachweisbar erfolgreiche Beschäftigungspolitik betreiben, ist ein gemeinsamer europäischer Wirtschafts- und Arbeitsmarkt vorstellbar. Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort ist Herr Abgeordneter Breininger gemeldet. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abg. BREININGER *(ÖVP)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Wieder ist es sehr spät, wieder scheine ich einer der letzten Redner zu sein. Und wieder beschleicht mich das wunderbare Gefühl, daß Sie mir ausgeliefert wären, wenn ich unfair wäre. Aber wieder stellt sich die Aufgabe, daß Weglassen schwerer ist als Dazugeben. Das heißt, kurz zu sein ist schwerer als lang zu reden. Da gibt es einen alten Witz von Karl Valentin: Ich habe ja müssen einen langen Brief schreiben, weil ich habe keine Zeit gehabt, mich kurz zu fassen.

Ich möchte vor allem der Aufgabe nachkommen, eine Resolution zu beantworten. Nämlich anzukündigen, daß meine Fraktion dem Resolutionsantrag des Abgeordneten Keusch betreffend Privatzimmervermietungsgesetz beitreten wird in dieser Form. Und im übrigen darf ich der Meinung Ausdruck verleihen, daß meine Vorredner zum Kapitel Fremdenverkehr und Tourismus sehr viel Richtiges und Gültiges gesagt haben, was man nicht zu wiederholen braucht und was auch keiner Beifügung bedarf.

Eine einzige Anmerkung zum Abgeordneten Keusch möchte ich aus unserer Debatte aus der letzten Sitzung des Tourismusfonds noch einmal anmerken. Du hast dort, Herr Abgeordneter, schon eine bessere Dotation des Fonds verlangt. Mit Recht, das wünschen wir uns auch. Er ist knapp ausgestattet, aber nicht so knapp, daß er in Lebensgefahr wäre. Denn Prof. Egger hat uns dort erklärt, das Fondsvermögen beträgt zur Zeit 74 Millionen. Dazu muß man, weil in diesem jetzigen Status alle Anträge an den Fonds enthalten sind, zu denen noch keine Kofinanzierung geflossen ist, sagen, in Wahrheit kommen 38 Millionen EU-Kofinanzierungsmittel dazu, die noch ausstehen. *(Abg. Keusch: Die Frage ist halt, wann?)* Ja, aber sie kommen. Weil es sind ja schon auf der Habenseite - oder auf der Sollseite, wenn Du so willst - die Anträge da. Aber die Mittel kommen dann, wenn das Projekt läuft. Also kann man eigentlich zu den 74 Millionen jene 38 dazuzählen. Aber unbestritten ist, daß wir uns immer wünschen, daß er besser ausgestattet wäre.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Tourismus in Niederösterreich hat schwere Jahre erlebt. Ich merke das auch an meiner Stadt. Wir haben nicht nur in Österreich, in ganz Europa durch die genannten Gründe andere Destinationen erlebt. Unsere klassischen Destinationen haben europaweit Schaden erlitten, einen Rückgang in den Nächtigungen. Wobei immer die Frage ist, ob Medianzahl oder Nächtigungszahl wichtig ist. Aber, und so etwas muß man vorsichtig sagen, weil es könnte sich schon bei der nächsten Rede als falsch herausstellen, es scheint sich jetzt wirklich ein Aufwind anzubahnen. Wir erleben einen Aufwind das Jahr 1998 hindurch, einen Aufschwung in Niederösterreich, der anhält. Durch die gezielten Aktionen. Und ich darf aus meiner Stadt vermelden - Baden hat fast 10 Prozent, 9 Prozent der gesamten niederösterreichischen Nächtigungen - daß wir seit September des Vorjahres ständig Nächtigungenzuwächse haben. Und zwar nicht nur im Bereich von ein, zwei Prozent, sondern neun, zehn, zwölf Prozent. Und das hält bis jetzt an, bis Juni 1998. Das ist ein gutes Zeichen. Hat auch mit Seminartourismus, hat auch mit Kurzurlauben zu tun. Aber ich glaube, der Aufschwung könnte strukturell werden. Das wollen wir hoffen. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort hat sich der Herr Abgeordnete Hiller gemeldet.

Abg. HILLER *(ÖVP)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Ich darf Bezug nehmen auf die Resolutionsanträge und tue dies zu drei Stück. Zum ersten zum Resolutionsantrag des nicht mehr hier anwesenden Abgeordneten Waldhäusl betreffend nachwachsender Rohstoffe und Bioenergie. Wir wären im wesentlichen mit einem Großteil dieses Antrages einverstanden. Es sind aber einige Passagen drinnen, denen wir nicht zustimmen können. Nachdem der Abgeordnete nicht anwesend ist und wir nicht darüber sprechen können, lehnen wir ab. Und das tut auch die Fraktion der Sozialdemokraten hier in diesem Haus.

Ähnlich ist es bezüglich des zweiten Antrages betreffend des pauschalierten Mehrwertsteuersatzes. Hier sind in der Einleitung einige Unrichtigkeiten bzw. unklare Darstellungen an den Adressaten vorhanden. Wir werden ebenfalls deshalb ablehnen, weil eine Absprache diesbezüglich und ein Einvernehmen nicht möglich ist.

Zum Antrag von Frau Mag. Weinzinger im Zusammenhang mit Klimaschutz und der Erfüllung der Klimakonventionen. Hier gibt es einen gemeinsamen, nunmehr abgeänderten Antrag. Dieser Antrag lautet *(liest)*:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Hiller, Rupp, Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999, Ltg. 50/V-6, betreffend Klimaschutz.

Österreich hat sich in internationalen Vereinbarungen wie dem Toronto-Protokoll oder der Klimakonvention zum Klimaschutz bekannt und zu CO_2-Einsparungen verpflichtet. Auch das Bundesland Niederösterreich selbst, genauso wie viele seiner Gemeinden, haben Klimaschutz als Ziel festgeschrieben und sich mit dem Klimabündnis an umwelt- wie entwicklungspolitische Maßnahmen gebunden.

Zentraler Ansatzpunkt für die Einsparung von CO_2 ist eine Energiepolitik, die auf erneuerbare Energieträger wie Biomasse, Wind- oder Solarenergie setzt. Gerade Niederösterreich hat auf diesem Gebiet großes Potential zur Nutzung der vorhandenen Biomasse, wie auch zur Nutzung der Standortvorteile für Windenergie.

Als im internationalen Vergleich wirkungsvollste Maßnahme für einen raschen Ausbau der Energieproduktion aus erneuerbaren Energien haben sich dabei adäquate Einspeisetarife erwiesen. Ein diesbezügliches Generalübereinkommen in Österreich hat sich gut bewährt, wurde aber auf Bundesebene nicht fortgeschrieben. Investitionsförderungen können ebenfalls ein hilfreiches Instrument darstellen.

Die Einspeisetarife für Energie aus erneuerbaren Energiequellen und Öko-Strom wettbewerbsfähiger zu machen, liegt nicht nur auf der energiepolitischen Linie der EU, die eine deutliche Steigerung der Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen vorschlägt, sondern ist für die Selbstverpflichtung Niederösterreichs im Klimabündnis und zur Umsetzung seiner Klimaschutzziele notwendig.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, ein Förderpaket für erneuerbare Energie auszuarbeiten und einen wirtschaftlich und ökologisch sinnvollen Einspeisetarif für Energie aus erneuerbaren Quellen anzustreben.“

Es sind einige Veränderungen in den Formulierungen vorgenommen worden. Die Substanz des eingebrachten Antrages ist im wesentlichen erhalten geblieben. Wie gesagt treten hier die Fraktion der Sozialdemokraten und der Österreichischen Volkspartei bei, damit dieses große Anliegen positiv verabschiedet werden kann. Wir werden diesem Antrag die Zustimmung geben.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Es liegt eine weitere Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Rupp vor. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abg. RUPP *(SPÖ)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren!

Es ist ja schon angekündigt worden von meinem Vorredner, daß wir dem geänderten Antrag jetzt beitreten. Und es gibt somit einen gemeinsamen Antrag Hiller, Rupp und Mag. Weinzinger sowie Mag. Fasan. Mit der Begründung, daß der mit S 1,10 fixierte Betrag für die Einspeisungstarife für erneuerbare Energie weggekommen ist. Im wesentlichen wurde das umgeändert auf „ökolo-

gisch-sinnvollen Einspeisetarif“. Aus dem Grund können wir beitreten. Danke.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Danke, Herr Abgeordneter. Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Ich verzichte!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Wir kommen nun zur Abstimmung. Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung. Und zu dieser Gruppe insgesamt acht Resolutionsanträge. Ich lasse zunächst über die Gruppe selbst abstimmen und zum Schluß über zu dieser Gruppe vorliegende Resolutionsanträge. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, nunmehr den Antrag zu der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, ordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich stelle den Antrag, die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 1.995,438.000,- Schilling und Einnahmen von 67,070.000,- Schilling zu genehmigen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: *(Nach Abstimmung über die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, ordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung)*: Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung Grüne.)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Resolutionsanträge: *(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Waldhäusl betreffend nachwachsende Rohstoffe)*: Dieser Antrag erhält keine Zustimmung, daher ist er abgelehnt!

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Waldhäusl, betreffend pauschalierten Mehrwertsteuersatz): Dieser Antrag erhält keine Zustimmung, daher ist er abgelehnt!

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Senkung des Dieselpreises): Dieser Antrag erhält keine Zustimmung. Daher ist er abgelehnt!

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Waldhäusl betreffend Tierkennzeichnungsverordnung): Dieser Antrag findet keine Zustimmung. Daher ist er abgelehnt!

Weiters liegt ein Resolutionsantrag des Abgeordneten Waldhäusl betreffend leistungsbezogene Förderung der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer und der Landarbeiterkammer aus dem Landesbudget vor. Dieser Antrag wurde verteilt, wurde jedoch nicht gestellt, daher kommt er auch nicht zur Abstimmung.

Wir kommen nun zu einem weiteren Resolutionsantrag der Abgeordneten Kurzreiter und Muzik. *(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Kurzreiter und Muzik betreffend Agenda 2000)*: Der Antrag wurde einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Keusch und Breininger betreffend Überarbeitung des NÖ Privatzimmervermietungsgesetzes): Der Antrag wurde einstimmig angenommen!

Abschließend kommen wir zu dem Resolutionsantrag der Abgeordneten Hiller, Rupp, Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Klimaschutz. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag)*: Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Mag. Riedl, zur Gruppe 8, Dienstleistungen, ordentlicher und außerordentlicher Teil zu berichten.

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

In die Gruppe 8, Dienstleistungen, fallen die Einnahmen und Ausgaben für Liegenschaften sowie für land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 13,140.000,- Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 10,870.000,- Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 0,03 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 384,000.000,- Schilling und Einnahmen von 392,000.000,- Schilling vorgesehen. Ich bitte, die Debatte einzuleiten.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Danke, Herr Berichterstatter. Wortmeldung liegt keine vor. Ich ersuche daher den Herrn Berichterstatter, den Antrag zur Gruppe 8, Dienstleistungen, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Ich stelle den Antrag, die Gruppe 8, Dienstleistungen, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 13,140.000,- Schilling und Einnahmen von 10,870.000,- Schilling sowie im außerordentlichen

Teil mit Ausgaben von 384,000.000,- Schilling und Einnahmen von 392,000.000,- Schilling zu genehmigen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: *(Nach Abstimmung über die Gruppe 8, Dienstleistungen, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung)*: Dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung Grüne.)*

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Mag. Riedl, zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft, ordentlicher und außerordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Frau Präsidentin! Hohes Haus! In der Gruppe 9, Finanzwirtschaft, beziehen sich die Ausgaben und Einnahmen auf Kapitalvermögen und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, öffentliche Abgaben, Umlagen, Finanzzuweisungen und Zuschüsse, nicht aufteilbare Schulden sowie Verstärkungsmittel. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 5.433,116.000,- Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 25.406,205.000,- Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 10,96 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 44,781.000,- Schilling und Einnahmen von 227,780.000,- Schilling vorgesehen. Ich bitte, die Debatte einzuleiten.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Danke schön. Wortmeldungen liegen keine vor. Ich bitte daher den Berichterstatter, nunmehr den Antrag zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil zu stellen.

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Ich stelle den Antrag, die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 5.433,116.000,- Schilling und Einnahmen von 25.406,205.000,- Schilling sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 44,781.000,- Schilling und Einnahmen von 227,780.000,- Schilling zu genehmigen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: *(Nach Abstimmung über die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung)*: Dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung Grüne.)*

Ich ersuche nun den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Mag. Riedl, zum Dienstpostenplan 1999 zu berichten.

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Ich berichte zum Dienstpostenplan. Gemäß § 6 Abs.1 der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 hat die Landesregierung alljährlich einen Dienstpostenplan zu verfassen und dem Landtag gemeinsam mit dem Voranschlag vorzulegen. Gegenüber den vom Hohen Landtag für 1998 systemisierten 18.361 Dienstposten werden für 1999 18.344 Dienstposten beantragt. Dies bedeutet eine Verminderung um 17 Dienstposten, das sind rund 0,09 %.

Gemäß § 2 Abs.1 des NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes obliegt der Landesregierung die Festsetzung des Stellenplanes für Landeslehrer für allgemeinbildende Pflichtschulen auf Vorschlag des Kollegiums des Landesschulrates. Der Stellenplan für das Schuljahr 1998/99 gibt die Zahl der Lehrplanstellen mit 12.644 an, für das Schuljahr 1997/98 waren 12.583 vorgesehen. Ebenso obliegt der Landesregierung die Erstellung des Dienstpostenplanes für Landeslehrer an berufsbildenden Pflichtschulen auf Vorschlag des Gewerblichen Berufsschulrates. Der Bedarf an Dienstposten wird mit 872,8 festgesetzt und bedeutet eine Vermehrung der Dienstposten um 41,6 gegenüber dem Schuljahr 1997/98 (831,2 Dienstposten).

Die sich im Detail ergebenden Veränderungen sind den Motivenberichten zum Dienstpostenplan zu entnehmen. Ich bitte, die Debatte einzuleiten.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Wortmeldung liegt keine vor. Daher bitte ich den Herrn Berichterstatter, den Antrag zum Dienstpostenplan 1999 zu stellen.

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Ich stelle den Antrag, den Dienstpostenplan für das Jahr 1999 zu genehmigen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den Dienstpostenplan 1999 sowie die im allgemeinen Teil des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze)*: Dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung Grüne.)*

Ich lasse nunmehr über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Punkt I bis Punkt VIII unter einem abstimmen. Der Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses liegt den Mitgliedern des Hauses in vollem Wortlaut vor. Ich glaube daher dem Herrn Berichterstatter die Verlesung dieses Antrages ersparen zu kön-

nen. Wenn kein Einwand vorliegt, kann ich weiter vorgehen. Ich bitte daher nun den Herrn Berichterstatter um seinen Antrag.

Berichterstatter Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Ich beantrage, die Punkt I bis VIII des Antrages des Finanz- und Wirtschafts-Ausschusses anzunehmen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Nach Verabschiedung des ordentlichen Teiles, des außerordentlichen Teiles, des ordentlichen und außerordentlichen Konjunkturausgleichsteiles und des Dienstpostenplanes 1999 sowie nach Genehmigung der im allgemeinen Teil des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze gelangen wir nunmehr zur Abstimmung über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1999 als Ganzes hinsichtlich Erfordernis und Bedeckung sowie über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Voranschlag Punkt I bis Punkt VIII. *(Nach Abstimmung über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Voranschlag 1999, Punkt I bis Punkt VIII)*: Dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen! Der Voranschlag ist somit verabschiedet. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung Grüne.)*

Ich ersuche nun den Herrn Abgeordneten Moser, die Verhandlungen zu Ltg. 51/V-6/50 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. MOSER *(ÖVP)*: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich berichte zum NÖ Budgetprogramm 1999 bis 2003. Der Landtag von Niederösterreich hat am 5. Dezember 1994 in seinem Resolutionsbeschluß den Landesfinanzreferenten aufgefordert, dem Landtag einen Voranschlag zur langfristigen Begrenzung der Abgangs- und Schuldenentwicklung zwecks Konsolidierung des Landeshaushaltes und Sicherung der Gestaltungsspielräume für die Zukunft vorzulegen. Das daraufhin vom Landesfinanzreferenten vorgelegte NÖ Budgetprogramm 1996 bis 1998 wurde vom NÖ Landtag mit Beschluß vom 29. Juni 1995 zur Kenntnis genommen und die Landesregierung beauftragt, im Sinne der Budgetkonsolidierung bei der Erstellung der Voranschläge 1996 bis 1998 das NÖ Budgetprogramm 1996 bis 1998 umzusetzen.

Dieses Programm endete im heurigen Jahr mit der Funktionsperiode des Landtages. In Fortführung des 1996 begonnenen Konsolidierungskurses wird auch für diese Legislaturperiode ein NÖ Budgetprogramm und zwar für die Jahre 1999 bis 2003 vorgelegt. Ich stelle daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Budgetprogramm 1999 bis 2003 *(liest)*:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Das NÖ Budgetprogramm 1999 bis 2003 wird zur Kenntnis genommen.

2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, die Zielsetzungen des NÖ Budgetprogrammes 1999 - 2003 bei der Erstellung der Voranschläge 1999 bis 2003 umzusetzen.“

Ich darf die Frau Präsidentin ersuchen, die Diskussion einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Danke schön, Herr Berichterstatter! Mir liegt keine Wortmeldung vor. Daher kommen wir gleich zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses)*: Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung Grüne.)*

Das Wort hat nun der Herr Landesfinanzreferent Mag. Sobotka.

(Präsident Mag. Freibauer übernimmt den Vorsitz.)

LR Mag. SOBOTKA *(ÖVP)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich darf mich abschließend nach zwei doch sehr erschöpfenden und intensiven Diskussionstagen vorerst einmal recht herzlich bedanken. Ich glaube und ich kann das nur an die im Saal anwesenden Personen und Abgeordneten richten, daß die Debatte durchaus hochstehend gewesen ist. Daß die unterschiedlichen Standpunkte und Auseinandersetzungen mit den einzelnen Themen sehr sachgerecht vorgetragen und, wie ich glaube, der Materie gerecht wurden und damit letzten Endes dem Land ein guter Dienst erwiesen werden konnte. Unterschiedliche Standpunkte sind notwendig und führen auch für uns von seiten der Regierung dazu, daß wir uns dieses Auftrages des Landtages, auch noch unterstützt durch die einzelnen Resolutionsanträge, im besonderen Maße annehmen, um in der Tagesarbeit diese Aufträge aus dem Landtag zu übernehmen.

Ich darf nur zwei Dinge noch schlußendlich anmerken: Daß das Budget und auch die Budgetvorschau sicherlich transparent ist. Und ich darf das an einem Beispiel meinetwegen dieser Million der Küche klarmachen, die restlos aufzuklären ist

bis auf den letzten Punkt. Wenn dieser Betrag einmal eingesetzt wurde, um allfällige Zahlungen, die nicht aus den „Pickerln“ zu leisten waren, damit aufzufangen. Das wurde nicht notwendig, daher wurde dieser Betrag gutgeschrieben.

Und das zweite ist, daß auch die Zahlen aus der Wirtschaftsforschung und den Berichten des WIFO entsprechend exakt und nicht anzuzweifeln sind. Und wenn also hier in den Raum gestellt wird, daß da etwas nicht stimmen könnte oder daß da etwas „getürkt“ sei, dann sei das an der Zahl der Beschäftigten im Vergleichsraum 1997/98 exemplarisch noch einmal aufgezeigt: Von den 6.700 Arbeitskräften stammen insgesamt sage und schreibe 348 aus dem Ausland. Davon sind 251 aus EWR-Räumen. Und das muß man einmal klar sagen. Es ist also hier nicht die Ausländerbeschäftigung, die zum Beschäftigungsplus geführt hat! Wir haben es nicht Not, in diesem Hohen Haus durch manipulierte Zahlen ein Bild zu zeichnen, das der tatsächlichen Lage Niederösterreichs und damit der Bevölkerung nicht entspricht.

Damit komme ich zum Schluß. Ich danke noch einmal den Diskutanten, den jeweiligen Regierungskollegen bei der Arbeit der Budgeterstellung ganz, ganz herzlich. Und der Abteilung für Finanzen unter der Führung von Hofrat Rudolf Höbart, der ebenfalls hier bis zum Schluß ausgeharrt hat. Allen Angestellten des Hohen Hauses, die diese langen Debatten mitgetragen haben. Und ich wünsche Ihnen nicht nur für diesen heutigen Tag, sondern auch für das kommende Budgetjahr 1999 alles Gute, sodaß wir gemeinsam an diesem Niederösterreich weiterbauen können. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER *(erhebt sich):* Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wir haben uns jetzt zwei Tage mit dem Voranschlag für das Jahr 1999 und mit dem Budgetprogramm für diese Legislaturperiode gründlich auseinandergesetzt. Es wurden viele ausgezeichnete Debattenbeiträge geleistet. Die aktuellen Fragen der NÖ Landespolitik wurden aus der Sicht aller vier Landtagsfraktionen beleuchtet. Auch die Resolutionsanträge haben dazu beigetragen, in vielen Bereichen einen gemeinsamen Nenner zu suchen. Es ist nicht immer gelungen, einen Konsens zu finden. Der Voranschlag ist Grundlage für das Arbeitsprogramm eines ganzen Jahres, also ein sehr wichtiger Beschluß, den der Landtag zu treffen hat. Der Landtag hat seine Zustimmung gegeben. Damit ist die weitere Arbeit für Niederösterreich abgesichert.

Im Namen des Landtages darf ich der Regierung und der Beamtenschaft für die solide Vorbereitung des Voranschlagsentwurfes den Dank aussprechen. Ich danke auch der Frau Präsidentin Onodi und dem Herrn Präsidenten Ing. Penz für die ausgezeichnete Unterstützung und Zusammenarbeit bei der Vorsitzführung. Und ich danke allen Abgeordneten für die aktive Teilnahme an der Budgetdebatte.

Es ist bedauerlich, daß die FPÖ trotz aller Vermittlungsversuche der Präsidialkonferenz heute aus dem Landtag ausgezogen ist. Es ist im Interesse einer sachlichen Landtagsarbeit zu hoffen, daß die Emotionen wieder abklingen und die nächste Landtagssitzung wie gewohnt stattfinden kann. Gelingen wird das am besten dann, wenn alle Verantwortungsträger ein gutes Klima im Landtag wünschen. Dazu gehört auch die richtige Wahl der Worte. Als Präsident will ich alles dazu beitragen, was ich für eine gute Arbeit im Landtag beitragen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit ist noch am heutigen Tag die Tagesordnung dieser Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, den 25. Juni, wie bereits eingeladen, statt. Die Sitzung ist geschlossen. *(Schluß der Sitzung um 23.58 Uhr.)*